

# »Das hat's bei uns nicht gegeben!«



## Antisemitismus in der DDR Das Buch zur Ausstellung der Amadeu Antonio Stiftung

**AMADEU ANTONIO STIFTUNG**

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

Foto auf dem Einband von Nicola Galliner  
*Kleine Auguststraße Nr. 10 im Jahre 1979.*  
*Auf der Brandmauer ist der Abdruck der Synagoge zu erkennen, die bis zur Pogromnacht 1938 hier stand. Erst am 5. März 2006 wurde mit einer Gedenktafel an das Leben der Vereine Mogen David und Abawas Scholaum erinnert.*

**»Das hat´s bei uns nicht gegeben!«**

**Antisemitismus in der DDR**

**Das Buch zur Ausstellung der Amadeu Antonio Stiftung**

Die Ausstellung wurde gefördert durch:

FREUDENBERG  
STIFTUNG 

STIFTUNG  
AUFARBEITUNG 

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms  
»VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz  
und Demokratie«



Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung

Redaktion: Dr. Heike Radvan

Gestaltung:  Design, Berlin

Alle Rechte bleiben bei den AutorInnen und FotografInnen.

© Amadeu Antonio Stiftung, 2010

Die Veröffentlichung ist gefördert durch das Bundesministerium des Innern.



Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundesregierung dar.  
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

# »Das hat's bei uns nicht gegeben!«

Antisemitismus in der DDR  
Das Buch zur Ausstellung  
der Amadeu Antonio Stiftung

# Inhalt

## Teil 1

### Die Ausstellung: Hintergründe, Recherche und Rezeption

Mit Stumpf und Stiel ausgerottet? Antisemitismus in der DDR ..... 6  
Anetta Kahane

»Mein Großvater hat gesagt, da lernst Du Sachen, die es gar nicht gab«.  
Lokalhistorische Recherchen zum Antisemitismus – Pädagogische Überlegungen..... II  
Heike Radvan

Lob, Kritik und Abwehr – Die Debatte über die Ausstellung »Das hats bei uns nicht gegeben!« –  
Antisemitismus in der DDR« in bundesdeutschen Tages- und Wochenzeitungen ..... 15  
Michael Barthel

## Teil 2

### Leerstellen: Bislang Ausgespartes

Eichmann, Globke und die DDR..... 20  
Annette Leo

Anne Frank und die DDR. Eine schwierige Geschichte ..... 31  
Thomas Heppener

Die Thematisierung von Antisemitismus in der antifaschistischen Literatur und im Film der DDR.....38  
Konstanze Ameer

»... die Herzen unserer Genossen sind scheinbar noch härter als Stein«.  
Zwei unaufgeklärte Todesfälle: Willi Kreikemeyer und Rudolf Feistmann..... 44  
Martin Jander

## Teil 3

### Katalog der Ausstellung

Kapitel 1.....	53
Antisemitismus in der Moderne.....	55
Antisemitismus in der Arbeiterbewegung.....	58
Antisemitismus und Judenverfolgung im Nationalsozialismus .....	62
Anspruch und Wirklichkeit.....	65
 Kapitel 2	
Antisemitische Verfolgungswelle in den 1950er Jahren .....	68
Debatte um Restitution und »Wiedergutmachung«.....	75
 Kapitel 3	
Chronik antisemitischer Straf- und Gewalttaten. Eine Auswahl.....	82
Jüdische Friedhöfe in der DDR – Orte der ewigen Ruhe? .....	86
 Kapitel 4	
Israelfeindschaft.....	91
Die Linke und der Zionismus .....	94
Der Nahostkonflikt und die DDR.....	96
Geschichtsrelativierende Vergleiche.....	100
 Kapitel 5	
Gedenken und Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus .....	103
Das KZ-Aussenlager in Retzow .....	106
Das KZ-Aussenlager in Jamlitz.....	108
Das Gedenken an die Opfer von Buchenwald.....	111
 Kapitel 6	
Rechtsextremismus in den 1980er Jahren .....	114
Instrumentalisierung der jüdischen Gemeinden in den 1980er Jahren .....	124
Gedenken an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus .....	128
Kontinuität und Wandel: Ausblick.....	131
 Zitatnachweis .....	134

# Mit Stumpf und Stiel ausgerottet? Antisemitismus in der DDR

Anetta Kahane

Dieses Buch zur Ausstellung der Amadeu Antonio Stiftung »Das hat's bei uns nicht gegeben!« – Antisemitismus in der DDR« ist ein Zwischenbericht. Wir befinden uns inmitten eines Prozesses des Nachdenkens darüber, wie der Antisemitismus in der DDR aussah, was er bedeutete und welche Schlüsse wir daraus für heute ziehen sollten. Die Ausstellung ist ein Projekt der Stiftung, das mit der Diskussion gewachsen ist. Die Amadeu Antonio Stiftung hatte sich bereits einige Jahre mit Rechtsextremismus und aktuellem Antisemitismus beschäftigt und war mit ihren Projekten auf ein unerwartet hohes Ausmaß an Stereotypen und Abwehr gegenüber Juden gestoßen. Natürlich war uns klar, dass ebenso wie rechtsextreme Einstellungen auch der Antisemitismus nicht einfach vom Himmel gefallen sein konnte, sondern eine Geschichte hat. Seit dem Fall der Mauer hatte sich Rechtsextremismus in den Neuen Bundesländern nach und nach in die Alltagskultur hineingedrängt, es bildeten sich Kameradschaften, die NPD erstarkte und in einigen Gebieten konnten sich Einwanderer oder alternativ aussehende Jugendliche nicht mehr frei bewegen. Dass diese bedrohliche Entwicklung jedoch von der lokalen und regionalen Politik ebenso wie von einer Mehrzahl der Bürger ignoriert oder sogar aggressiv geleugnet wurde, musste einen Grund haben, der wesentlich tiefer lag, als dass er ausschließlich bedingt war durch Verwerfungen im deutschen Vereinigungsprozess.

Deshalb lag es nah, sich mit der Frage zu beschäftigen, was eigentlich im Osten Deutschlands nach dem Krieg mit dem allgegenwärtigen Antisemitismus geschehen war. Er konnte nicht einfach verschwunden sein, nur weil sich niemand mehr so äußerte. Zu vermuten war, dass er sich verwandelt hatte, versteckt in ideologischen Codes oder politischen Prozessen. Hinter der Behauptung, die DDR sei insgesamt und von Beginn an antifaschistisch und damit frei von jeglichem Ressentiment, verbarg sich eine andere Realität – wie in so vielen Lebensbereichen der DDR. Und von dieser Realität wollten wir erzählen. Wir taten dies in der Hoffnung, hiermit auch dem aktuellen Rechtsextremismus und Antisemitismus substantieller als bisher beikommen zu können. Und natürlich, weil uns das Schicksal derer interessierte, die es betraf. Auch in der DDR hatte es Juden gegeben. Die meisten waren jüdische Kommunisten, die aus Exil und Widerstand in die

DDR zurückgekehrt waren und damit in einen Teil jenes Landes, von dem die Ermordung vieler ihrer Familienmitglieder ausgegangen war. Es lebten zunächst aber auch viele Juden hier, die – religiös oder säkular – keine Kommunisten waren, sondern einfach in ihre Heimat zurückkehrten. Auch sie hatten häufig die Hoffnung, hier besonderen Schutz vor alten Nazis zu finden.



Wir fanden es notwendig, der Frage nachzugehen, wie es denjenigen ergangen war, die auf so schreckliche Weise vom Holocaust gezeichnet waren. Und welcher Art der Antisemitismus gewesen war, der sie auch nach der Befreiung umgeben hatte. Bisher gibt es einige wissenschaftliche Untersuchungen zu dem Thema, aber eine breitere, öffentlich geführte Auseinandersetzung fehlte. Wir hatten uns vorgenommen, Zeugnisse von Antisemitismus zu recherchieren, von Menschen zu erzählen, die ihn erlebt hatten, die Ergebnisse zu präsentieren und zu diskutieren. Und so entstand das Projekt: In acht Orten der Neuen Bundesländer begannen 76 Schülerinnen und Schüler zu recherchieren. Sie gingen in Archive, Bibliotheken, befragten Zeitzeugen und suchten nach Objekten und Belegen, die deren Geschichten illustrieren sollten. Begleitet wurden sie dabei von Historikerinnen und Pädagogen, durch deren Hilfe sie auch an Akten der Stasi-Unterlagenbehörde und ihre regionalen Außenstellen kommen konnten.

Die Ergebnisse der thematischen Suche wurden in Kapitel unterteilt, von der Ausstellungsmacherin Dr. Bettina Leder und einem wissenschaftlichen Beirat überprüft und für eine Ausstellung aufbereitet. Die Ausstellung konnte im April 2007 feierlich eröffnet werden. Seitdem wandert sie alle vier Wochen an einen anderen Ort, begleitet von Diskussionsveranstaltungen, Lesungen oder Vorträgen zum Thema. Lokale und überregionale Zeitungen berichteten davon und in den Gästebüchern fanden sich zahlreiche Einträge. All das ermutigte uns, die Ausstellung zu erweitern und das vorliegende Begleitbuch herauszubringen. In diesem Buch sind die

Texte und Bilder der neuen Ausstellung zu finden sowie ergänzende Essays zu verschiedenen Aspekten des Themas. Die Rezeption der Ausstellung und die sie begleitenden Diskussionen konnten hier reflektiert werden. Dass die Debatte Eingang in die öffentliche Wahrnehmung gefunden hat, zeigt sich auch an den Diskussionen innerhalb der Linkspartei, die ja das ideologische Erbe der DDR in ihren Reihen »verwaltet«. Hier fanden heftige Auseinandersetzungen statt, polemische Schriften wurden verfasst und die Haltung gegenüber Israel neu betrachtet.

Mit der überarbeiteten Ausstellung und dem Buch wollen wir diesen Prozess der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus nach 1945 auch im Ostteil Deutschlands fortsetzen. Wir finden es äußerst problematisch, dass sich bisher nur der Westen Deutschlands leidlich einer Auseinandersetzung mit Holocaust und Antisemitismus gestellt hat, im Osten jedoch eher großes Schweigen darüber herrschte. Dabei handelt es sich nicht um eine Verlängerung der »Aufarbeitung«, wie sie in der Bundesrepublik getan wurde. Vielmehr geht es um die Frage nach der Spezifik des Antisemitismus unter den Bedingungen eines deutschen, autoritären Systems, das auf einer Theorie beruhte, die noch immer in Teilen der Linken lebendig ist und als Grundlage der Bewertung gesellschaftlicher Zustände fungiert. Hier berühren wir aktuelle, politische Auffassungen, die weit in die Alltagswelt eingedrungen ist, obwohl oder gerade weil es die DDR und die anderen sozialistischen Länder nicht mehr gibt. Es scheint, als hätten sich Elemente der alten Ideologie atomisiert und auf große Teile der Gesellschaft verteilt. Zu erkennen ist dies an den Wahlerfolgen der Linkspartei im Westen und an einem linkspopulistischen Umfeld, das sich unter der Fahne des Antimperialismus sammelt. Was dies bedeutet und wo Parallelen zu Deutungen zu erkennen sind, die schon in der DDR verbreitet waren, soll hier illustriert werden.

Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall entsteht der Eindruck, Deutschland habe es endlich geschafft. Das »Es« deutet auf ein diffuses Erbe, hinter dem sich der Nationalsozialismus, zwei Weltkriege, der Massenmord an den europäischen Juden und die Folgen nach 1945 verbergen. War die Teilung des Landes immer auch ein Zeichen, dass Deutschland besiegt wurde, scheinen zwanzig Jahre Abstand genug zu sein, um aus dem »Schatten der Geschichte« heraustraten zu können. Diesen Eindruck kann man zumindest gewinnen, hört man sich die meisten der öffentlich oder privat geführten Gespräche zum Mauerfall an. Auch die internationalen Medien reflektieren diesen Anlass freudig, beruhigt und überwiegend, ohne einen Bezug zur Geschichte

herzustellen. Wird dennoch die Vergangenheit erwähnt, so geschieht es oft im Ton einer großen Erleichterung darüber, dass alle Befürchtungen umsonst, alle Ängste beseitigt und alles Misstrauen gegenüber »den Deutschen« unberechtigt seien. Das Jahrhundert, in dem Deutschland die Welt mit Kriegen und Völkermord überzogen hatte, ist vorbei. Der »hässliche Deutsche« hat sein Antlitz entspannt, das Land ist vereint, demokratisch, stabil; die Welt kann sich um andere, wichtigere Themen und Krisen kümmern.

Der »Schatten der Geschichte« als etwas, das mit dem heutigen, realen Alltag in Deutschland zu tun haben könnte, verblasst auch mit dem Verschwinden der Zeitzeugen. Es existiert eine Abwehr und Verleugnung der Tatsache, dass der im vereinten Deutschland weit verbreitete und gewalttätige Rechtsextremismus etwas mit diesem »Schatten« zu tun haben könnte. Dieses Problem wird öffentlich oft so diskutiert, als hätte es eine damit korrespondierende Vergangenheit nie gegeben, als geschähe ausgerechnet dies in einem geschichtsfreien Raum. Die Ausstellung belegt anschaulich, wie sehr dieser Raum angefüllt ist mit Ereignissen und Entwicklungen, die zur heutigen Situation führen. Daher wird nun zu erklären sein, wie es mit dem Antisemitismus in der DDR auf den verschiedenen Ebenen aussah: auf der persönlichen, der ideologischen und der politischen.

### **Die Perspektive der Ausstellung und persönliche Anmerkungen**

Die Idee, eine solche Ausstellung herzustellen, entstand auch aus dem Bedürfnis heraus, Erfahrungen in der DDR zu reflektieren und Fragen zu stellen, die im Kontext des ideologischen Gesamtgebäudes des Staates nicht aufgeworfen werden konnten. Deshalb seien mir an dieser Stelle einige persönliche Anmerkungen erlaubt, erzählen doch Buch und Ausstellung auch von meinem Vater, Max Kahane und einigen seiner Freunde. Er selbst war ein Beispiel dafür, wie ambivalent die jüdische Existenz in der DDR aus Perspektive von Juden erlebt wurde. Viele seiner Freunde – so wie er selbst – mussten sich Verdächtigungen aussetzen, kamen zum Teil in Haft oder starben sogar unter ungeklärten Umständen während der Zeit der antisemitischen Säuberungen. Die meisten Juden, die aus dem Exil zurückgekommen waren, teilten ihre Erfahrungen untereinander; sie verband eine Art unsichtbarer Faden. Das hatte sicher Gründe, die in dem Erlebten lagen, in einem unauflösbaren Fremdheitsgefühl, in dem sie bereits aufgewachsen waren, das durch ihr Exil und den Mord an ihren Familien nicht leichter

wurde und in der DDR schließlich keinen anderen Ausdruck finden konnte, als es meist wortlos mit den Schicksalsgleichen zu teilen. Sie alle hielten an der Hoffnung fest, dass sie Bedrohung und Fremdheit in der DDR überwinden könnten. Und selbst wenn sie erkannten, dass dies kaum gelingen würde, reichte ihre Kraft meist nach all dem Erlebten nicht aus, wiederum eine neue Existenz aufzubauen. Wo auch – schließlich war Deutschland auch ihre Heimat und der Westen kam für sie nicht infrage. Dazu wäre es ihnen eine zu große Kränkung gewesen, die Anwesenheit alter Nazis in hohen Funktionen der Bundesrepublik einfach so hinzunehmen.

Als Kind jüdischer Kommunisten in der DDR sind mir während der Arbeit an der Ausstellung, beim Lesen der Akten und Dokumente die Erlebnisse, Konflikte und schmerzhaften Zweifel der Generation meiner Eltern deutlich vor Augen getreten. Zwischen Hoffnung, Verrat und auch Skrupellosigkeit, zwischen dem Trauma der Verfolgung, dem Kampf, zwischen jüdischer Identität und der Kälte, mit der sie die Ideologie mittrugen, bewegten sich ihre Versuche, die DDR als ganz gewöhnliche Heimat anzusehen. Beim Recherchieren erkannte ich zwischen den Aktendeckeln jener Jahre ihre Trauer, den Verlust jedes Grundvertrauens, ihre Furcht und den Wunsch zu vergessen, um in der Gegenwart voranzukommen. Sogar ihr Optimismus und ihr Opportunismus waren zu erkennen. Sie beanspruchten, einen normalen Alltag mit jener Bevölkerung zu teilen, die noch kurz zuvor der Endlösung der Judenfrage aktiv oder passiv zugestimmt hatte. Damit unterschieden sie sich übrigens nicht so sehr von den Juden in der Bundesrepublik, nur dass jene in der DDR ihre Begründung nach Deutschland, ins Land der Täter zurückzukehren, fest an die Idee und Ideologie des Sozialismus geknüpft hatten. Das eine war mit dem anderen untrennbar verbunden.

Diese ideologische Klammer mit der hohen moralischen Aussage machten es möglich, dass sich viele linke Intellektuelle nach dem Krieg von der jungen DDR angezogen fühlten, stellte doch die SED auf ihrem III. Parteitag 1950 fest, dass in der DDR die »Wurzeln des Faschismus ausgerottet« worden seien. Sie bot mit dem Antifaschismus als Staatsrason für viele ehemals Verfolgte eine glaubhafte Antithese zum gerade überwundenen Terror. Diejenigen, die aus dem Exil, aus den Lagern oder dem Untergrund zurückkehrten, darunter auch viele Juden, gingen mit der DDR gewissermaßen einen Vertrag ein: Sie ließen, so gut es eben ging, ihre persönlichen Erfahrungen mit Verrat, Demütigung, Verfolgung und Mord durch ihre deutschen Nachbarn hinter sich beziehungsweise verkürzten ihre erzählten Erinnerungen auf Konflikte zwischen



Faschisten und Antifaschisten. Außerhalb dieses ideologisierten Bildes wurde keine Klage oder gar ein Vorwurf laut. Dafür gab es für sie einen durch Staat und Ideologie garantierten Schutz vor jedweder Anfechtung und das Versprechen, im »neuen Deutschland« eine bescheidene Karriere machen zu können. Im Gegenzug akzeptierte die post-nationalsozialistische Gesellschaft, die gerade noch massenhaft dem Antisemitismus als zentraler Welterklärung gehuldigt hatte, diejenigen Rückkehrer, die es in gesellschaftliche Führungspositionen geschafft hatten, als neue politische bzw. künstlerische Elite. Gemeinsam konnte behauptet werden, Opfer von Faschismus und Krieg gewesen zu sein. Eine Symbiose also, bei der die einen ihre Schuld ausklammerten und die anderen ihnen verziehen. Die gemeinsame Grundlage, auf der die Nachkriegs-DDR aufbaute, war das Tabu über diesem Konflikt. Und das größte Tabu betraf den geringsten aller Nebenwidersprüche: den Antisemitismus.

Die Kompromisse und der Druck, auf den sich die Juden in der DDR dafür einlassen mussten, gerade wenn sie Kommunisten waren, wirkten auf mich manchmal grotesk, abschreckend, unbegreiflich und tragisch. Gewiss lag es auch daran, dass ich aus der heutigen Sicht nicht nur den Anfang ihrer Suche nach einem Weg aus den Erlebnissen von Tod und Vernichtung sehen konnte, sondern auch, wie ihr Bemühen, diesen Weg in der DDR mit einer his-

torischen Mission gehen zu wollen, scheitern würde. In den Mitschriften von Verhören jüdischer Kommunisten, in denen sie gebrochen werden sollten, erlebte ich jene Mischung aus Wut und Scham mit, den viele von ihnen gegenüber den sie verhörten, oft heftig antisemitischen Genossen empfanden. Sie hatten sich gewünscht, ihrer Herkunft zu entkommen; nun waren sie gezwungen, ihre Identität als säkulare, nicht-religiöse, kommunistische Juden zu verleugnen oder gar zu verfluchen. Bei aller Willkür der Verfolgung in der stalinistischen Zeit, – die ziemlich unterschieds- und grundlos wütete –, haftete allein an den Juden das Stigma der Gruppenunterstellung: Sie waren nicht als Personen, sondern als Juden verdächtig. Und dennoch sollten für sie zwei Wünsche in Erfüllung gehen, die aus ihrer jüdischen Tradition kamen. Sie wollten endlich eine Gesellschaft, in der sie gleichberechtigt sein konnten – ohne Diskriminierung. Ein zentrales Element konnte außerdem eingebracht werden: Zedaka – das jüdische Gebot der Gerechtigkeit im täglichen Handeln. Dieses »Tikkun Olam« – das Heilen der Welt ist Teil des tief verwurzelten, jüdischen Messianismus. In seiner säkularen, modernen, emanzipatorischen, ja revolutionären Form war er durchaus mit der Idee des Kommunismus kompatibel.

So sehr ich diese Wünsche verstand und sie in ihrem Grunde teile, so sehr bedauerte ich, dass nur wenige Angehörige dieser Generation die Kraft hatten, sich der realsozialistischen Realität zu stellen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Umso bewundernswerter waren jene, die es dennoch versuchten. Nicht die Enge einer dogmatischen, historisch verlogenen und unfreien Ideologie wäre eine passende Antwort auf die Hoffnungen der jüdischen Überlebenden gewesen, sondern ihr Gegenteil – eine offene, liberale, streitbare, kosmopolitische und demokratische Gesellschaft. Doch im Kontext des Kalten Krieges gab es eine solche Gesellschaft nicht – auch noch nicht im Westen. Gewiss, sie war demokratisch, die alte Bundesrepublik, kam aber als Alternative dennoch nicht infrage – wegen ihrer eigenen Enge in den Anfangsjahren und ihrer Schwäche bei der Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein zweites Exil, – irgendwo in der Welt –, überforderte viele in die DDR Remigrierte bereits als bloße Vorstellung. Dies und der zurückliegende Holocaust machte es nur in Ausnahmefällen möglich, mit einer der Ideologien zu brechen und ihr neues Nachkriegsleben aufzugeben. Dies kann eine Erklärung sein, die das Handeln von Juden in der DDR wenigstens teilweise in eine Perspektive rückt, von der meine Selbstgewissheit heute weit entfernt ist. So jedenfalls ist es mir bei der Arbeit mit der Ausstellung ergangen.

## **Antifaschismus und Antiimperialismus damals und heute**

Deutschland hat heute die Pflicht, sich mit dem Erbe der BRD und der DDR auseinander zu setzen, beide Seiten waren Teil jenes Landes, von dem Krieg und Holocaust ausgingen. Dies auszusparen wäre ein historisches Versäumnis. In der DDR hätte es nach dem Krieg eine Aufarbeitung des Nationalsozialismus geben müssen, sowohl politisch, als auch persönlich, sowohl in einer neuen, demokratischen Ethik als auch durch kritische Reflexion in der eigenen Region und in der Familie. Dies jedoch hat kaum stattgefunden. In der DDR wurde Antisemitismus als Nebenprodukt des Kapitalismus interpretiert. Mit dem Aufbau des Sozialismus und der Entscheidung gegen das Privateigentum an Produktionsmitteln seien Kapitalismus und somit auch der Antisemitismus – so vermittelte es die herrschende Ideologie – verschwunden. Mit dieser Setzung wurde auch das individuelle Hinterfragen für überflüssig erklärt. Eine solche Auseinandersetzung war ideologisch und politisch unerwünscht. Vor diesem Hintergrund konnte sich Antisemitismus nicht zurückbilden. Er blieb als Bodensatz unangestastet und überdauerte auf verschiedene Weise. Das Stereotyp vom jüdischen Kapitalisten, schon seit langem zu weiten Teilen der linken Bewegung gehörend, ist in der DDR wie in anderen sozialistischen Ländern zu einem Teil einer allgemein akzeptierten Ikonographie geworden.

Die Parteiführung der DDR hatte, wie alle anderen Ostblockländer, mit der Logik des Antiimperialismus den Stereotypen des Antisemitismus eine Möglichkeit geboten, weiter zu existieren. Dass dies in der DDR mit jener Bevölkerung getan wurde, die kurz zuvor noch Zeuge, Mittäter oder Nutznießer des Massenmords an den Juden war, passte in das verbreitete Bedürfnis zu verdrängen und trug auch die Züge von Schuldumkehr. Dieser Teil Deutschlands wurde mit der antiimperialistischen Ideologie – unter Berufung auf einen genuine Antifaschismus – nachträglich zum Opfer erklärt. Während alle anderen Länder tatsächlich von Wehrmacht und SS überfallen worden waren, traf dies für die DDR nicht zu. Im Geist der Blockkonfrontation der sozialistischen Nachkriegsgemeinschaft wurde die DDR in den Kalten Krieg einbezogen, – so, als hätte es nie Gegnerschaften zwischen den Ländern gegeben. Der Antisemitismus hatte in allen Ländern eine mehr oder minder starke Tradition. Deutschland jedoch war verantwortlich für den minutiös geplanten und durchgeführten Massenmord an den europäischen Juden. Mit der Ideologie des siegreichen Kampfes des Sozialismus über den Im-

perialismus wurde jedoch in allen sozialistischen Ländern eine tiefgreifende Auseinandersetzung mit den Ursachen des jeweiligen Antisemitismus umgangen. So war auch in der DDR der Weg frei für eine von Empathie unbelastete Exkulpation von jeglicher Mitschuld an den Verbrechen während des Nationalsozialismus und damit auch von seinem eliminatorischen Antisemitismus. Die Deutschen in der DDR waren demnach unter der Führung der Arbeiterklasse Opfer des Imperialismus in seiner aggressivsten Form, dem Faschismus. Antiimperialismus und Antifaschismus waren somit untrennbar miteinander verbunden.

Die bipolare Weltsicht des autoritären Sozialismus im Kontext des Kalten Krieges unterschied stringent zwischen »guten nationalen Befreiungsbewegungen« und »bösem Imperialismus/Zionismus«. Israel und »die Araber« wurden zu Prototypen des Widerspruchs zwischen »dem ausbeutenden, imperialistischen Westen« und »der unterdrückten Dritten Welt«. Damit verhinderte die Ideologie nicht nur ein differenziertes Menschen- und Geschichtsbild, sondern gerade den Juden wurde unterstellt, in diesem Zusammenhang besonders böse zu sein. Die Aufarbeitung des Antisemitismus in der DDR ist auch deshalb wichtig, weil diese judenfeindlichen Denkfiguren noch immer sehr aktuell sind. Das Ideologiegebäude des Antiimperialismus hat bis heute seine antisemitische Implikation behalten, reicht heute in weite Teile der Gesellschaft hinein und ist längst auch Teil der rechtsextremen Ideologie geworden. Was die verschiedenen politischen Lager eint, sind antisemitische Verschwörungstheorien und eine äußerst aggressive und auf Destruktion zielende Haltung gegenüber den USA und Israel. Hier ist eine neue Art von Populismus entstanden, die als Querfrontideologie für den modernen Antisemitismus bisher zu wenig beachtet und dessen Bedrohung für das demokratische Selbstverständnis noch unterschätzt wird. Der Antiimperialismus der Gegenwart, des Zeitalters nach dem Fall der Mauer und dem Zerfall der sozialistischen Staatsdoktrin, der Antiimperialismus der Globalisierung also, hat ein neues Antlitz. Dennoch beruht er auf einem tief in der marxistisch-leninistischen Theorie verwurzelten Weltbild. Diese Grundfigur sagt, dass alle Feinde des Imperialismus von Natur aus schützenswerte Opfer von Unterdrückung und damit antiimperialistische Bündnispartner seien. Die Frage, welche Position solche Verbündeten zu Menschenrechten, fortschrittlichen und emanzipatorischen Werten und Antisemitismus einnehmen, gerät hierbei völlig aus dem Blick.

Vom Antifaschismus geblieben, ist das Pathos der unbedingten Gegnerschaft zum Nationalso-

zialismus. Mit ihm wird das Erbe des historischen Ermahners »Gegen Faschismus und Krieg« – wie es noch heute in der Linkspartei heißt –, beansprucht. Die totalitären Herausforderungen der Gegenwart können jedoch nicht nach diesem Leitbild »bewältigt« werden. Die dichotome Welterklärung zwischen dem »bösen Privateigentum/Imperialismus/Faschismus« auf der einen und dem »guten Volkseigentum/Antiimperialismus/Antifaschismus« auf der anderen Seite mit den Juden als Kampfmittel mal von der einen, mal von der anderen Seite, führt heute zu einer Anschlussfähigkeit mit demokratiefeindlichen Bewegungen und Organisationen – bis in die extreme Rechte hinein. Wenn Antiimperialisten sich mit antisemitischen Terrororganisationen solidarisieren oder von Aufständischen sprechen, wenn es um Terrorgruppen geht, – was sogar in Mainstream-Medien vorkommt –, dann sind sie einander näher gekommen, als sie es sich bewusst machen. Ein Beispiel dafür ist die antiimperialistische Solidarität mit Terrorgruppen und religiösen Fundamentalisten wie etwa der Hamas oder Hisbolah, wenn es gegen Israel geht.

Rechtsextremismus und Populismus sind ein großes Problem geworden – in Deutschland wie in vielen anderen europäischen Ländern. Der Erfolg dieser Phänomene hat unterschiedliche Ursachen, bei beiden jedoch spielt Antisemitismus eine besondere Rolle. Lässt man außer Acht, wie er in Zeiten des Sozialismus und besonders in der DDR gewirkt hat, dann lässt er sich weder verstehen noch bekämpfen. Die atomisierten Reste der alten Ideologie sind mit den neuen, populistischen Gesichtern des Antiimperialismus eine gefährliche Verbindung eingegangen. Die Ausstellung der Amadeu Antonio Stiftung »Das hat's bei uns nicht gegeben! – Antisemitismus in der DDR« soll dazu beitragen, über die Geschichte des Antisemitismus in der DDR aufzuklären und auf die hier beschriebenen Folgen in der Gegenwart hinzuweisen.

# »Mein Großvater hat gesagt, da lernst Du Sachen, die es gar nicht gab«. Lokalhistorische Recherchen zum Antisemitismus – Pädagogische Überlegungen

Heike Radvan

In der Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung zeigte sich bereits seit 1998, dass es in weiten Teilen der Bevölkerung der Neuen und Alten Bundesländer wenig Wissen über das Thema »Antisemitismus in der DDR« gibt. Eine öffentliche Debatte hierüber anzuregen, war aus verschiedenen Gründen wichtig: Einerseits ging es um die notwendige historische Aufklärung. Andererseits war es an der Zeit, auf Tradierungen aufmerksam zu machen, die in den Neuen Bundesländern existieren und hier zur Verbreitung des Rechtsextremismus beitragen als auch zu einer spezifischen Ausprägung aktueller Antisemitismen. So ähneln heutige israelfeindliche Äußerungen, in denen das Handeln der israelischen Armee mit Verbrechen der Nationalsozialisten gleichgesetzt wird, nicht selten Argumentationen der DDR-Propaganda. Dass solcherart Vergleiche strukturell antisemitisch sind, wird meist abgestritten. Im Gegenteil: Solche Äußerungen werden oft mit der Begründung als richtig dargestellt, dass sie schon in der DDR galten und daher nicht falsch sein können.

Im Laufe der Recherchen ist ein weiterer Zusammenhang aufgefallen: In Orten oder Gemeinden, in denen bislang kaum über den Prozess der Ausgrenzung, Verfolgung und Vernichtung der Juden zwischen 1933 und 1945 geredet wurde, war es weitaus schwieriger den gegenwärtigen Rechtsextremismus zu problematisieren als in jenen Kommunen, in denen diese Diskurse bereits präsent waren. Das geringe Wissen um die lokalhistorische Vergangenheit, der Mangel an Interesse und Empathie dafür schienen den Blick auf den gegenwärtigen Zustand der Demokratie zu verstellen. Mehr noch: Die Koordinaten dafür, was unter Demokratie zu verstehen ist und was demokratisches Handeln ausmacht, schienen unter diesen Bedingungen ebenfalls kaum vorhanden zu sein.

Ausgehend von dieser Erfahrung entstand die Idee, eine breite, öffentliche Diskussion über lokale Geschichte(n) des Antisemitismus und seine Wirkung bis heute zu initiieren. Bislang fand eine Diskussion hierüber fast ausschließlich in der Wissenschaft statt. Für eine öffentliche Debatte ist es jedoch nötig, das komplexe Problem von Antisemitismus in der DDR nicht abstrakt zu erzählen; vielmehr sollte anhand konkreter Fallgeschichten eine Auseinandersetzung über die jüngere Geschichte,

über eigene Verantwortung und über politische Haltungen in Gang gebracht werden. Um dies zu ermöglichen, schien das Medium Wanderausstellung besonders geeignet zu sein. Hier konnten komplexe historische Zusammenhänge erzählt und mit Lokalgeschichte in Zusammenhang gebracht werden. Die Ausstellung entstand in Kooperation mit der Ausstellungsmacherin Dr. Bettina Leder. Sie zeichnet für das Gesamtkonzept der Ausstellung verantwortlich. Gemeinsam mit einem wissenschaftlichen Fachbeirat wurden alle Ausstellungstexte auf ihre Quellenlage überprüft und in eine Form gebracht.

## Lokalhistorische Recherchen mit Jugendlichen

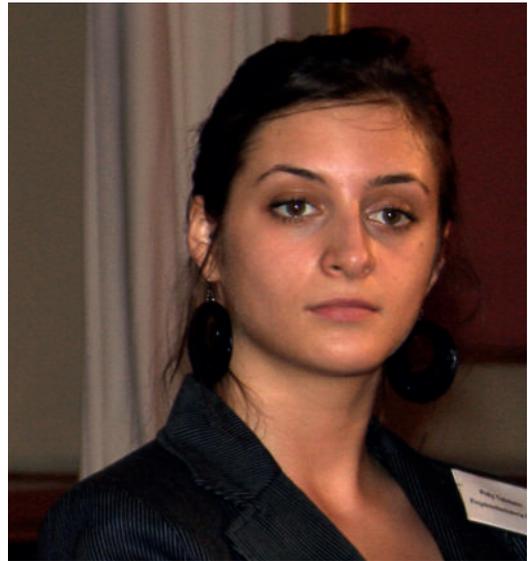
Für die Fallgeschichten, die in der Ausstellung erzählt werden, arbeitete die Stiftung mit Jugendlichen aus acht verschiedenen Städten der Neuen Bundesländer zusammen. Insgesamt 76 Jugendliche haben von Mai bis Dezember 2006 sehr verschiedene Recherchethemen verfolgt, die innerhalb des Gesamtkonzeptes der Ausstellung in einzelnen Kapiteln auftauchen. Der Kontakt zu den Jugendlichen wurde von langjährigen Projektpartnern der Stiftung aufgenommen, die neben ihrer Arbeit gegen Rechtsextremismus auch das Phänomen Antisemitismus beachten und hier ein genaues Problembewusstsein haben. Denn ein Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus muss nicht zwangsläufig mit einer Wahrnehmung von Antisemitismus einhergehen. Ein konkretes Begriffsverständnis und Wissen um historischen und gegenwärtigen Antisemitismus waren unabdingbar auf Seiten derjenigen, die vor Ort mit den Jugendlichen zusammenarbeiten, sie unterstützen und anleiten sollten. Bevor die Recherchen starteten, war es deshalb notwendig mit den Kolleginnen vor Ort zu klären, was Antisemitismus ist, welche Funktionen er in der Mehrheitsgesellschaft übernimmt und wie er sich gegenwärtig darstellt. Wie nun genau der Antisemitismus in der DDR ausgesehen hat, führte häufig zu sehr kontroversen Diskussionen. Wie wichtig sie waren, zeigte sich, als die Kollegen Kontakt zu den Jugendlichen aufnahmen und die entscheidenden Fragen noch einmal auf eine andere, pädagogisch adäquate Weise geklärt werden mussten.

Das Projekt war für die Jugendlichen sowohl schulisch wie außerschulisch durchaus von Nutzen:

In Regionalen Schulen erstellten sie Projektarbeiten, die an der Schule präsentiert wurden; junge Erwachsene, die sich regelmäßig in einem alternativen Jugendzentrum trafen, recherchierten zur Lokalgeschichte und debattierten darüber; Jugendliche, die sich auf das Abitur vorbereiteten, schrieben Hausarbeiten, die im Fach Geschichte bewertet wurden. Fragen, die sie besonders beschäftigten, waren beispielsweise: Wo befindet sich der jüdische Friedhof in unserer Stadt und wo sind die Grabsteine geblieben? Was wurde in der Regionalzeitung über Israel geschrieben? Wie wurde in meinem Wohnort zu DDR-Zeiten an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert? Was verstand die Regierung der DDR unter dem Begriff Terrorismus und wie steht dieses Verständnis im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit mit rechtsextremen Gruppierungen in der Bundesrepublik aber auch mit palästinensischen Terrorgruppen? Die Jugendlichen haben ihre Eltern, Großeltern und Nachbarn gefragt, sie haben in Zeitungearchiven, Museen und Gedenkstätten recherchiert, haben Zeitzeugen interviewt und Expertinnen befragt. Unterstützt wurden sie dabei von Historikerinnen und Pädagogen: Diese hatten vorab die Quellenlage überprüft, Forschungsanträge in Archiven gestellt und die Jugendlichen methodisch und inhaltlich auf die Recherchen vorbereitet.

### **Komplexe Themen – Eine Überforderung für Jugendliche?**

Oft wird behauptet, heutige Jugendliche würden sich kaum für geschichtliche Themen interessieren und seien nur schwer zu begeistern, historisches Geschehen zu recherchieren. Dass dies keineswegs der Fall sein muss, zeigt das durchgeführte Projekt. Jugendliche setzten sich hier über einen längeren Zeitraum mit einem komplexen Thema auseinander und entwickelten großes Interesse daran. Dabei war der Gegenstand sehr anspruchsvoll und umfasste eine Vielzahl von Themen: Es war notwendig, theoretisches Wissen über den Staat DDR und seine ideologische Basis zu vermitteln, Kontexte zu erläutern und zentrale Begrifflichkeiten zu klären. Auf dem inhaltlichen Fahrplan standen Themen wie »Staatsgründung und Verfassung der DDR«, »Ministerium für Staatssicherheit« oder »Antifaschismus – Anspruch und Wirklichkeit«. Auch war es wichtig, die Definition von Antisemitismus gemeinsam zu erarbeiten und sie auf die konkrete Recherchefrage zu beziehen. So haben sich Berliner Jugendliche angesehen, was bspw. in der DDR offiziell unter Terrorismus verstanden wurde und worin Unterschiede zu heutigen Perspektiven bestehen. Auf dieser Basis haben sie anhand der Akten der Staatssicherheit nachzeichnen können, wie die Unterstüt-



*Polly Tielebein recherchierte mit Berliner Jugendlichen, wie das MfS palästinensische Terrorgruppen unterstützt hat. Zur Ausstellungseröffnung am 27. April 2007 im Roten Rathaus in Berlin präsentierte sie die Ergebnisse.*

zung einer palästinensischen Terrorgruppe durch militärische Ausbildung und Lieferung technischer Ausrüstungen begründet wurde, die für weltweite Anschläge auf jüdische Einrichtungen verantwortlich war.

Darüber hinaus war es notwendig, den Umgang mit historischem Quellenmaterial zu lernen: Die Jugendlichen waren gefordert, Texte aus den Archiven der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) zu lesen und zu interpretieren. Dass Archivmaterial nicht als »richtiges Wissen« gelesen werden kann und es immer auch einer kritischen Interpretation bedarf, war Teil dieses Lernprozesses und mündete in einer Annäherung an wissenschaftliches Arbeiten.

Der nächste Schritt für die Jugendlichen bestand darin, die recherchierten Daten zu sortieren, zu überblicken und die Ergebnisse festzuhalten. Daran entstanden dann Texte. Sie sollten so formuliert werden, dass Ausstellungsbesucherinnen neugierig werden; die historischen Fakten mussten leicht verständlich und gleichzeitig korrekt sein.

Dass es möglich war, Jugendliche für die inhaltlich komplexen Themen zu interessieren und sie fachlich zu befähigen, lag neben dem professionellen Können von Pädagogen auch an der jeweiligen Recherchegeschichte, die den Wohnort der Jugendlichen betraf: Es ging nicht um abstraktes Wissen, sondern vielmehr um Geschehnisse, die auch Eltern und Großeltern miterlebt haben konnten.

## Familiäre Kontroversen zu Fragen der Zeitgeschichte

Das Thema der Ausstellung rief unter den Eltern und Großeltern von Jugendlichen sehr unterschiedliche Reaktionen hervor. Oft gab es wenig Wissen über Juden und Antisemitismus in der DDR, in einigen Fällen waren Jugendliche mit Abwehr konfrontiert, in den meisten Fällen jedoch löste das Projekt angeregte Diskussionen aus. Jugendliche erzählten von Kontroversen innerhalb der Familien; ein Großvater stellte die Teilnahme seines Enkels am Projekt mit der Begründung infrage, dass er dort Kenntnis über Sachen vermittelt bekäme, die es gar nicht gegeben habe. Gerade solche Auseinandersetzungen weckten das Interesse der Jugendlichen. So konnte ausführlich darüber gesprochen werden, welche Formen von Antisemitismus es in der DDR gegeben hat und warum es notwendig ist, hier genauer Bescheid zu wissen. Das bedeutete in Einzelfällen auch, die Eltern oder Großeltern mit »ins Boot zu holen« und deutlich zu machen, dass das Projekt nicht auf die Deligitimierung der DDR zielte – eine häufig geäußerte Befürchtung – sondern das Erforschen eines bislang beschwiegenen Themas. In diesen Auseinandersetzungen wiederholten sich Diskussionen: Der Titel der Ausstellung »Das hat's bei uns nicht gegeben!« ist Ausdruck einer Skepsis, Infragestellung oder Abwehr, mit der alle Beteiligten in der Projektvorbereitung und -durchführung häufig konfrontiert waren.

Nicht alle Jugendlichen waren mit einer innerfamiliären Distanz gegenüber dem Thema konfrontiert: So begrüßten Eltern die Recherchen ihrer Tochter und erzählten von ihrer Kritik an der öffentlichen Gedenkkultur an die Opfer des Nationalsozialismus während der Zeit in der DDR. Sie vermittelten ein differenziertes Bild über die Entwicklungen in den 1980er Jahren und sprachen auch über ihr Engagement in der Bürgerrechtsbewegung der DDR. Ein innerfamiliärer Bezug zum Thema motivierte auch die Recherchen einer Schülerin der jüdischen Oberschule. Ihre Familie hatte die antisemitischen Verfolgungen in der Sowjetunion von den 1950er Jahren bis zu ihrer Ausreise in die Bundesrepublik in den 1990ern erlebt. Recherchen über die Verfolgung von Juden in der DDR knüpften hier an konkrete Erfahrungen in der eigenen Familie an.

Neben diesen unterschiedlichen innerfamiliären Bezügen war es das bisher Neue und Unerforschte in der eigenen Umgebung, das die Jugendlichen besonders anzog.

## Detektivisches Arbeiten und lokale Diskurse

Die Arbeit der Jugendlichen verlief nicht selten detektivisch, wie das Beispiel der Recherchearbeiten



*Eberswalder Jugendliche recherchierten, wie in regionalen und überregionalen Zeitungen der DDR über den Libanonkrieg 1982 berichtet wurde.*

ten in Hagenow zeigt. Jugendliche haben sich hier auf die Suche nach dem Verbleib der Grabsteine des Jüdischen Friedhofes begeben. Hagenow hatte vor den Verfolgungen im Nationalsozialismus eine große Gemeinde, viele Jüdinnen und Juden lebten dort. Einige schafften es zu emigrieren, viele jedoch wurden ermordet, niemand kehrte nach Hagenow zurück. Was an diese Menschen aber auch an ihre Ermordung erinnerte, waren der jüdische Friedhof und seine Grabsteine. Bis 1962 gab es noch mehrere Grabsteine auf dem Friedhof in Hagenow, danach waren sie verschwunden, niemand schien sich zu erinnern, wie und warum das geschehen war. Die Stadt baute auf dem Gelände eine Autowaschanlage für die Stadtreinigung. Dieses Bild bietet sich auch heute noch den Besuchern der Stadt: Wenn man nach Hagenow hinein fährt, liegt dort eine überwucherte Brachfläche. Bislang weist nichts auf den Ursprung des Ortes und seine Geschichte. In dem Ausstellungsprojekt begaben sich Hagenower Jugendliche auf die Suche nach dem Verbleib der Grabsteine, sie stellten sich vor die Kaufhalle und fragten die Nachbarn, fragten ihre Eltern und Großeltern. Lange Zeit erhielten sie keine Auskünfte, niemand schien sich zu erinnern. Kurz vor Ende des Projektes jedoch gab es doch noch eine Zeugenaussage. Ein älterer Mann erinnerte sich, dass die Grabsteine für ein Fundament einer Garage »verwendet« wurden.<sup>1</sup> Man benötigte Baumaterial und missbrauchte dafür die letzten Zeugnisse jüdischen Lebens. Mit ihren beharrlichen Nachfragen und so auch mit den Projektergebnissen – über die Recherchen in Hagenow berichtet u.a. ein Video auf Spiegel online – haben die Jugendlichen in ihrem Wohnort eine Diskussion angestoßen – um individuelle Verantwortung im Umgang mit der Erinnerung an jüdisches Leben, um den Holocaust

<sup>1</sup> Der Zeitzeuge erinnert sich: »Die Steine, die haben wir denn ja, – ich meine, die war'n ja schwer ne ... wir haben dann ja eine Garage gebaut und da haben wir denn die Grabsteine mitversenkt«.

und heutigen Antisemitismus. Häufig wurde auf Veranstaltungen der Wanderausstellung gefragt und diskutiert, worin sich in dieser Fallgeschichte der Antisemitismus zeige. Zu klären, wo die Grenze zwischen gleichgültiger ›Geschichtsvergessenheit‹ und Antisemitismus liegt, bleibt dann Aufgabe der Wirkung dieser Ausstellung auf ihrer Wanderschaft.

### Öffentliche Präsentationen

Mit der Eröffnung der Ausstellung am 27. April 2007 begann ein neuer Abschnitt des Projektes. Einige Jugendliche präsentierten ihre Recherchen auf öffentlichen Veranstaltungen der Stiftung oder wurden von Journalistinnen interviewt. Ihnen wurde mit Neugier und Interesse begegnet, sie erhielten Anerkennung für ihre aufwändige und engagierte Arbeit. Unverständlich war es für sie, wenn einige Besucher der Ausstellung feindlich begegneten und Unterstellungen formulierten, die mit den konkreten Rechercheergebnissen nichts zu tun hatten. Für die öffentliche Debatte war es ein Gewinn und sehr überzeugend, wenn Jugendliche in Reaktion hierauf ihre Recherchen detailliert erzählten. Einige von ihnen beschrieben, dass sie auf diesen Veranstaltungen sehr viel lernten: Sie waren gefordert, auch in einer Kontroverse, für ihre Recherchen und das erarbeitete Begriffsverständnis von Antisemitismus einzustehen und es nachvollziehbar zu vermitteln. Am Ende konnten sie auch über die vielfältigen Lernprozesse im Projekt reflektieren: So begann ein Jugendlicher, seinen bisherigen Berufswunsch infrage zu stellen und über ein Studium der Geschichte nachzudenken.

### Resumée

Die beschriebenen Erfahrungen machen Mut, mit Jugendlichen zu zeitgeschichtlichen Themen im eigenen Wohnort zu recherchieren. Es ist auf diesem Wege durchaus möglich, sie für komplizierte Fragen zu interessieren und für eine Auseinandersetzung zu begeistern. Gerade die zeitliche Nähe zum Geschehen kann das Interesse und Durchhaltevermögen positiv beeinflussen: Jugendliche waren gerade interessiert, weil das Thema zu Kontroversen einlud und weil ihre Eltern und Großeltern sich daran beteiligten. So wurde in vielen Familien diskutiert, welche Bedeutung die DDR für Eltern und Großeltern hatte und wie sie zum Antisemitismus stehen. Für viele Jugendliche war es neu, eine andere Meinung gegenüber ihren Verwandten zu vertreten und diese mit Quellenrecherchen belegen zu können. Insofern ging es mit dem Projekt immer auch um emanzipatorische Werte und Bildungsprozesse einer kritischen Persönlichkeit. Nicht zuletzt war es jedoch auch Ziel des Projektes, dass Jugendliche sich über



*Rostocker Schülerinnen erforschten rechtsextreme Straf- und Gewalttaten, die in den 1980er Jahren im Bezirk Rostock verübt wurden.*

ihr Verständnis von Demokratie auseinandersetzen. Grundsätzlich lässt sich fragen, ob die Auseinandersetzung mit Antisemitismus hierbei spezifische Perspektiven eröffnen kann. Anders gefragt: Ist das Thema lokalhistorischer Recherchen (ir)relevant, wenn Jugendliche dahingehend motiviert werden sollen, sich über ihr Verständnis von Demokratie auseinanderzusetzen? In den Recherchen zeigte sich, dass sowohl die Thematisierung dessen, was den Alltag im Sozialismus ausmachte aber auch die Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Diskussionen über Demokratie eröffnen kann. Hierbei scheint es unabdingbar, dass es Pädagoginnen gelingt, den Blick auf die Funktion von Antisemitismus für diejenigen Gesellschaften zu legen, in denen er sich in verschiedenen Formen ausbreitet. Erst dann werden (Schuld)Zuschreibungen »an Juden« verlassen; das Verhalten von Juden und Antisemitismus wird nicht mehr kausal miteinander verknüpft. Vielmehr wird gefragt, was die DDR-Gesellschaft vom Antisemitismus hatte, welche Funktion er also für die nationale Konstruktion des Staates einnahm. Anders gesagt: Erst mit einem ideologiekritischen Verständnis wird es möglich, die Vorzüge einer demokratischen Gesellschaft zu vermitteln und Antisemitismus zu hinterfragen.

Auch nach längerer Wanderschaft zeigt sich, dass das Thema »Antisemitismus in der DDR« viele Menschen interessiert. Die Ausstellung wurde bislang etwa alle vier Wochen an anderen Orten gezeigt. Die Veranstaltungen sind gut besucht und es entstehen angeregte Diskussionen darüber, was Antisemitismus ist und wie er heute aussieht. Auch wird gefragt, welche Geschichten es im eigenen Wohnort gibt, über die bislang noch nicht gesprochen wurde. Dies ist ganz im Sinne der Stiftung und ihrer Ziele, denn das ist es, was beabsichtigt war: Eine Diskussion über ein bislang öffentlich beschwiegenes Thema anzuregen und nicht zuletzt Pädagoginnen zu ermutigen, mit Jugendlichen lokalhistorisch zu forschen.

# Lob, Kritik und Abwehr – Die Debatte über die Ausstellung »Das hat's bei uns nicht gegeben!« – Antisemitismus in der DDR« in bundesdeutschen Tages- und Wochenzeitungen

Michael Barthel

Die Ausstellung »Das hat's bei uns nicht gegeben!« – Antisemitismus in der DDR« der Amadeu Antonio Stiftung hat in den Medien für einige Aufregung gesorgt. Mit ihr beschäftigen sich mittlerweile über 130 Artikel, die in verschiedenen Tages- und Wochenzeitungen erschienen sind. Besonders in den ersten Monaten nach der Eröffnung am 27. April 2007 wurde heftig debattiert. Das ist nicht verwunderlich: Die Ausstellung bringt die Frage nach der Existenz von Antisemitismus in der DDR in die öffentliche Debatte. Nie zuvor wurde in der Bundesrepublik so pointiert und ausgiebig über dieses Thema im öffentlichen Raum geredet.<sup>2</sup> An der Auseinandersetzung in den Printmedien beteiligte sich ein breites Spektrum von Akteuren mit heterogenen Intentionen, was dazu führte, dass dieselben Phänomene oft sehr unterschiedlich bewertet wurden.

Viele Zeitungsartikel, die entsprechend ihrer politischen Verortung der gesellschaftlichen Mitte, teilweise auch dem linken Lager zuzuordnen sind, pflichteten den Ausstellungsmacherinnen und ihrem Anstoß zur Auseinandersetzung bei und attestierten ihnen, einen Beitrag »zur kritischen Aufarbeitung des Antisemitismus in der DDR« zu leisten; die Ergebnisse »zeig[t]en, dass es das eben doch gegeben hat«<sup>4</sup>. Dagegen steht die Sichtweise anderer Autoren, die in der DDR keinen Antisemi-

tismus verorten und die Ausstellung stattdessen als »ahistorisch und demagogisch« bezeichnen. Diese Autorinnen sind eher den dogmatischen Teilen des linken Lagers zuzuordnen. Die Bewertungen sind Teil unterschiedlicher Diskurse, die sich der Betrachtung des Phänomens annehmen. Auf der einen Seite handelt es sich um einen Diskurs, bei dem es inhaltlich um Erscheinungsformen von Antisemitismus in der DDR geht. Er wird im Folgenden »Antisemitismuskurs« genannt. Gegen diese Sichtweise richtet sich ein zweiter Diskurs, der die Existenz von Antisemitismus in der DDR zurückweist und dies mit einem wirksamen Antifaschismus begründet. Dieser Diskurs wird im Folgenden »Antifaschismuskurs« genannt. Im vorliegenden Artikel stehen die unterschiedlichen Deutungen, inhaltlichen Argumentationen und sprachlichen Konstruktionen dieser Diskurse im Mittelpunkt des Interesses.

Die Untersuchung greift auf die Methode der Diskursanalyse zurück. Sie eignet sich in besonderer Weise, einen Debattenüberblick zu erhalten und die vorliegenden Argumentationen zu rekonstruieren. In die Analyse wurden 37 Artikel einbezogen, die in der »heißen Phase« der Debatte nach ihrer erstmaligen Eröffnung zwischen April und Oktober 2007 erschienen sind. Das Feld der untersuchten Zeitungen ist sehr heterogen zusammengesetzt; vertreten sind folgende: Berliner Zeitung, Freitag<sup>5</sup>, Junge Welt, Jungle World, Neues Deutschland, Süddeutsche Zeitung, Die Tageszeitung und Die Welt. Ebenso heterogen setzt sich das Feld der beteiligten Autorinnen zusammen; es beteiligten sich Vertreter verschiedener politischer Milieus (Konservative, Liberale, Linke) mit verschiedenen Erfahrungshintergründen (Wissenschaftlerinnen, DDR-Bürgerrechtler, West- und Ostdeutsche).

---

2 Während ein öffentlicher Diskurs zum Thema »Antisemitismus in der DDR« bisher ausblieb, gibt es eine Vielzahl wissenschaftlicher Veröffentlichungen, die sich mit verschiedenen Aspekten der Thematik beschäftigen. Stellvertretend seien genannt: Thomas Haury, Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002; Mario Kefler, Die SED und die Juden. Zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967 (=Zeithistorische Studien, Bd.6), Berlin 1995; Stefan Meining, Kommunistische Judenpolitik. Die DDR, die Juden und Israel. Mit einem Vorwort von Michael Wolffsohn (=Diktatur und Widerstand, Bd.2), Hamburg 2002; Harald Schmid, Antifaschismus und Judenverfolgung. Die »Reichskristallnacht« als politischer Gedenktag in der DDR (=Berichte und Studien, Nr.43), Göttingen 2004; Angelika Timm, Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997; Michael Wolffsohn, Die Deutschland-Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden, München 1995.

3 Ina Beyer, Der Bodensatz blieb unangetastet, in: Neues Deutschland, 27. 4. 2007.

4 Jan Thomsen, Die Stasi brach den Leichen das Zahngold heraus, in: Berliner Zeitung, 12. 4. 2007.

---

5 Burga Kalinowski, Das hatten wir alle unter der Haut, in: Freitag, 17. 8. 2007.

6 Seit Februar 2009 trägt die Zeitung den Titel Der Freitag. Im vorliegenden Artikel wird die Bezeichnung Freitag verwendet, dem offiziellen Titel zur Zeit des Erscheinens der analysierten Artikel.

## Antisemitismuskurs

### Das Hauptproblem: »... das hat's bei uns nicht gegeben!«

Der Diskurs, welcher der Ausstellung positiv gegenübersteht, lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Als Hauptproblem wird festgestellt, dass es in den neuen Bundesländern kaum Wissen zum Thema »Antisemitismus in der DDR« gibt. So heißt es in einem Artikel der Berliner Zeitung: »die Meinung, dass es das bei uns (in der DDR) nicht gegeben habe, ist ja noch fast überall Standard«<sup>7</sup>. Oft wird in den Artikeln ein Zusammenhang zwischen der mangelnden Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in der DDR und den Ausprägungen von Rechtsextremismus und Antisemitismus in den Neuen Bundesländern hergestellt. Ina Beyer bezieht sich auf die Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung Anetta Kahane, wenn sie schreibt, dass »unter anderem auch diese fehlende Aufarbeitung dazu geführt [habe], dass Rechtsextremismus und Antisemitismus nach der Wende im Osten Deutschlands neue Blüten treiben konnten«.<sup>8</sup> Auf ein fortwährendes, gesellschaftliches Tabu, das Thema der Ausstellung zur Sprache zu bringen, verweist Constanze von Bullion in der Süddeutschen Zeitung vom 12. April: »Das hat's bei uns nicht gegeben«, heißt die Ausstellung, die am Mittwoch im Roten Rathaus von Berlin eröffnet wurde. Sie handelt vom Antisemitismus in der DDR, also von einem Thema, das in etlichen ostdeutschen Familien bis heute ein Tabu geblieben ist«.<sup>9</sup> Viele Artikel zeichnen ein Bild des Verdrängens und Wegschauens. Die Macht des Tabus führe so weit, dass es selbst jüdischen Zeitzeugen schwer falle, über dieses Thema zu reden. Deutlich machen will dies eine Artikelserie der Berliner Zeitung über Juden in der DDR. Die Autorin suggeriert, dass einige Absagen, die sie für ihr Vorhaben von Zeitzeugen erhielt, aufgrund des machtvollen gesellschaftlichen Tabus, statt aus persönlichen Gründen geschahen: »Ein Berliner Geschichtslehrer erklärte wenigstens, warum er nichts schreiben wolle. »Die Dinge sind so diffizil und kompliziert, eine schwierige Geschichte. Darüber rede ich nur mit meinen engsten Freunden«. Ich versuchte, ihn zu überreden, ahnend, dass es hier weniger um persönliche Probleme ging als um ein gesellschaftliches Tabu, ein hoch kompliziertes Thema, das in 17 Jahren Nachwendzeit kaum diskutiert, geschweige

denn aufgearbeitet worden war«.<sup>10</sup> Oft wird erwähnt, dass die Amadeu Antonio Stiftung den ersten öffentlichen Anstoß für eine Auseinandersetzung mit der unzureichenden »Aufarbeitung« gegeben hat: Die »jungen Ausstellungsmacher rühren an einem Tabu«.<sup>11</sup> Jedoch werden die recherchierenden Jugendlichen nicht als »krawallige Störenfriede« dargestellt, vielmehr gehe es um einen Beitrag »zur kritischen Aufarbeitung des Antisemitismus in der DDR«.<sup>12</sup> Die Aufklärung über die DDR-Vergangenheit komme aus der Zivilgesellschaft; die Stiftung steht hier für bürgerlich-demokratisches Engagement von Privatpersonen in den Neuen Bundesländern – in Abgrenzung zu einer durch den Staat initiierten Aufarbeitung. Dieser Aspekt wird mit der Motivation in den Vordergrund gestellt, Argumenten entgegenzuwirken, denenzufolge die Ausstellung »von Fremden« erstellt worden sei. Besonders tritt der jugendpädagogische Aspekt hervor, wenn betont wird, dass es sich um eine »Schülerausstellung«<sup>13</sup> handle oder junge Beteiligte als Hauptpersonen in den Artikeln auftreten.<sup>14</sup>

Während – laut Diskurs – viele Ausstellungsbesucher das Vorhaben gutheißen, werden andere als ideologisch verbohrt und ewig Gestrige beschrieben, zu denen oft Angehörige der Partei Die LINKE<sup>15</sup> gezählt werden. Einig sind sich die Autorinnen hinsichtlich der angenommenen Gründe für eine Ablehnung durch einzelne Bürger. Dies geschehe »teils in gutem Glauben, dass da nichts war; teils in schlechter Überzeugung«.<sup>16</sup> Unterschiede gibt es hinsichtlich der Beurteilung der Rolle der Partei. Sie wird von konservativer Seite für ihren Umgang mit der Ausstellung kritisiert.<sup>17</sup> Darüber

10 Anja Reich, Die Geschichten der Anderen, in: Berliner Zeitung, 16. 6. 2007.

11 Ina Beyer, Der Bodensatz blieb unangetastet, in: Neues Deutschland, 27. 4. 2007.

12 Ebenda.

13 Anja Reich, Die Geschichten der Anderen, in: Berliner Zeitung, 16. 6. 2007.

14 Vgl. Stefan Schulz, Ausstellung zeigt: Antisemitismus wurde in der DDR verschwiegen, in: Die Welt, 12. 4. 2007; Ina Beyer, Der Bodensatz blieb unangetastet, in: Neues Deutschland, 27. 4. 2007.

15 Die Partei gründete sich am 16. Juni 2007 durch eine Fusion der Linkspartei.PDS und der WASG und ist die Rechtsnachfolgerin der SED. Im vorliegenden Artikel wird die Bezeichnung »Die LINKE« benutzt, auch wenn es in den entsprechenden Textstellen um einen Zeitraum vor der Fusionierung geht.

16 Jan Thomsen, Es war nicht alles gut, in: Berliner Zeitung, 14. 4. 2007.

17 Deutlich wird dies in einem Artikel der Berliner Zeitung, der einen Vorfall während der Präsentation der Ausstellung im Rathaus Lichtenberg problematisiert. So gerät die Bürgermeisterin der fraktionsstärksten Partei DIE LINKE unter Zugzwang, als ihre Fraktion sich von der Ausstellung

7 Jan Thomsen, Es war nicht alles gut, in: Berliner Zeitung, 14. 4. 2007.

8 Ina Beyer, Der Bodensatz blieb unangetastet, in: Neues Deutschland, 27. 4. 2007.

9 Constanze von Bullion, Hetze nach Feierabend, in: Süddeutsche Zeitung, 12. 4. 2007.

hinaus wird sie in die Verantwortung genommen, wenn über eine Diskussionsveranstaltung im Rahmen der Ausstellung berichtet und problematisiert wird, dass eine »Diskussion über Antisemitismus ohne die PDS«<sup>18</sup> stattfand. Auch Die Welt sieht eine Verantwortung. Sie thematisiert vor allem das historische Erbe des Antizionismus der ehemaligen DDR-Staatspartei: »Und dieses unheilvolle Erbe haben Teile der PDS, der ostdeutschen (aber auch der westdeutschen) Linken und ihr weiteres Umfeld verinnerlicht.«<sup>19</sup> Mehrere Artikel heben das Ziel der Stiftung hervor, eine gesamtgesellschaftliche Debatte anzuregen bzw. zu intensivieren. Der Diskurs fordert hier zur Beteiligung auf und möchte dazu anregen, dem bisher vorherrschenden, idealisierten Bild der DDR-Geschichte ein »kritisches« entgegenzusetzen. Hierzu gibt die Ausstellung Anregungen, die von den Medien aufgegriffen werden. Allerdings kommt es auch zu Vergleichen, die im Lichte einer kritischen Aufklärung über Antisemitismus kaum angemessen erscheinen. So zieht ein Artikel eine direkte Linie zwischen den Taten der Nationalsozialisten und dem Umgang der Stasi mit einem Massengrab in Jamlitz: »Nicht wesentlich anders haben es auch die Nazis gehalten.«<sup>20</sup>

## Antifaschismusdiskurs

### Hauptproblem: »in Hass gegossener Antikommunismus«<sup>21</sup>

Die Autorinnen des Diskurses, welcher der Ausstellung ablehnend gegenübersteht, vermeiden es, sich direkt mit der Kritik an der DDR auseinanderzusetzen. Stattdessen wird ein anderes Bild der Geschichte entworfen. Es wird eine weit reichende öffentliche »Diffamierung des ostdeutschen Staates«<sup>22</sup>, der »seines Charakters als antifaschistisches Staatswesen entkleidet werden«<sup>23</sup> soll, problematisiert. Darüber hinaus wird in Abrede gestellt, dass Antisemitismus ein relevantes Problem in der DDR war, die Ausstellung spreche lediglich »Einzelfälle« an. Ebenso wie

distanziert und Erklärungen im Rathaus verteilt, welche Unterstellungen gegenüber der Ausstellung enthalten. Der Artikel skandalisiert eine, mit der Stiftung nicht abgesprochene: Verlegung der Tafeln auf den Flur, die zur Folge hatte, dass viele Besucherinnen die Ausstellung nicht mehr vorfanden. (vgl. Berliner Zeitung, 21. 4. 2007).

18 Jan Thomsen: Diskussion über Antisemitismus ohne PDS, in: Berliner Zeitung, 26. 4. 2007.

19 Christian Böhme, Rotes Mäntelchen mit braunen Flecken, in: Die Welt, 15. 4. 2007.

20 Sven Felix Kellerhof, »Die Opfer weisen viel Zahngold auf«, in: Die Welt, 27. 7. 2007.

21 Regina General, Worte sind manchmal wie Schiffe, in: Freitag, 27. 4. 2007.

22 Kurz Pätzold, Du sollst nicht falsch Zeugnis geben, in: Neues Deutschland, 7. 4. 2007.

23 Ebenda.

im Antisemitismuskurs wird der Ausstellung eine führende Rolle bei der Thematisierung von Antisemitismus in der DDR zugebilligt. Die Charakterisierung ist jedoch eine ganz andere: Sie wird als Handlangerin eines »von oben« initiierten Plans verstanden. Der Gegendiskurs und die Ausstellungsmacher werden mit einer ideologischen »Mission« in Zusammenhang gebracht, deren Ziel die Bekämpfung eines positiven DDR-Bildes sei und ihren Ausdruck darin fände »mit einzelnen Beispielen retrospektiv Antisemitismus in der DDR zu kreieren.«<sup>24</sup> Hintergrund für das Entstehen der Ausstellung sei »in Hass gegossener Antikommunismus.«<sup>25</sup> Dies entspräche dem »politische[n] Zeitgeist, Abteilung Delegitimierung.«<sup>26</sup> Den Angriffen gegen die DDR würde außerdem das Interesse zugrundeliegen, von offensichtlichen Fehlern und Versäumnissen der bundesrepublikanischen Politik zum Thema Antisemitismus, aber auch der Sozialpolitik abzulenken. Grund für die Probleme sei ein grundsätzlicher Zusammenhang von Faschismus und Kapitalismus. So schreibt Ellen Brombacher in einem Artikel über die Veränderungen durch die »Wende«: »Ein nichtkapitalistisches Gemeinwesen wurde durch immer asozialer funktionierende Mechanismen der Profitmaximierung ersetzt. Kriege ebenso eingeschlossen wie faschistoide Tendenzen. Je offenkundiger dies wird, desto lauter tönt es, die DDR habe nichts getaugt.«<sup>27</sup> Als Beleg werden Altnazis in hohen Ämtern der Bundesrepublik, aber auch aktuelle Beispiele für Antisemitismus angeführt.<sup>28</sup> Hier wird die Umdeutung des Themas erkennbar: Es geht nicht um den Antisemitismus in der DDR; im Vordergrund stehen stattdessen Defizite der BRD und Annahmen über ideologische Begründungen. Die hier zugrunde liegende Interpretation, welche die Ausstellung als Teil einer ideologischen »Manipulation von oben« beschreibt, verdeutlicht die Nähe der Autoren zum staatssozialistischen Weltbild. So schreibt Brombacher im Neuen Deutschland, dass »Antikommunisten ein leichtes Spiel [haben,] weil sie über alle denkbaren Mittel der Manipulation verfügen.«<sup>29</sup> Vergleichbar argumentiert eine Autorin im Freitag, wenn sie eine Zeitzeugin zitiert, welche

24 Burga Kalinowski, Das hatten wir alle unter der Haut, in: Freitag, 17. 8. 2007.

25 Regina General, Worte sind manchmal wie Schiffe, in: Freitag, 27. 4. 2007.

26 Burga Kalinowski, Das hatten wir alle unter der Haut, in: Freitag, 17. 8. 2007.

27 Ellen Brombacher, ... als sei ich von Sinnen, in: Neues Deutschland, 30. 6. 2007.

28 Vgl. Burga Kalinowski, Das hatten wir alle unter der Haut, in: Freitag, 17. 8. 2007.

29 Ellen Brombacher, ... als sei ich von Sinnen, in: Neues Deutschland, 30. 6. 2007.

die Ausstellung als »ahistorisch und demagogisch«<sup>30</sup> beschreibt. Mit der Zuschreibung von Manipulation wird der Ausstellung auch abgesprochen, ein zivilgesellschaftliches Projekt zu sein. Stattdessen folge sie einer »verordneten Delegitimierung der DDR«.<sup>31</sup> Wer diese Delegitimierung verordnet habe, bleibt diffus; jedoch treten als ausführende Akteure Politikerinnen auf: »Der ehemalige Justizminister Klaus Kinkel wusste, warum er 1991 auf dem Deutschen Richtertag forderte den DDR – Antifaschismus zu delegitimieren«.<sup>32</sup>

In diesem Zusammenhang wird der Ausstellung jegliche Wissenschaftlichkeit abgesprochen. Sie wird als, »sehr oberflächlich«<sup>33</sup> bewertet, es ist die Rede von »zweifelhaften Definitionsversuchen«<sup>34</sup> sowie von »weniger kühnen, als dreisten Behauptungen«<sup>35</sup>. Auch ein Profitmotiv wird implizit unterstellt. So tauchen in der ersten Zeile eines Artikels unvermittelt Hinweise auf die Nutzungsgebühr auf<sup>36</sup> oder es wird erklärt, dass die Ausstellung »feilgeboten«<sup>37</sup> werde.

Der ehemalige Geschichtspräsident Kurt Pätzold geht aber noch einen Schritt weiter, indem er die Ausstellung auf eine Stufe mit Nazi-Propaganda stellt. Sein Artikel erscheint wenige Tage vor der Ausstellungseröffnung ohne Kenntnis ihrer Inhalte und ist insofern auch als Versuch einzuschätzen, bereits vorab der Veröffentlichung den Diskurs in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen. Pätzold schreibt: »Die Verfechter der These [wonach der ›Bodensatz‹ des Antisemitismus unangetastet belassen wurde; Anm. M. B.] spekulieren womöglich auf jene Wirkung, auf die auch Joseph Goebbels vertraute, der meinte, eine Lüge müsse nur oft genug wiederholt werden, damit sie auch geglaubt würde. So verfuhr die Nazis mit der haltlosen Anschuldigung und Kampfansage ›Die Juden sind unser Unglück‹, formuliert von dem preußisch-deutschen Historiker Heinrich von Treitschke, der noch immer Namensgeber einer Straße in einem Westberliner Bezirk ist. Und wie der Propagandaminister mögen seine gelehrigen Schüler auf die Unwissenheit der Adressaten hoffen, zu der sie durch unterschlagene Informa-

tionen und verbreitete Falschinformationen kräftig beitragen«.<sup>38</sup>

Parallel dazu wird in diesem Diskurs auch die Ansicht vermittelt, dass es sich bei den antijüdischen Verfolgungen Anfang der 1950er Jahre lediglich um eine Ausreise von Juden aufgrund politischer Differenzen handelte. So wird davon gesprochen, dass es »zeitweilig eine politisch sektiererische, verständnislose und dumme Politik gegenüber den jüdischen Gemeinenden«<sup>39</sup> gegeben habe, deren Folge »Flucht und Weggang von Juden«<sup>40</sup> war. Anderen wiederum sei »aus Gründen politischer Differenz das Gedenken verweigert«<sup>41</sup> worden. Dass es sich hierbei um Antisemitismus gehandelt haben könnte, wird nicht in Erwägung gezogen. Zudem wird argumentiert, dass die antizionistische Politik der SED strikt von jeglichem Antisemitismus zu trennen sei. Einige Artikel wollen den Eindruck vermitteln, dass es keinen Antisemitismus in der DDR gegeben haben kann, da in der Regierung und in politisch verantwortlichen Positionen Juden gearbeitet haben.<sup>42</sup> Besonders diese Alibifunktion zeigt die Nähe der Rechtfertigungen zu antisemitischen Konstruktionen. ›Gute Juden‹ sind nicht religiös und haben sich stattdessen auf die Seite des Staatssozialismus geschlagen, während ›schlechte Juden‹ im zionistischen Israel leben. Diese Dichotomie verbleibt in der Zuschreibung vom Juden als dem Anderen. Antisemitismus wird hier nicht sinnvoll widersprochen, vielmehr kommt es zu einer Fortschreibung von Stereotypen.

### **Handlungsoption: Das Bild der Geschichte wieder gerade rücken**

Die Autorinnen dieses Diskurses betonen ihre Zeitzeugenschaft, ihre subjektive Authentizität, eine wissenschaftliche Objektivität und einen ethischen Anspruch, in sozial gerechter Weise die Schwächeren – vor allem die schwächere DDR – zu verteidigen. Hieraus leitet sich die Zielsetzung ab, das »Verfahren [gemeint ist, Lügen über die DDR zu verbreiten; Anm. M. B.] ein wenig zu erschweren«<sup>43</sup>, die Bevölkerung über die »tatsächliche DDR« aufzuklären und auf diesem Wege die aktuelle politische Situation zu entlarven. Es geht darum, in Abgrenzung zur Ausstellung eine »andere Version« der DDR-Geschichte zu erzählen. In weiten Teilen entspricht diese Version dem staatssozialistischen

30 Burga Kalinowski, Das hatten wir alle unter der Haut, in: Freitag, 17. 8. 2007.

31 Ein totales Tabu?, in: Junge Welt, 13. 4. 2007.

32 Ellen Brombacher, ... als sei ich von Sinnen, in: Neues Deutschland, 30. 6. 2007.

33 Burga Kalinowski, Das hatten wir alle unter der Haut, in: Freitag, 17. 8. 2007.

34 Ein totales Tabu?, in: Junge Welt, 13. 4. 2007.

35 Kurz Pätzold, Du sollst nicht falsch Zeugnis geben, in: Neues Deutschland, 7. 4. 2007.

36 Vgl. Ein totales Tabu?, in: Junge Welt, 13. 4. 2007.

37 Kurz Pätzold, Du sollst nicht falsch Zeugnis geben, in: Neues Deutschland, 7. 4. 2007.

38 Ebenda.

39 Ebenda.

40 Ebenda.

41 Ebenda.

42 Vgl. Burga Kalinowski, Das hatten wir alle unter der Haut, in: Freitag, 17. 8. 2007; Uwe-Jens Heuer, Strukturelle Einseitigkeit, in: Junge Welt, 04.07.2007.

43 Ebenda.

Geschichtsbild und einem affirmativen Verständnis des Statements ›... das hat's bei uns nicht gegeben!‹. Vermittelt wird, dass »der Faschismus radikal, also an seine Wurzeln gehend bekämpft worden«<sup>44</sup> sei, dass »die Bekämpfung der Ideologie des Rassismus und des rassistischen Antisemitismus [...] ohne erkennbares Verfallsdatum ist und in ihren besten Hervorbringungen zum unverlierbaren Bestand nationaler und internationaler Kultur gehört«<sup>45</sup> und dass der staatliche Antizionismus »eine kritische Sicht auf die Politik Israels«<sup>46</sup> sei und damit mit Antisemitismus nichts zu tun habe.

### Ausblick: Linkes Selbstverständnis und Antisemitismus in der DDR

Aufmerksam zu machen ist auf die Teilnahme von parteilosen Linken und Angehörigen der Partei Die LINKE an der Debatte. Während die undogmatische linke Wochenzeitung Jungle World die längst fällige Auseinandersetzung begrüßt<sup>47</sup>, geht es in den traditionell eher DDR-nostalgischen linken Milieus um eine Bewertung der DDR-Vergangenheit insgesamt. Im Verlauf der vergangenen Jahre ist hier auch ein beginnender Prozess der Auseinandersetzung zu beobachten. Als Beispiel soll an dieser Stelle auf die Rede von Gregor Gysi bei einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung im April 2008 verwiesen werden, in der er den linken Antizionismus und den Umgang der DDR mit Jüdinnen und Juden kritisierte.

Dieser Prozess zeigt sich auch in den Beiträgen einiger Zeitungen mit linkem Selbstverständnis. Das Neue Deutschland – der Partei Die LINKE nahestehend – und die linksliberale Wochenzeitung Freitag versammeln Artikel beider Diskurse. Dabei sind Anhänger einer kritischen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit zum Teil mit heftiger Gegenwehr konfrontiert. So kommentiert ein Leserbrief im Neuen Deutschland den Artikel von Ina Beyer: »Das fröhliche Bild der Mitautorinnen der Ausstellung kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie an einem unseriösen Propagandastück mitgearbeitet haben«.<sup>48</sup> Andere Leserbriefe sind nachdenklicher: »Trotzdem kommt mir heute häufiger die Frage, warum es in der DDR nicht möglich war, le-

bendige jüdische Gemeinden aufzubauen?«<sup>49</sup> Diese Tendenz, neue Fragen zu stellen, ist ein bisheriger Erfolg der Ausstellung. Durch sie erhalten die Stimmen öffentlichen Rückhalt, die für eine kompromisslose Bekämpfung von Antisemitismus – auch in den eigenen Reihen – eintreten. Die Entwicklung linker Selbstverständnisse zum ›Antisemitismus in der DDR‹ wird auch weiterhin mit Spannung zu beobachten sein.

... und keiner spricht mehr von der alten Bundesrepublik

**Der Bodensatz blieb unangetastet**  
Antisemitismus im Arbeiter- und Bauernstaat? Eine Ausstellung von Jugendlichen, die provoziert

**Verteufeln ist heute einträgliches Gewerbe**

**Das Böse der Anderen**

WIE ANTISEMITISCH WAR DIE DDR? (1) = Viele Untersuchungen zeigen, bezogen auf NS-Diktatur und historische Verantwortung war das Problembewusstsein im Osten stärker als im Westen

## Antizionistischer Antifaschismus

WIE ANTISEMITISCH WAR DIE DDR? = Über die Erst- und Letzt-Begründung des anderen deutschen Staates

**Tragödien sind nicht zu Ende, wenn der Vorhang fällt**

WIE ANTISEMITISCH WAR DIE DDR? = Die aufklärerische Substanz im Osten war offensichtlich stärker als alle westdeutschen Versuche

Vorab: Notizen zu einer Ausstellung über Antisemitismus in der DDR

**Du sollst nicht falsch Zeugnis geben**

Habe ich in einer anderen DDR gelebt?

**Ich bin der DDR dankbar für Bücher-Subventionen**

**Real existierender Antisemitismus**

Neue Ausstellung über den in der DDR verdrängten Hass auf Juden

**Es war nicht alles gut**

JAN THOMSEN  
freut sich über die neu angestoßene Debatte zum DDR-Antisemitismus.

**MEIN Ärger...**  
Der gerechte Zorn von Gunnar Schupelius  
**Wie egal ist uns der DDR-Antisemitismus?**

**Ein lange verdrängtes Phänomen**

GESCHICHTE: Die Berliner Wanderausstellung „Das hat's bei uns nicht gegeben“ thematisiert den Antisemitismus in der DDR

44 Ellen Brombacher, ... als sei ich von Sinnen, in: Neues Deutschland, 30. 6. 2007.

45 Kurz Pätzold, Du sollst nicht falsch Zeugnis geben, in: Neues Deutschland, 7. 4. 2007.

46 Andreas Fritsche, Den Völkermord benannt, in: Neues Deutschland, 3. 5. 2007.

47 Vgl. Kerstin Eschrich, Jüdische Friedhöfe zu Abstellplätzen!, in: Jungle World, 18. 4. 2007.

48 Martin Scheele, Ich vermisse Herbert Baum, in: Neues Deutschland, 4. 5. 2007.

49 Doris Heinze, Jetzt denke ich über Judensein nach, in: Neues Deutschland, 17. 4. 2007.

# Eichmann, Globke und die DDR

Annette Leo

Am 11. Mai 1960 wurde Adolf Eichmann von Agenten des israelischen Geheimdienstes Mossad in Buenos Aires entführt und nach Israel gebracht. Während des Dritten Reiches hatte SS-Obersturmbannführer Eichmann als Leiter des Referats IV D 4 im Reichssicherheitshauptamt die Deportation der Juden aus Deutschland und dem besetzten Europa in die Vernichtungslager organisiert. Bis zu seiner Entführung hatte er unbehelligt unter dem Namen Ricardo Klement mit seiner Familie im Stadtteil San Fernando von Buenos Aires gelebt und bei Daimler Benz Argentinien gearbeitet.

Die Umstände der Festnahme Eichmanns und die Tatsache, dass er als erster NS-Täter von einem israelischen Gericht angeklagt werden würde, waren eine internationale Sensation. Als am 11. April 1961 vor dem Jerusalemer Bezirksgericht der Prozess gegen Adolf Eichmann eröffnet wurde, reisten etwa 500 Journalistinnen und Journalisten von Presse, Rundfunk und Fernsehen aus aller Welt an. Unter ihnen befand sich die Philosophin und Schriftstellerin Hannah Arendt, die im Auftrag der Zeitschrift *The New Yorker* den Prozess verfolgte, bevor sie wenig später ihre berühmte gewordene Analyse über die Banalität des Bösen verfasste.<sup>50</sup> Auch aus Ostberlin waren zwei Journalisten gekommen: Max Kahane, Sonderkorrespondent des SED-Zentralorgans *Neues Deutschland* und Gerhard Leo, Sonderkorrespondent des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes (ADN). Beide stammten – ebenso wie Hannah Arendt – aus deutsch-jüdischen Familien und waren – wie sie – 1933 emigriert. Max Kahane, Jahrgang 1910, seit 1932 Mitglied der KPD, war zunächst nach Prag geflohen, 1938/39 kämpfte er als Interbrigadist in Spanien, nach der Niederlage der Republikaner wurde er in Südfrankreich in verschiedenen Internierungslagern festgehalten. Der drohenden Deportation nach Auschwitz entkam er durch Flucht und schloss sich dem Widerstand gegen die Okkupanten an. Gerhard Leo, mein Vater, war neun Jahre alt, als seine Eltern 1933 mit ihm nach Frankreich emigrierten. Als die deutsche Wehrmacht 1940 in Paris einmarschierte, schlug sich der knapp Siebzehnjährige allein in die unbesetzte Zone durch, kam in einem jüdischen Kinderheim unter, aus dem er floh, als die

Razzien von Gestapo und Gendarmerie begannen, fand schließlich Kontakt zum Untergrund, wurde verhaftet. Partisanen überfielen im Juni 1944 den Zug, der ihn nach Paris zu seinem sicheren Todesurteil bringen sollte. Er kämpfte mit ihnen bis zur Befreiung Frankreichs. Vermutlich 1944/45 lernten sich Max Kahane und Gerhard Leo in Paris kennen. Beide fuhren im Auftrag der CALPO, dem Nationalkomitee Freies Deutschland für den Westen in deutsche Kriegsgefangenenlager, um mit der Um-erziehung der Besiegten zu beginnen. 1945 kehrten sie auf unterschiedlichen Wegen zurück in ihre Heimat. Sie wollten helfen, ein neues Deutschland aufzubauen. Beide wurden sie Partei-Journalisten und nahmen 1946 als Berichterstatter am Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess teil. Zum Zeitpunkt von Eichmanns Entführung im Jahr 1960 arbeitete Max Kahane als Korrespondent des *Neuen Deutschland* in Indien, während mein Vater mit meiner Mutter und uns drei Töchtern in Genf lebte, wo er als ADN-Korrespondent bei der UNO akkreditiert war.

Ich erinnere mich noch an die Aufregung nach der spektakulären Entführung Eichmanns. Als wissbegierige und ziemlich altkluge Zwölfjährige verschlang ich damals die Artikelserien in *Spiegel* und *Stern* über Eichmanns Verbrechen, seine Flucht nach Argentinien, wirkliche und erfundene Geschichten über die Mission der israelischen Agenten und die Vernehmungen des Verhafteten in Jerusalem. Bei einer Abendgesellschaft verblüffte und befremdete ich die anwesenden Genossen von der Genfer diplomatischen DDR-Vertretung mit auswendig rezipierten Dialogen aus diesen Artikeln, was meine Eltern vermutlich in Erklärungsnot brachte, denn eigentlich hätten sie die Zeitschriften vor mir verschlossen halten müssen. Von dieser Lektüre ist mir bis heute vor allem ein Foto des jüngsten Sohnes von Eichmann im Gedächtnis geblieben, der erst 1955 in Argentinien geboren worden war. Der Text über den kleinen Jungen, der seinen Vater vermisste, rührte mich und gleichzeitig wusste ich, dass solche Gefühle irgendwie nicht angebracht waren angesichts der Schwere und der Düsternis dieses Themas.

Damals schien mir, als ob die Verbrechen, deren dieser Eichmann angeklagt war, in einer sehr fern- en Zeit geschehen waren, die mit meinem Leben

<sup>50</sup> Hannah Arendt, *Eichmann in Jerusalem*. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1964.

in keiner Verbindung stand. Dabei waren seit Ende des Krieges gerade erst 15 Jahre vergangen. Verfolgte und Verfolger waren – wie Eichmann – noch keine alten Leute, sie lebten unter uns. Ich glaube, in den sechziger Jahren wurde weniger über die NS-Zeit gesprochen als heute. Es gab zwar in der DDR die zahlreichen Gedenkrituale zur Ehrung der ermordeten Widerstandskämpfer, an denen schon die Schulkinder regelmäßig teilnahmen. Doch über die Vergangenheit erfuhren wir bei diesen Anlässen eigentlich wenig, eher über die schöne helle Gegenwart, in der wir leben durften, während in Westdeutschland immer noch die faschistischen Mächte herrschten. Der Kalte Krieg, die Teilung Deutschlands und die Konfrontation zwischen den Blöcken schienen wichtiger als die Auseinandersetzung mit dem NS-Regime. Und dabei spielte die Vergangenheit nun doch wieder eine Rolle. Sie wurde stets bemüht, wenn es darum ging, die eigene Gesellschaft als erneuert und geläutert zu präsentieren und der anderen Seite die Fortsetzung der unheilvollen deutschen Geschichte zuzuschreiben. Tatsächlich boten beide deutsche Staaten viele Anhaltspunkte für derartige Vorwürfe. Waren es in der Bundesrepublik die eklatanten personellen Kontinuitäten in Polizei, Armee, Verwaltung, Justiz und Bildungswesen und die damit einhergehende Blindheit für ganze Verbrechenskomplexe aus der NS-Zeit, so weckten in der DDR die Fortdauer undemokratischer Verhältnisse, polizeiliche und justizielle Willkür, die Propagandasprache, aber auch die Verweigerung von Wiedergutmachungsleistungen an die überlebenden Juden unangenehme Assoziationen. Eine Schlussstrichmentalität gab es, wenn auch auf unterschiedliche Weise, in Ost und West. In beiden deutschen Staaten war die Verfolgung von NS-Verbrechern seit Mitte der fünfziger Jahre faktisch zum Erliegen gekommen.

Im Jahr 1957 begann die DDR den westlichen Nachbarstaat mit systematischen Kampagnen zu attackieren. Belastete Nazis in führenden Positionen des bundesdeutschen Staates und der Wirtschaft, deren Vergangenheit es aufzudecken galt, gab es mehr als genug. Aber die SED hatte für die Intensivierung ihrer Enthüllungspolitik auch gewichtige innenpolitische Gründe. Der kleinere und ärmere deutsche Staat hatte ein Legitimationsproblem. Seit Jahren bemühte er sich, internationale Anerkennung zu erlangen und den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik zu entkräften. Außerdem steckte seine Wirtschaft in der Krise und seine Bürger, vor allem die Fachleute, liefen ihm davon. 1960/61 erreichte die Fluchtwelle ihren Höhepunkt.

## Der Prozess

Der Prozess gegen Adolf Eichmann fand im neu errichteten Beth Ha'am, dem Haus des Volkes in Jerusalem statt, das während der Dauer der Gerichtsverhandlung von einem hohen Zaun umgeben war und von schwer bewaffneten Polizisten bewacht wurde. Wie Hannah Arendt anmerkt, sei das Gebäude ursprünglich als Theater entworfen worden, »so dass Korrespondenten und Zuschauer im Parkett und auf der Galerie sitzen, vor sich das Proszenium und die Bühne mit den Seitentüren für die Auftritte der Schauspieler«.<sup>51</sup> Arendt beschreibt ihren Leserinnen und Lesern den Richtertisch, der sich im Laufe der Monate mit unzähligen Büchern und Stapeln von Dokumenten füllte, sie beschreibt die Plätze für die Vertreter von Anklage und Verteidigung ebenso wie den berühmten Glaskasten und den Mann, der darin saß: »ein mittelgroßer, schlanker Mittfünfziger mit zurückweichendem Haaransatz, schlechtsitzendem Gebiss und kurzsichtigen Augen, der den ganzen Prozess hindurch seinen dünnen Hals zur Richterbank hinreckt (nicht ein einziges Mal wendet er sein Gesicht dem Publikum zu) und sich verzweifelt bemüht, Haltung zu bewahren, was ihm im allgemeinen auch gelingt, trotz des nervösen Zuckens, das seinen Mund längst vor Beginn dieses Prozesses verzerrt haben muss«.<sup>52</sup> Der Umstand, dass der Prozess sich auf einer Theaterbühne abspielte, veranlasst die Autorin zu einer Reihe von tadelnden Bemerkungen über »den Schauspielcharakter des Prozesses«.<sup>53</sup> Für Staatsanwalt Gideon Hausner und den israelischen Premierminister David Ben-Gurion, der im Hintergrund die Fäden zog, habe sich hier die Gelegenheit geboten, der Welt eine Lektion zu erteilen und die Legitimität des Staates Israel nach innen und außen zu betonen. Vor der Gerechtigkeit aber, so Hannah Arendt, sei in diesem Gerichtssaal nur Eichmann wichtig. Es gehe um seine Taten und nicht um die Leiden der Juden: »ihm wird hier der Prozess gemacht, nicht dem deutschen Volk oder der Menschheit, nicht einmal dem Antisemitismus und dem Rassenhass«.<sup>54</sup>

Der israelische Ministerpräsident Ben Gurion war damals keineswegs der einzige Politiker, der dieses Gerichtsverfahren mit aktuellen politischen Erwägungen und Bestrebungen besetzte. Vielleicht kann man im Rückblick sogar sagen, dass die politischen Reaktionen auf den Eichmann-Prozess und seine erinnerungspolitischen Wirkungen weitaus größer waren als seine eigentliche juristische Bedeu-

51 Ebenda S. 28.

52 Ebenda S. 29.

53 Ebenda S. 32.

54 Ebenda S. 29.

tung, Hannah Arendt jedoch konzentrierte sich in ihrer bis heute faszinierenden Analyse ganz auf die Handlungen und Motivationen des Angeklagten und unternahm einen ersten Versuch, der so schwer zu fassenden Arbeitsteiligkeit dieses ungeheuren Verbrechenskomplexes auf die Spur zu kommen. Damit war sie ihrer Zeit weit voraus.

In Bonn kreisten erste offizielle Stellungnahmen nach der Festnahme Eichmanns zunächst um die Sorge, dieser Prozess könne dem internationalen Ansehen der Bundesrepublik schaden und den propagandistischen Angriffen von Sowjetunion und DDR wegen der vielen unbestraft gebliebenen NS-Täter neuen Stoff liefern. Offenbar wurde der Druck als so stark empfunden, dass noch vor Beginn der Jerusalemer Gerichtsverhandlung der jahrelang gesuchte Richard Baer, Nachfolger des Auschwitz-Kommandanten Höss plötzlich »gefunden« werden konnte, wie Hannah Arendt ironisch anmerkt. Kurz darauf wurden auch die meisten Mitglieder des so genannten Eichmann-Kommandos endlich inhaftiert.<sup>55</sup> Bezeichnenderweise hatte keiner von ihnen »es für nötig befunden, unter falschem Namen zu leben«.<sup>56</sup> In Ostberlin rüstete die SED, wie befürchtet, ihren Propaganda-Apparat, um das Gerichtsverfahren für eine weitere Offensive gegen den westdeutschen Nachbarstaat zu nutzen und sich selbst der Weltöffentlichkeit als der bessere, der antifaschistische Staat zu präsentieren.

Die Journalisten Max Kahane und Gerhard Leo aus der DDR kamen deshalb im April 1961 mit einem besonderen Auftrag nach Jerusalem, der sich keineswegs darin erschöpfte, über den Eichmann-Prozess zu berichten. Ihre Arbeit war Teil einer Kampagne, die zum Ziel hatte, den damaligen Staatssekretär im Bundeskanzleramt Dr. Hans Globke zum Rücktritt zu zwingen. In den dreißiger Jahren hatte Globke als Mitarbeiter des NS-Justizministeriums einen, wie Hannah Arendt schreibt, »infamen Kommentar« zu den Nürnberger Gesetzen mitverfasst. Et was später hatte er dann »den glänzenden Einfall [...] allen deutschen Juden die Vornamen Israel oder Sarah in die Pässe zu schreiben«.<sup>57</sup> Dass er es mit dieser Vergangenheit bis ins Bundeskanzleramt geschafft hatte, war ein Skandal und gleichzeitig symptomatisch für die Verhältnisse in der Bonner Republik der sechziger Jahre. Die Forderung nach seinem Rücktritt bestand zweifellos zu Recht. Die

DDR-Propaganda schoss jedoch über das Ziel hinaus und präsentierte Globke als einen Vordenker und Befehlsggeber des Massenmordes an den Juden, der neben Eichmann auf der Anklagebank sitzen müsste. Bereits in seinem Kommentar vom ersten Verhandlungstag im Neuen Deutschland vom 12. April 1961 ging Max Kahane unter dem Titel »Bonn ist der Komplize der Eichmänner« direkt zur Polemik gegen die Bundesrepublik über: »Der Alarmruf gegen Bonn ist die unausweichliche Logik des Prozesses«, schreibt er. Zwei Sätze weiter heißt es dann: »[...]der Ruf, der mit der Entlarvung Globkes aus unserer Republik kam und der die Verurteilung des engsten Mitarbeiters von Adenauer fordert«, werde »trotz aller politischen Absprache hinter der Prozesskulisse, zu einem Donnerergrollen verstärkt durch die Welt rollen«. In diesem reichlich verwinkelten, mit Wortbildern gespickten Satz sind wesentliche Elemente der Propagandakampagne der folgenden Monate bereits enthalten. Erstens: Der Prozess gegen Eichmann ist nur der Anlass, die »Kulisse«. Es geht vor allem um eine Auseinandersetzung mit der Regierung in Bonn. Zweitens: Zwischen Israel und der Bundesrepublik habe es Absprachen gegeben, um den Namen des Staatssekretärs aus dem Prozess herauszuhalten. Wo die israelischen Richter schlicht im Rahmen der Prozessordnung agierten, der zufolge in einem Gerichtsverfahren vor allem die Taten des Angeklagten Gegenstand der Verhandlung sind, machten die SED-Propagandisten eine Komplizenschaft zwischen Bonn und Jerusalem aus. Im Verlaufe des Eichmann-Prozesses sollten sich die Vorwürfe der Komplizenschaft noch steigern, bis dahin, dass die Wiedergutmachungssummen, die die Bundesrepublik in Millionenhöhe an Israel gezahlt hatte<sup>58</sup>, als »Schweigegeld« oder sogar als Hilfe für die militärischen Expansionspläne Israels diffamiert wurden.<sup>59</sup>

## Kampagne

Die Steuerungszentrale all dieser gezielten Angriffe und Desinformationen war der Ausschuss für deutsche Einheit in Ostberlin. Dessen Vorsitzender Albert Norden war im Politbüro für die Westarbeit verantwortlich und leitete gleichzeitig die Agitationskommission beim Zentralkomitee der SED. Norden und sein Referent Arne Rehahn verfügten bereits über mehrjährige Erfahrungen bei der Organisation solcher Kampagnen. Sie arbeiteten dabei

<sup>55</sup> Franz Novak hatte als Drucker in Österreich gelebt, Dr. Otto Hunschke hatte sich als Rechtsanwalt in der Bundesrepublik niedergelassen, Hermann Krumrey verdiente seinen Lebensunterhalt als Drogist, sowie Gustav Richter und Willi Zöpf.

<sup>56</sup> Hannah Arendt, S. 39.

<sup>57</sup> Ebenda S. 45.

<sup>58</sup> Wiedergutmachungszahlungen leistete die Bundesrepublik individuell an die Überlebenden und pauschal an alle die Staaten, die in großem Umfang überlebende Juden aufgenommen hatten.

<sup>59</sup> Vgl. Peter Krause, Der Eichmann-Prozess in der deutschen Presse. Frankfurt/Main 2002, S. 216 u. 238 ff.

eng mit Journalisten, Historikern, Dokumentarfilmern wie Heynowski & Scheumann, mit Juristen, Funktionären des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer und Mitarbeitern der zuständigen Abteilung IX/r des MfS zusammen. Sobald die spektakuläre Festnahme Eichmanns bekannt wurde, begann der Ausschuss eine intensive Aktivität zu entfalten. In einer internen Mitteilung an den Partei- und Staatschef Walter Ulbricht schlug Norden am 28. Mai 1960 vor, »den Fall Eichmann maximal [...] gegen das Bonner Regime zuzuspitzen«. <sup>60</sup> Innerhalb des Ausschusses wurde eine spezielle Eichmann-Arbeitsgruppe gebildet, die zweimal wöchentlich tagte und Materialien, Hintergrundmeldungen (auch Falschmeldungen) und Artikel erarbeitete, für die Veröffentlichung in den DDR-Medien, aber auch in den Zentralorganen der sozialistischen Bruderländer, der kommunistischen Parteien Westeuropas und natürlich Israels.

Ein wichtiger Kooperationspartner des Ausschusses, der nach außen hin sehr selbständig auftrat, war der Rechtsanwalt Dr. Friedrich Karl Kaul. Kaul, Jahrgang 1906, stammte wie Kahane und Leo aus einer jüdischen Familie. Nach einer zweijährigen Haft in den Konzentrationslagern Lichtenburg und Dachau war er 1937 nach Mittelamerika emigriert, 1941 wurde er als sogenannter feindlicher Deutscher in Nicaragua interniert und an die USA ausgeliefert, von wo er 1945 nach Berlin zurückkehrte. Als einziger DDR-Anwalt war Friedrich Karl Kaul gleichzeitig in Ost- und in Westberlin zugelassen. Dieser Sonderstatus ermöglichte es dem für seine scharfe Polemik und Schlagfertigkeit bekannten Juristen, die KPD im Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zu vertreten und zahlreiche in der Bundesrepublik angeklagte Kommunisten zu verteidigen. Seit Mitte der fünfziger Jahre agierte er auch als SED-Unterhändler bei Gefangenen-Austauschaktionen zwischen Ost und West, bis sein Kollege Wolfgang Vogel etwa zehn Jahre später diesen Part übernahm.

In den Plangspielen von Albert Norden und dem Ausschuss für Deutsche Einheit war Friedrich Karl Kaul eine besondere Rolle zugeordnet. Er sollte beim Eichmann-Prozess als Nebenkläger einiger prominenter DDR-Bürger jüdischer Herkunft auftreten: des Komponisten Hanns Eisler, der Schriftsteller Stefan Hermlin und Stefan Heym und des Landesrabbiners Martin Riesenburger. »Das würde bedeuten«, schreibt Arne Rehahn in einer undatierten Notiz an Walter Ulbricht, »dass Dr. Kaul an dem

Verfahren teilnimmt und jeweils vor dem westdeutschen Verteidiger das Wort erhält. Das würde ihm die Möglichkeit geben, auch den Fall Globke in den Prozess einzubeziehen und die Rolle des Bonner Regimes aufzudecken«. <sup>61</sup> Dieser Plan scheiterte jedoch an der Ablehnung des israelischen Parlaments. Im Vorfeld des Eichmann-Prozesses hatten die Abgeordneten der Knesseth ein Gesetz geändert, um dem deutschen Verteidiger Dr. Servatius zu erlauben, vor einem israelischen Gericht aufzutreten. Anschließend verabschiedeten sie eigens für Dr. Kaul einen weiteren Zusatz zu dem Gesetz, wonach im Fall von Verbrechen, bei denen die Todesstrafe drohte, keine Nebenklage zugelassen werde. Mit Hilfe dieser so genannten lex Kaul wollte man in Israel verhindern, dass der Ostberliner Anwalt das weltweit beachtete Gerichtsverfahren zu einer Bühne für die Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik benutzte.

Nach diesem Rückschlag konzentrierten sich Kaul und die Mitglieder der Arbeitsgruppe darauf, eine Zivilklage gegen Eichmann anzustrengen. Bemerkenswert ist, mit welcher unverhüllter Wortwahl diese Vorhaben in den internen Akten beschrieben werden. So notiert Rehahn am 11. Januar 1961 im Ergebnisprotokoll einer Sitzung: »Gen. Spielmann <sup>62</sup> besorgt sofort vier jüdische Bürger der DDR, die 1945 noch nicht 18 Jahre alt waren und Blutsverwandte verloren haben. Sie treffen spätestens am 13. 2. mit Dr. Kaul zusammen, der ihre Interessen in einem Zivilverfahren gegen Eichmann vertreten soll«. <sup>63</sup> Bemerkenswert ist noch ein weiterer Punkt des erwähnten Protokolls, bei dem es um den Umgang mit historischem Belastungsmaterial geht, mit dem ebenso instrumentell hantiert wird wie mit den Leidensgeschichten der jüdischen Bürger. Das MfS, das für die Verfolgung der Nazi-Verbrechen in der DDR zuständig war und deshalb eine große Anzahl der einschlägigen Akten verwaltete, wurde beauftragt, »eine Liste der Originaldokumente über Eichmann« aufzustellen, »die ausschließlich in den Archiven der DDR vorhanden sind«. <sup>64</sup> Dr. Kaul sollte die Fotokopien einiger dieser Dokumente mit nach Israel nehmen – aber nicht etwa, um sie der Staatsanwaltschaft oder den Richtern zur Verfügung zu stellen

61 Arne Rehahn, Festlegungen zur Kampagne gegen Eichmann und Globke (o.D.) in SAPMO BArch, DY30/IV 2/2.028 Nr. 21, Blatt 13.

62 Georg Spielmann, Jahrgang 1908, Kommunistischer Funktionär und ehemaliger Häftling des Konzentrationslagers Sachsenhausen, war zu diesem Zeitpunkt leitender Sekretär des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer und Verbindungsmann zum Ausschuss für Deutsche Einheit.

63 Aktennotiz Rehahn, 11. 1. 1961, in SAPMO BArch, DY30/IV 2/2.028 Nr. 21, Blatt 16.

64 Ebenda.

60 Zitiert nach: Michael Lemke, Kampagnen gegen Bonn. Die Systemkrise der DDR und die Westpropaganda der SED 1960-1963, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 41 (1993), Heft 2, S. 153-174.

– sondern, wie es heißt: »um einen Druck auf die Justizbehörden ausüben zu können«. <sup>65</sup> Zusätzlich ist vermerkt, dass Kaul die Liste der Dokumente in Israel niemandem bekannt geben dürfe, mit Ausnahme der Kommunistischen Partei Israels. <sup>66</sup>

Offensichtlich kam es zu keiner Zivilklage gegen Eichmann. In den Zeitungen jener Zeit tauchen jedenfalls derartige Meldungen nicht auf. Friedrich Karl Kaul blieb auf den Status eines Prozessbeobachters beschränkt, den er allerdings im Verlaufe des Prozesses maximal zu nutzen verstand. Auch andere Inszenierungsversuche des Ausschusses für Deutsche Einheit endeten wenig glücklich oder erfolglos. Nicht einmal die Abstimmung zwischen den Bruderparteien klappte immer. So berichtet Arne Rehahn am 8. November 1960 von einer Pressekonferenz in Prag, auf der tschechoslowakische Juristen und Historiker der Öffentlichkeit Belastungsmaterial und Zeugen vorstellten, die die Prager Aktivitäten von Eichmann belegen sollten. Am Tag zuvor hatte in Ostberlin eine Pressekonferenz stattgefunden, auf der Albert Norden »belastendes Material gegen Globke« präsentiert hatte. Rehahn schreibt von einer »peinlichen Situation« in Prag, als der Vertreter von Neues Deutschland nach weiterem Material über die Rolle Globkes in der Tschechoslowakei fragte und vom Leiter der Konferenz, Prof. Bystrizky, zurecht gewiesen wurde, »dass es sich hier um eine Pressekonferenz über den Fall Eichmann handle und nicht über Globke«. Die Schwäche der sonst recht wirksamen Pressekonferenz habe darin bestanden, resümiert Rehahn, »dass sich die tschechischen Genossen bei der Schilderung der Verbrechen nicht auf diejenigen Personen konzentrierten, die noch leben und in Bonn entscheidenden Einfluss besitzen«. <sup>67</sup>

Ich erinnere mich nicht, dass mein Vater unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Jerusalem oder später etwas über den Eichmann-Prozess erzählt hat. Dafür berichtete er viel über den Besuch bei seiner Cousine Nina, die mit ihrer Familie in einem Kibbuz im Norden von Galiläa lebte, und von deren Existenz ich bis dahin gar nichts gewusst hatte. In diesem Zusammenhang, das beeindruckte mich damals tief, sprach er von einem »Paradies«, das sich die Bewohner dort geschaffen hätten. Mit großem Vergnügen erzählte er Anekdoten über Friedrich Karl Kaul, mit dem zusammen er während einer Prozesspause einen Ausflug zum See Genezareth unternommen hatte. Sie hatten sich dort einen Ruderkahn mieten wollen, für den der arabische

Bootsverleiher eine astronomische Summe forderte. Schließlich, so der Händler, sei Jesus Christus über die Wasser des Sees gewandelt. – Kein Wunder bei diesen Preisen, soll Kaul darauf erwidert haben. Ich weiß auch noch, dass ich in Tränen ausbrach und aus dem Zimmer rannte, als mein Vater von einer Zugfahrt entlang der israelisch-jordanischen Grenze erzählte, während der eine Kugel das Abteufenfenster durchschlugen und ihm die Brille von der Nase gerissen hatte. Aber über die vielen Tage, die er in dem Gerichtssaal verbracht hatte und über seinen persönlichen Eindruck von dem Angeklagten in dem kugelsicheren Glaskasten sprach er nicht. Vielleicht war sein Mitteilungsbedürfnis nach den vielen Telex-Meldungen, die er nach Berlin gesandt hatte, erschöpft. Vielleicht hatte die Propaganda-Version der Geschehnisse, die ihm seine Partei und seine Chefs im ADN täglich abverlangt hatten, jegliche Sicht auf das eigentliche Prozessgeschehen längst überdeckt.

Als ich ihm vor einiger Zeit von meinem Vorhaben, über den Eichmann-Prozess zu schreiben, erzählte, konnte er dazu nichts mehr sagen, weil ein Schlaganfall vor drei Jahren sein Sprachzentrum gelähmt hatte. Er führte mich jedoch in den Keller und drückte mir eine dicke Mappe mit Papieren in die Hand. Wie sich herausstellte, hatte er seit 1961 viele seiner damaligen Meldungen aufgehoben, Durchschriften auf den Rückseiten vergilbter Telexformulare.

### **Globke**

Seine Meldungen und die Artikel von Max Kahane, die im Neuen Deutschland abgedruckt wurden, können einen Eindruck von der Rolle vermitteln, die die beiden Journalisten im Rahmen der Propagandakampagne um Eichmann und Globke spielten. Die meisten der Meldungskopien sind von Anfang Juni bis Mitte August datiert. <sup>68</sup> Aus der Sicht von Albert Norden und seinen Leuten muss das die heiße Phase des Prozesses gewesen sein, weil in dieser Zeit tatsächlich der Name Globke mehrmals vor Gericht erwähnt wurde. Es ist allerdings kaum noch möglich zu ermitteln, welche der Texte meines Vaters von seiner Agentur übernommen und gesendet wurden. <sup>69</sup> Jedenfalls findet sich nur ein sehr geringer Teil von ihnen in den DDR-Zeitungen wieder. Vielleicht dienten seine Zusammenfassun-

<sup>68</sup> Aus persönlichen Briefen geht hervor, dass Gerhard Leo nach der Eröffnung des Eichmann-Prozesses für einige Wochen in die Schweiz flog, um von der Algerien-Konferenz zu berichten, die vom 20. Mai bis 13. Juni 1961 in Evian stattfand. Erst Anfang Juni war er wieder in Jerusalem.

<sup>69</sup> Im Archiv des Deutschen Depeschendienstes, der den ADN in den 1990er Jahren übernahm, gibt es keine Unterlagen mehr aus den 1960er und 1970er Jahren.

<sup>65</sup> Ebenda.

<sup>66</sup> Ebenda.

<sup>67</sup> Ebenda Blatt 19.



*Gerhard Leo als Moderator der außenpolitischen Sendung »Objektiv« des DDR-Fernsehens. Im Juni 1967 wurde er gefeuert, weil er sich geweigert hatte einen Beitrag über die »aggressive Politik Israels« wie es damals hieß, zu moderieren, da er ihn für antisemitisch hielt. Weitere Konsequenzen hatte dieser Vorfall für ihn nicht. Leo war damals politischer Mitarbeiter im ZK der SED. Foto: privat*

gen und Übersichten und die seitenlangen Zitate aus der israelischen Presse hauptsächlich der internen Information der Partei- und Staatsverantwortlichen in der DDR.

In den ersten Wochen des Eichmann-Prozesses übernahm die Redaktion von Neues Deutschland im Nachrichtenteil meist den Bericht von ADN und druckte dazu einen Kommentar von Max Kahane ab. Es fällt auf, dass in den Überschriften fast aller seiner Artikel Globke oder Bonn vorkommen, obwohl im Gerichtssaal wohl hauptsächlich andere Dinge verhandelt wurden: 14. April: »Mit Eichmann steht Bonn vor Gericht«; 18. April: »Eichmanns Hintermänner bekannt«; 26. April: »Warum Globkes Name nicht fällt«; 16. Mai: »Globke faktisch jetzt mit auf der Anklagebank« usw.

In seinem Beitrag über das Plädoyer des Generalstaatsanwalts Gideon Hausner verbindet Kahane geschickt Passagen aus dessen Vortrag mit den geforderten Propagandathemen. So zitiert er Hausner mit der Aussage, wonach die Komplizen Eichmanns bei den Verbrechen »weder Gangster noch Männer der Unterwelt gewesen seien sondern die Führer einer Nation, Würdenträger in Roben und mit akademischen Graden«, um daran die Frage anzuknüpfen: »Von wem hat der Staatsanwalt gesprochen,

wenn nicht von den Globkes, ihren Mitwissern, Mittätern und Schülern, von dem ganzen heuchlerischen westdeutschen Regierungssystem?« Als der Generalstaatsanwalt schließlich auf die Menschen in Deutschland zu sprechen kommt, die den Mut aufbrachten, Widerstand zu leisten oder verfolgten Juden zu helfen, folgert Kahane direkt: »Ihr Erbe ist die DDR. Sie ist Deutschlands einziger rechtmäßiger Staat.«<sup>70</sup> Man musste als Leser schon sehr genau hinschauen, um mitzubekommen, dass dieser letzte Satz nicht von Gideon Hausner stammte.

Gerhard Leos Texte sind nüchterner als die von Max Kahane. Er war Nachrichtenmann und verfasste hauptsächlich Meldungen. Die Nachrichten, die er über den Fernschreiber in die Zentrale nach Berlin schickte, bildeten allerdings eine sehr eingeschränkte Realität ab. Aus dem Gerichtssaal berichtete er vor allem über die Momente, in denen von Mittätern Eichmanns die Rede war, die in der Bundesrepublik staatliche Ämter bekleideten oder unbehelligt und als wohlhabende Geschäftsleute lebten. Dies geschah vorwiegend um den 20. Juni 1961, als Adolf Eichmann erst von der Verteidigung

<sup>70</sup> Max Kahane, Eichmanns Hintermänner bekannt, in: Neues Deutschland, 18. April 1961.

und dann von der Anklage befragt wurde und sogar zweimal den Namen Globke erwähnte. Jeweils am folgenden Tag zitierte mein Vater dann ausführlich aus israelischen Zeitungen, die die entsprechenden Äußerungen des Angeklagten, seines Verteidigers bzw. der Zeugen wiedergaben und kommentierten. Anschließend berichtete er über die empörten Reaktionen der israelischen Öffentlichkeit auf diese Informationen. Ausführliche Meldungen widmete Leo ebenso den beiden Pressekonferenzen, die Dr. Kaul in Jerusalem abhielt, auf denen er Dokumente präsentierte, die Globke belasteten bzw. die Zusammenarbeit von Globke und Eichmann belegen sollten. Darauf folgten wiederum die entsprechenden Zitate aus den israelischen Zeitungen und die Reaktionen von Lehrern, Abgeordneten der Knesseth bzw. Mitgliedern der kommunistischen Widerstandskämpfer-Organisation, die Bonn verurteilten und die DDR lobend hervorhoben. Aus diesem Zusammenspiel von Argumentationsvorgaben plus lancierten Informationen aus Berlin sowie ausgewählten Ausschnitten aus der Gerichtsverhandlung und ihrer Fortzuegung in Zitaten und Zitaten aus Zitaten entstand so ein in sich geschlossener Kreislauf, ein System, das sich aus sich selbst speiste und das ein Bild des Eichmann-Prozesses entwarf, auf dem außer dem Diskurs um Bonn und Globke kaum etwas anderes Platz zu haben schien.

Dass mein Vater für die weitaus umfassendere und widersprüchlichere Realität des Geschehens im Gerichtssaal und außerhalb durchaus nicht blind war, darauf verweisen seine »nur für die Redaktion« bestimmten Bemerkungen, die er manchmal an die Meldungen anhängte. So zitierte er am 23. Juni 1961 aus der Regierungszeitung Dawar, die sich zur bevorstehenden Ankunft von Dr. Kaul äußerte: »Israelische Beobachter unterstreichen, dass Israel nicht mit gutem Auge sieht, dass auf seinem Boden Diskussionen geführt werden über Sachen, die nur die Deutschen angehen und dass der Eichmann-Prozess zu Zwecken benutzt wird, die ihm eigentlich fremd sind«.

In der, wie er schreibt, »unfreundlichen Stellungnahme« der Zeitung Ha-Aretz spielt er selbst eine etwas unglückliche Rolle. Er zitiert: »Für den ADN-Korrespondenten aus Ostdeutschland war der Hauptpunkt der gestrigen Verhandlung die Nennung von Globke. Er sprang vor Freude fast von seinem Sitz und war ganz aufgereggt. Für ihn und seine kommunistischen Kollegen ist es ein Prozess gegen Globke. Für uns bleibt es ein Prozess gegen Eichmann«.

Am 11. Juli 1961 berichtete Leo über das zustimmende Tel Aviver Presseecho auf die dortige Präsentation des DDR-Dokumentarfilms Aktion J, der

sich mit der Rolle Globkes bei der Verfolgung und Ermordung der Juden befasste. Im Anschluss an seine Meldung schrieb er an die Redaktion: »Haboker und Dawar bringen auch einige Sätze der Kritik, die aber gegenüber dem Positiven nicht ins Gewicht fallen. Haboker meint, dass die »kommunistische Propaganda« im Film dick aufgetragen sei. Dawar: »Es wäre gut, wenn man sich der Gleichstellung des Adenauerregimes mit Hitler enthalten hätte. So wird der Film zu einer Attacke auf Westdeutschland und nur dazu«.

w

### **Skandal**

Transportierte mein Vater in solchen Kommentaren sein eigenes Unbehagen oder war er überzeugt von dem was er tat? Wie mag er seine eigene Rolle in dieser Kampagne gesehen haben? Die seltsame Meldung, die er am 21. Juni nach Berlin schickte, wirft viele Fragen auf, die vermutlich nicht mehr beantwortet werden können. Unter dem Titel »Globke-Dokumente« berichtet der ADN-Korrespondent von einem Gespräch, das er tags zuvor in Jerusalem mit dem ungarischen Prof. Dr. Jenő Levai geführt hat, »einem in ganz Europa anerkannten Spezialisten für die Geschichte der Nazizeit«. Professor Levai (oder Liway), so die Meldung, sei von der Staatsanwaltschaft in Jerusalem als Zeuge für den Eichmann-Prozess geladen worden. Tatsächlich wurde Levai (doch das erfahren die DDR-Leser nicht) niemals in den Zeugenstand gerufen. Der ungarische Geschichtspräsident, so heißt es weiter, habe einen Aktenkoffer voll von Fotokopien wichtiger Dokumente mit sich geführt, in denen »Globkes Mitschuld an der Ermordung der ungarischen Juden bewiesen« werde. Auf dem Weg nach Jerusalem sei dieser Koffer am 6. Juni während einer Zwischenlandung auf dem Flugplatz von Athen spurlos verschwunden.

Vieles an dieser Meldung mutet seltsam an. Warum erfuhr die Öffentlichkeit erst 14 Tage später und nur durch die Nachricht eines ADN-Korrespondenten von diesem Diebstahl, obwohl die israelische Polizei, Interpol und die griechische Fluggesellschaft angeblich fieberhaft nach dem Koffer suchten? Warum hatte Professor Levai die Dokumente persönlich bei sich? Gab es keine sichereren Möglichkeiten, Beweismittel für ein Gerichtsverfahren zu transportieren? Wenn es sich bei den Dokumenten nur um Fotokopien handelte, warum wurden keine neuen Kopien beschafft, – und hätte das Gericht nicht ohnehin nur Originale anerkannt?

Die Meldung vom gestohlenen Koffer und seinem Inhalt wurde stark gekürzt im Neuen Deutschland und der Berliner Zeitung abgedruckt, danach war nie wieder die Rede von diesem angeblichen

Skandal. Die Leser erfuhren auch später nichts Genaueres über diese Dokumente. Dafür spekuliert mein Vater nach Kräften (oder er gibt Spekulationen anderer wieder) über die Hintergründe dieses Diebstahls: »Es wird vermutet«, so schreibt er, »dass der Globke unterstellte westdeutsche Geheimdienst (Gehlen-Apparat) in Zusammenarbeit mit der griechischen Geheimpolizei den Koffer [...] entwendet hat.«<sup>71</sup> Als ob das allein noch nicht ausreichend abstrus erschien, wird noch ein spezielles Interesse des griechischen Geheimdienstes an dem Diebstahl hinzu gemutmaßt. Die Griechen hätten offenbar in dem Koffer des Budapester Professors »unbekannte Dokumente« vermutet, die »die Zusammenarbeit des jetzigen griechischen Ministerpräsidenten Karamanlis und des heutigen Innenministers Metax mit der deutschen Okkupationsarmee während der Besetzung Griechenlands«<sup>72</sup> belegten.

Ein Zeuge, der gar nicht als Zeuge auftritt, ein verschwundener Koffer mit Dokumenten, von denen nie wieder die Rede ist, eine mutmaßliche Intrige des Bundesnachrichtendienstes – letztlich besteht diese »Meldung« nur aus vagen Behauptungen und Unterstellungen. Ein wenig erinnert die Handschrift an die Desinformations-Experten der Staatssicherheit. In den Überlieferungen des MfS konnte ich allerdings für diese Vermutung keine Anhaltspunkte finden.

Dass der DDR-Geheimdienst seit dem Beginn der Globke-Eichmann-Kampagne mit dabei war, ist unstrittig. In den Akten des Büros von Albert Norden ist mehrfach die Rede von Besprechungen bzw. informellen Kontakten zwischen Walter Ulbricht, Erich Mielke, Albert Norden bzw. Arne Rehahn und Friedrich K. Kaul. Das MfS war ein unverzichtbarer Partner bei den Propaganda-Kampagnen gegen die Bundesrepublik, weil es in seinem Archiv das dafür benötigte Aktenmaterial verwaltete. Die Agitations-Abteilung des Ministeriums produzierte jahrelang unter Hochdruck die Dokumentationen über belastete Nazis in Amt und Würden. Wenn die passenden Dokumente sich nicht fanden, half das MfS der Wahrheitsfindung gelegentlich auch ein wenig nach.<sup>73</sup> Auch im Fall Eichmann ist ein solches Vorgehen zumindest erwogen worden. So schrieb vermutlich Arne Rehahn Anfang Juni 1961 in Vorbereitung eines Gesprächs mit Ulbricht auf einen Merkzettel: »Kaul sprach mit Genossen Gotsche bereits darüber, dass in Zusammenarbeit mit Mielke bestimmte Ma-



*Gerhard Leo*

terialien besorgt bzw. hergestellt werden sollten. Wir brauchen unbedingt ein Dokument, das in irgendeiner Form die direkte Zusammenarbeit Eichmanns mit Globke beweist. Kaul informierte uns, dass Gen. Ulbricht damit einverstanden sei und eine entsprechende Weisung an den Gen. Mielke geben wollte. Ist das geschehen?<sup>74</sup>

Bis zum Schluss wurde das Dokument, das eine direkte Zusammenarbeit Globkes mit Eichmann belegen sollte, nicht gefunden. Beide Männer waren sich in der Realität nie begegnet. In ihren jeweiligen Behörden waren sie zu unterschiedlichen Zeiten und auf sehr unterschiedlichen Gebieten mit der Verfolgung der Juden befasst, aber nirgends hatten sie direkt zusammengearbeitet. Offenbar ließ man im MfS oder im Politbüro irgendwann den Plan wieder fallen, das benötigte Dokument einfach zu fabrizieren. Vielleicht war die Geschichte vom gestohlenen Koffer das letzte Überbleibsel dieses Plans: Erfundene Beweise, die sich nicht vorzeigen ließen und deshalb über den Umweg des Jerusalemer ADN-Korrespondenten nur als Gerücht auftauchen konnten.

Im Zusammenhang mit dem Eichmann-Prozess plante das MfS noch auf andere Weise einen direkten Eingriff in den Gang der Ereignisse. In einer Akte, die bezeichnenderweise ebenso wie der DDR-Propaganda-Film Aktion J hieß, wurde am 3. Mai 1961 der Vorschlag zu Papier gebracht, fingierte Rundbriefe an bekannte Alt-Nazi-Verbände und -Verbände der Bundesrepublik zu schicken, in denen aufgerufen werden sollte, Geld für die Verteidigung Eichmanns zu sammeln und antisemitische Hetzschriften zu verbreiten. Als Absender sollten etwa die Zeitungsredaktion Reichsruf der Deutschen Reichspartei (DRP) oder der ehemalige SS-Gruppenführer Wilhelm Meinberg eingesetzt wer-

<sup>71</sup> Vgl. Manuskript Privatarchiv Leo.

<sup>72</sup> Ebenda.

<sup>73</sup> Das bekannteste Beispiel ist die Kampagne gegen den Bundespräsidenten Heinrich Lübke, vgl. Henry Leyde, NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, Göttingen 2006, 2005, S. 82.

<sup>74</sup> Notizzettel, o.D., in: SAPMO BArch DY/30/IV/2/2.028, Nr. 3, Blatt 62.

den. Die Vorlage enthält nicht nur eine lange Liste möglicher Adressaten eines solchen Aufrufs, was von einer gewissen Kenntnis der westdeutschen Alt-Nazi-Szene zeugt. Beigefügt sind mehrere Varianten übelster antisemitischer Drohbriefe, die an jüdische Bürger in der Bundesrepublik verschickt werden sollten. (»Tod Euch Judengesindel« oder »Habt Ihr noch nicht genug, Ihr Judenschweine?« u.ä.). Der Einfachheit halber wurden die empörten und entsetzten Reaktionen der Briefempfänger gleich mit entworfen.<sup>75</sup>

Die schmale Akte gibt keine Auskunft darüber, ob dieses Vorhaben letztlich in die Tat umgesetzt wurde.<sup>76</sup> Doch zeugt allein schon die Absicht von einem Zynismus, der schaudern lässt. Belegt ist lediglich, dass ein anonym bleibender MfS-Mitarbeiter vom 7. bis zum 10. Mai 1961 nach München reiste und auftragsgemäß neben einigen Stimmungsberichten auch eine Liste mit Adressen der dortigen Mitglieder der jüdischen Gemeinde mitbrachte. Sollten die fingierten Drohbriefe an diese Adressen geschickt werden? Am Ende der Akte sind einige Meldungen aus der Zeitung Neues Deutschland ausgeschnitten. Darin wird von antisemitischen Flugblättern berichtet, die zwischen dem 23. April und dem 11. Mai in München und Mainz auftauchten. Waren auch diese Meldungen fingiert oder berichteten sie von den inszenierten Aktionen? Vielleicht aber waren zu dieser Zeit genügend echte Nazi-Schmähschriften und Flugblätter im Umlauf und das MfS konnte sich die Arbeit sparen. Vielleicht hat jemand im MfS die Aktion gestoppt, weil er noch so etwas wie ein Gewissen hatte.

## Spagat

Als ich in Vorbereitung dieses Textes mit Anetta Kahane sprach, überlegten wir beide, wie unsere Väter das wohl ausgehalten haben: Tag für Tag im Gerichtssaal zu sitzen und mit dem ganzen Ausmaß des Holocaust konfrontiert zu sein – erschütternde Zeugenaussagen, Zusammenbrüche, Weinen, Schreien auf den Zuschauerbänken, das Aufbrechen eines kollektiven Schmerzes um so viele Familienangehörige, über deren Tod nie richtig hatte getrauert werden können – um danach in ihre Büros zu gehen und Texte zu verfassen, in denen sie hauptsächlich den Bonner Staatssekretär und das westdeutsche Monopolkapital verdammt. Sicher,

sie waren Profis, aber gleichzeitig waren sie Betroffene und involviert in das Geschehen, das hier verhandelt wurde. Sie selbst waren gejagt worden, hatten es geschafft, der Deportation zu entkommen, hatten gesehen, erfahren, was mit anderen geschah. Glücklicherweise hatten ihre Eltern und Geschwister im Exil oder im Versteck

überlebt. Aber unter den Geschwistern der Eltern und deren Familien gab es Opfer. Ihr Vater wusste, so sagt Anetta, wie viele seiner Familienangehörigen ermordet worden waren, während mein Vater nie versucht hat herauszufinden, was eigentlich mit den beiden Brüdern seines Vaters geschehen war, die 1933 noch in Deutschland gelebt hatten. War der politische Globke-Auftrag, den sie täglich erfüllten, vielleicht ein Schutzschild, um die Schrecken der Vergangenheit auf Distanz zu halten? Konnten sie funktionieren, indem sie sich aufspalteten in Partisoldaten einerseits und in betroffene, fühlende und denkende Wesen andererseits?

Doch nein, sagt Anetta, ihr Vater habe es nicht ausgehalten. Anfang Juni sei er schwer erkrankt an Gesichtsröte, eine Krankheit die deutlich auf psychische Belastung hinweist. Am 20. oder 21. Juni flog er deshalb nach Berlin zurück. Im Anhang an seine Meldung vom 21. Juni erkundigt sich Leo, ob »Maecky<sup>77</sup> gut angekommen« sei. Das bedeutete, mein Vater blieb als einziger DDR-Journalist in Jerusalem zurück, gerade in dem Moment, als der Name Globke im Gerichtssaal tatsächlich erwähnt wurde, als die israelische Presse das Thema endlich aufgriff, als der mysteriöse Mann auftauchte, dem der Koffer gestohlen worden war. Vermutlich hat er rund um die Uhr gearbeitet, um alles zu schaffen. Aus seinen Aufzeichnungen entnehme ich, dass er zusätzlich auch Rundfunkkommentare schrieb und per Telefon sendete. Und plötzlich fällt mir ein, dass auch mein Vater später einmal erwähnte, es sei ihm in Jerusalem eine Zeitlang sehr schlecht gegangen. Wegen eines »Hexenschusses« habe er tagelang weder stehen noch sitzen können. Wann genau das war, weiß ich nicht. Ich weiß nur, dass er am Tag, nachdem Max Kahane ihn allein gelassen hatte, erfuhr, dass seine Mutter in Düsseldorf schwer erkrankt war. Am 30. Juni erhielt er ein Te-



Max Kahane

<sup>75</sup> Betrifft Aktion J Briefschreiber, BStU HA XX/4 513.

<sup>76</sup> Der Historiker Michael Wolfssohn behauptet zwar, dass es die Aktion J tatsächlich gegeben habe, aber er bezieht sich dabei nur auf die Akte mit dem Planspiel. Vgl. Michael Wolfssohn, Deutschland Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden, München 1995 S. 40ff.

<sup>77</sup> Maecky war der Spitzname von Max Kahane.



1967: Max Kahane und Gerhard Leo auf Reportagerreise in Peru. Foto: privat

legramm mit der Nachricht von ihrem Tod. Im Anhang an seine Meldung über eine Pressekonferenz von Rechtsanwalt Kaul schrieb er an die Redaktion: »Teilt mir mit, ob Möglichkeit besteht, nicht bis zum Ende der Schlussplädoyers zu bleiben. Bin seit drei Monaten von meiner Familie getrennt. [...] Halte es selbst aus mehreren Gründen nicht für richtig, jetzt nach Westdeutschland [zur Beerdigung der Mutter – Anm. A. L.] zu fahren und nehme an, Ihr seid der gleichen Ansicht«.

Mein Vater, der sich die Teilnahme an der Beerdigung seiner Mutter vorausgehend selbst versagte, blieb auf seinem Posten bis zum Ende der Schlussplädoyers im Eichmann-Prozess am 14. August. Er muss gearbeitet haben wie ein Besessener. Fast jeden Tag schickte er Meldungen nach Berlin, die jedoch im Neuen Deutschland und in der Berliner Zeitung immer seltener abgedruckt wurden. In der SED-Führung war das Interesse an diesem Prozess anscheinend spürbar gesunken, nachdem sich abzeichnete, dass im Hinblick auf Globke nichts mehr auszurichten sei. Außerdem hatte man in der DDR

nun deutlich ein anderes Problem – die Berlin-Krise mit den täglich steigenden Flüchtlingszahlen. Die Krise wurde zwar in den Zeitungen nicht offen thematisiert, aber sie beherrschte das politische Leben mehr und mehr und gipfelte bekanntlich am 13. August 1961 im Bau der Berliner Mauer.

Im Neuen Deutschland vom 16. August meldete sich der inzwischen genesene Max Kahane zu einem abschließenden Prozess-Kommentar zurück, in dem er einen abenteuerlichen Bogen zwischen den Ereignissen in Jerusalem und Berlin spannte. Aus Jerusalem, so Kahane, habe er das »bedrückende Gefühl« mitgenommen, »vor Gräbern zu stehen, die sich nicht schließen können«. Dieses Gefühl sei aber nun in Berlin »gewichen«. Denn die Bürger der DDR, die »sie [offenbar die westdeutschen Militaristen – Anm. A. L.] sich für ein neues, atomares Menschenmassaker als Opfer auswählten, haben zur Waffe gegriffen. Rechtzeitig diesmal. Sie stehen auf Friedenswacht. Der Jerusalemer Prozess war eine Unannehmlichkeit für Bonn. Die Entscheidung von Berlin jedoch ließ die westdeutschen Militaristen vor Wut erbeben und vor Angst. Und dies war das Vermächtnis der Toten, aller Toten des Krieges an uns, die Lebenden«.<sup>78</sup>

In seinem abschließenden Kommentar, den er für den DDR-Rundfunk schrieb, geht Gerhard Leo nicht so weit, die DDR-Bürger zu potentiellen Opfern eines neuen Massenmords zu erklären, aber auch er bleibt im Rahmen des Propaganda-Auftrags: »Für mich war in diesen Wochen meines Aufenthalts in Israel nicht der Angeklagte im Glaskasten die wichtigste Erscheinung, sondern die Wandlung der öffentlichen Meinung hier zu beiden deutschen Staaten«.<sup>79</sup>

## Bilanz

Am 15. Dezember 1961 wurde Adolf Eichmann zum Tode durch den Strang verurteilt. Ein Berufungsgericht bestätigte am 29. Mai 1962 das Urteil, am 31. Mai 1962 wurde es vollstreckt.

Der Eichmann-Prozess markierte zweifellos eine Zäsur im Umgang mit dem Holocaust sowohl in den beiden Nachfolgestaaten des Dritten Reiches als auch in Israel. Das offizielle israelische Selbstverständnis hatte sich bis dahin vor allem auf den bewaffneten Widerstand bezogen – auf den Aufstand im Warschauer Getto ebenso wie den Kampf gegen die englische Mandats Herrschaft in Palästina. Für die Erfahrungen der Überlebenden der Vernichtungslager dagegen gab es zunächst weder Aufmerk-

<sup>78</sup> Max Kahane, Jerusalem und Berlin, in: Neues Deutschland, 16. August 1961.

<sup>79</sup> Manuskript Privatarchiv Leo.

samkeit noch Sensibilität. Die Betroffenen selbst schwiegen schamvoll. Ihre Geschichte schien nicht in das Selbstbild dieses jungen wehrhaften Staates zu passen. Mit dem Eichmann-Prozess änderte sich das jedoch. Die überwältigend vielen Zeugen, die der Weltöffentlichkeit tagelang die Leiden des jüdischen Volkes vor Augen führten, deren Aussagen jedoch meist – wie Hannah Arendt kritisch anmerkt – keinen unmittelbaren Zusammenhang zu den Taten von Eichmann aufwiesen, bewirkten einen Umschwung in der öffentlichen Meinung und im Bewusstsein der Betroffenen selbst.

In der Bundesrepublik lieferte das Gerichtsverfahren in Jerusalem einen deutlichen Anstoß für die öffentliche Diskussion um die bisher unbestraft gebliebenen NS-Täter. Die innenpolitischen Debatten um die Vergangenheit von Hans Globke gewannen an Schärfe, wozu letztlich auch die DDR-Propaganda ihren Teil beitrug. Ein widerspruchsvoller und konfliktreicher Prozess kam in Gang, in dessen Verlauf vor allem die nachgeborenen Generationen mehr und mehr ihre Verantwortung für eine Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Dritten Reiches zu erkennen und wahrzunehmen begannen.

Im Vergleich dazu diente der Eichmann-Prozess in den offiziellen Stellungnahmen von DDR-Politikern und den Berichten und Kommentaren in den Medien auf den ersten Blick nur als Anlass, um die Vergangenheitspolitik des bundesdeutschen Nachbarstaates zu verurteilen und die eigenen antifaschistischen Erfolge hervorzuheben. Auf den zweiten und dritten Blick jedoch werden auch andere Vorgänge sichtbar. Zum ersten Mal, vermutlich seit Ende der vierziger Jahre, stand der nationalsozialistische Massenmord an den Juden monatelang im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Zeitungsartikel, Dokumentationen, Filme, Fernsehberichte befassten sich damit. Dies geschah zwar mit dem Tenor, Bonn zu diskreditieren und Staatssekretär Globke zum Rücktritt zu zwingen, doch die Verstrickung des Bonner Staatssekretärs in den Holocaust und auch die Taten von Eichmann konnten nicht thematisiert werden, ohne den sehr komplexen Vorgang der Ausgrenzung und Verfolgung der europäischen Juden und die Arbeitsteiligkeit dieser Verbrechen wenigstens zu skizzieren. In der DDR-Geschichtspropaganda, die sich bisher vor allem mit der Verantwortung der Großindustrie für die NS-Verbrechen und mit dem kommunistischen Widerstand beschäftigt hatte, war das etwas Neues. Soviel hatten »normale« DDR-Bürger bisher nicht über das Thema erfahren können, wie in den Monaten während und nach dem Eichmann-Prozess. Und hinter diese Entwicklung konnte man nicht mehr zurück. So wurde 1961 in der KZ-Gedenkstätte

Sachsenhausen auf Drängen israelischer Überlebender ein »Museum des Widerstandskampfes und der Leiden des jüdischen Volkes« eingerichtet, das bei aller inhaltlichen Beschränktheit immerhin zum ersten Mal in diesem Kontext das Thema Holocaust überhaupt aufgriff. 1966 konnte eine lange vorbereitete Dokumentation von Helmut Eschwege über die Verfolgung der deutschen Juden endlich veröffentlicht werden.<sup>80</sup>

Der große Propaganda-Druck, den Albert Norden und seine Mannschaft erzeugten, um auf die unbehelligt in der Bundesrepublik lebenden zahlreichen Nazi-Täter hinzuweisen, zeigte auch unerwünschte Nebenwirkungen. Offenbar fühlten sich davon viele DDR-Bürger beunruhigt, die als Wehrmachtssoldaten, Reservepolizisten oder Angehörige der Verwaltung zum »Fußvolk« der Täter gehört hatten und die ebenfalls mehrheitlich unbestraft geblieben waren. Jedenfalls versucht eine im Büro Albert Norden verfasste Argumentationshilfe für die Presse, in der die Dinge deutlicher benannt werden als in den Zeitungsartikeln selbst, derartige Befürchtungen zu zerstreuen. »Niemand denkt heute, 16 Jahre nach Kriegsende, an eine neue ‚Entnazifizierung‘, daran, die Vergangenheit der Millionen ‚kleinen Nazis‘ zu durchforschen oder die ehemaligen deutschen Soldaten – ja nicht einmal die Masse der ehemaligen Angehörigen der SS – deswegen anzuklagen, weil sie seinerzeit von den Hitler-Generalen und SS-Führern als Kanonenfutter gegen andere Völker gejagt und für deren Verbrechen missbraucht wurden.«<sup>81</sup>

1963 wurde Dr. Hans Globke in einem in der DDR mit großem propagandistischen Aufwand inszenierten Prozess in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt. Im Oktober des gleichen Jahres ging der Staatssekretär zeitgleich mit seinem Kanzler Adenauer in den Ruhestand. Ein Zusammenhang mit dem Ostberliner Gerichtsverfahren wurde stets geleugnet.

---

80 Helmut Eschwege/Rudi Goguel, Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933-1945, Berlin 1966.

81 Arbeitspapier Rehahn, 5. 6. 1961, in: SAPMO BArch, DY/30/IV 2/2.028 Nr. 21, Bl. 40.

# Anne Frank und die DDR. Eine schwierige Geschichte

Thomas Heppener

Vor zwei Jahren hat das Anne Frank Zentrum eine Ausstellung mit dem Titel »Anne Frank und die DDR« entwickelt, die als Wanderausstellung vor allem durch die ehemalige DDR tourt. Es gab lange den Wunsch, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Mit den Diskussionen nach der Verbrennung des Tagbuchs von Anne Frank bei einer so genannten Sonnwendfeier in Pretzien in Sachsen-Anhalt im Jahr 2006, bekam das Thema eine besondere Brisanz. Die zwei Polizisten, die als erstes zum Tatort kamen, beide etwa 50 Jahre alt, kannten Anne Frank und ihr Tagebuch nicht und behandelten den Vorfall als reine Sachbeschädigung. Damit stellte sich die Frage: Wie bekannt war das Tagebuch in der DDR?

Mit großem Engagement und intensiven Recherchen hat die Literaturwissenschaftlerin Sylke Kirschnick viel unbekanntes Material aus öffentlichen und privaten Archiven zusammengetragen. Die Dokumente, Rezensionen, Theaterinszenierungen, Fernsehübertragungen, Rundfunkreden, Presseberichte, Fotografien, Briefe und Interviews ergeben ein Bild voller Widersprüche. Für viele Menschen in der DDR war Anne Franks Lebensgeschichte und ihr Tagebuch ein erster Zugang zum Mord an den europäischen Juden. Faszinierend war aber auch die Lebenswelt des jungen Mädchens – ihre Gefühle und Gedanken. Ob Kommunist oder Pfarrer, für viele Menschen in der DDR war das Tagebuch Anne Franks ein wichtiges Dokument. Es gab jedoch nicht nur viele persönliche Zugänge, sondern auch eine offizielle Indienstnahme. Dieser Beitrag kann nur einzelne Beispiele aus der Fülle des Materials aufzeigen. Empfehlenswert ist als weitere Lektüre das Buch von Sylke Kirschnick »Anne Frank und die DDR. Politische Deutungen und persönliche Lesarten des berühmten Tagebuchs«. Dort findet sich auch der folgende Satz: »Es ist nicht immer leicht und manchmal unmöglich zu entscheiden, wann bestimmte Formeln und Deutungen strategisch gebraucht wurden und wann es sich um Überzeugungen handelte«<sup>82</sup>.

## »Das Tagebuch der Anne Frank« – das Theaterstück

Vor dem Erscheinen des Tagebuchs von Anne Frank in der DDR wurde schon das Theaterstück »Das Tagebuch der Anne Frank« gezeigt. Die deutschsprachige Uraufführung fand im Jahr 1956 zeitgleich an mehreren Bühnen statt – u. a. in Zürich, Wien, Westberlin und in Dresden. Dies war schon eine kleine Besonderheit in den Zeiten des Kalten Krieges. Danach wurde das Stück sehr oft in allen Teilen der DDR gespielt. Besonders oft am Ende der 1950er und zu Beginn der 1980er Jahre. Frühe Programmhefte enthielten beharrlich Hinweise auf den Antisemitismus in Westdeutschland. Vergleichbare jüdenfeindliche Vorfälle in Ostdeutschland gelangten jedoch nicht an die Öffentlichkeit.

In den 1980er Jahren gab es einige besondere Inszenierungen. Hier wurde versucht, die Zuschauerinnen und Zuschauer einzubeziehen und deren stereotype Erwartungen zu durchbrechen. So wur-



Wolfgang Heinz in der Rolle des Otto Frank und Kati Székely in der Rolle der Anne Frank im Jahr 1958  
Copyright: Deutsches Theater Berlin

82 Sylke Kirschnick, Anne Frank und die DDR. Politische Deutungen und persönliche Lesarten des berühmten Tagebuchs, Berlin 2009, S. 17.

de z. B. die Trennung zwischen Zuschauerraum und Bühne aufgehoben oder bewusst die Rolle der Anne Frank mit einer blonden Darstellerin besetzt. In den Programmheften der 1980er Jahre wurde der Bundesrepublik und Westeuropa der anwachsende ›Neofaschismus‹ vorgehalten. Eine besondere Bedeutung hatte die Aufführung im Berliner »Theater der Freundschaft«. Die lediglich randständige Beschäftigung mit der Judenvernichtung im DDR-Schulunterricht war eine der Motive, das Stück auf den Spielplan zu setzen. Teile der Bühne und Sitze im Zuschauerraum waren mit grauem Stoff bezogen. Er sollte die Asche der ermordeten Juden symbolisieren und war mit Tagebuchauszügen und den Namen aus Berlin deportierter Juden bedruckt. Hinzugefügt hatten die Regisseurin Mira Erceg und der Ausstatter Alwin Eckert drei Namen prominenter Stalinopfer: Namentlich die jüdischen Schriftsteller Ossip Mandelstam und Isaak Babel sowie der Regisseur und Schauspieler Wsewolod Meyerhold. Die Berliner Inszenierung erinnerte damit am Rande auch an prominente Opfer des stalinistischen Antisemitismus. Darauf wurde die DDR-Staatssicherheit aufmerksam und es folgten ›disziplinarische Maßnahmen‹.



*Ein Briefmarkenentwurf aus dem Jahr 1961, der nicht realisiert wurde*  
 Copyright: Anne-Frank-Archiv Amsterdam

## Die Veröffentlichung des Tagebuchs und seine Verbreitung

Erst im Herbst 1957 erschien »Das Tagebuch der Anne Frank« in der DDR – 10 Jahre nach der niederländischen Erstausgabe. Otto Frank wollte keinen Verlag in der ›Ostzone‹ und vergab die deutschsprachige Lizenz an den westdeutschen Verleger Lambert Schneider. Beide lehnten lange eine ostdeutsche Ausgabe ab. Entsprechende Anfragen aus der DDR wurden abschlägig beschieden. Nach den ersten viel beachteten Aufführungen des Theaterstücks wird sogar in der Zeitung Neues Deutschland vermerkt: »Das Tagebuch der Anne Frank hat auch in Westdeutschland zahlreiche Leser gefunden. Warum hat keiner unserer Verlage es für die Deutsche Demokratische Republik entdeckt?«<sup>83</sup>

Lambert Schneider entschied sich dann für die Vergabe einer Lizenz an den Union Verlag. Dies war der Parteiverlag der ostdeutschen CDU mit einem Verlagsprogramm, in dem es neben christlich-theologischen Schriften auch Bücher bürgerlicher Autorinnen und Autoren gab. Vor der Veröffentlichung musste das Buch – wie alle anderen Bücher – vom Amt für Literatur und Verlagswesen im Ministerium für Kultur genehmigt werden. Die Ostberliner Zeitung BZ am Abend veröffentlichte zuvor einen Teilabdruck des Tagebuchs sowie »Die Zaubertruhe«, ein Jahrbuch für Mädchen.

Am Anfang gab es den Plan des Union Verlags, das Nachwort des Theologen und Schriftstellers Albrecht Goes aus der westdeutschen Taschenbuchausgabe des Fischer-Verlags von 1955 zu übernehmen. Dies war nicht möglich, da Goes darin deutlich auf das GULag-System (stalinistische Konzentrationslager) anspielt. Deshalb wird der Berliner Propst Heinrich Grüber (1891-1975) für ein Nachwort gewonnen. Er war während der Zeit des Nationalsozialismus Mitglied der Bekennenden Kirche. Nach Erlass der ›Nürnberger Gesetze‹ gründete er das ›Büro Pfarrer Grüber‹. Diese Hilfsstelle unterstützte vorrangig getaufte Jüdinnen und Juden in so genannten Mischchen. Von 1940 bis 1943 war Heinrich Grüber in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau inhaftiert. Ab 1949 war der Propst Bevollmächtigter der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) bei der DDR-Regierung. Diese Tätigkeit beendete Otto Grotewohl im Mai 1958. Zuvor hatte die EKD einen Militärseelsorgevertrag mit der Bundesregierung abgeschlossen. Der Propst erhielt Einreiseverbot in die DDR. Sein Nachwort verschwand mit der dritten Auflage aus den nachfolgenden Ausgaben des Tagebuchs. Zwischen 1957 und 1990 hat es in der DDR insgesamt acht Auflagen des Tagebuchs gege-

83 Zitiert nach: Ebenda S. 58.



## Das Bild

Es hängt in meiner Stube, das Bild der Anne. Ein mageres Mädchengesicht, umgeben von schwarzem, strähmigem Haar. Eine gestreifte Tracht umschließt den Hals. Traurige Augen blicken ohne Hoffnung an mir vorbei. Seit ich das Tagebuch jenes Mädchens kenne, hängt ihr Bild in meinem Zimmer.

Jedesmal, wenn mich Annes tiefe Traurigkeit gefangen hielt, dachte ich an die Anmut, an die Fröhlichkeit, an die sprühende Lebensfreude, mit der dieses Gesicht einst Lehrer, Bekannte und Freunde begeistern konnte. Und dann diese Müdigkeit in den Augen? – Welche Grausamkeit hatte Anne erdulden müssen, zu der Zeit etwa, da ich meine ersten Schritte tat.

Neulich kam ich niedergeschlagen nach Hause. Gründlich hatte ich mich in den vergangenen Monaten auf das Studium vorbereitet. Doch nun diese Wehrpflicht! Achtzehn Monate Zeitverlust! Ich schimpfte auf alles und verschonte nichts. Plötzlich fiel mein Blick auf die Augen der Anne. Ich dachte an ihr Tagebuch. Sicher hätte auch sie gern studiert. Wer war schuld, daß dieses junge Leben verhungern mußte? – Ich wußte es. Ich wußte es so gut, daß ich vor vielem Wissen jene Schuldigen fast vergessen hatte. Aus den Augen des Mädchens sprach das Leid Millionen Ermordeter; und mir widerstrebte es, zu lernen, wie man Millionen gegen die Mörder schützt? Ich schämte mich. Ich schämte mich so sehr, daß ich tagelang vermied, diese Lithographie anzublicken.

Jetzt, in der Zeit meines Waffendienstes, beflügeln mich die Gedanken an Anne Franks leiderfüllte Augen, die Helena Scigala nicht nur für mich so ausdrucksstark wiedergegeben hat.

Manfred Weinert

ben. Sechs gab der Union Verlag heraus, zwei der Kinderbuchverlag. Die Auflagenhöhe bewegte sich zumeist im Rahmen von 40.000 Exemplaren. In den Jahren zwischen 1963 und 1980 wurde das Tagebuch in der DDR nicht herausgegeben. Zeitzeuginnen und Zeitzeugen vermuten einen Zusammenhang mit der antizionistischen Haltung in der DDR nach dem Sechstagekrieg 1967 zwischen Israel und den arabischen Staaten. Erst mit dem 50. Geburtstag Anne Franks im Jahre 1979 begann in Ostdeutschland erneut eine Beschäftigung mit dem Tagebuch.

### Anne Frank – eine Lebensgeschichte als Propagandamittel im Kalten Krieg

Kurz nach dem Erscheinen des Tagebuchs wurde durch den Regisseur Joachim Hellwig (gemeinsam mit dem Drehbuchautor Günther Deicke) ein Dokumentarfilm über die Mörder Anne Franks gedreht. Dieser Film hatte im Februar 1959 seine Premiere. Anne Franks Lebensgeschichte sollte im Kalten Krieg für Propagandazwecke genutzt werden. Dazu wendet sich die DEFA an das Zentralkomitee der SED mit der Bitte um Unterstützung, um »mit dem populären Einzelschicksal Anne Frank, die SS-Mörder heute anzuklagen«<sup>84</sup>. Der damalige Generalsekretär Walter Ulbricht schreibt im Juni 1958 an das ZK der KPdSU. Sowjetische Archive stellen daraufhin einige wenige Dokumente zur Verfügung. Die Dokumentation wurde eine politische Anklage gegen die Bundesrepublik. Dort unbehelligt lebende, ehemals führende Nationalsozialisten, die wieder hohe Posten innehatten, sollten im Film den faschistischen Charakter des »Bonner Staats« beweisen.

Die DDR-Presse lobte den Film sehr und betonte seine aktuelle Wichtigkeit mit Schlagzeilen wie »Annes Mörder leben in Westdeutschland«<sup>85</sup> (Bauernecho) und »DEFA-Dokumentarfilm zeigt die faschistischen Judenmörder unter den Fittichen des Adenauer-Regimes«<sup>86</sup> (Neues Deutschland). Die westdeutsche und europäische Presse betonte die Propaganda im Film, bezweifelte aber die dokumentierten Fakten nicht. »Zonenpropaganda mit Anne Frank«<sup>87</sup> (Die Welt) und »SS-Leute im Dienste der DDR, 47 ehemalige Nationalsozialisten als Volkskammerabgeordnete«<sup>88</sup> (Frankfurter Rundschau) titelten westdeutsche Zeitungen in den Wochen nach der Premiere des Films.

Es gibt keinen Nachweis, dass der Film »Ein Tagebuch für Anne Frank« in der DDR später oft

84 Zitiert nach: Ebenda Abb. S. 85.

85 Zitiert nach: Ebenda S. 83.

86 Zitiert nach: Ebenda.

87 Zitiert nach: Ebenda.

88 Zitiert nach: Ebenda.

gezeigt wurde. Fotos und Texte aus dem gleichnamigen Buch dagegen finden sich noch in den Theaterprogrammheften der 1980er Jahre und in den Traditionskabinetten von Anne Frank Schulen in der DDR. Die bekannte Hollywood-Verfilmung »Das Tagebuch der Anne Frank« von George Stevens, ebenfalls aus dem Jahr 1959, kam weder in die Kinos noch ins Fernsehen der DDR.

### **Anne Frank als Namensgeberin für öffentliche Einrichtungen**

Die Theateraufführungen, das Tagebuch, der DEFA-Dokumentarfilm und vielfältige Presseberichte machten Anne Frank in der DDR bekannt. Schulen, Kinderkrippen, Arbeitsbrigaden, Pionier- und FDJ-Gruppen konnten bei den zuständigen staatlichen Stellen eine Genehmigung für eine Namensgebung beantragen und mit einem Arbeitsprogramm um einen Namen »kämpfen«. Eine herausragende Rolle spielte Anne Frank im Pionier- und FDJ-Leben jedoch nicht. Namen von Repräsentanten der Arbeiterbewegung und kommunistischen Widerstandskämpfern wurden vorgezogen. Eine Statistik zur so genannten Namensträgerbewegung des Zentralrats der FDJ aus dem Jahre 1981 zeigt, dass bei mehr als 1.100 FDJ-Grundorganisationen, Jugendbrigaden und Pionierfreundschaften der Name nur sechs mal vergeben wurde. Es gab außerdem vier Schulen, die den Namen Anne Franks trugen. Im thüringischen Themar sollte die Namensgebung im Jahre 1960 laut Schulchronik eine Antwort auf den Antisemitismus in Westdeutschland sein. Ehemalige Lehrer der Schule berichteten jedoch, dass für die Namensgebung die Erinnerung an die Ausschreitungen gegen jüdische Einwohner Themars während der Pogromnacht 1938 mitentscheidend war. Zum 10-jährigen Bestehen der Anne Frank Oberschule in Themar wurde ein Schullied komponiert. In der dritten Strophe heißt es: »Es lebe unsere Republik! Schöne Heimat voll Frieden und Glück. Wir treten für Sozialismus ein. Drum vorwärts, freie Jugend, auf den Blick! Anne Frank ist unser Vorbild! So klingt es hell im Wind!«<sup>89</sup> Die persönliche Kontaktaufnahme des Geschichtslehrers Ralf Arnoldt mit der Amsterdamer Anne Frank Stiftung wurde noch im September 1989 von der DDR-Staatssicherheit überwacht. Unterbunden hat die Behörde die Initiative des Lehrers nicht.

Im Lesebuch für die 7. Klasse wurden zwischen 1968 und 1984 drei kurze Tagebuchauszüge (19., 23. und 26. Juli 1943) sowie die Lithographie Anne Frank von Helena Scigala abgedruckt. Im offiziellen Lehrplan war das Tagebuch nie vorgegeben. Enga-

gierte Lehrerinnen und Lehrer behandelten das Tagebuch indes immer wieder im Unterricht und besuchten mit ihren Schülerinnen und Schülern die Tagebuch-Aufführungen der Kinder- und Jugendtheater. Mit Lehrern und Pioniergruppen stand Otto Frank sporadisch in Briefkontakt. Bereits Ende der 1950er Jahre schrieben ihm ein Lehrer und mehrere Schüler aus Tessin. Den Namen Anne Frank trug dort später eine Schule. Doch wies Otto Frank ideologisch verkürzte Deutungen Anne Franks als »Opfer des Faschismus« beharrlich zurück. So zum Beispiel in seiner Antwort auf einen Brief einer 10-jährigen Schülerin aus Güstrow im Jahr 1973. Das Mädchen wandte sich an Otto Frank, da sie in einem Pionierauftrag »über das Leben und Wirken von Anne Frank und ihren Eltern«<sup>90</sup> berichten sollte.

### **Lin Jaldati und Anne Frank**

Die in der DDR lebende jüdische Künstlerin Lin Jaldati begegnete Anne Frank und ihrer Familie in den Konzentrationslagern Westerbork, Auschwitz und Bergen-Belsen. Sie und ihre Schwester Marianne Brandes-Brilleslijper überbrachten nach ihrer Befreiung Otto Frank in Amsterdam die Nachricht vom Tod seiner Töchter Anne und Margot. Lin Jaldati war bis 1989 die einzige Zeitzeugin zur Lebensgeschichte Anne Franks in Ostdeutschland und bemühte sich sehr, Anne Franks Lebensgeschichte und das Tagebuch in der DDR bekannt zu machen. Schwierigkeiten gab es ab Mitte der sechziger Jahre. Ihre Tochter Jalda Rebling erinnert sich dazu: »Nach dem 6. Juni 1967 hatte sie schlagartig keine Konzerte mehr. Sie wurde aus dem Fernsehprogramm herausgeschnitten und ist später auch aus der Singebewegung herausgedrängt worden. (...) als der Sechstagekrieg begann, wollte man das Jüdische am liebsten in die Schublade packen und nicht mehr darüber reden. Zu sagen, es hätte in der DDR keinen Antisemitismus gegeben, ist Unsinn. Es gab tausende kleine Geschichten im Alltag«<sup>91</sup>. In dieser Zeit erfolgt auch keine Neuauflage des Tagebuchs.

Erst Ende der 1970er Jahre setzten Veränderungen ein, Lin Jaldatis Ehemann Eberhard Rebling erinnert sich: »In dem Städtchen Dahme, Bezirk Cottbus, bewarb sich der Kindergarten um den Namen Anne Frank. (...) zur Namensgebung führen wir Anfang September nach Dahme, die Kinder hatten Gedichte und Lieder einstudiert, eine kleine Ausstellung war liebevoll vorbereitet worden, Lin sprach über ihre Begegnungen mit Anne Frank und sang einige Lieder. Auf der Rückfahrt sagte sie plötzlich:

90 Zitiert nach: Ebenda S. 118.

91 Zitiert nach: Ebenda S. 139.

89 Zitiert nach: Ebenda Abb. S. 103.

Quitt. 13/01/60

(DDR 28)

Thüringer  
DDR

Klaus-Dr. Hoffmann Weißensee am. 22.5.60

Herrn

Walther Dorfstr. 4

Otto Frank

DDR

Basel - Schweiz

Herbstgasse 10

Ich glaube Sie werden sehr erstaunt sein von mir einen Brief zu bekommen, aber bitte glauben Sie mir ich muß Ihnen schreiben. Ich hoffe ich belästige Sie mit diesem Brief nicht.

Vor einiger Zeit sah ich ein Theater "Das Tagebuch der Anne Frank" kurze Zeit darauf las ich es. Im März - April 1960 gelangte mir es dann ein deutsches Theaterstück. Ich muß Ihnen als 18-jähriger Junge gestehen ich habe gewirkt als ich das Tagebuch Ihrer Anne gelesen habe. Mir hat es so beeindruckt daß ich nicht geschämt habe Deutsche zu sein. Bitte glauben Sie mir das was meine Anne und Ihre Familie ein Faschismus angetan hat, haben Deutsche getan die es nicht wert waren Deutsche zu sein. Wenn es heute auch in Westdeutschland wieder antisemitische Ausschreitungen gibt so sind das einzige Unveränderliche die im Laufe der Zeit dahin kommen werden, wo sie hingehören. Wir jüdischen in der DDR stets das Charaktere der Anne und Ihrer Leidensgeschichte ehren, wir werden immer dafür kämpfen das es nie wieder Annes zu geben gibt.

Leider habe ich kein eigenes "Tagebuch". Sie werden leider ein nicht allein großer Auflage verlegt. Aber ich werde mir alle Bücher die über Anne erschienen sind, zulegen.



Der am 12. Juni 1981 eingeweihte Anne-Frank-Gedenkstein in Thamar

Copyright: Schularchiv Thamar

›Ich rechne gerade aus, Anne wäre am 12. Juni nächsten Jahres fünfzig Jahre alt geworden, da müssen wir doch etwas tun«<sup>92</sup>. Gemeinsam mit ihrem Ehemann Eberhard und ihrer Tochter Jaldal Rebling entwickelte Lin Jaldati im Jahre 1979 ein künstlerisches Programm. Die Montage aus jiddischen Liedern, Tagebuchauszügen und einer Dokumentation trug den Untertitel »Ein Abend für Anne Frank«. Dieses Programm wurde auch im Fernsehen der DDR gezeigt. Im Jahre 1985 wurde das Programm anlässlich der Eröffnung der Ausstellung »Die Welt der Anne Frank, 1929-1945« in Amsterdam in Anwesenheit der niederländischen Königin aufgeführt.

### **Anne Frank in Radio, Fernsehen und Presse der DDR**

Zwischen 1956 und 1989 informierten Presse-, Rundfunk- und Fernsehbeiträge über Anne Frank und das Amsterdamer Anne Frank Haus. Bis zum Mauerfall verknüpften die Beiträge den Namen der Verfasserin des bekannten Tagebuchs mit Hinweisen zunächst auf Antisemitismus, später vor allem auf »Neofaschismus« in der Bundesrepublik. So wird z. B. in einem Beitrag der Zeitung BZ am Abend im Juni 1959 die Überschrift »Die Stadt der Anne Frank« mit dem Untertitel »Frankfurt am Main – Tummel-

platz und Hort faschistischer Elemente«<sup>93</sup> versehen. Im Zuge der Entspannungspolitik seit Beginn der 1970er Jahre verloren diese Vorwürfe überwiegend ihren deutsch-deutschen Akzent. Sie erstreckten sich nun auf ganz Westeuropa sowie die USA.

Eine DDR-Lizenzausgabe der Lebenserinnerungen »Meine Zeit mit Anne Frank« von Miep Gies erschien 1989. Sie hatte zu den Helfern der Familie Frank während der Amsterdamer Zeit im Versteck gezählt. Im Auftrag des Verlags lud der Junge Welt-Journalist Volker Kluge die Autorin im September 1989 zur Buchpräsentation und zum Podiumsgespräch nach Ostberlin ein. Die DDR-Medien nutzten die Gelegenheit, Ostdeutschland abermals als den besseren antifaschistischen Staat zu präsentieren. Selbst Miep Gies bestätigte in einem Interview: »Das Schönste an unserer Reise in die DDR war, dass wir fühlten: in diesem Land ist Anne Frank verstanden worden«<sup>94</sup>. Sicher kannten sie dabei nicht den Kommentar von Manfred Weinert in der Pionierzeitschrift Frösi: »Gründlich hatte ich mich in den vergangenen Monaten auf das Studium vorbereitet. Doch nun diese Wehrpflicht! 18 Monate Zeitverlust! Ich schimpfte auf alles und verschonte nichts! Plötzlich fiel mein Blick auf die Augen der Anne. Ich dachte an ihr Tagebuch. Sicher hätte auch sie gern

92 Zitiert nach: Ebenda S. 133.

93 Zitiert nach: Ebenda S. 157.

94 Zitiert nach: Ebenda S. 168.

studiert. Wer war Schuld, dass dieses junge Leben verhungern musste? – Ich wusste es! (...) Jetzt in der Zeit meines Waffendienstes beflügeln mich die Gedanken an Anne Franks leiderfüllte Augen...«.

Viele Rundfunksendungen informierten über die Lebensgeschichte Anne Franks, brachten Lesungen aus dem Tagebuch, kurze Tonmitschnitte aus den Theaterinszenierungen oder Interviews mit Zeitzeuginnen wie Lin Jaldati und Miep Gies. Auch Mitarbeiter des Anne Frank Hauses in Amsterdam kamen zu Wort.

### **Sommer 1989 – die Amsterdamer Anne Frank Ausstellung in Ostberlin**

Die Anne Frank Stiftung in Amsterdam präsentiert seit 1985 weltweit die internationale Wanderausstellung »Die Welt der Anne Frank, 1929-1945«. Dr. Peter Kirchner, der damalige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Ostberlins, sah sie 1987 in Westberlin. Auf seine Initiative hin kam im Juli 1989 die mit dem Magistrat und der Anne Frank Stiftung gemeinsam organisierte Präsentation der Ausstellung im Informationszentrum am Fernsehturm in Ostberlin zustande. Vom Magistrat Ostberlins wurden einige Fotografien und Textunterschriften der Ausstellung kritisiert: eine antisemitische Karikatur aus der Sowjetunion, das Foto eines palästinensischen Bombenanschlags in Israel und die Bildunterschrift »auf einer Berliner Mauer« unter dem Foto einer mit ausländerfeindlichen Parolen beschmierten Wand. Bei letzterem wurde eine Verwechslung mit der so genannten Berliner Mauer befürchtet, die es im offiziellen Sprachgebrauch nicht gab. Die Dokumente sollten aus der Ausstellung entfernt werden. Diesen Forderungen entsprach die Anne Frank Stiftung nicht. Es wurde ein Zusatzfaltblatt gestaltet, das dann u. a. betonte, dass sich die Lage der Juden in der UdSSR sehr verbessert und sich die PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation) von dem Bombenanschlag distanziert habe.

Die DDR behielt sich vor, zur Amsterdamer Ausstellung eine Zusatzausstellung »Das Vermächtnis von Anne Frank lebt in den Herzen der Berliner« zu gestalten. Unter Federführung des Ostberliner Magistrats wurde eine Erfolgsgeschichte der kompromisslosen Aufarbeitung des Faschismus in der DDR entworfen. Dabei nahmen in der DDR in den 1980er Jahren rechtsextreme Vorfälle wie zum Beispiel Übergriffe auf Ausländer und Oppositionelle oder Hakenkreuzschmierereien zu. Offiziell verschwiegen man sie. So werden Peter Kirchners kritische Worte zum Rechtsextremismus in der DDR nicht in den Medien zitiert. Die Schändung eines jüdischen Friedhofs in Berlin wurde zum Einzelfall erklärt.

PS: Ich bin selber in der DDR groß geworden und habe 1989 die Anne Frank Ausstellung am Fernsehturm gesehen. Es war meine erste Begegnung mit Anne Franks Lebensgeschichte – in der Schule hatte ich nichts von ihr gehört bzw. gelesen. Auch ich glaubte, dass die DDR der bessere Staat sei (vor allem, weil er antifaschistisch war) und der Sozialismus das bessere Gesellschaftssystem. Ich wurde Lehrer für Mathematik und Physik und war damit laut Arbeitsvertrag zwischen 1988 und 1990 auch »politischer Erzieher« an einer Schule in Berlin-Mitte. Heute sehe ich: Auch ich bin mitgelaufen und habe mitgetan, habe schwarz-weiß gedacht, nicht nachgefragt (z. B. bei Familiengeschichten) und Geschichte als eine Abfolge von Klassenkämpfen betrachtet und dabei die einzelnen Menschen vergessen. Diese Erfahrungen motivieren mich heute, mich für eine demokratisch lebendige Zivilgesellschaft zu engagieren und andere ebenfalls dazu zu ermutigen.

*Informationen zur Präsentation der Wanderausstellung »Anne Frank und die DDR. Politische Deutungen – persönliche Lesarten« finden Sie unter: [www.annefrank.de](http://www.annefrank.de). Dort ist auch im Onlineshop das Buch von Sylke Kirschnick erhältlich.*

# Die Thematisierung von Antisemitismus in der antifaschistischen Literatur und im Film der DDR

Konstanze Ameer

In der DDR waren Literatur und Film in hohem Maße staatlich reglementiert. Beide Bereiche stehen in engem Zusammenhang mit dem Gründungsmythos vom antifaschistischen Staat. Im Antifaschismus, so Antonia Grunenberg<sup>95</sup>, verselbständigt sich die Ideologie vom Widerstand, der gegen die Staats- und Gesellschaftsmodelle der ›bürgerlichen‹ Demokratie und den Nationalsozialismus bzw. Faschismus gerichtet war. Dies vollzog sich hin zu einer unwiderlegbaren Ordnung von Bildern und Symbolen, die auf eine einheitliche, harmonisch gestaltete gesellschaftliche Ordnung gerichtet war.

In der Auseinandersetzung mit dem Wirken des Antifaschismus der DDR spielt die Kultur eine maßgebliche Rolle. Immer wieder wird in öffentlichen Diskussionen betont, dass der Antifaschismus Erziehung und Bildung, Film und Literatur, ja den kulturellen Bereich insgesamt durchdrungen habe. Verwiesen wird hier auf den frühen Beginn der Auseinandersetzung mit »dem Faschismus« und auf die Menge an Literatur und Filmen, die sich Zeit des Bestehens der DDR auf hohem Niveau gehalten hat.<sup>96</sup>

Die kanonischen Texte und Filme der DDR sind tatsächlich mehrheitlich dem antifaschistischen Genre zuzurechnen. Genügt dies aber, um zu belegen, dass sich die DDR im Gegensatz zur Bundesrepublik von Anfang an der Vergangenheit gestellt und sich mit dem Nationalsozialismus in all seinen Facetten auseinandergesetzt habe? Der Verweis auf einschlägige Werke scheint nicht geeignet zu sein, die These vom »verordneten Antifaschismus«<sup>97</sup> zu

widerlegen, nach der eine wirkliche Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit durch staatliche Direktiven ersetzt wurde.

In der Forschung gibt es verschiedene Ausgangspunkte bei der Betrachtung des Verhältnisses von Kultur und Politik. Gehen die einen von einer vollständigen Instrumentalisierung der Kultur für die Zwecke der SED aus<sup>98</sup>, sehen andere eine »Gleichzeitigkeit von Verstricktheit und Emanzipationswillen der jeweiligen Akteure.«<sup>99</sup> In beiden Ansätzen jedoch ist eine starke Beziehung zwischen Kultur und Politik anerkannt. Deutlich zeigen sich das am antifaschistischen Genre der Literatur.

In diesem Artikel wird der Frage nachgegangen, ob und wenn ja, wie in den Genres antifaschistischer Literatur und Film der DDR eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus geführt wurde. Dazu ist es einleitend notwendig, auf die staatliche Kontrolle bzw. Zensur künstlerischer Werke in der DDR generell zu blicken und eine Debatte um den Formalismus genauer zu betrachten. Im Konkreten geht es dann um den Umgang mit Überlebendenliteratur und mit Filmen, in denen der Nationalsozialismus thematisiert wird.

## Staatliche Überwachung von literarischen Veröffentlichungen

Der literarische Antifaschismus der DDR ist ohne die politisch-organisatorischen Voraussetzungen der »Literaturgesellschaft DDR« nicht zu erfassen. Nicht eine einzige Zeile konnte in der DDR ohne den Gang durch die Behörden veröffentlicht werden. Die höchste politische Instanz zur Steuerung ideologischer und ökonomischer Prozesse im Kulturbereich stellte die Abteilung für Kultur beim Zentralkomitee (ZK) der SED dar. Das Ministerium für Kultur, das dieser direkt unterstand, hatte eine Behörde gegründet, die »Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel«, die den gesamten Prozess der Buchpublikation überwachte – angefangen vom Schriftsteller bis hin zum Buchhandel. Im Dezember 1951 hatte dieses Amt Bestimmungen zur Durchführung dieses Prozesses erlassen, die alle DDR-

98 Wolfgang Emmerich, *Kleine Literaturgeschichte der DDR*. Berlin 2007.

99 Henning Wrage, *Die Zeit der Kunst. Literatur, Film und Fernsehen in der DDR der 1960er Jahre*. Eine Kulturgeschichte in Beispielen, Heidelberg 2008, S. 29.

95 Antonia Grunenberg, *Antifaschismus*. Ein deutscher Mythos, Hamburg 1993.

96 Die Vielzahl an antifaschistischer Kunst ist ein Beleg dafür, wie zentral das Konzept des Antifaschismus war und wie bedeutend die Rolle der Kunst und Kultur eingeschätzt wurde. Zufrieden stellte Honecker 1981 in seiner Biografie fest: »Welche gewaltige mobilisierende und erzieherische Wirkung von Kunst und Kultur ausgehen kann, ist mir besonders deutlich geworden, als wir nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus vor der schwierigen Aufgabe standen, die Verwirrungen in den Köpfen von Millionen von Menschen zu überwinden. Künstlerische Werke hatten großen Anteil daran, den Ideen der Menschenwürde und des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus zum Durchbruch zu verhelfen« (Erich Honecker, *Aus meinem Leben*. Berlin 1981, S. 347).

97 Ralph Giordano, *Die zweite Schuld oder von der Last Deutscher zu sein*. Hamburg 1987, S. 215-228.

Verlage dazu zwang, Lizenzen zu erwerben.<sup>100</sup> Dieses Instrument der Überwachung wurde in den folgenden Jahrzehnten immer weiter ausgebaut. So gab es ministerielle Abteilungen, die literarische Konzeptionen thematisierten, Werke in ihren Einzelaspekten diskutierten und diese gegebenenfalls revidierten (z. T. in Absprache mit den Autoren). Zudem gab es eine dem Ministerium nachgeordnete Behörde, das »Büro für Urheberrechte«, dem alle für das Ausland vorgesehenen Veröffentlichungen zur Genehmigung vorgelegt werden mussten. Ohne diese Genehmigung machte man sich mit einer Veröffentlichung im Ausland strafbar. Dieser administrative Zensurapparat wurde in seiner Arbeit durch den Kulturbund und den Schriftstellerverband unterstützt, zwei Institutionen, die die Politik der SED in ihren jeweiligen Bereichen durchzusetzen halfen. Unterstützt wurde dieses Überwachungs- und Lenkungssystem nicht zuletzt durch personelle Überschneidungen. Schriftsteller/Kulturschaffende der DDR wie Johannes R. Becher, Alexander Abusch oder Klaus Gysi waren auch Kulturminister der DDR. Auch Hermann Kant war zeitgleich Präsident des Schriftstellerverbandes und Mitglied des ZK der SED.<sup>101</sup>

### **Die Formalismus-Debatte: »entartete«, »kranke« und »national wurzellose« Kunst**

Wie grundsätzlich die Politik bereits Anfang der 1950er Jahre Kunst und Kultur als ideologische Kraft deutete und in ihren Dienst stellte, zeigt die fünfte Tagung des ZK der SED 1951.<sup>102</sup> Hier ging es um die gesellschaftliche und ideologische Bedeutung von Kunst, Probleme inhaltlicher und formaler Gestaltung und allem voran um die Instrumentalisierung von Literatur für die Zwecke der Parteipolitik. Die kulturpolitischen Maßnahmen, die ergriffen werden sollten, standen, wie alle anderen politischen Sektoren im Zeichen des »Antifaschismus«, d.h. innerhalb einer Gesellschaftsordnung, die vorgab, eine angemessene historische und ideologische Antwort auf den Nationalsozialismus zu bieten. Für die Literaturpolitik bedeutete das, im Sinne der Literatur-

Kunsttheorie des sozialistischen Realismus, wie sie beispielsweise von Georg Lukács in seinem Aufsatz »Wider den missverstandenen Realismus«<sup>103</sup> von 1955 formuliert wird, sich gegen den so genannten »Formalismus« zu wenden, eine realistische Schreibweise anzuordnen, die sich an der Literatur des 19. Jahrhunderts orientierte und das »klassische Erbe« fortführen sollte.<sup>104</sup>

Als »Formalismus« galt den Kulturpolitikern der DDR die moderne Literatur des 20. Jahrhunderts. Franz Kafka, Robert Musil, Samuel Beckett, James Joyce und viele andere Autoren wurden mit diesem Schlagwort belegt und als für die Kultur der DDR unbrauchbar erachtet.<sup>105</sup> Die SED definierte Formalismus als die »Zersetzung und Zerstörung der Kunst selbst. Die Formalisten leugnen, daß die entscheidende Bedeutung im Inhalt, in der Idee, im Gedanken des Werkes liegt. Nach ihrer Auffassung besteht die Bedeutung eines Kunstwerks nicht in seinem Inhalt, sondern in seiner Form. Überall wo die Frage der Form selbständigen Charakter gewinnt, verliert die Kunst ihren humanistischen und demokratischen Charakter.«<sup>106</sup>

Die Ursache solcher Tendenzen sah man im Kapitalismus und im Imperialismus als Gesellschaftsformationen, die der Kunst feindlich gegenüberstünden. Mit wechselnden Etiketten wie »Dekadenz«, »Modernismus« oder dem antisemitisch konnotierten »Kosmopolitismus« wurden bedeutende Autoren der modernen Weltliteratur angegriffen, aus den Bibliotheken entfernt und eingestampft, ästhetisch innovative Tendenzen in der Kunst der DDR unterbunden. So wurden Theateraufführungen abgesetzt, Wandbilder übermalt und Literatur, die den Nationalsozialismus nur durch Zufall oder mutigen

103 Georg Lukács, *Wider den missverstandenen Realismus*. Hamburg 1958.

104 Vgl. zur so genannten »Formalismusdebatte«, die sich kaum durch inhaltliche Argumente, sondern hauptsächlich durch politische Forderungen auszeichnete, Wolfgang Emmerich, *Kleine Literaturgeschichte der DDR*. Berlin 2007, S. 118 – 124; Volker Wehdeking/Günther Blumberger, *Erzählliteratur der frühen Nachkriegszeit (1945-1952)*. München 1990, S. 61 – 71. Für eine knappe Überblicksdarstellung: Michael Opitz/Michael Hofmann (Hg.), *Metzler Lexikon DDR-Literatur*. Autoren Institutionen Debatten, Stuttgart 2009.

105 Die Anfänge des hier beginnenden Kampfes gegen den »Formalismus« liegen in den 1930er Jahren der Sowjetunion begründet. Die Ablehnung »formalistischer« Kunst basierte dort, wie auch später in der DDR auf einer nationalistischen Politik, die mit der Berufung auf »Volksverbundenheit« die Auffassung vertritt, dass Kunst dem Volke leicht zugänglich und verständlich sein muss.

106 Definition des Formalismus auf der fünften Tagung des Zentralkomitees der SED, März 1951, zitiert nach Wolfgang Emmerich, *Kleine Literaturgeschichte der DDR*. Berlin 2007, S. 118.

100 Diese Durchführungsbestimmungen wurden gemeinsam mit einer Verordnung über die »Entwicklung fortschrittlicher Literatur« erlassen.

101 Vgl. für einen Überblick zur Organisation der Zensur auch: Ralf Schnell, *Geschichte der deutschsprachigen Literatur seit 1945*. Stuttgart 2003, S. 108f. Eine detaillierte Darstellung der Zensur in der DDR vgl. Simone Barck/Siegfried Lokatis (Hg.), »Jedes Buch ein Abenteuer.« Zensur-System und literarische Öffentlichkeiten bis Ende der sechziger Jahre, Berlin 1998.

102 Die Installierung des oben beschriebenen administrativen Zensurapparates war die Konsequenz dieser fünften Tagung des ZK der SED.

Einsatz überlebt hatte, in diesen Jahren dem Reißwolf überreignet.<sup>107</sup> Wiederholt fallen in dieser Auseinandersetzung Begriffe wie ›entartete‹ Kunst, ›kranke‹, ›national wurzellose‹, ›hässliche‹ Kunst etc. Zudem, so der Vorwurf, vollziehe der Formalismus den Bruch mit dem klassischen Erbe<sup>108</sup>, was zur Zerstörung des Nationalbewusstseins führe.<sup>109</sup> Zum Regelkanon für die Kunst und Kultur der DDR wurden der sozialistische Realismus, die Pflege des progressiven kulturellen Erbes der Deutschen und die ›Volksverbundenheit‹ der Werke.

In Literatur und Film der vierziger, fünfziger und sechziger Jahre wird den Themen Nationalsozialismus und Widerstand großer Raum eingeräumt. Schon früh sollte dabei aber die Massenvernichtung der Juden als Verbrechen ausgespart bleiben. Auf den ersten Blick frappiert es, dass gerade der ›verordnete Antifaschismus‹ eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dessen zentraler Ideologie, dem Antisemitismus, behinderte. Bei genauer Untersuchung wird aber deutlich, dass der offizielle Blick auf den Faschismus mit Auslassungen verbunden war. Aus Perspektive der SED wurde aus der Ermordung der Jüdinnen

und Juden ein Völkermord<sup>110</sup>, wobei die Spezifik der Judenvernichtung unbenannt bleibt. Problematisch ist zudem, dass die deutsche Spezifik des Faschismus im Zusammenhang mit einem eliminatorischen Antisemitismus ausgeblendet wurde und die Verfolgung einzelner Opfergruppen in den Hintergrund trat. Mit der Doktrin des Antifaschismus erübrigte sich eine Auseinandersetzung mit der Gegenwart. Statt dessen erschien die DDR als Siegerin der Geschichte. Dieser Umstand sowie die Aufforderung, sich zum Fortschritt und zu der Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft zu bekennen, machten es schwierig, sich literarisch mit der Singularität des Nationalsozialismus und dem eliminatorischen Antisemitismus auseinanderzusetzen. Die künstlerische Darstellung und Bearbeitung von Leid und Grauen, Schuld und Verantwortung waren mit den Vorgaben der DDR-Kulturpolitik nicht zu vereinbaren.

### »Übertreibung und falsche Darstellung« – Zensur von Überlebendenliteratur

Betrachtet man Dokumente der Zensurverfahren, so lässt sich erkennen, wie die antifaschistische Doktrin bereits Ende der vierziger Jahre wirkte: Literatur von Überlebenden der Vernichtungs- oder Konzentrationslager war einer rigiden Zensur unterworfen. So sprach sich der Zentralvorstand des VVN-Verlags 1947 dafür aus, anstatt von ›Greuel-literatur‹, die später auch als ›Leidens- oder KZ-Literatur‹ titulierte wird, Literatur über die Widerstandsbewegung herauszugeben. Damit wurde eine wesentliche Dimension des NS in den Hintergrund gedrängt: Den spezifischen Erfahrungen verfolgter Juden wurde kaum Platz eingeräumt.<sup>111</sup> Das Kernereignis des NS – die Vernichtung der europäischen Juden – sollte nach dem Selbstverständnis der SED vom antifaschistischen Staat weitgehend unberücksichtigt bleiben.<sup>112</sup>

So erschien beispielsweise 1950 im VVN-Verlag ein Werk mit dem Titel ›Rolf, Kopf hoch!‹ von Rolf Weinstock. Der Autor war in der Pogromnacht des 9. Novembers 1938 verhaftet worden und bis 1945 in zahlreichen Konzentrationslagern interniert gewesen. Im Werk wird aus der Perspektive eines jungen Juden vom unmenschlichen Lageralltag in

107 Vgl. ebenda S. 119. Günther de Bruyn, damals Bibliothekar in der DDR, schreibt in seinen Erinnerungen, dass an die öffentlichen Bibliotheken ›der nicht öffentlich gemachte, aber genau überwachte Befehl [erging], alle pazifistische, kosmopolitische und dekadente Literatur auszusondern und in die Papiermühlen zu bringen, eilig unbürokratisch und rücksichtslos‹ (Günther de Bruyn, Vierzig Jahre. Ein Lebensbericht, Frankfurt/Main 1996, zitiert nach: Wolfgang Emmerich, Kleine Literaturgeschichte der DDR, Berlin 2007, S. 119).

108 Die Vorstellung vom klassischen kulturellen Erbe spielte für die SED eine zentrale Rolle. Im Verständnis der marxistischen Literaturwissenschaft bezeichnet ›Erbe‹ seit den 1920er Jahren den Anspruch auf das Alleinerbe der Werke bürgerlicher Autoren, ›die von den Ideen sozialen Fortschritts in ihrer jeweiligen Epoche Zeugnis ablegen. [Der Erbegedanke] ist normativ, d.h. er verpflichtet die sozialistischen Schriftsteller zur kontinuierlichen Weiterentwicklung der ästhetischen Theorie und Praxis bürgerlich-humanistischer Kultur und schließt folgerichtig die Orientierung an literarische Strömungen aus, die dieses Kontinuum bewusst unterbrochen haben‹ (d.h. proletarisch-revolutionäre Literatur der 1920er und die europäische Avantgarde; Volker Wehdeking/Günther Blamberger, Erzählliteratur der frühen Nachkriegszeit (1945-1952). München 1990, S. 64). Der Bezug auf das klassische Erbe fügte sich in die Ideologie des Antifaschismus, insofern der NS als Antithese ›[zum Guten] des wahren deutschen Geistes‹ vorgestellt wurde (Gründungsmanifest des ›Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands‹ vom 3. Juli 1945, in: Gerd Dietrich (Hg.), Um die Erneuerung der deutschen Kultur. Dokumente zur Kulturpolitik 1945-1949, Berlin 1983, S. 62ff.).

109 Wolfgang Emmerich, Kleine Literaturgeschichte der DDR, Berlin 2007, S. 118-124.

110 Vgl. das gleichnamige Buch von Matthias Krauß, Völkermord statt Holocaust. Jude und Judenbild im Literaturunterricht der DDR, Leipzig 2007, das darum bemüht ist, diese Perspektive zu retten.

111 Vgl. Simone Barck, Antifa Geschichte(n). Eine literarische Spurensuche in der DDR der 1950er und 1960er Jahre, Köln/Weimar/Berlin 2003, S. 26.

112 Vgl. Dan Diner, Zur Ideologie des Antifaschismus, in: Bernhard Moltmann u.a. (Hg.), Erinnerung. Frankfurt/Main 1993, S. 21-29.

den Konzentrationslagern Dachau, Gurs, Auschwitz und Buchenwald erzählt. Kurz nach dem Erscheinen wurde es auf Grund eines Artikels von Stefan Heymann, der den Titel »Übertreibung und falsche Darstellung«<sup>113</sup> trug, wieder zurückgezogen. Heymann, in der Kulturabteilung des ZK tätig, kennzeichnete das Buch als nicht geeignet, »die Menschen zu Abscheu und Haß gegen den Faschismus zu erziehen«<sup>114</sup>. Das Buch sei »ein Skandal für den VVN-Verlag«, sein größter Mangel bestehe in dem »völligen Verschweigen der illegalen Arbeit der Antifaschisten in den KZ-Lagern«<sup>115</sup>. Schließlich wird dem Autor vorgeworfen, mit seinen Übertreibungen seine »ziemlich unsauberen Machenschaften«<sup>116</sup> im KZ verzeihlich machen zu wollen.<sup>117</sup>

Ein weiteres Beispiel ist Hilde Hupperts Überlebensbericht »Fahrt zum Archeron«. Es erschien 1951 in einer Manuskriptbearbeitung von Stefan Zweig im VVN-Verlag. Zweigs Auseinandersetzung mit dem Kulturellen Beirat hatte zwei Jahre gebraucht. In einem Akt von Selbst-Zensur hatte Zweig schließlich massiv in seine Manuskriptbearbeitung eingegriffen und viele dem Kulturellen Beirat missfallende Erlebnisse Hilde Hupperts gestrichen. So wurden alle Stellen, die die Verbrechen der Wehrmacht erwähnten, ersatzlos gestrichen. Dort, wo von Verbrechen »der Deutschen« die Rede war, wurden sie zu Verbrechen »der Faschisten«; wo der Täter als »Deutscher« bezeichnet war, wurde nun von einem »SS-Mann« gesprochen etc. Das Werk wurde in den Literaturzeitschriften nicht rezensiert und bekam keinerlei öffentliche Aufmerksamkeit.

In den 1950er Jahren gerät die Darstellung des kommunistischen Widerstands im NS zu den Hauptmotiven der antifaschistischen Literatur. Im Vordergrund stehen zudem Erzählungen, in deren Verlauf NS-Täter oder Mitläufer dargestellt werden, die sich zu Antifaschisten bekehren (lassen). In den ersten zwei Jahrzehnten des Bestehens der DDR zeichnen sich Werke dieses Genres durch einen stark didaktischen Charakter aus. Aus kommunisti-

scher Perspektive auf die »faschistische Welt« werden den Lesenden Protagonisten vorgeführt, die, im Stil des bürgerlichen Entwicklungsromans, am Ende von Tätern resp. Mitläufern zu Helden des Sozialismus werden, weil sie durch ihre Erfahrungen mit dem »Faschismus« erkannt haben, dass nur der Antifaschismus und der Aufbau eines sozialistischen Staates die einzig richtigen Antworten auf die erlebten Schrecken sind. In konventioneller Erzählweise – ohne Sprünge oder Montage, sondern in chronologischem Erzählstrang, in klarer Konflikteinfaltung und mit ausschließlich auktorialem Erzähler entsprechen die Werke auch formal den Vorgaben des sozialistischen Realismus.<sup>118</sup>

### **»Helden in den Mittelpunkt stellen, die den Sozialismus vollenden«<sup>119</sup>**

Wie oben erwähnt, war so genannte KZ-Literatur in der DDR höchst unerwünscht. In Verbindung mit dem kommunistischen Widerstand jedoch konnte auch von der Verfolgung der Juden erzählt werden, ohne dass diese Werke der Zensur zum Opfer fielen. Das erfolgreichste Werk dieser Erzählungen ist der Roman von Bruno Apitz »Nackt unter Wölfen«. Nach anfänglicher Ablehnung wurde er 1958 veröffentlicht, 1959 als Hörspiel und 1960 als Fernsehfilm umgesetzt. 1963 erschien der gleichnamige DEFA-Film von Frank Beyer. Die Druckgenehmigung des Romans fiel in die Zeit der Eröffnung der Gedenkstätte Buchenwald. Mit seiner Kopplung von Lager-system und kommunistischem Widerstand stand der Roman für einen Wandel in der Erinnerungskultur. Dieser, in der Sekundärliteratur »Lagerdiskurs« genannte Fokus, bestimmte seit der Veröffentlichung des Romans bis zum Ende der DDR die Erinnerungskultur.<sup>120</sup> Das viel zitierte Beispiel »Nackt

113 Stefan Heymann, Übertreibung und falsche Darstellung, in: Die Tat, Nr. 45, 9. Dezember 1950, S. 6.

114 Ebenda.

115 Vgl. ebenda.

116 Ebenda.

117 Für eine ausführliche Darstellung der Auseinandersetzung und zur Stellungnahme Rolf Weinstocks vgl. Simone Barck, Antifa Geschichte(n). Eine literarische Spurensuche in der DDR der 1950er und 1960er Jahre, Köln/Weimar/Berlin 2003, S. 48-54 und Thomas Taterka, »Buchenwald liegt in der Deutschen Demokratischen Republik«. Grundzüge des Lagerdiskurses in der DDR, in: Birgit Dahlke/Martina Langmann/Thomas Taterka (Hg.), Literaturgesellschaft DDR. Kanonkämpfe und ihre Geschichte(n), Stuttgart 2000, S. 312-365, hier S. 345-354.

118 Von der Wandlung des NS-Täters oder Mitläufers erzählen u. a. Bodo Uhse: »Die Patrioten« (1954), Harry Thürk: »Die Stunde der toten Augen« (1957), Karl Mundstocks: »Bis zum letzten Mann« (1959) oder auch Anna Seghers: »Die Toten bleiben jung« (1949) und Franz Fühmanns Kriegserzählungen, um nur einige der Vertreter dieser so genannten Phase der »Aufbauliteratur« zu nennen.

119 Nach Anforderung einer Einschätzung zu den Filmen des ersten Halbjahres 1967 seitens des Ministeriums für Kultur schreibt die Chefdramaturgie des DEFA-Studios für Spielfilme: »Bei der künstlerischen Gestaltung der Gegenwart kommt es darauf an, sich vorrangig auf die Aufgaben des VII. Parteitag zu konzentrieren, Helden in den Mittelpunkt zu stellen, die den Sozialismus vollenden« (DEFA-Studio für Spielfilme, Chefdramaturg: Brief an MfK vom 19.6.1967 betr. Einschätzung des Filme des I. Halbjahres 1967, gez. Schröder), zitiert nach Anne Barnert, Die Antifaschismus-Thematik der DEFA. Marburg 2008, 354.

120 Thomas Taterka spricht von einem »Geschichtszeichen« Buchenwald« als Mittelpunkt der Erinnerungskultur, das maßgeblich von der Handlung des Romans und dem

unter Wölfen« erzählt eine an Tatsachen angelehnte, fiktive Geschichte der Rettung eines dreijährigen jüdischen Kindes aus Polen. Im Vordergrund der Erzählung steht der kommunistische Widerstand im Lager Buchenwald, der durch einen bewaffneten Aufstand kurz vor dem Eintreffen der amerikanischen Truppen das Lager von innen heraus befreit. Literatur ist historischen Tatsachen nicht verpflichtet, so dass die Kritik der Verzerrung und der Auslassungen derselben nicht sehr weit führt. Dass der Roman jedoch in seiner Idealisierung des kommunistischen Antifaschismus, seinem Mythos der Lagerbefreiung durch kommunistische Häftlinge und durch seine Zeichnung der Rettung des »Buchenwaldjungen«, der in der Romanhandlung kein anderes Kind zum Opfer fällt,<sup>121</sup> zum Ausgangspunkt der antifaschistischen Gedenkkultur geriert, zeigt, in welcher Form das literarische und filmische Nachdenken über den Nationalsozialismus nicht dem Holocaust und den Taten der Deutschen selbst gewidmet war, sondern im Zeichen eines klassenkämpferischen Antifaschismus stand.<sup>122</sup>

---

1963 folgenden Film geformt wird. »Buchenwald« sei eine Chiffre für die Erinnerungskultur, die als Grundlage für die Herausbildung des antifaschistischen Selbstverständnisses genutzt wurde. Das nationalsozialistische Konzentrationslager als soziales und historisches Phänomen wie es in den Überlebensberichten der fünfziger Jahre, aber auch in späteren Werken wie beispielsweise bei Primo Levi, in »Ist das ein Mensch« beschrieben wird ist dabei nicht von Interesse. In der DDR durfte das Werk nicht erscheinen. Das »Geschichtszeichen Buchenwald« hat keinen Platz für die Erlebnisse von Rolf Weinstock und anderen jüdischen Buchenwaldhäftlingen, gedacht wird den kommunistischen Widerstandshelden von Bruno Apitz. Nur in diesem begrenzten Rahmen spielt Buchenwald als Konzentrationslager eine Rolle (vgl. Thomas Taterka, Grundzüge des Lagerdiskurses in der DDR. Stuttgart 2000). Für eine detaillierte Darstellung der kulturellen Überformung der Erinnerung durch die antifaschistische Ideologie in den DEFA-Filmen vgl. Anne Barnert, Die Antifaschismus-Thematik der DEFA. Marburg 2008.

121 So wird in der Handlung von Buch und Film ausgepast, dass die Häftlinge gezwungen waren, zur Rettung Stefan Jerzy Zweigs einen anderen Jungen, den Sinto Willy Blum, auf die Deportationsliste zu setzen. Vgl. dazu Peter Reichel, Erfundene Erinnerung. Weltkrieg und Judenmord in Film und Theater. München/Wien 2004, S.185-207. Vgl. dazu auch Krauß, Völkermord statt Holocaust. Leipzig 2007, S. 55-62.

122 Dieser Lesart entspricht, dass die Situation der nichtkommunistischen Häftlinge, insbesondere der Menschen im so genannten »Kleinen Lager« in Buchenwald im Roman und im Film keine Aufmerksamkeit erhält. Es werden Lagerbedingungen gezeigt, die den Erfahrungen jüdischer Häftlinge (ebenso wie Angehörigen anderer, nichtkommunistischer Opfergruppen) nicht entsprechen. Mit der auf den Roman gestützten Erinnerungskultur wird dennoch Autorität für die Darstellung des »Lageralltags« in Anspruch genommen. Nicht zuletzt daraus geriert sich die selbstbewusste Kritik kommunistischer Häftlinge Buchen-

In DEFA-Filmen von Konrad Wolf wie »Professor Mamlock« (1960) oder »Sterne« (1958), findet ebenfalls eine Abschwächung der Darstellung der Verfolgung der Juden statt. Zwar ist »Professor Mamlock« durch die familiäre Erinnerung an den NS geprägt, im »Zentrum dieser Auseinandersetzung finden sich [aber vor allem] die Problematik einer jüdisch-kommunistischen Identität in der DDR und das Verhältnis zum deutschen Antifaschismus«.<sup>123</sup> Auch im Film »Sterne« ist die Vernichtung der europäischen Juden als Subtext präsent, zentrales Thema ist jedoch die Bekehrung des Wehrmachtssoldaten Walter zu einem Widerstandskämpfer.

Mit dem Wandel der DDR in der Ära Honecker zu »Wandel und Vielfalt« konnte 1976 der Film »Jakob der Lügner« unter der Regie von Frank Beyer realisiert werden. 1965 war das von Jurek Becker geschriebene Drehbuch von der DEFA noch abgelehnt worden. 1969 konnte es als Roman im Aufbau-Verlag erscheinen und erhielt verschiedene Literaturpreise in Ost und West. Dass dieser Film realisiert wurde, liegt nicht zuletzt daran, dass er zu dieser Zeit sehr gut in das Konzept der DDR passte, gegenüber dem Ausland demonstrieren zu wollen, wie liberal und antifaschistisch man sei.<sup>124</sup>

Dass sich die marginalisierte ahistorische Darstellung des Antisemitismus in den DDR-Filmen bis 1989 durchzog, lässt sich an Filmen aus den achtziger Jahren verdeutlichen. Hier ist es in einigen Fällen durchaus möglich, differenzierte Perspektiven auf die Zeit des Nationalsozialismus zu werfen. So weicht beispielsweise Ulrich Weiß' Film »Der unbekannte Bruder« von 1981 in einigen Punkten deutlich von der offiziellen Parteilinie ab, indem er die Frage aufwirft, ob die deutsche Arbeiterschaft

---

walds an Darstellungen wie denen Rolf Weinstocks, die von »Übertreibung« bei der Darstellung der Grausamkeit in den Lagern sprechen und unlautere Beweggründe dahinter vermuten.

123 Vgl. Anne Barnert, Die Antifaschismus-Thematik der DEFA. Marburg 2008, S. 322. Um den Film verwirklichen zu können, verzichtete Konrad Wolf auf seine Konzeption, dem Antisemitismus des Nationalsozialismus einen orientieren Punkt in dem Film zu geben. In einem Interview sagt er: »Wir begannen die Arbeit in der Annahme, dass der »Mamlock« eine Tragödie des Antisemitismus sei. Aber im Verlauf der Arbeiten an der Konzeption des Drehbuches erkannten wir immer sicherer, dass es viel mehr ist: das Problem des bürgerlichen Intellektuellen, das in Westdeutschland schon lange wieder akut geworden ist« offizielle Presseinformation des Progress-Filmverleihs, S. 8f. Bundesarchiv-Filmarchiv, Berlin (Professor Mamlock, Filmmappe 13193), zitiert nach Anne Barnert, Die Antifaschismus-Thematik der DEFA. Marburg 2008, S. 238

124 Vgl. dazu Monika Flacke/Ulrike Schmiegelt, Aus dem Dunkel zu den Sternen. Ein Staat im Geiste des Antifaschismus, in: Monika Flacke (Hg.), Mythen der Nationen Bd. 1. Berlin 2004, S. 173-189, hier S. 185-187.

im Nationalsozialismus nicht versagt habe. Der kommunistische Kampf wird im Film weit weniger heroisch dargestellt als bislang in DDR-Filmen üblich. Obwohl offiziell in Cannes als DEFA-Beitrag eingereicht, wurde der Film schnell aus den Kinos der DDR nach inszenierten Tumulten von »aufgebrachten« Bürgern verbannt. Der Vorwurf: der Film zeige fälschlicherweise die Zeit des Faschismus als eine Zeit ohne Hoffnung.<sup>125</sup> Unabhängig von dieser neuen Perspektive, gerät jedoch auch in diesem Film der Antisemitismus der Nationalsozialisten aus dem Blick und findet keine Erwähnung. Im Vordergrund steht der Protagonist des Films, der 1935 in Hamburg als Kommunist in der Illegalität lebt.

## Resümee

In der Öffentlichkeit gibt es wenig Wissen über den Druck, unter dem viele Künstlerinnen und Künstler von Beginn bis zum Ende der DDR standen, das staatlich verordnete Faschismus- bzw. Antifaschismusbild nicht in Frage zu stellen.<sup>126</sup> Christa Wolf hatte 1969 beispielsweise mit ihrem Buch »Nachdenken über Christa T.« ebenso wie 1976 mit »Kindheitsmuster« versucht, Geschichten zu erzählen, die dem vorgegebenen Bild widersprachen. So stellt »Kindheitsmuster« die Frage, wie sich der Nationalsozialismus als Prägung auf die Menschen auswirkte und nimmt dabei auch die Bevölkerung der DDR nicht aus. Das galt der SED als abwegig, da sie die mentale Hypothek des Nationalsozialismus in der BRD verortete. Das Buch konnte trotz großer Befürchtungen der Autorin 1976 in der DDR mit einer Auflage von 60.000 Exemplaren erscheinen. Zunächst wurde es von der inländischen Presse komplett verschwiegen, bis es in der Bundesrepublik und auch international auf ein positives und großes Echo stieß. Beispiele wie diese lassen sich

125 Vgl. Detlev Kannapin, *Dialektik der Bilder. Der Nationalsozialismus im deutschen Film. Ein Ost-West Vergleich*, Berlin 2005, S. 234-239.

126 Sowohl innerhalb der DEFA als auch bei systemkonformen Schriftstellern gab es schon früh Kritik an den mangelnden Spielräumen und der Stereotypisierung durch die Doktrin des Antifaschismus. Was Anne Barnert diesbezüglich zum Film schreibt, gilt gleichermaßen für die Literatur: »Der Antifaschismusfilm war jedoch in solch starkem Maße mit den ideologischen Voraussetzungen des DDR-Staats verbunden, dass grundlegende Veränderungen an den festgelegten Charakteren und Handlungsverläufen nicht möglich waren. Die »antifaschistische« DDR, die glaubte, auf historischer Notwendigkeit zu beruhen, konnte gar nicht anders, als sich ausschließlich im heldenhaften »Widerstandskämpfer« wiederzufinden. Identifikationen mit dem traumatisierten Opfer, dem Mitläufer oder sogar dem NS-Täter hätte unweigerlich den antifaschistischen Gründungsmythos in Frage gestellt« (Anne Barnert, *Die Antifaschismus-Thematik der DEFA*, Marburg 2008, S. 324).

viele anführen. Restriktionen, inhaltliche Änderungs- und Kürzungsvorschläge die durch Verantwortliche aus den staatlichen Institutionen auferlegt wurden, zogen nicht selten Schwierigkeiten für die betreffenden Autoren und Filmemacherinnen sowie Änderungen oder auch Ablehnungen der geplanten Veröffentlichungen nach sich.

Auch wenn der Nationalsozialismus ein zentraler Bezugspunkt des Selbstverständnisses der DDR war, blendet die antifaschistische Kultur dessen Essenz, die Vernichtungspolitik gegen die europäischen Juden, bis zum Ende der 1980er Jahre konsequent aus. Eine Erinnerungskultur, die den eliminatorischen Antisemitismus mit einschließen würde, blieb nicht nur außen vor. Vielmehr wurde die Notwendigkeit dieser Auseinandersetzung nicht anerkannt. Jenseits der Antifaschismuskonzeption war ein Erinnern, wenn überhaupt, nur auf anderen, nicht staatlich durchwirkten Feldern, im Alltag des Einzelnen möglich. Doch auch hier kann kein Diskurs, keine Pluralität der Erinnerungen entstehen, wenn es keine Auseinandersetzung, keine Aushandlung dieser Geschichte im öffentlichen Raum gibt. Der Antisemitismus spielte von Beginn bis Ende der DDR keine wesentliche Rolle in der Erinnerungskultur. Diese Auslassung verweist auf das Wesen des Antifaschismus in der DDR: Über das, was den Nationalsozialismus an konkreten Verbrechen ausgemacht hat, ist in diesem didaktisch angelegten Genre jedoch kaum etwas zu lernen.

# »... die Herzen unserer Genossen sind scheinbar noch härter als Stein« Zwei unaufgeklärte Todesfälle: Willi Kreikemeyer und Rudolf Feistmann

Martin Jander

Die Überschrift zu diesem Artikel ist ein Zitat aus einem Brief von Marthe Kreikemeyer. Sie wandte sich in ihrer Verzweiflung – ihr Mann Willi Kreikemeyer war verschwunden und sie erhielt keine Auskunft darüber, wo er sich befand – am 19. 10. 1953 an Elli Winter, die Sekretärin des Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck.<sup>127</sup>

Zu Beginn der 1950er Jahre fanden in mehreren sozialistischen Staaten Osteuropas Schauprozesse statt. Ausgehend von der Sowjetunion verfolgte diese Kampagne verschiedene Ziele: Es ging um die Durchsetzung des Führungsanspruchs der KPdSU gegenüber ihren Bruderparteien sowie um die endgültige Ausrichtung der Ostblock-Länder gegen die USA und Israel. Die Abschottung gegen den Westen war bereits Ende der 1940er Jahre, zu Beginn des Kalten Krieges, erfolgt. Ihr schloss sich zu Beginn der 1950er Jahre die Feindschaft gegen Israel an. Nach einer kurzen Phase, in der die UdSSR den Staat Israel in dessen Anfangsjahren unterstützte – in der Hoffnung der neue Staat werde Teil des sozialistischen Weltlagers werden – wandte sie sich abrupt ab. Man erkannte, dass Israel sich für den Westen entschieden hatte. Die Sowjetunion unterstützte seit dieser Zeit die Feinde Israels im Nahen Osten.

Mit dieser Wende in der Außenpolitik des sozialistischen Lagers ging eine Umwertung der Geschichte des Krieges gegen den Nationalsozialismus und seiner Folgen in den osteuropäischen Ländern einher. Was während der Zeit der Anti-Hitler-Koalition richtig war – ohne das Bündnis der Sowjetunion mit den USA wäre eine Überwindung des Nationalsozialismus in Europa nicht möglich gewesen – sollte nun falsch sein. Die Gründung des Staates Israel, 1947 noch als berechtigter Anspruch der überlebenden jüdischen Holocaustopfer unterstützt, galt nun als Ausdruck eines angeblich menschenfeindlichen Zionismus.

Um die politische Neuorientierung der Sowjetunion und ihrer Sattelitenstaaten in den kommunistischen Parteien Osteuropas durchzusetzen, wurden insbesondere zwei Gruppen von Opfern des Nationalsozialismus zu Feinden erklärt: »Westemigranten« und »Juden«, die den Nationalsozialismus überlebt hatten und nach dem Krieg in kommunistischen Ländern lebten. Wer in der Nazizeit in westliche

Länder geflohen war, z. B. in die USA, Frankreich, England, die Schweiz oder Mexiko, sah sich plötzlich als »Werkzeug des amerikanischen Geheimdienstes« angegriffen und schwersten Verfolgungen ausgesetzt. Überlebende Juden wurden darüber hinaus öffentlich als »unkontrollierte, böswillige Kosmopoliten, Profitjäger ohne Wurzeln und ohne Gewissen«<sup>128</sup> beschuldigt, verfolgt, vertrieben und auch umgebracht.

Vorbehalte gegenüber den USA und antisemitische Ressentiments wurden ineinander gerührt und bildeten das Herzstück der Propagandakampagne. Ein Entschluss des Zentralkomitees der SED vom Dezember 1952 behauptete z. B.: »Die zionistische Bewegung hat nichts gemein mit Zielen der Humanität und wahrhafter Menschlichkeit. Sie wird beherrscht, gelenkt und befehligt vom USA-Imperialismus, dient ausschließlich seinen Interessen und den Interessen jüdischer Kapitalisten«.<sup>129</sup>

Im Mittelpunkt der Schauprozesse in Osteuropa stand der Amerikaner Noel Field.<sup>130</sup> Er hatte im Auftrag einer privaten Fluchthilfeorganisation aus den USA, dem Unitarian Service Committee, vielen Menschen, die vor den Nationalsozialisten flohen, mit Geld, Ausweispapieren und anderen Dingen unter die Arme gegriffen. Eine Vielzahl von Verfolgten konnte nur durch seine Hilfe und Unterstützung überleben. 1949 geriet Field ins Visier stalinistischer Verhöre und Beschuldigungen. Es wurde behauptet, er habe im Auftrag des amerikanischen Geheimdienstes seine Kontakte zu den überlebenden Opfern des Nationalsozialismus während und nach dem Krieg dazu genutzt, die kommunistischen Bewegungen und Parteien zu unterwandern.

128 Zitat aus einem Artikel in der Prawda vom 28. 01. 1949, mit dem die antisemitische Kampagne in der Sowjetunion begann: Ob odnoi antipatrioticheskoi grupe teatral'nykh kritikov, Prawda, 28. 01. 1949, S. 3, zitiert nach: Konstantin Azadovski, Boris Egorov, From Anti-Westernism to Anti-Semitism, in: Journal of Cold War Studies, Harvard University 2002, 4. Jahrgang, Heft 1, Seite 66–80, Anmerkung 30.

129 Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slánsky. Beschluß des ZK der SED vom 20. Dezember 1952, zitiert nach: Mario Kessler, Die SED und die Juden. Zwischen Repression und Toleranz, Berlin 1995, S. 153.

130 Eine sehr detaillierte Dokumentation der Verfolgung und Misshandlung des Amerikaners Noel Field und seiner Frau findet sich in: Bernd-Rainer Barth, Werner Schweizer (Hrsg.), Der Fall Noel Field. Schlüsselfigur der Schauprozesse in Osteuropa, 2 Bde., Berlin 2005 und 2007.

Zusammen mit seiner Frau wurde Field am 11. Mai 1949 in Prag verhaftet und in ein Gefängnis nach Budapest gebracht.<sup>131</sup> Dort wurde er wiederholt verhört und auch gefoltert. Letztlich kam ein Schauprozess nicht zustande: Alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe erwiesen sich als konstruiert und es war absehbar, dass Field sich öffentlich nicht als US-amerikanischer Spion bezeichnet hätte. Damit galt er als ungeeignet für einen Schauprozess. Nach mehr als fünf Jahren Haft wurde er gemeinsam mit seiner Frau am 28. Oktober 1954 aus dem Gefängnis entlassen.<sup>132</sup> Man bescheinigte seine Unschuld.

Bevor es jedoch soweit war, zwang man diejenigen Menschen, die Field seit Mitte der 1930er Jahre bis 1945 unterstützt hatte und die nun in den verschiedenen osteuropäischen Ländern lebten, sich von ihrem Helfer zu distanzieren. Sie sollten sich öffentlich als Instrumente einer amerikanisch-zionistischen Verschwörung bezichtigen. »Es ging«, so der Historiker Wolfgang Kießling »nicht um die Klärung von individueller Schuld oder Unschuld, sondern letztlich um die Inszenierung von Propaganda«.<sup>133</sup>

### **Neue Feinde: ›Westemigranten‹ und ›Juden‹<sup>134</sup>**

In der DDR wurden die Verfolgungen von der Zentralen Partei Kontrollkommission (ZPKK) durchgeführt. Seit 1948 wurden Parteimitglieder überprüft. Im November 1949 entstand eine Sonderkommission der ZPKK, die speziell für die Überprüfung der Westemigranten zuständig war. Wie in den anderen osteuropäischen Ländern wurden auch in der DDR in der Kampagne gegen Noel Field antikapitalistische und antisemitische Motive ununterscheidbar miteinander vermengt. Für den amerikanischen Geheimdienst zu arbeiten und die DDR im Namen reicher Juden schädigen zu wollen, galt als gleich verwerflich. So zum Beispiel erklärte die SED in einer Entschließung vom 20. Dezember 1952, »dass der amerikanische Imperialismus über den Staat Israel seine Spionage und Diversantentätigkeit mit Hilfe zionistischer Organisationen in den volksdemokratischen Ländern organisiert und durchführt«.<sup>135</sup>

131 Ebenda Bd. 1, S. 39ff.

132 Ebenda Bd. 2, S. 21ff.

133 Wolfgang Kießling, Partner im ›Narrenparadies‹. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994, S. 265.

134 Spricht man von ›Westemigranten‹ und ›Juden‹, so ist es notwendig im Blick zu behalten, dass es sich hierbei um begriffliche Konstruktionen handelt; es gibt durchaus Überschneidungen zwischen den Gruppen: Menschen jüdischer und nichtjüdischer Herkunft sind ins Exil westlicher Länder gegangen.

135 Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum

Wie die Parteiführung der SED Verdächtigungen wegen angeblicher amerikanischer Spionagetätigkeit und antisemitische Ressentiments miteinander verknüpfte, lässt sich sehr gut am Beispiel Paul Merkers nachzeichnen, gegen den ein Schauprozess geplant und vorbereitet wurde. Merker hatte sich bereits in seinem Fluchtort in Mexiko wie auch später in der sowjetischen Besatzungszone für eine Rückgabe von Eigentum eingesetzt, das Jüdinnen und Juden im Zuge der nationalsozialistischen Arierisierung unrechtmäßig entwendet wurde. Merker war der wohl bedeutendste Initiator eines Wiedergutmachungsgesetzes in der DDR. Merkers Ankläger behaupteten, er habe über Noel Field Kontakte zum US-amerikanischen Geheimdienst und würde vor allem die Interessen ›reicher kapitalistischer Juden‹ vertreten. Sein Einsatz für eine Wiedergutmachung habe lediglich dazu gedient, die DDR zu schädigen. Während der Verhöre wurde Merker als »Judenknecht«<sup>136</sup> und als »König der Juden«<sup>137</sup> beschimpft. Merker jedoch weigerte sich, die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zu gestehen. Er bestand auf seiner Unschuld und erläuterte wiederholt die Motivation und Notwendigkeit seiner Forderungen. Aus Sicht der Anklage war er damit für einen öffentlichen Schauprozess ungeeignet. Merker wurde deshalb in einem nichtöffentlichen Geheimprozess im März 1955 verurteilt.<sup>138</sup>

Kurz nach der Verhaftung Merkers im Dezember 1952 wurde auch Julius Meyer, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Ost-Berlins und Vorsitzender des Verbandes Jüdischer Gemeinden in der DDR verhört. Er wurde mehrmals zu seiner Position in der Wiedergutmachungsdebatte, zur Unterstützung der Auswanderung nach Palästina sowie der Verteilung der Care-Pakete befragt, die jüdische Überlebende durch die internationale Hilfsorganisation Joint in der DDR erhielten. Meyer war starken Repressionen ausgesetzt. Er hatte eine sehr realistische Einschätzung der Bedrohung, die nach antisemitischen Schauprozessen in anderen osteuropäischen Ländern für Jüdinnen und Juden in der DDR bestand. Seinem vorausschauenden und solidarischen Handeln ist es zu verdanken, dass viele Menschen gewarnt wurden und fliehen konnten. Neben Julius Meyer flohen die Vorsitzenden der Jüdischen

Slánsky. Beschluß des ZK der SED vom 20. 12. 1952, zitiert nach: Mario Kessler, Die SED und die Juden. Zwischen Repression und Toleranz, Berlin 1995, S. 153.

136 Wolfgang Kießling, Partner im ›Narrenparadies‹. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994, S. 304ff.

137 Ebenda S. 323ff.

138 Paul Merker wurde zu acht Jahren Haft verurteilt, aber bereits 1956 entlassen. Er ist in der DDR jedoch nie voll rehabilitiert worden.

Gemeinden in Leipzig (Helmut Lohser), Dresden (Leo Löwenkopf) und Erfurt (Günther Singer). Insgesamt flohen ca. 350 Juden, damals etwa ein Viertel der jüdischen Bevölkerung der gesamten DDR, aus Furcht vor Haft und anderen Repressalien.<sup>139</sup>

Der Verfolgungsdruck richtete sich gegen die jüdischen Gemeinden in der DDR insgesamt. Am 19. Januar 1953 berichtete die New York Times, dass Rollkommandos der ostdeutschen Polizei »auf der Jagd nach ›zionistischen Spionen‹ in Wohnhäuser und Büros von Juden eingedrungen« waren und Papiere und Ausweise beschlagnahmten. Hans Jendretzky, Kandidat des Politbüros der SED, bezeichnete Juden sogar als »Staatsfeinde« und forderte, sie müssten aus dem öffentlichen Leben entfernt werden.<sup>140</sup> Die SED war über die Fluchtwelle gut informiert. Sie versuchte nicht sie zu unterbinden. Die Historikerin Karin Hartewig spricht deshalb von einer »Vertreibung mit psychologischen Mitteln«.<sup>141</sup>

Die Kampagne richtete sich in der DDR auch gegen die letzte noch weitgehend unabhängige Organisation, in der Verfolgte des Naziregimes aller politischen und religiösen Orientierungen zusammenarbeiteten, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Sie musste ihre Arbeit auf einen Beschluss des Sekretariats der SED hin im Februar 1953 einstellen.<sup>142</sup> Eine Möglichkeit zur Debatte wurde den Mitgliedern untersagt.

Im Zuge der Kampagne wurde eine Vielzahl von Westemigranten unter Druck gesetzt, verhört, bespitzelt und zu Aussagen gezwungen. Viele wurden aus ihren bisherigen beruflichen Stellungen entlassen und in weniger einflussreiche Positionen versetzt. Keine andere Organisation wurde so vollständig beseitigt wie die VVN. Aber auch in allen anderen Organisationen und Institutionen der DDR wurden Juden und Westemigranten im Zuge der Kampagne gegen Noel Field an den Rand gedrängt oder ganz ausgeschlossen. Auch wenn sich nach Stalins Tod der unmittelbare Druck auf die von Verfolgung Betroffenen oder Bedrohten verringerte, blieb für die

in der DDR verbliebenen Menschen die Gewissheit, dass sie allein aufgrund der Tatsache jüdisch oder während der Zeit des Nationalsozialismus in den Westen geflohen zu sein oder Hilfe aus westlichen Ländern für ihr Überleben in Anspruch genommen zu haben, staatlicherseits mit Repressionen und Verfolgung rechnen mussten.

### **Sozialismus und Mitgefühl**

Den Charakter dieser Propagandakampagne in den frühen 1950er Jahren erkennt man erst dann umfassend, wenn man sich mit einzelnen Leidenswegen von Menschen beschäftigt, die ihr zum Opfer fielen. Neben der machttechnisch beschreibbaren Funktion der Kampagne gegen Noel Field bewirkte sie vor allem eine Entsolidarisierung zwischen den Menschen, die sich untereinander während der Verfolgung in der Nazizeit zwar nicht vorbehaltlos unterstützt hatten, die jedoch das Verfolgungsschicksal teilten und für die es nach dem Nationalsozialismus zunächst selbstverständlich war, sich gegenseitig zu unterstützen. Die Historikerin Karin Hartewig schreibt: »Die Zeit der Überprüfungen zeichnete klare Fronten: dort stand der absolute Feind, der amerikanische Imperialismus und der Zionismus, hier der bedingungslose Freund, die Sowjetunion. Sie forderte eindeutige und unbedingte Loyalität zu den ›Freunden‹ und tiefen Hass gegen die Feinde, und sie verlangte den Inkriminierten und den Zeugen eine Bereitschaft zur Selbstaufgabe gegenüber den Organen der Kaderkontrolle ab«.<sup>143</sup> Die der Kontrolle unterworfenen Menschen sollten akzeptieren, dass die Parteiräson wichtiger war als ihre Menschlichkeit, die sie bislang als einen integralen Teil der sozialistischen Utopie erachtet hatten.

Bislang gibt es im wissenschaftlichen Fachdiskurs einige Veröffentlichungen zum Thema. Was bislang jedoch weitgehend aus dem Blick geriet, sind Schicksale von Menschen, die der Verfolgungswelle zum Opfer fielen. Dass mehrere Personen den Freitod wählten oder unter ungeklärten Umständen umkamen, ist bislang wenig bekannt und kaum öffentlich diskutiert.<sup>144</sup>

---

139 Die SED nutzte die Flucht vieler Juden aus der DDR zur Einflussnahme auf die jüdischen Gemeinden selbst. Dies gelang jedoch erst wirklich in den 1960er Jahren nach dem Tod des parteilosen Vorsitzenden des Verbandes der jüdischen Gemeinden in der DDR Hermann Baden. Er vertrat in der Frage der Wiedergutmachung eine deutlich kritische Haltung zur SED und pflegte die Kontakte zum Zentralrat der Juden in der Bundesrepublik.

140 Soviet Zone Police Raid Jews' Houses, in: New York Times, 19. 01. 1953, S. 5, zitiert nach: Jeffrey Herf, Zweierlei Erinnerung. Berlin 1998, S. 160.

141 Karin Hartewig, Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR, Köln/Weimar/Wien 2000, S. 386.

142 Eine gute Zusammenfassung findet sich bei: Karin Hartewig, vgl. ebenda S. 373.

143 Ebenda S. 428.

144 Georg Hermann Hodos nennt in seinem Buch (Schauprozesse, Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948-54, Berlin 1990, S. 196/197) drei Tote: Willi Kreikemeyer, Paul Bertz und Lex Ende. Darüber hinaus verweist er auf ein Dutzend deutscher Kommunisten, die in ostdeutschen Gefängnissen und im sowjetischen Gulag fünf, sechs Jahre lang die Hölle durchzustehen hatten. Namentlich nennt er als Häftlinge des sowjetischen Gulag: Erica Wallach, Kurt Müller, Leo Bauer, Bruno Goldhammer, Fritz Sperling und Bernd Steinberger. Karl Wilhelm Fricke nennt in seinem Buch (Warten auf Gerechtigkeit, Kommunistische Säube-



Rudolf Feistmann

Die folgende Darstellung erinnert an zwei Menschen, für die die antisemitische Verfolgung in der DDR mit dem Tod endete. Gleichzeitig sei an dieser Stelle auf ein Forschungsdesiderat hingewiesen: Über diejenigen Menschen zu forschen, denen solcherart Unrecht widerfuhr, ruft sie ins öffentliche Gedächtnis zurück und gibt ihnen einen Namen.

### Rudolf Feistmann

Rudolf Feistmann, außenpolitischer Redakteur der SED-Parteizeitung Neues Deutschland (ND), geriet ins Visier der Parteikontrolleure aufgrund seiner jüdischen »Herkunft«, seiner in den »Westen reichenden Familienbande« und seiner »Reisen als ND-Vertreter nach London und Prag«.<sup>145</sup>

Feistmann wurde am 28. Januar 1908 in Fürth geboren. Die Familie zog mit vier Kindern nach Berlin, wo Rudolf die Schule besuchte und später Jura studierte. Nach dem I. Weltkrieg orientierte er sich politisch links, er war entsetzt über die Forderungen nach einer Revision des Versailler Friedensvertrages. Als Gegner einer Wiederaufrüstung Deutschlands

rungen und Rehabilitierungen, Köln 1971, S. 62ff.) noch wesentlich mehr Opfer.

<sup>145</sup> Wolfgang Kießling, »Fleischvergiftung«. Der Fall Rudolf Feistmann, in: Wolfgang Kießling, Partner im »Narrenparadies«. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994, S. 268.

trat er 1929 in die KPD ein. 1933 gelang es ihm zu emigrieren. Nach verschiedenen Stationen gelangte er nach Mexiko. Während der Emigration schrieb Feistmann für Exilperiodika, er galt als Experte für deutsche Militärtheorie und Geopolitik und als ein wandelndes Lexikon. 1945 publizierte er ein Buch mit dem Titel »Criminales de Guerra« (Kriegsverbrecher).

Die Sonderkommission der ZPKK suchte nach möglichen Anklagepunkten. Da aber weder Feistmann selbst, noch Freunde aus seinem Umfeld Kontakt zu Noel Field gehabt hatten, gestaltete sich dies schwierig. Schließlich fand man ein Indiz, das den Journalisten mit Field in Verbindung brachte. Er hatte, wie viele SED-Führungskader am 5. April 1948 an der Beerdigung des weltberühmten Schriftstellers und »rasenden Reporters« Egon Erwin Kisch in Prag teilgenommen. Nach der Beerdigung gaben ihm Freunde Briefe mit, die er nach Berlin bringen sollte. Ohne die Briefe anzusehen, hatte Feistmann sie übermittelt. Unter diesen Briefen, so behauptete nun die ZPKK, sollen auch Briefe an Field gewesen sein.

Am 1. Juni 1950 wurde Feistmann von der ZPKK vorgeladen und zu seiner Biografie befragt. Es wurden ihm auch Vorhaltungen zu den transportierten Briefen gemacht. Feistmann konnte sich jedoch an Briefe, die an Field gerichtet waren, nicht erinnern. Er wurde daraufhin aufgefordert, seine gesamte Privatkorrespondenz auszuhändigen, was er umgehend tat. Binnen einer Woche sollte er einen ausführlichen Bericht über seine Biografie und mögliche Verstöße gegen die Prinzipien kommunistischer Politik verfassen.

Zu einem weiteren Verhör Feistmanns kam es jedoch nicht. Am 7. Juni 1950 wurde Rudolf Feistmann in seiner Wohnung tot aufgefunden. Offiziell verbreitete das Neue Deutschland am 8. Juni, Feistmann sei an den »Folgen einer schweren Fleischvergiftung gestorben«.<sup>146</sup> An dieser Version wurde immer wieder gezweifelt. Es lag auf der Hand, dass Rudolf Feistmann sich aus Verzweiflung darüber, dass seine Genossen ihn verdächtigten und aus ihrer Mitte ausstießen, selbst getötet hatte. Dies in Erwägung zu ziehen, hätte jedoch eine Reflektion der Kampagne und eine Empathie mit den Betroffenen vorausgesetzt.

Ein Dokument der ZPKK gibt Aufschluss darüber, dass selbst nahe Angehörige und Freunde des Toten Anteil daran hatten, dass die Verzweiflung

<sup>146</sup> Meldung des Neuen Deutschland vom 8. 6. 1950, zitiert nach: Wolfgang Kießling, »Fleischvergiftung«. Der Fall Rudolf Feistmann, in: Wolfgang Kießling, Partner im »Narrenparadies«. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994, S. 263.

Rudolf Feistmanns nicht öffentlich werden konnte. So fragte z. B. die Schwester des Toten bei der ZPKK an, wie sie sich verhalten solle. Ihr sei zu Ohren gekommen, die offizielle Version des Ablebens von Rudolf Feistmann sei falsch. Deutlich wird hier, wie sehr das Handeln derjenigen Personen, die sich von Verfolgung bedroht sahen, von Angst geprägt war. Die antisemitische Kampagne hatte Auswirkung auf den Alltag von Menschen, die nur wenige Jahre zuvor im Holocaust verfolgt wurden. Sie hatten mit dem Staat DDR oft die Hoffnung verbunden, dass eine staatliche Verfolgung im sozialistischen Staat auszuschließen sei. Der Selbstmord Rudolf Feistmanns blieb in der DDR ein Tabu.

### **Willi Kreikemeyer**

Willi Kreikemeyer, Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn in der DDR, geriet in die Mühlen der ZPKK, weil er während seiner Emigration in Frankreich Menschen, die vor den Nationalsozialisten aus Deutschland flohen, mit Geld und falschen Papieren unterstützte. In Absprache mit der Exil-KPD verwendete er dazu auch Gelder, die er von Noel Field erhalten hatte.<sup>147</sup>

Willi Kreikemeyer<sup>148</sup> wurde am 11. Januar 1894 geboren. Er erlernte in Magdeburg den Beruf des Drehers und organisierte sich 1910 gewerkschaftlich. Im ersten Weltkrieg diente er als Soldat. 1919 wurde er Mitglied der KPD und war in verschiedenen Regionen Deutschlands als Parteisekretär tätig. Seit 1926 arbeitete er in Verlagen und Zeitungsunternehmen, zuletzt in Saarbrücken. Als das Saarland nach einer Volksabstimmung Teil des von den Nationalsozialisten beherrschten Deutschlands wurde, floh Kreikemeyer nach Paris. Dort lernte er seine spätere Frau Marthe Fels kennen. Im Spanischen Bürgerkrieg kämpfte er als Hauptmann und war nach einer schweren Verwundung für Personalfragen bei den Interbrigadisten zuständig.

Nach dem verlorenen spanischen Bürgerkrieg kehrte Kreikemeyer nach Paris zurück und wurde nach der Besetzung Frankreichs interniert. Er konnte aus der Internierungshaft entfliehen und lebte im von Deutschland nicht besetzten Teil Frankreichs. Gemeinsam mit seiner Frau unterstützte er im Auftrag der KPD viele kommunistische Flüchtlinge mit Geld, Lebensmitteln und Papieren. Sie halfen vielen



*Willi Kreikemeyer*

gefährdeten linken Emigranten zur Flucht. Ohne Unterstützung von Noel Field und der Gelder, die er von privaten Spendern für die Flüchtlingshilfe sammelte, wäre dies nicht möglich gewesen. Ein weiterer entscheidender Helfer war der Generalkonsul Mexikos in Marseille, Gilberto Bosques. Er war in der Lage, Asylanträge von Flüchtlingen in Frankreich durch die Klippen der Bürokratie zu schleusen und damit die Flucht vieler Menschen aus Frankreich nach Mexiko möglich zu machen.

1946 kehrten Willi Kreikemeyer und seine Frau nach Berlin zurück. Nach der Befreiung Frankreichs hatten sie dort für die Union des Immigrés Allemands Antinazis gearbeitet, die deutsche Emigranten in Frankreich unterstützte und später ihre Rückkehr nach Deutschland in die Wege leitete.

Die ZPKK forderte von Kreikemeyer einen Bericht seiner politischen Tätigkeit im Exil und seiner Kontakte zu Field. Darüber hinaus sollte er alle Menschen auflisten, die von ihm Unterstützung erhalten hatten. Kreikemeyer stellte diese Liste aus dem Gedächtnis und aus seinen nur spärlich vorhandenen Unterlagen zusammen. Darunter waren auch einige Decknamen, viele der Unterstützten lebten damals in der Illegalität. Am 5. Juni 1950 wurde Kreikemeyer zum Verhör in die ZPKK befohlen. Er sollte sämtliche Decknamen der Liste entschlüsseln. Unter diesen Decknamen befand sich auch ein »Leist-

<sup>147</sup> Die ausführlichste Darstellung zur Geschichte Willi Kreikemeyers findet man bei: Wolfgang Kießling, »Leistner ist Mielke«. Schatten einer gefälschten Biographie, Berlin 1998.

<sup>148</sup> Eine übersichtliche Darstellung von Kreikemeyers Lebenslauf findet man auch bei: Wilfriede Otto, Das Verschwinden des Willi Kreikemeyer, in: UTOPIE kreativ, Heft 100, 1999, S. 47 – 53.

Marthe Kreikemeyer

Berlin-Köpenick, den 19.10.53  
Spindlersfelderstr. 41 f

U:26

BStU

000021

An Frau Elli Winter

Amtssitz des Präsidenten der DDR

Berlin-Niederschönhausen

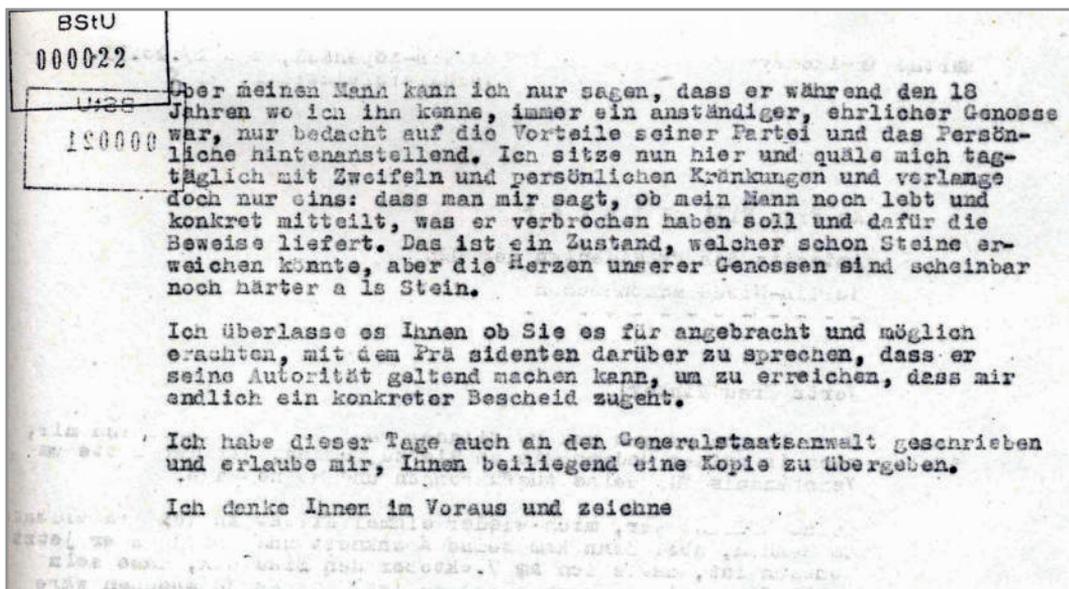
-----  
Werte Frau Winter!

Nach langem Zögern und reiflicher Überlegung erlaube ich mir, mich in meiner Bedrängnis an Sie zu wenden, mit der Bitte um Verständnis für meine Ausführungen und meine Lage.

Meine Absicht war, mich wieder einmal direkt an den Präsidenten zu wenden, aber dann kam seine Krankheit und trotzdem er jetzt genesen ist, hatte ich am 7. Oktober den Eindruck, dass sein Wohlbefinden immer noch nicht so ist, wie es zu wünschen wäre und möchte ihn aus diesem Grunde nicht noch mit meiner traurigen Angelegenheit belasten. Deshalb ersann ich den Ausweg, mich an Sie zu wenden als Frau, denn ich weiss, dass auch Sie Schweres erlebt haben - obwohl man da keine Vergleiche ziehen kann - haben Sie viel leicht doch mehr Verständnis für mein Leid als die Genossen, welche mit Staatsgeschäften- und Sorgen sehr belastet sind.

Seit 3 Jahren und 2 Monaten befindet sich mein Mann angeblich in Untersuchungshaft. Ich habe mich während dieser Zeit an die verschiedensten Stellen gewandt, um zu erfahren wessen er genau beschuldigt wird, wo er sich befindet und wie es ihm ergeht. Ich habe bis heute keinerlei Nachricht erhalten. Die ersten Monate nach seiner Inhaftierung hatte ich dafür Verständnis und hoffte, dass nach ungef. einem Jahr die Untersuchung abgeschlossen wäre und mir das Ergebnis mitgeteilt würde. Bis heute nicht. Ich weiss nicht, lebt mein Mann noch, wenn ja wo er sich befindet und wie es ihm ergeht. Ich bin hier in Berlin ganz allein. Meine Familie lebt in Frankreich, meine früheren Freunde und Genossen haben mir alle den Rücken gekehrt. Ich bin französischer Herkunft, durch Heirat Deutsche geworden. Als solche habe ich dieselben Pflichten wie jeder andere in unserem Staat und komme m.B. diesen Pflichten auch nach. Ich arbeite in einem volkseigenen Betrieb: VEB Armaturenwerk Köpenick, Berlin-Köpenick, Mahlsdorferstr. 107, als Sachbearbeiterin und verrichte meine Arbeit verantwortungsvoll und gewissenhaft. Ich stelle meine ganze Kraft dem demokratischen Aufbau unserer Republik zur Verfügung. Ich habe als Staatsbürger auch Rechte und die mache ich geltend. Ich verlange behandelt zu werden wie jeder andere auch. Und das tut man nicht. Ich wurde aus der SED ausgeschlossen, angeblich weil ich neben meiner deutschen noch die französische Staatsbürgerschaft besitze. Man hat mich als Odf aberkannt " ohne Begründung", obwohl man mir zugestanden hat, dass ich anerkannt worden war aufgrund meiner eigenen illegalen Tätigkeit während der Nazi Herrschaft. Man hat mir auf 22 Briefe, welche ich während diesen 3 Jahren in der Angelegenheit meines Mannes geschrieben habe, nicht einmal geantwortet. - Das ist ganz kurz der Sachverhalt.

B. W .



ner«. Kreikemeyer gab seiner Vernehmerin preis, dass sich dahinter Erich Mielke, der gegenwärtige Staatssekretär im Ministerium für Staatssicherheit verbarg.<sup>149</sup> Auch er hatte auf seiner Flucht vor den Nazis Gelder von Noel Field erhalten.

Kreikemeyer wurde am 25. August von einem Fahrer des Zentralkomitees der SED von zu Hause abgeholt. Ihm wurde in der Berliner Parteizentrale ein Beschluss vorgelesen, demzufolge er aus der Partei ausgeschlossen sei. Kreikemeyer wurde in ein Gefängnis gebracht. Noch am Abend dieses Tages erhielt er Besuch von Erich Mielke. Seit diesem Tag verliert sich jede Spur von Willi Kreikemeyer. Das letzte Lebenszeichen ist ein undatiertes Brief an »Herrn Staats Sekr. Leistner«.<sup>150</sup> Kreikemeyer signalisierte damit, dass er das Geheimnis Mielkes kannte. Es lässt sich annehmen, dass Mielke alles daran setzen wollte, dass seine von Field erhaltene Unterstützung unbekannt blieb.

Die Frau Willi Kreikmeyers, Marthe Kreikemeyer, wurde nicht über den Tod ihres Mannes informiert. Sie ging davon aus, dass ihr Mann unmittelbar im Anschluss an seine Dienstreise aus Berlin zurückkehren würde. Je mehr Tage der Ungewissheit verstrichen, desto unruhiger wurde sie. Um zu erfahren, was mit ihrem Mann geschehen

war, schrieb sie Briefe an politisch Verantwortliche. Sie erhielt jedoch in keinem Fall eine Antwort. Mehrere Jahre lang versuchte Marthe Kreikemeyer vergeblich, Kontakt zu ihrem Mann aufzunehmen bzw. etwas über sein Schicksal zu erfahren. In ihrer Verzweiflung schrieb sie im Oktober 1953 auch an die Sekretärin des DDR-Präsidenten Wilhelm Pieck, Frau Elli Winter. Sie gründet ihre Hoffnung auf ein letztes Stück Menschlichkeit einer Frau. Sie habe nach vielen ergebnislosen Anfragen, so hieß es in ihrem Schreiben, den Ausweg eronnen, »mich an Sie zu wenden als Frau, denn ich weiß, dass auch Sie Schweres erlebt haben – obwohl man da keine Vergleiche ziehen kann – haben Sie vielleicht doch mehr Verständnis für mein Leid als die Genossen, welche mit Staatsgeschäften und Sorgen sehr belastet sind«.<sup>151</sup> Sie erhielt aber auch auf diesen Brief keine Antwort.

Im Dezember 1954 – mehr als vier Jahre nachdem ihr Mann abgeholt wurde – lädt man sie in das Ministerium für Staatssicherheit vor. Hier erfährt sie jedoch nicht den Aufenthaltsort ihres Mannes, vielmehr wird sie selbst verhört. Sie wird beschuldigt, dass sie Verbindungen zum französischen Geheimdienst unterhalten haben soll.<sup>152</sup> Marthe Kreikemeyer ahnte, dass dieses Verhör ein erster Schritt auf dem Weg zu ihrer eigenen Verhaftung werden könnte und floh aus der DDR. Zu einem weiteren

149 Auszüge aus dem Protokoll der Vernehmung vom 5. 6. 1950 sind zitiert in: Wolfgang Kießling, »Leistner ist Mielke«. Schatten einer gefälschten Biographie, Berlin 1998, S. 120ff.

150 Handgeschriebener undatiertes Brief von Willi Kreikemeyer an Erich Mielke, in: MfS-AU Nr. 658/90, Bd. 2, S. 2 – 6.

151 Brief von Marthe Kreikemeyer an Elli Winter vom 19. 10. 1953, in: MfS-AU Nr. 658/90, Bd. VII, S. 21.

152 Vernehmungsprotokolle von Marthe Kreikemeyer vom 17. 12. 1954 und 21. 12. 1954, in: MfS-AU Nr. 658/90, Bd. 9, S. 4 16, 17 – 20.

anberaumten Verhör erschien sie nicht mehr. Sie erholte sich zunächst bei einer Freundin in West-Berlin und kehrte dann zu ihrer Familie nach Frankreich zurück. Auch von hier aus versuchte sie, von Seiten der Verantwortlichen in der DDR zu erfahren, was mit ihrem Mann geschehen war. So schrieb sie im Juli 1956 erneut an Otto Grotewohl, den DDR Ministerpräsidenten.<sup>153</sup>

In dieser Zeit hatte sich der Umgang mit den Opfern der Parteisäuberungsverfahren in allen Staaten des Ostblocks bereits etwas gelockert. Stalin war 1953 gestorben. Ende 1954 hatten viele Zeitungen in Osteuropa gemeldet, dass Noel Field und seine Frau aus dem Gefängnis entlassen worden waren. Nach der Geheimrede Chruschtschows auf dem 20. Parteitag der KPdSU am 25. Februar 1956 hatte in allen osteuropäischen Ländern ein Tauwetter eingesetzt. Auch in der DDR begann eine Überprüfung der Justizurteile vom Anfang der 1950er Jahre. Mehrere im Kontext der Verfolgung von Westemigranten verurteilte Menschen wurden freigelassen. In einigen Fällen wurde ausdrücklich anerkannt, sie wären unter falschen Beschuldigungen verurteilt worden. Willi Kreikemeyer allerdings wurde nicht erwähnt.

Der Brief Marthe Kreikemeyers an Grothwohl setzte die SED unter erheblichen Druck, zumal Auszüge daraus in westlichen Medien Anfang August 1956 veröffentlicht wurden. Als zudem eine Delegation der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) anlässlich eines Besuchs in der DDR im Mai 1957 den Fall Kreikemeyer Walter Ulbricht vorlegte, kam die SED um eine Antwort nicht mehr herum. Am 9. Juli 1957 schrieb DDR-Staatsanwalt Löser an Marthe Kreikemeyer, dass ihr Mann am 31. August 1950 verstorben sei, eine »Eintragung in das Sterberegister ist seinerzeit verabsäumt worden«. <sup>154</sup> Marthe Kreikemeyer protestierte sofort gegen dieses Schreiben. Sie misstraute dem Todeszeitpunkt, außerdem wollte sie wissen, wo ihr Mann beerdigt sei und fragte nach einem Totenschein. Sie forderte eine öffentliche Rehabilitierung ihres Mannes. Ohne je eine Antwort auf ihren Protest oder andere Auskünfte erhalten zu haben, starb sie am 25. September 1986.

Bis heute sind die genauen Umstände des Todes von Willi Kreikemeyer ungeklärt. Es spricht jedoch Einiges dafür, dass Erich Mielke für den Tod Willi Kreikemeyers verantwortlich ist: Er wäre andernfalls mit hoher Wahrscheinlichkeit selbst ein Angeklagter in der Propaganda-Kampagne gegen Noel Field geworden.

Anders als im Fall von Rudolf Feistmann hatte

<sup>153</sup> Brief von Marthe Kreikemeyer an Otto Grotewohl vom 12. 7. 1956, in: MfS AU Nr. 658/90, Bd. 8, S. 37 – 38.

<sup>154</sup> Brief von Staatsanwalt Löser an Marthe Kreikemeyer vom 9. 7. 1957, in: MfS AU Nr. 658/90, Bd. 10, S. 11.

Willi Kreikemeyer auch nach seinem Tod eine mutige und entschlossene Verbündete, seine Frau. Bis zu ihrem eigenen Tod setzte sie alle ihr zur Verfügung stehenden Hebel in Bewegung, um die Wahrheit über sein Verschwinden und die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen ans Tageslicht zu bringen. Dies gelang ihr nicht ganz. Sie aber ließ sich nicht einreden, dass Sozialismus und Mitgefühl verschiedene Dinge sein sollten. In ihrem bereits zitierten Brief an die Sekretärin des DDR-Präsidenten von 1953 schrieb sie: »Ich sitze nun hier und quäle mich tagtäglich mit Zweifeln und persönlichen Kränkungen und verlange doch nur eins: dass man mir sagt, ob mein Mann noch lebt und konkret mitteilt, was er verbrochen haben soll und dafür die Beweise liefert. Das ist ein Zustand, welcher schon Steine erweichen könnte, aber die Herzen unserer Genossen sind scheinbar noch härter als Stein.«<sup>155</sup>

### Entsolidarisierung

Eine Auswirkung, die die antisemitische Propagandakampagne gegen Westemigranten und Juden in der DDR der frühen 1950er Jahre auf die Betroffenen hatte, bleibt im öffentlichen Diskurs, aber auch in Fachveröffentlichungen oft unbeleuchtet: Die Verfolgung sollte die Solidarität der verschiedenen Verfolgtengruppen des Nationalsozialismus untereinander zerstören.<sup>156</sup>

Unabhängig von politischen und religiösen Orientierungen und auch über soziale Grenzen hinweg, hatte man einander in der Zeit der Verfolgung im Nationalsozialismus, während des Holocaust so gut es ging unterstützt. Diese Solidarität passte jedoch aus Sicht der Eliten der kommunistischen Länder Osteuropas nicht mehr in die Zeit des Kalten Krieges. Wie die Sowjetunion und die Staaten des Ostblocks, sahen auch viele Kommunisten in der DDR die USA, die westlichen Demokratien und Israel als ihre Hauptfeinde an. Um diese Feindsetzung in den osteuropäischen Ländern durchzusetzen, wurde ein nur dürftig antikapitalistisch verbrämter Antisemitismus mobilisiert. Deshalb wurden vor allem die Rückkehrer aus den westlichen Emigrations-Ländern und Juden mit der Behauptung konfrontiert, sie hätten während des Nationalsozialismus mit den gegenwärtigen Feinden des Sozialismus nach dem Krieg kollaboriert.

Viele Freunde der öffentlich angeklagten Menschen mussten in nicht enden wollenden Verhören

<sup>155</sup> Brief von Marthe Kreikemeyer an Elli Winter vom 19. 10. 1953, in: MfS-AU Nr. 658/90, Bd. 7, S. 21.

<sup>156</sup> Das aus meiner Sicht beste Buch zu den Verfolgungen in der DDR der 1950er Jahre ist: Jeffrey Herf, *Zweierlei Erinnerung*. Berlin 1998. Herf konzentriert sich in seiner Darstellung ganz auf den Aspekt der Entsolidarisierung.

über die Beschuldigten Auskunft geben und sich, um nicht selbst angeklagt zu werden, von ihnen distanzieren. Dies konnte unter Umständen auch heißen, den Tod, die Vertreibung, die Inhaftierung und die öffentliche Anklage eines geliebten Menschen hinzunehmen, ohne zu protestieren. In erster Linie bewirkte die Kampagne, dass Menschen, die wenige Jahre zuvor vor den Nationalsozialisten geflohen waren, wieder Angst haben mussten, aufgrund ihrer Westkontakte und ihres Jüdischseins verfolgt zu werden. Sie wurden bedroht, nahe Verwandte und Bekannte verschwanden; sie wurden in Verhören unter Druck gesetzt und gefoltert. Manche nahmen sich aus Verzweiflung das Leben, andere wurden im Auftrag ihrer Ankläger umgebracht.

Was diese Erfahrungen an Retraumatisierungen für die Davongekommenen bedeutete, lässt sich aus der Rückschau nur erahnen. Welche Desillusionierung damit verbunden war – die meisten dieser Menschen glaubten an den Sozialismus als den besseren Staat, der sie vor Verfolgung schützen würde – zeigt sich in vielen Akten. Von den eigenen Genossen beschuldigt und verraten zu werden, war emotional fast gleichbedeutend mit dem Verlust der Familie. Auch heute ist sehr wenig bekannt über die Lebenswege und Schicksale derjenigen Menschen, die von diesen Verfolgungen betroffen waren. Hier setzt die Ausstellung ein erstes Signal.

# »Das hat's bei uns nicht gegeben!« Antisemitismus in der DDR

*Kleine Auguststraße Nr. 10 im Jahre 1979. Auf der Brandmauer ist der Abdruck der Synagoge zu erkennen, die bis zur Pogromnacht 1938 hier stand. Erst am 5. März 2006 wurde mit einer Gedenktafel an das Leben der Vereine Mogen David und Abawas Scholaum erinnert.*

*Bild: Nicola Galliner*



## **Am Projekt beteiligte Partner**

*Borwin-Schule und Geschichtswerkstatt Rostock e.V.; Regionale Schule Prof. Dr. Friedrich Heincke und Museum Hagenow; Albert-Einstein-Oberschule und Eberswalder Zentrum für demokratische Kultur, Jugendarbeit und Schule e.V.; HATiKVA e.V., Dresden; John-Lennon-Gymnasium, Jüdische Oberschule und Nelson-Mandela-Schule, Berlin; Junge Gemeinde Stadtmitte, Jena; Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus/Projekt gegenPart, Dessau; Schulmuseum – Werkstatt für Schulgeschichte, Leipzig*

## **Konzeption**

*Amadeu Antonio Stiftung und Dr. Bettina Leder*

*Redaktion: Anetta Kabane, Dr. Bettina Leder, Dr. Heike Radvan, Katharina Stengel*

*Überarbeitung: Dr. Frank Sobich*

## **Wissenschaftlicher Beirat**

*Dr. Dr. Lothar Mertens † (Ruhr-Universität Bochum), Dr. Peter Fischer (Zentralrat der Juden in Deutschland), Dr. Thomas Haury (Universität Freiburg), Dr. Hermann Simon (Centrum Judaicum, Berlin), Dr. Andreas Zick (TU Dresden)*

*Überarbeitung: Dr. Thomas Haury (Universität Freiburg)*

Bis heute hält sich der Mythos, in der DDR habe es keinen Antisemitismus gegeben, da die DDR vom Grundsatz her ein antifaschistischer Staat gewesen sei, dessen Funktionäre sich als Widerstandskämpfer gegen den Faschismus auszeichneten. Die Prozesse gegen Kriegsverbrecher und eine antifaschistische Erziehung in der DDR belegten ausreichend den antifaschistischen Charakter des Staates, der sich selbstverständlich auch gegen Rassismus und Antisemitismus gerichtet hätte. Gerade Antisemitismus habe keinen Platz gehabt, da er durch die Abschaffung des Kapitalismus mit »Stumpf und Stiel ausgerottet« war. Diese Ausstellung stellt den Mythos vom Verschwindens des Antisemitismus in der DDR in Frage. An verschiedenen Beispielen wird dargestellt, weshalb es im Interesse der Ideologie notwendig war, Antisemitismus als gesellschaftliches Phänomen im Alltag zu verleugnen und in der Politik als Instrument zu benutzen. Wie dies geschah, erzählen die Kapitel der Ausstellung. Hier wird thematisiert, warum die KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) und die SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) Antisemitismus als eigenständiges Phänomen kaum ernst nahmen. Die Ausstellung fragt, welche Rolle antisemitische Stereotype in der Presseberichterstattung, bei stalinistischen »Säuberungen« in der KPdSU (Kommunistische Partei der Sowjetunion) und in der SED sowie bei den Schauprozessen Anfang der 1950er Jahre spielten. Und es wird gefragt, welche Rolle Ignoranz, Verdrängung, Instrumentalisierung und Geschichtsklitterung beim Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus spielten. Auch werden die Inhalte der antifaschistischen Erziehung kritisch betrachtet. Die Ausstellung zeigt ebenfalls, wie in der DDR antiisraelische Hetze mit antisemitischen Untertönen betrieben wurde, und dass das Ministerium für Staatsicherheit (MfS, Stasi) terroristische Anschläge auf internationale jüdische und israelische Einrichtungen unterstützte.

Insgesamt wird deutlich, dass neben ehrlichem Engagement und Zivilcourage einzelner Bürger, die exemplarisch dargestellt werden, vor allem Skrupellosigkeit, Heuchelei, Kaltschnäuzigkeit und antijüdische Vorbehalte zur Normalität des gesellschaftlichen und politischen Alltags gehörten. Viele Fragen bleiben noch offen und müssen weiter kontrovers diskutiert werden. Dass es jedoch Antisemitismus in der DDR, innerhalb und außerhalb der SED gegeben hat, zeigt die Ausstellung sehr deutlich. In vielen Städten und Gemeinden in den neuen Bundesländern gibt es wenig Wissen über die Lokalgeschichte des Antisemitismus in der DDR. Deshalb setzt sich die Amadeu Antonio Stiftung dafür ein, dass vor Ort über diese Geschichten gesprochen wird. Auch hierzu soll die Ausstellung anregen.

### **Das Projekt**

76 Jugendliche haben von Mai bis Dezember 2006 in acht ostdeutschen Städten zum Antisemitismus in der DDR geforscht. Neben der Amadeu Antonio Stiftung wurden sie hierbei von HistorikerInnen und PädagogInnen unterstützt, die sie vor Ort bei den Recherchen begleitet haben. Ihre Forschungsergebnisse waren und sind iger Teil dieser Ausstellung. Von August 2008 bis Juni 2009 ist die Ausstellung überarbeitet, gekürzt und erweitert worden.

### **Dank**

Danken möchte die Stiftung allen Jugendlichen, die mit sehr viel Engagement, Neugierde und Ausdauer recherchiert haben, den Koordinatorinnen und Partnern der Stiftung vor Ort sowie allen Menschen, die bereit waren, ihr Wissen über die Geschichte zu erinnern und zu erzählen. Ein besonderer Dank gilt Dr. Bettina Leder, Dr. Frank Sobich und Dr. Thomas Haur, deren großer persönlicher Einsatz für das Gelingen entscheidend war.

### **MitarbeiterInnen und UnterstützerInnen**

André Anchuelo, Konstanze Ameer, Steffen Andersch, Linda Förster, Tanja von Fransecky, Nicola Galliner, Salomea Genin, Mirjam Gläser, Susanna Harms, Martin Jander, Jan Kopf, Kai Langer, Maja Löffler, Nora Mielchen, Berit Lusebrink, Cornelia Möser, Sarah Radtke, Jan Riebe, Regina Scheer, Monika Schmidt, Momme Schwarz, Schulmuseum Leipzig, Sabine Stein, Bernd Wagner, Harry Waibel, Andreas Weigelt,  Design.

### **Mit freundlicher Unterstützung durch**

Fritz Bauer Institut, Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv, Bundesarchiv in Koblenz und Berlin, Robert-Havemann-Gesellschaft, Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Deutsches Historisches Museum, Landesarchiv Berlin, Rundfunk Berlin-Brandenburg, Neues Deutschland

## 1. Antisemitismus in der Moderne

### »... bis zum Rand ›mit Antisemitismus‹ gefüllt«

Judenverfolgung gab es häufig in der Geschichte Europas. Im Hoch- und Spätmittelalter wurden Juden z.B. als angebliche »Christusmörder«, »Brunnenvergifter« und »Wucherer« für soziale Missstände und Naturkatastrophen verantwortlich gemacht und verfolgt. Nach der Französischen Revolution gewann die Idee der Nation an Bedeutung, der christliche Antijudaismus verlor an Bedeutung. Seine Inhalte jedoch wurden modernisiert; weiterhin dienten Juden als Gegenbild – nunmehr zu »Volk und Nation«. Aus den Anhängern einer fremden und unheimlichen Religion wurde ein »Volk« (später eine »Rasse«), deren angebliche negative Eigenschaften nunmehr nicht aus dem falschen Glauben, sondern aus einem unveränderlichen »Volkscharakter« abgeleitet wurde. Vom »Sendboten des Teufels« wurden Juden in den antisemitischen Vorstellungen zur eigentlichen Quelle des Bösen: Ihnen wurden alle als verunsichernd und bedrohlich erfahrenen Phänomene der sich durchsetzenden modernen Gesellschaft zur Last gelegt.

Die moderne Gesellschaft erscheint undurchsichtig, statt dem Willen eines Königs scheinen die Sachzwänge des Marktes vorzuherrschen, statt starrer Hierarchien entscheidet der Erfolg im Konkurrenzkampf über die soziale Stellung. Zusammen mit der Auflösung der traditionellen sozialen Bindungen, der schnellen technologischen Entwicklung und einer Vielzahl von Wirtschaftskrisen schuf (und schafft) dies ein Gefühl der grundlegenden Verunsicherung. Der Antisemitismus suggeriert Gewissheit in einer ungewissen Welt; er kann alles von einem Punkt aus erklären: »Der Antisemit (...) weiß, daß hinter den Sachzwängen Menschen stecken. Er weiß sie zu benennen: die Juden. Nicht als Individuum, sondern als Prinzip: der Jude.« (Detlev Claussen). Aber der Antisemitismus ist nicht bloß eine Welt-

sicht, er ist auch eine politische und gesellschaftliche Praxis. Was ihn so gefährlich macht, ist, dass die phantasierten Zusammenhänge zu Hass und Gewalt gegen wirkliche Menschen drängen.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fand der moderne Antisemitismus in Deutschland rasche Verbreitung und breite gesellschaftliche Akzeptanz. Besonders nach der Wirtschaftskrise von 1873 entstand eine aggressive antisemitische Bewegung. Sie war eng mit dem stärker und immer radikaler werdenden deutschen Nationalismus verknüpft. Was der Verwirklichung der Phantasien von Größe und Einheit der deutschen Nation entgegenstand, wurde von der Figur »des Juden« verkörpert. Die Vorstellung einer Andersartigkeit von Juden steigerte sich zur Behauptung eines biologischen Unterschieds zwischen ihnen und anderen Bürgern. Es entstanden zahlreiche antisemitische Vereinigungen und Publikationen, deren erklärtes Ziel es war, Juden als die genuinen Feinde des »deutschen Volkes« zu stigmatisieren und aus der deutschen Gesellschaft auszuschließen. Wichtiger als der in eher kleinen Parteien organisierte politische Antisemitismus aber war die breite Durchsetzung negativer Vorstellungen über Juden in der deutschen Gesellschaft des Kaiserreichs: Alle wichtigen gesellschaftlichen Bereiche seien »bis zum Rand ›mit Antisemitismus‹ gefüllt«, klagte 1880 Ludwig Bamberg. Daran konnten die Nationalsozialisten nach dem 1. Weltkrieg anknüpfen. Frei von antisemitischen Vorstellungen waren nach der Jahrhundertwende nur Teile des liberalen Bürgertums und die überwiegende Mehrheit der sozialistischen Arbeiterbewegung. Doch selbst diese Kräfte waren in ihren Vorstellungen über Juden und Judentum nicht frei von Vorbehalten, Vorurteilen und Ressentiments.



**Wahlplakat der NSDAP (1920)**

Illustration der angeblichen »jüdischen Andersartigkeit«: Der deformierte männliche »Jude« mit krummem Rücken und krummer Nase, im Gegensatz zur »schönen« deutschen Frau mit geradem Rücken und gerader Nase. Antisemitische Karikaturen arbeiten regelmäßig mit sexualisierten Bildern. Deutschland wird hier mit der Frau identifiziert, die durch den männlichen Juden bedroht ist.

Bild: Sammlung Wolfgang Haney, Berlin



**»Handbuch der Judenfrage« (1919)**

Derartige Bilder sind charakteristisch für die wahnhafte Vorstellung einer »jüdischen Weltherrschaft«. Das Judentum wird hier als Schlange dargestellt. Üblich waren auch andere bedrohliche Tiere wie Spinnen oder Kraken mit vielen Armen.

Bild: Sammlung Wolfgang Haney, Berlin



**Propagandapostkarte »Der Drahtzieher«**

Auf den Vorwurf des Wuchers geht auch das Zerrbild des »Jüdischen Kapitalisten« zurück, der deutsche Arbeiter ausbeutet und alle Fäden in der Hand hält. Das Motiv wird vom Völkischen Block 1924 auf einem Wahlkampfplakat genutzt.

Bild: Sammlung Wolfgang Haney, Berlin



**Propagandapostkarte zum »Mordfall Winter« (um 1903)**

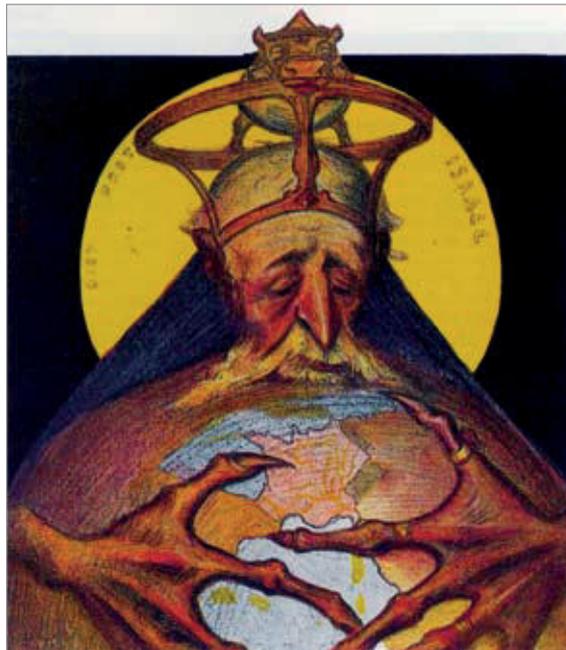
Der Vorwurf des Ritualmordes ist auch im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert fester Bestandteil des Antisemitismus. Hier wird behauptet, ein jüdischer Metzger habe einen deutschen Studenten zu rituellen Zwecken getötet.

Bild: Sammlung Wolfgang Haney, Berlin

**»Rothschild« (1898)**

Französische Karikatur von C. Léandre. Dem jüdischen Bankhaus Rothschild als Inbegriff des Kapitalismus unterstellten Antisemiten das Streben nach einer »jüdischen Weltherrschaft«.

Bild: Journal Le Rire, 16. April 1898



## Antisemitismus in der Arbeiterbewegung

### »Tretet die Judenkapitalisten nieder ...«

Die Arbeiterbewegung wollte nach eigenem Anspruch »die Gleichheit all dessen, was Menschenantlitz trägt«. Folgerichtig lehnte sie in ihrer großen Mehrheit völkische Rassentheorien ab und setzte sich für die staatsbürgerliche Gleichstellung der Juden ein. Allerdings hoffte die Arbeiterbewegung wie schon die frühen Aufklärer, dass Juden dadurch in der Gesellschaft aufgehen und als Gruppe verschwinden würden. Auch in der sozialistischen Arbeiterbewegung gab es antijüdische und antisemitische Tendenzen. Einfallstor dafür waren vereinfachende Vorstellungen, denen zufolge »der Kapitalist« als Einzelperson oder »die Bourgeoisie« als Klasse verantwortlich für die Übel des Kapitalismus seien. In vielen sozialistischen, anarchistischen und kommunistischen Gruppierungen wurden Juden ganz selbstverständlich mit »Geld« in Verbindung gebracht. Die deutsche Sozialdemokratie nahm nach 1870 vielfach Stellung gegen den politischen Antisemitismus. 1892 verabschiedete der Berliner Parteitag der SPD eine Resolution gegen den Antisemitismus; auf dem Kölner Parteitag 1893 hielt August Bebel seine berühmte und weit verbreitete Rede »Sozialdemokratie und Antisemitismus« – mit beidem war die SPD die einzige Partei des Kaiserreichs, die sich derart dezidiert gegen Antisemitismus aussprach.

Als eine ernste Gefahr für Juden erkannte die SPD den Antisemitismus aber nicht: Vielmehr glaubte sie, er wirke wider Willen revolutionär, da seine Anhänger schließlich erkennen würden, »daß nicht bloß der jüdische Kapitalist, sondern die Kapitalistenklasse überhaupt ihr Feind ist«. Wilhelm Liebknecht formulierte es so: »Ja, die Herren Antisemiten ackern und säen, und wir Sozialdemokraten werden ernten. Ihre Erfolge sind uns also keineswegs unwillkommen.« Die Vorstellung, der Antisemitismus sei der »Sozialismus der dummen Kerls« führte dazu, dass antisemitische Ressenti-

ments nicht kritisiert wurden. Vielmehr nahmen sie seit der Jahrhundertwende in sozialdemokratischen Witzblättern zu, gleichzeitig nahm das Interesse an der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus ab, da antisemitische Parteien an Bedeutung verloren.

Sowohl in der russischen Oktoberrevolution 1917, als auch in der deutschen Revolution 1918/1919 nahmen vor allem radikale Linke Stellung gegen jüdenfeindliche Hetze, die sie als »Ablenkungsmanöver der Herrschenden« und »Mittel der Konterrevolution« ansahen. In Russland wurden in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution antisemitische Äußerungen und Handlungen streng verfolgt. Doch mit der Durchsetzung des Stalinismus zeigten sich alte antisemitische Ressentiments in neuer Form; ab den 1930er Jahren nahm der Antisemitismus auch innerhalb der KPdSU zu.

Die deutsche Kommunistische Partei beschäftigte sich während der Weimarer Republik kaum mit dem immer stärker werdenden Antisemitismus. Im Gegenteil machte die KPD nach 1920 deutliche Zugeständnisse an die nationalistische und antisemitische Stimmung in Deutschland. In den erstarkenden Nationalsozialisten sah die KPD nur Marionetten des Finanzkapitals. Den nationalsozialistischen Antisemitismus beachtete die KPD kaum: Er galt ihr als bloßes oberflächliches und nicht ernst gemeintes Propagandamittel der NSDAP. Nach 1933 wurden die umworbenen und idealisierten »deutschen Werktätigen« als Opfer des NS-Regimes gesehen, eventuell als »Verführte«, aber nie als Antisemiten oder Täter. Allerdings veröffentlichte die illegale KPD als einzige deutsche Partei im November 1938 eine Erklärung, in der sie zur vorbehaltlosen Solidarität mit allen verfolgten Juden aufrief. Sie ging allerdings weiter davon aus, der Antisemitismus der Nazis habe nur die Funktion, den »Volkszorn« von der NS-Herrschaft abzulenken.



**W. I. Lenin (1919): »Schmach und Schande über den, der Feindschaft gegen die Juden ... sät.«**

Lenin besprach 1919 und 1920 mehrfach Schallplatten. Eine dieser Reden richtet sich gegen den Antisemitismus. Lenin erklärte: »Nur völlig unwissende, völlig verschüchterte Menschen können den gegen die Juden verbreiteten Lügen und Verleumdungen Glauben schenken. ... Nicht die Juden sind die Feinde der Werktätigen. Die Feinde der Arbeiter sind die Kapitalisten aller Länder. Unter den Juden gibt es Arbeiter, Werktätige: sie bilden die Mehrheit. Die Kapitalisten sind bemüht, zwischen den Arbeitern verschiedenen Glaubens, verschiedener Nation, verschiedener Rasse Feindschaft zu säen und zu schüren ... Die reichen Juden, die reichen Russen, die Reichen aller Länder unterdrücken und unterjochen im Bunde miteinander die Arbeiter, plündern sie aus und entzweien sie. Schande über den verfluchten Zarismus, der die Juden gequält und verfolgt hat. Schmach und Schande über den, der Feindschaft gegen die Juden, Haß gegen andere Nationen sät.«

Bild: W. I. Lenin beim Besprechen einer Schallplatte.

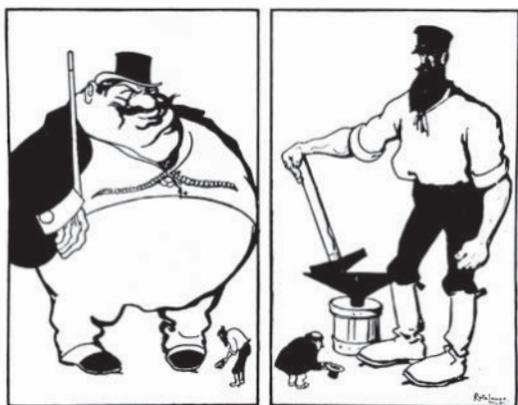


**Ruth Fischer (1923): »Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie.«**

Ruth Fischer, damals Vorsitzende der KPD im Großraum Berlin, erklärte am 25. Juli 1923 auf einer kommunistischen Versammlung für Studenten: »Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß. Sie sind gegen das Judenkapital und wollen die Börsenjobber niederkämpfen. Recht so. Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie. Aber, meine Herren, wie stehen Sie zu den Großkapitalisten, den Stinnes, Klöckner?«

Ruth Fischer hat – im Gegensatz zu anderen Fällen – nie bestritten, dass diese Worte so gefallen sind. 1948 behauptete sie aber in einem Buch, sie habe damals erklärt, dass »der Kommunismus nur dann für die Bekämpfung der jüdischen Kapitalisten ist, wenn alle Kapitalisten, jüdische und nicht-jüdische, Ziel des gleichen Angriffs sind« und beklagt, ihre Rede werde »entstellt« dargestellt.

Ruth Fischer bei einer Rede im Berliner Lustgarten 1925. Bild: Ullstein



Der Kapitalist und der unorganisierte Arbeiter.

Der organisierte Arbeiter und der Kapitalist.

**Der Kapitalist und der unorganisierte Arbeiter – Der organisierte Arbeiter und der Kapitalist**

Auch in sozialdemokratischen Zeitungen finden sich Karikaturen von »Kapitalisten«, die an antisemitische Darstellungen von Juden erinnern.

Bild: »Der Wahre Jakob«, 1904, Nr. 457

# Der Kapitalismus.

Zeichnung von H. Rudolph, Hamburg.

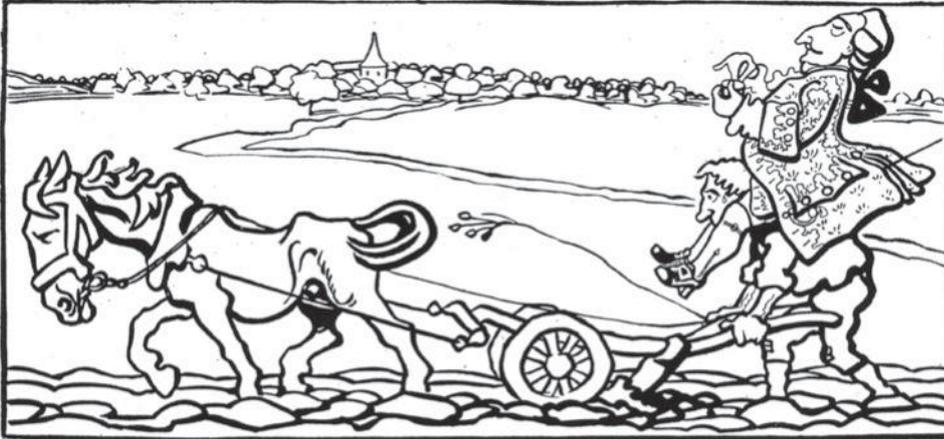


## **Darstellung des Kapitalismus**

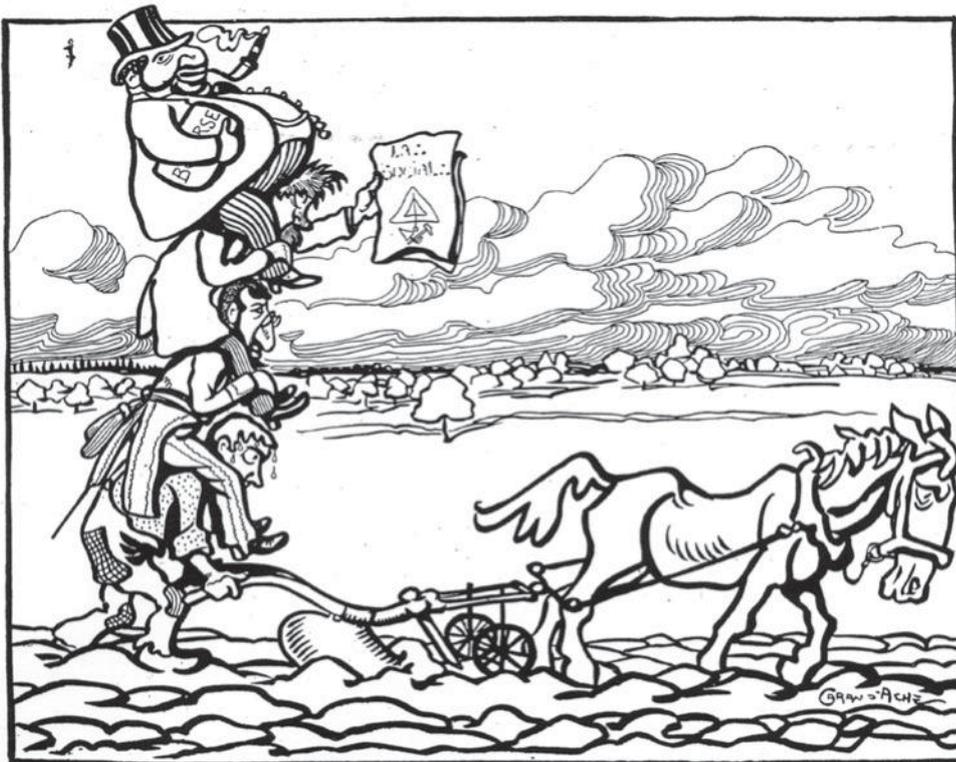
Der Kapitalismus wird als diabolische Gestalt gezeigt, allerdings ohne antisemitische Stereotype. Aber die Personalisierung und Dämonisierung des Kapitalismus ließ sich leicht mit antisemitischem Denken verbinden.

*Bild: Süddeutscher Postillon, 1903, Nr. 6, S. 45*

W für was man die Revolution von 1789 machte. W



Vor 1789.



Heute.

### Süddeutscher Postillon

Obwohl die Sozialdemokratie im 19. und frühen 20. Jahrhundert die antisemitischen Politiker bekämpfte, scheuten sozialistische Zeitungen nicht davor zurück, auch antisemitische Karikaturen aus rechten Blättern zu übernehmen.

Bild: Süddeutscher Postillon, 1899, Nr. 21, S. 178

## Antisemitismus und Judenverfolgung im Nationalsozialismus

### Der Massenmord an den Juden war ein »öffentliches Geheimnis«

Die Nationalsozialisten radikalisierten die weit verbreitete Vorstellung von einer »rassischen« Andersartigkeit der Juden: Sie unterstellten, dass eine »jüdische Weltverschwörung« die eigentlich führende »Rasse« der »Arier« zerstören wolle, um die Weltherrschaft zu errichten. Am Endpunkt dieser Entwicklung drohe die Vernichtung der Menschheit schrieb Adolf Hitler bereits 1925: »Siegt der Jude ... über die Völker dieser Welt ... dann wird dieser Planet wieder wie einst vor Jahrmillionen menschenleer durch den Äther ziehen«. Diese Projektion rechtfertigte alle Brutalitäten als »Notwehr«. Dass sie ihrem Antisemitismus entsprechende Taten folgen lassen wollten, daran ließen die Nationalsozialisten keine Zweifel aufkommen.

Im nationalsozialistischen Deutschland wurde der Antisemitismus zur Staatsdoktrin: Durch die Behörden wurde verfügt, wer als Jude zu gelten hatte. Alle staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen beteiligten sich an der Ausgrenzung und Entrechtung der jüdischen Bürger. Antijüdische Hetze lief über staatliche Rundfunksender, wurde in öffentlichen Schulen gelehrt und in zahllosen Reden bestätigt. Der Antisemitismus war unübersehbarer Teil des NS-Alltags.

Auch wenn viele Deutsche gewalttätige Aktionen wie das Pogrom im November 1938 nicht guthießen wurden die unzähligen antijüdischen Maßnahmen der ersten Jahre des »Dritten Reichs« dagegen von vielen Menschen begrüßt. Die »Arisierung« und die Enteignung der jüdischen Bevölkerung machte – neben großen Firmen und Banken – auch »ganz normale Deutsche« zu direkten Nutznießern der Judenverfolgung.

Mit Kriegsbeginn 1939 und der Eroberung großer Teile Europas gerieten weitere Millionen von Juden

in den Machtbereich der Nationalsozialisten. Seit dem Einmarsch in Polen wurden Juden ermordet oder unter unmenschlichen Bedingungen in Ghettos gesperrt. Mit dem Angriff auf die Sowjetunion 1941 begann die systematische Ermordung in großer Zahl. Anfang 1942 wurde die Vernichtung aller Juden im deutschen Machtbereich beschlossen und vorangetrieben. Diejenigen, die noch in Deutschland lebten, wurden »in den Osten« deportiert und dort in Konzentrations- und Vernichtungslagern ermordet. Auch wenn die Massenerschießungen, Gaskammern und die »Vernichtung durch Arbeit« nicht offiziell erwähnt wurden, geschah die Deportation von Juden öffentlich und es gab eine Fülle von Gerüchten und Beweisen für das Vernichtungsprogramm – der Massenmord an den Juden war ein »öffentliches Geheimnis« (Longerich).

Während in Westdeutschland die Morde lange Zeit verdrängt und ihre besondere Bedeutung erst in den 1980er Jahren öffentlich anerkannt wurde, waren die Verbrechen der Nationalsozialisten sehr häufig Thema in der DDR. Allerdings wurde jede Besonderheit des antisemitischen Vernichtungsprogramms gegenüber anderen Verbrechen des NS-Regimes eingeebnet, wenn nicht abgeleugnet. Verantwortlich gemacht für die Verbrechen wurde nur eine kleine Minderheit von Nazi-Größen, Monopolkapitalisten und Großgrundbesitzern. Die antisemitische Ideologie wurde häufig als »soziale Demagogie«, »Ablenkungsmanöver« oder »Ausschaltung der Konkurrenz« durch nicht-jüdische Kapitalisten verharmlost. Aber auch wissenschaftliche Arbeiten über die Judenverfolgung und die NS-Ideologie, die in der DDR erschienen, erkannten die besondere Bedeutung des Antisemitismus nicht oder leugneten sie sogar.



*Öffentliche Versteigerung des Besitzes deportierter Juden in der Gegend von Hanau 1942  
Bild: Medienzentrum Hanau-Bildstelle*



*Deportation der Juden aus der Stadt Brandenburg am 13. 4. 1942 nach Warschau  
Bild: Stadtarchiv Brandenburg an der Havel*



#### **Fastnachtsumzug (1938)**

*Beim Fastnachtsumzug in Singen hatten einige Schüler und Lehrer Spaß daran, sich als flüchtende Juden zu verkleiden. Ihr Motto: »Die letzten Libanontiroler hauen ab«. Damit die Zuschauer das auch verstehen konnten, benutzten sie bestimmte Kennzeichen: Mäntel, die zu groß waren und ihren Trägern ein verlottertes Aussehen gaben, angeklebte Bärte und Nasen. Die Absurdität der Vorstellung, Juden an ihren Nasen zu erkennen, steht deren Verbreitung nicht im Wege.*

*Bild: Stadtarchiv Singen, Archiv der »Poppel«-Zunft*

#### **Buchveröffentlichung (1984)**

Auch diese, in der DDR 1984 erschienene, durchaus verdienstvolle Sammlung von »Dokumenten des faschistischen Antisemitismus« leugnet, dass »der Massenmord an den jüdischen Menschen« ein »Kriegsziel« gewesen sei. Im Vorwort hält es Kurt Pätzold für notwendig, »zionistischen« Geschichtsdeutungen, die mit »Schliche[n] und Tricks« arbeiten würden, »betrügerische Zwecke, die sich mit jenen der Nazifaschisten durchaus messen können«, zu unterstellen. Die Politik Israels wird als »zumindest klassenverwandt« mit dem Nationalsozialismus bezeichnet.

© Philipp Reclam jun. GmbH & Co., Stuttgart



## Anspruch und Wirklichkeit

### »Die Deutsche Demokratische Republik hat auf ihrem Gebiet den Nazismus ausgerottet«

Die DDR sah sich in der Tradition des kommunistischen Widerstandes als antifaschistischer Staat. Im »Faschismus« sahen KPD und SED nur »die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals«; als einen verzweifelten und letztlich aussichtslosen Versuch der Kapitalisten, die Entwicklung der Geschichte in Richtung Sozialismus aufzuhalten. Dieses simple, ökonomistische Verständnis bestimmte das Selbstverständnis der DDR in der Gegenwart, das Bild der Vergangenheit und den Umgang mit der Geschichte.

Die DDR glaubte und behauptete, mit dem Kapitalismus auch die Wurzeln des Faschismus beseitigt zu haben, das »deutsche Volk« wurde als bloßes Opfer des »Hitler-Faschismus« gezeichnet. Dieser ideologische Blick hatte gravierende Folgen: Er verhinderte eine kritische und konkrete Auseinandersetzung mit der Geschichte des deutschen Antisemitismus und der Ermordung der europäischen Juden durch den deutschen Nationalsozialismus. Eine gesellschaftliche Diskussion über die Fragen von Schuld und Verantwortung der »ganz normalen Deutschen« blieb aus.

In der SBZ und in der DDR wurden überzeugte Nationalsozialisten zunächst aus dem öffentlichen Dienst entlassen; ehemalige Mitglieder der NSDAP konnten erst später wieder Lehrer werden. Doch schon 1948 öffnete sich die SED für angeblich unbelastete ehemalige NSDAP-Mitglieder. Kurz darauf wurde die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) gegründet – als ein Integrationsangebot an ehemalige Nationalsozialisten und Deutschnationale. Wer sich loyal verhielt, konnte seitdem

auch mit NS-Vergangenheit in der DDR Karriere machen. Es gab eine Vielzahl von hochrangigen ehemaligen Nationalsozialisten in leitenden gesellschaftlichen Positionen, vor allem an den Universitäten, in der Presse, bei der Volkspolizei und der NVA.

Für die Verfolgung von NS-Kriegsverbrechen war das MfS zuständig. Die Verfassungen der DDR schrieben die Enteignung aktiver Nationalsozialisten und Kriegsverbrecher und die Nicht-Verjährung von Nazi- und Kriegsverbrechen fest. Die Strafen waren häufig höher als in Westdeutschland. Aber: War keine hohe Strafe zu erwarten, die sich propagandistisch nutzen ließ, interessierte sich das MfS nicht für einen Prozess. So blieben Helfer und Helfershelfer bei NS-Verbrechen vielfach unbestraft.

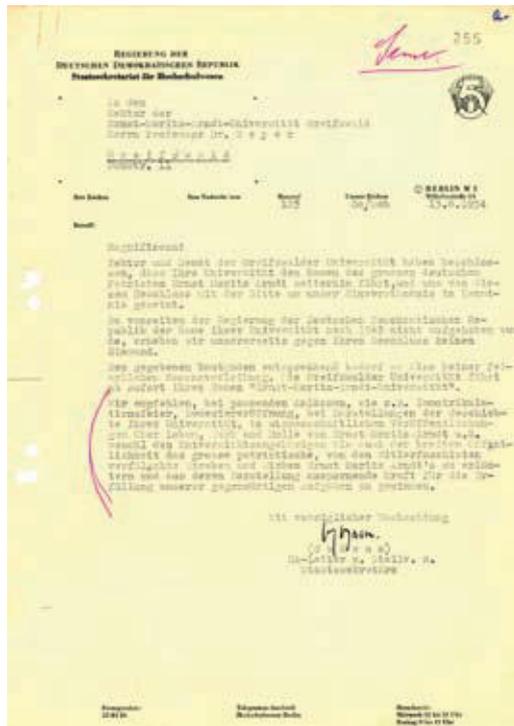
Offizielle Stellen und Historiker aus der DDR waren häufig wichtig für die Aufklärung der nationalsozialistischen Vergangenheit westdeutscher Politiker und hoher Beamter. Doch auch hier ging es in erster Linie um Propaganda: War es von außenpolitischem Nutzen, so wurden NS-Verbrecher angeklagt oder für Prozesse in den Westen überstellt. Waren NS-Täter dagegen als Stasi-Spitzel nützlich oder nützten sonstigen Interessen der SED, wurden auch schwerbelastete Täter geschont und blieben unbestraft.

Bis heute nicht abschließend geklärt ist die genaue Rolle der DDR-Staatssicherheit bei den antisemitischen Schmierkampagnen Ende der 1950er Jahre in der Bundesrepublik. Wenn auch unwahrscheinlich ist, dass das MfS sie ausgelöst hat, so hat die DDR doch alles versucht, daraus propagandistisches Kapital zu schlagen.



#### Mit deutschem Eichenlaub für den Sozialismus

Die NDPD wurde gegründet von ehemaligen SED-Kadern und ehemaligen Wehrmachtsoffizieren, die in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten waren. Das erste NDPD-Plakat warb mit der Parole »Gegen den Marxismus – für die Demokratie« um enttäuschte Nationalsozialisten und Deutschnationale. Später bekannte sich auch die NDPD, zur führenden Rolle der SED und zum Aufbau des Sozialismus in der DDR.



### Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

Die DDR lobte in den 1950er bis Anfang der 1970er Jahre den Patriotismus der Vordenker des völkischen Nationalismus und bezog sich auch positiv auf den preußischen Staat. Ein Beispiel: 1933 war die Universität Greifswald durch einen Erlass Hermann Görings in Ernst-Moritz-Arndt-Universität umbenannt worden. »Das, was Ernst Moritz Arndt gewollt hat, geht zum guten Teil in unseren Tagen in Erfüllung«, erklärte der Festredner Prof. D. Heinrich Laag am 28. Juni 1933 anlässlich der Namensverleihung. Nach 1945 führte die Universität diesen Namen zunächst nicht mehr. Doch 1954 beschloss der Senat der Universität, den Namen Arndt wieder anzunehmen. Der Staatssekretär für das Hochschulwesen der DDR hatte »keinen Einwand«. Ernst Moritz Arndt (1769 – 1860) war ein Vorläufer des modernen Antisemitismus (»Die Juden als Juden passen nicht in diese Welt und in diese Staaten hinein«), predigte massiven Franzosenhass (»Ich hasse alle Franzosen ohne Ausnahme«) und einen völkischen Nationalismus (»Jedes Volk ... hüte sich aber vor aller Buhlerei mit dem Fremden«). In der DDR wurde Arndt für sein Eintreten gegen die Leibeigenschaft und den Kampf gegen die »napoleonische Fremdherrschaft« geehrt.

Quelle: *Universitätsarchiv Greifswald (UAG Rektorat N. F. 28, Bd. 2, Bl. 255)*



### »Die gleiche Sprache: Erst für Hitler – jetzt für Ulbricht«

Simon Wiesenthal wies 1968 in 39 Fällen nach, dass prominente NSDAP-Mitglieder in der DDR-Propaganda eine wichtige Rolle spielten. Er stellte die These auf, dass die Berichterstattung über Israel und den Nahostkonflikt ähnliche Sprachfiguren enthielt, wie in der antijüdischen Hetze derselben Autoren aus der Nazi-Zeit.

Entwurf

BSIU  
000010

Die Hetze von Euch Juden wird unerträglich.  
Wir haben doch nicht genug vergast .  
Verschwinde , oder wir holden Dich und machen Dich fertig !

Juden r a u s !  
( ein deutscher SS- Mann )

Entwurf

BSIU  
000011

Habt Ihr noch nicht genug , Ihr Judenschweine ?  
5 Millionen reichen Euch wohl noch nicht ?  
Dich hat man wohl vergessen zu vergasen ?

Deutschland erwache !  
( 1 Deutscher )

Entwurf

BSIU  
000012

Merke Dir, Jude , wir waren Nationalsozialisten,  
wir sind Nationalsozialisten und wir bleiben Nationalsozialisten !  
Auch Du stehst auf unserer Liste . Wir werden das vollenden,  
was unser Kamerad E i c h m a n n begonnen hat !

T o d , Euch Judengesindel !  
( Ein Gefolgsmann des Führers )

### **MfS plante antisemitische Kampagne in Westdeutschland**

Parallel zum Eichmannprozess plante die Staatssicherheit 1961 eine antisemitische Kampagne in Westdeutschland. Sie sollte propagandistisch untermauern, dass in der BRD – im Gegensatz zur DDR – Nationalsozialisten und Neofaschisten aktiv seien und der Staat nicht gegen sie vorgehe. In Vorbereitung der Kampagne formulierten Mitarbeiter des MfS Briefe an westdeutsche Jüdinnen und Juden, in denen diese antisemitisch beschimpft und bedroht wurden. Offensichtlich hatte die Stasi keinerlei Problem damit, die Adressaten in Angst und Schrecken zu versetzen. Geplant waren auch antisemitische Flugblätter und ein Rundbrief, in denen Nazi-Organisationen Unterstützung für Eichmann forderten. Das MfS erstellte Listen potentieller Adressaten sowie Listen mit Absendern, die in neofaschistischen, revisionistischen und militärischen Verbänden organisiert waren. Ob die Pläne zur Ausführung kamen oder ob es noch andere antisemitische Aktionen des MfS gab, bleibt weiterhin unklar.

Quelle: BStU, MfS HA XX/4 513

## Antisemitische Verfolgungswelle in den 1950er Jahren

### »Entlarvung der Zionisten«

Als nach dem II. Weltkrieg die Blockkonfrontation zunahm und sich das kommunistische Jugoslawien unter Tito 1948 von Moskau ablöste, verschärfte Stalin im gesamten Ostblock die Repressionen. Es ging darum, in der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten die Herrschaft der KPdSU und ihrer Satellitenparteien zu sichern. Zunächst gab es eine Kampagne gegen das abtrünnige Jugoslawien, die in allen Ostblockstaaten mit einer Säuberung der »Bruderparteien« von »Titoisten«, »bürgerlichen Nationalisten« und »Agenten des Imperialismus« einherging. Es kam zu Parteiausschlüssen, Verhaftungen und öffentlichen Schauprozessen gegen hochrangige Kommunisten. Im Schauprozess gegen Ungarns früheren Außenminister Laszlo Rajk und andere 1949 in Budapest wurde der Kommunist Noel H. Field zur Schlüsselfigur dieses und weiterer Schauprozesse aufgebaut. Field, Leiter einer amerikanischen Hilfsorganisation, hatte vor 1945 nach Westeuropa emigrierte Kommunisten finanziell unterstützt. 1949 wurde er in Prag verhaftet und unter Folter gezwungen, sich als westlichen Agenten zu bezichtigen. Alle von ihm Unterstützten galten als Spione des Westens. Ein analoger Schauprozess, ebenfalls mit Todesurteilen, richtete sich noch im gleichen Jahr gegen kommunistische Spitzenfunktionäre in Bulgarien.

Im Sommer 1952 wurden in einem Geheimprozess in Moskau 15 Mitglieder des Jüdischen Antifaschistischen Komitees (JAK) der Sowjetunion angeklagt; dreizehn von ihnen wurden wegen »jüdischem Nationalismus«, »Zionismus« und »Spionage für den Imperialismus« zum Tode verurteilt und hingerichtet. Ab jetzt kamen in den Säuberungsprozessen gegen »imperialistische Agenten« die Anklagepunkte des »Kosmopolitismus« und »Zionismus« hinzu; immer häufiger wurden jüdische KP-Funktionäre verhaftet und angeklagt. Ihre jüdische Herkunft wurde in den Medien des Ostblocks mit antisemitischen Zuschreibungen verbunden.

Im November 1952 wurde ein antisemitischer Schauprozess gegen führende Partei- und Staatsfunktionäre der C SSR inszeniert. Elf von ihnen, wie der Generalsekretär der Kommunistischen Partei und Hauptangeklagte Rudolf Slánský, waren jüdischer Herkunft. Die aberwitzige Anklage lautete, diese »Kosmopoliten« hätten sich während des Krieges von Noel Field als amerikanische Spione

anwerben lassen und hätten nach 1945, getarnt als Kommunisten, eine zionistische Verschwörung gegen das tschechoslowakische Volk begonnen: »Wie eine Krake« hätten diese »Verbrecher« versucht, der Tschechoslowakei »das Blut und das Mark auszusaugen«. Elf Angeklagte, darunter acht jüdischer Herkunft, wurden in Prag zum Tode verurteilt.

Im Januar 1953 berichteten sämtliche Zeitungen des Ostblocks über ein angebliches »Ärztekomplott« in Moskau: Jüdische Ärzte des Kreml-Krankenhauses, diffamiert als »wurzellose Kosmopoliten« und »verächtliche Mietlinge des Imperialismus«, wurden in der Prawda beschuldigt, im Auftrag ausländischer jüdischer Organisationen »die Ausrottung der führenden Kader der UdSSR« geplant zu haben.

Auch in der DDR verhaftete und verhörte der Geheimdienst seit 1950 kommunistische Funktionäre, darunter nicht wenige jüdischer Herkunft. Einigen von ihnen wurde im Zuge des Slánský-Prozesses in Prag vorgeworfen, ihre Unterstützung jüdischer Forderungen nach Wiedergutmachung und der Rückgabe arisierten jüdischen Eigentums sei nichts anderes als die »Propagierung des Kosmopolitismus« und die »Preisgabe deutschen Volksvermögens«. Gleichzeitig wurden 1952/53 auch jüdische Privatpersonen und jüdische Gemeinden Opfer weitreichender Repressalien. Jüdischen Überlebenden, die in den Nachkriegsjahren durch die amerikanisch-jüdische Hilfsorganisation »Joint Distribution Committee« Unterstützung erhalten hatten, wurde nun Spitzel- und Spionagetätigkeit für den US-Imperialismus unterstellt. Privatwohnungen sowie Büroräume der jüdischen Gemeinden wurden durchsucht, Akten und religiöse Literatur beschlagnahmt, Verhöre und Verhaftungen vorgenommen. Viele Jüdinnen und Juden, die sich religiös und gleichzeitig politisch engagierten, wurden aus öffentlichen Stellungen, repräsentativen Ämtern und teilweise aus ihren Arbeitsverhältnissen entlassen. Jüdische Verhaftete wurden von ihren sowjetischen und deutschen Vernehmern antisemitisch beschimpft. Die jüdischen Gemeinden wurden vom MfS observiert, ihre Kontakte zum Westen überwacht und Gemeindefunktionäre verhört. Die Staatssicherheit legte Listen mit Namen der Gemeindeglieder an. Angesichts dieser ostblockweiten antisemitischen Kampagne und Bedrohung flohen im Frühjahr 1953 nahezu alle Gemeindevorstände und mehrere Hundert Mitglieder

der Jüdischen Gemeinden aus der DDR nach West-Berlin. Ein bereits in Vorbereitung befindlicher antijüdischer Schauprozess in der DDR wurde wohl nur durch den Tod Stalins im März 1953 verhindert.

Trotzdem wurden noch einige der Verhafteten in Geheimprozessen zu mehrjährigen Gefängnisstrafen abgeurteilt.

## Moskauer Antizionismus in der DDR

### Interview mit geflüchteten Leitern der Jüdischen Gemeinde der Sowjetzone

**Berlin (UP).** — Vier nach Westberlin geflohene führende Persönlichkeiten der Jüdischen Gemeinde in der Sowjetzone begründeten ihre Flucht am Freitag mit der Befürchtung, als Hauptangeklagte eines großen antisemitischen Schauprozesses in der Ostzone nach dem Muster des Prager Slansky-Verfahrens vorgesehen zu sein. Zu der SED-Kampagne gegen die Juden in der Sowjetzone betonten sie:

„Es gibt keinen Antisemitismus im deutschen Volk. Es gibt nur einen Antisemitismus in der SED, der aus hochpolitischen Gründen von Moskau gesteuert wird.“ Zu dieser Feststellung kamen der Präsident des Landesverbandes Jüdischer Gemeinden in der Sowjetzone, Julius Meyer (SED), der Vizepräsident des Landesverbandes, Dr. Fritz Grunsfeld, Leipzig, das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde Leipzig, Helmut Looser, und der Geschäftsführer der Jüdischen Gemeinde Erfurt, Günter Singer, in ihrem ersten Interview in der freien Welt, nachdem sie sich mit zwanzig Familienmitgliedern in der vergangenen Woche der drohenden Verhaftung durch den Staatssicherheitsdienst durch die Flucht nach Westberlin entzogen hatten.

„Alle Juden in der Sowjetzone befürchten eine Wiederholung der Pogrome von 1938“, erläuterten Julius Meyer und seine Mitarbeiter die Flucht von nahezu vierhundert Juden nach Westberlin. „Deshalb lassen sie heute alles stehen und liegen, um nicht wieder in Konzentrationslagern zu landen.“ Dennoch sei der Antizionismus Moskaus nicht mit Hitlers Judenverfolgungen zu vergleichen. Hitler habe die Juden als „Rasse“ ausmerzen wollen, „Moskau und die SED-Führung hingegen verfolgen uns aus rein hochpolitischen Gründen. Ihr erstes Ziel ist es, sich die Sympathien der arabischen Länder zu erwerben. Zweitens wollen sie unsere Beziehungen zu unseren Brüdern und Schwestern im Westen zerreißen, drittens brauchen sie Sündenböcke für ihr Versorgungschaos, und schließlich will der Tischlergeselle Ulbricht unseren Verstand ausschalten, der nicht jede dialektische und taktische Wendung des Politbüros kritiklos mitmacht.“

Als Vorwand für Bespitzelungen, Verhöre und Verhaftungsdrohungen habe dem SED-Zentralkomitee die Verbindung jüdischer Gemeindeglieder zu der als „amerikanische Agentenzentrale“ verschrienen jüdischen Hilfsorganisation „American Joint Distribution Committee“ gedient, die die 1700 Juden in Ostberlin und die 900 in der Sowjetzone nach ihrer Befreiung aus Hitlers Konzentrationslagern mit Lebensmitteln vor dem Verhungern bewahrt habe.

„Unmittelbar nach dem Slansky-Prozess in Prag begannen Verhöre und Überwachungen der Mitglieder unserer Gemeindevorstände“, berichteten Meyer, Dr. Grunsfeld, Looser und

Singer, die sowohl in ihren Gemeinden als auch in der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ die soziale Betreuung der rassistisch Verfolgten geleitet hatten.

Zur Flucht hätten sie sich jedoch erst entschlossen, als das SED-Zentralkomitee im Dezember von dem jüdischen Landesverband fünf öffentliche Erklärungen verlangt habe:

1. Die Hilfsorganisation „Joint“ ist eine amerikanische Agentenzentrale.
2. Zionismus ist gleich Faschismus, und der israelische Ministerpräsident Ben Gurion ist ein Agent des US-Imperialismus.
3. Die amerikanische Justiz ist verbrecherisch, weil sie die Atomspione Rotenberg zum Tode verurteilt hat.
4. Wiedergutmachung des Unrechts an den Juden ist Ausbeutung des deutschen Volkes.
5. Verurteilung des Wiedergutmachungs-Abkommens zwischen der Bundesregierung und dem Staat Israel.

Nach der Mitteilung Meyers haben fast alle Juden in Staatsstellungen ihre Posten verloren. Im gesamten öffentlichen Leben der Sowjetzone bewegten sich nicht mehr als hundert Persönlichkeiten jüdischer Abstammung. „Wenn Gerhart Eisler und Albert Norden es könnten, würden sie heute schon hier sein“, meinte der Präsident des Landesverbandes. Er rechnet allerdings nicht mit einschneidenderen Maßnahmen der SED gegen den jüdischen Bevölkerungsteil, zumal dieser zu 65 vH. aus alten Leuten und Rentnern besteht. Dennoch erwarten er und seine Schicksalsgefährten für die nächste Zeit weitere jüdische Flüchtlinge in Westberlin.

Die vier jüdischen Gemeindevorsteher selbst warten zur Zeit auf ihre Anerkennung als po-

litische Flüchtlinge, um ins westliche Ausland gehen zu können.

Meyer, Grunsfeld, Looser und Singer schilderten mit ihren Familienangehörigen übereinstimmend die starke Hilfsbereitschaft der deutschen Bevölkerung. Besonders aus christlichen Kreisen seien ihnen Warnungen und Hilfsangebote zugegangen. „Die Menschen in der Ostzone stellen nicht die Frage: bist du Jude oder nicht Jude, sondern bist du Gegner des Regimes“, sagten die vier Oberhäupter der jüdischen Gemeinden, die auf ihren Armen die Tätowierungen des Nazi-Konzentrationslagers Auschwitz tragen.

#### „Joint“ stellt Arbeit ein

**New York (UP).** — Der erste Vorsitzende der jüdischen Wohlfahrtsorganisation (Joint Distribution Committee), Edward Warburg, gab am Donnerstagabend bekannt, daß seine Organisation die Unterstützung der etwa 130 000 ungarischen Juden einstellen werde. Ungarn war das letzte Land des Sowjetblocks, in dem die „Joint“ noch arbeiten durfte.

#### Ungarn mit Reparationen fertig

**Budapest (DPA).** — Die ungarische Regierung hat die Reparationsverpflichtungen gegenüber der Sowjetunion erfüllt, meldete die Nachrichtenagentur MTI am Freitag. Die sowjetischen Reparationsforderungen gründeten sich auf das Waffenstillstandsabkommen vom 20. Januar 1945 und den am 10. Februar 1947 unterzeichneten Friedensvertrag.

#### Moskauer Antizionismus in der DDR

Julius Meyer gab nach seiner Flucht in Westberlin am 23. Januar 1953 ein Interview. Es verdeutlicht, welche Erfahrungen Jüdinnen und Juden in der DDR vor dem Hintergrund des Slansky-Prozesses machten.

Quelle: Neue Zeitung, 24. Januar 1953



**Die Angeklagten im antisemitischen Schauprozess im Volksgericht in Prag (November 1952).**

*Vorn zweiter von links der Hauptangeklagte Rudolf Slánský. Alle Angeklagten waren durch monatelange Folter als Persönlichkeit gebrochen. Sie wurden gezwungen, sich als israelische oder westliche Spione zu bezeichnen. Für den Prozess, der zuvor wie ein Theaterstück geprobt wurde, mussten die Angeklagten ihre Falsch-Aussagen auswendig lernen. Elf der 14 Angeklagten wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet.*

*Bild: Süddeutscher Bilderdienst München, Bild-Nr. 40150144*



**Antiamerikanische Propaganda 1952 in Berlin-Mitte am Thälmann-Platz**

*Das Bild dokumentiert die Agenten-Hysterie in der DDR in der Zeit des Slánský-Prozesses auf dem Höhepunkt der antijüdischen Kampagne. Bedürftige in der DDR, die Hilfe von internationalen Hilfsorganisationen annahmen, galten durch den Kontakt mit westlichen Stellen automatisch als Agenten und wurden geheimdienstlich überwacht.*

*Bild: Larch Berlin Bild-Nr. 363233, Foto Richard Perlia*

## Antisemitische Verfolgungswelle in den 1950er Jahren

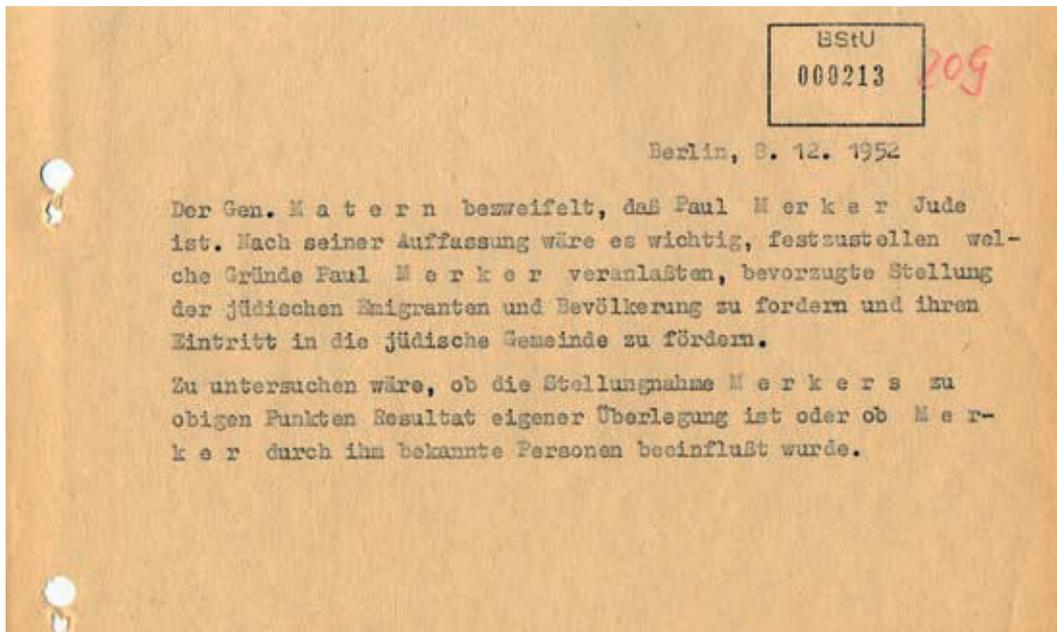
### »Alle Juden in der Sowjetzone befürchteten eine Wiederholung der Pogrome von 1938«



#### Paul Merker 1894 – 1969

Paul Merker wurde am 1. Februar 1894 in Oberlößnitz/Sachsen geboren. Von Beruf Kellner, trat er nach dem 1. Weltkrieg der USPD und 1920 der KPD bei. Er war Mitglied des Preußischen Landtags und seit 1927 Mitglied der KPD-Führung. Nach 1933 wurde er illegal in den USA eingesetzt und 1934 zur illegalen Arbeit nach Deutschland geschickt. Bald darauf emigrierte er nach Frankreich, wo er bis 1942 interniert war. Er flüchtete weiter nach Mexiko und wurde Sekretär des Lateinamerikanischen Komitees des antifaschistischen Bundes Freies Deutschland. 1946 kehrte er in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands zurück und wurde als einziger KPD-Führer der Westemigration in das Politbüro der SED gewählt. Bis zu seinem SED-Ausschluss 1950 war er Staatssekretär im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft und Abgeordneter der Volkskammer der DDR. Nach Beginn des Slánský-Prozesses wurde er Ende November 1952 verhaftet und 1955 in einem Geheimprozess unter anderem wegen Unterstützung der jüdischen Wiedergutmachungsforderungen zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Merker wurde 1956 wieder entlassen, bis zu seinem Tod 1969 wurde ihm die Rehabilitierung verweigert.

Bild: SAPMO Bundesarchiv Berlin, Y10-93/73



Aktennotiz MfS vom 8. 12. 1952

Zur Vorbereitung eines Schauprozesses mit Paul Merker als Hauptangeklagten sollte dessen vermutete jüdische Herkunft bewiesen werden. Wie auch andere Dokumente belegen, war man im MfS zunächst davon ausgegangen, Paul Merker sei Jude. Weil dies aber nicht der Fall war, mutmaßte man als seine »Auftraggeber« ausländische Juden. Im kurz zuvor in Prag abgeschlossenen antisemitischen Slánský-Prozess war die jüdische Herkunft der Angeklagten mehrmals besonders hervorgehoben worden.

Quelle: BStU, AS 251/56, Bd. 5a, Bl. 213



### Julius Meyer 1909 – 1979

Julius Meyer wurde am 17. September 1909 in Krojanke/Westpreußen geboren und war seit 1935 in Berlin im Lederhandel tätig. Bis zur Deportation nach Auschwitz im Februar 1943 musste er Zwangsarbeit leisten. Seine Ehefrau Gerda, sein Sohn Lothar und seine Pfliegerochter Auguste wurden in Auschwitz ermordet. Er selbst wurde am 2. Mai 1945 im KZ Wöbbelin/Mecklenburg befreit. Seit Herbst 1945 gehörte er dem Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu Berlin an und war im Hauptamt »Opfer des Faschismus« für die Betreuung jüdischer NS-Opfer zuständig. Seit 1946 war er Präsident des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in der SBZ bzw. der DDR. Auf Vorschlag des Politbüromitglieds Paul Merker trat Meyer der SED bei. Er setzte sich als Abgeordneter der DDR-Volkskammer intensiv für Entschädigung und Wiedergutmachung jüdischer Überlebender ein. Seit Anfang 1952 observierte ihn das MfS als »jüdischen Nationalisten«. Nach einem Verhör durch die SED-Partei Kontrollkommission flüchtete er am 15. Januar 1953 mit zahlreichen Gemeindevorständen nach Westberlin. Wegen seiner SED-Mitgliedschaft dort nicht als DDR-Flüchtling anerkannt, wanderte er nach Brasilien aus. Er starb am 2. Dezember 1979 in São Paulo.

Bild: LArch Berlin, C Rep. 118-01, Nr. 4816

»in den Schoß der Organisatoren der faschistischen Massenvernichtungslager ... geflüchtet«  
In zynischer Verkehrung der Tatsachen wird von der SED die Wahrnehmung jüdischer Gemeindevorständigen um Julius Meyer als Solidarität mit den Organisatoren des Völkermords an den europäischen Juden bezeichnet.  
Quelle: Neues Deutschland, 21. Januar 1953

**Ausschluß zionistischer Agenten aus der VVN**

Das Generalsekretariat der VVN gibt bekannt:

Zur gleichen Zeit, da der faschistische Terror in Westdeutschland und in Westberlin immer offensichtlicher wird,

zur gleichen Zeit, in welcher der Prediger der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Martin Hlesenburg, an alle friedliebenden Berliner einen eindringlichen Appell gegen die Kriegsheize und gegen die immer brutaleren antisemitischen Umtriebe in Westberlin ergoß,

zu dieser gleichen Zeit haben sich einige zionistische Agenten — darunter die VVN-Mitglieder Meyer, Löwenkopf, Singer und Looser — zu ihren Auftraggebern in den Westberliner Agentenzentralen abgesetzt, nachdem sie erkannten, daß ihre sowohl in der Jüdischen Gemeinde wie in der VVN gespielte Doppelrolle durchschaut wurde.

Der Zentralvorstand der VVN prangert die Flucht Meyers und seiner Komplizen als Eingeständnis und Beweis dafür an, daß sie seit langem als zionistische Agenten mit Westberliner Auftraggebern paktiert und zusammengearbeitet haben. Meyer und seine Kumpane haben sich nach Westberlin abgesetzt und haben bezeichnenderweise in diesem Eldorado der faschistischen Mordbanden, der Henker an Millionen jüdischer Menschen, im Hauptquartier der amerikani-

schen Agentenzentrale Zuflucht gesucht. Sie sind in den Schoß der Organisatoren der faschistischen Massenvernichtungslager von Auschwitz, Maidanek und Treblinka, der Organisatoren des barbarischen Massenmordes und der Zerstörung von Lidice und Oradour geflüchtet, die von der Adenauer-Clique und ihren amerikanischen Auftraggebern für neue Mordanschläge, für Terroraktionen, antisemitische Schandtaten und für neuen Massenmord mobilisiert und aktiviert werden.

Meyer und seine Kumpane haben bei der zionistischen Agentenzentrale des amerikanischen Imperialismus Zuflucht gesucht, weil sie die Entlarvung und Enthüllung ihrer schon seit langem dorthin führenden verräterischen und verbrecherischen Verbindungen fürchten.

Indem der Zentralvorstand der VVN diese zionistischen Verräter und Agenten aus den Reihen der antifaschistischen Widerstandskämpfer verstößt, ruft er alle Kameraden der VVN auf, in enger Gemeinschaft mit allen patriotischen Kräften unseres Volkes den Kampf gegen die Vorbereitung eines neuen Krieges, gegen den faschistischen Terror in Westdeutschland und Westberlin zu verstärken und die Wachsamkeit im Kampfe gegen alle Agenten der Kriegstreiber zu erhöhen!

BW Berlin, den 21. Januar 1953

### Sitzung der Repräsentantenversammlung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Februar 1948

In der Mitte: Julius Meyer.

Bild: Bildarchiv Pisarek/lakg-images



Abt. VI

BSU  
000053

Berlin, den 31.7.1952

Auszug aus der P-Akte und dem bei uns vorhandenen Material

-----

Betr.: M a y e r, Julius, geb. am 17.9.1909 in Krojanke  
 Wohnhaft in Kleinmachnow, Zehlendorferdamm 74  
 Deutsch - Jüdisch  
 gelernter Kaufmann  
 a. St. Präsident der jüdischen Gemeinde  
 und Volkskammerabgeordneter der DDR, sowie  
 Mitglied des Nachtaussschusses der Volks-  
 kammer

Nach seinen eigenen Angaben ist Mayer Mitglied der KFD seit 1945  
 und seit der Verrechnung SED.  
 Von 1940 - 1945 war Mayer in den KE, e Ausschitt, Ravensbrück und  
 Hühbelin-Malew.  
 Nach Abschließung der Volksschule erlernte er bei der Fa. Arndt  
 Schischau, das Zuschneiden von Stoffen und Leder. Bei dieser  
 Fa. arbeitete Mayer nach der Auslehre als Verkäufer und Ver-  
 treter. Anschließend drei Jahre - bis Ende 1934 - war er bei  
 derselben Firma als Geschäftsführer angestellt.  
 Anfang 1935 machte er sich mit seinem Vater selbständig.  
 Ende 1935 verzog Mayer nach Berlin und arbeitete dort bei der  
 Fa. Mendelsohn - Berlin-Malewsee bis 1939.  
 1940 wurde er zur Fa. Plüts, Berlin-Reinertsdorf - zwangsverpflich-  
 tet.  
 Anschließend erfolgte seine Verpflichtung zu der Firma Termak,  
 Strassenbau, bis Ende 1941. Er arbeitete dort als Setzer für  
 Druckklage.  
 Von dieser Fa. wurde Mayer zur Fa. Siemens & Halske, Berlin-  
 Jungfernhöhe, verpflichtet und arbeitete bis 1943 in der  
 Abt. Karmpresse.  
 Im Februar desselben Jahres wurde Mayer in das KE Ausschitt  
 eingeliefert und durchlief in der Folge die bereits eingangs  
 erwähnte Lager.  
 Als Delegierter der jüdischen Gemeinde Israel war er einige  
 Male seit 1945 im Ausland wie GDR, Österreich, Palästina und  
 in Westdeutschland ( Hamburg ).  
 Auf Grund vorhandenen Materials besteht der dringende Verdacht,  
 dass Mayer mit amerikanischen Agentenzentralen in Verbindung  
 steht, ferner geht aus diesem Material hervor, dass er ein

BSU  
000054

Schieber und Karrierist, sowie ein jüdischer Nationalist ist.

So weit, wie mitgeteilt wurde, verlegte Mayer die Dienststelle  
 der jüdischen Gemeinde aus dem Ostsektor Berlins nach Westberlin  
 und zwar nach Zehlendorf, wohin er auch die Kartei jüdischer  
 VVN und OoP - Mitglieder gebracht hat.

**»dass er ein Schieber und Karrierist ist, sowie ein jüdischer Nationalist.« Auszug aus der MfS-Akte über Julius Meyer**

Aufgrund seines Eintretens für die Interessen der Jüdischen Gemeinden in der DDR und seiner Kontakte zu westlichen Gemeinden und Hilfsorganisationen wurde Julius Meyer als jüdischer Nationalist und westlicher Agent politisch verfolgt. Zur selben Zeit begann in der Sowjetunion ein geheimer Strafprozess gegen Angehörige des Jüdischen Antifaschistischen Komitees, der im August 1952 mit zahlreichen Todesurteilen endete. Der Begriff »Jüdischer Nationalist« ist aus der Sowjetunion übernommen. Dort warf man Juden vor, sich über die anderen »Sowjetvölker« zu stellen

Quelle: BStU, HA XX/4, Nr. 2034, Bl. 53-54



### Adalbert Béla Kaba-Klein (1895 – 1962)

Adalbert Kaba-Klein wurde am 5. Januar 1895 in Budafok bei Budapest geboren. 1923 erwarb er in Binz auf Rügen die Hotels Kurhaus und Kaiserhof. 1939 musste er die Kurhäuser zwangsweise verkaufen. Ende 1939 floh er nach Budapest. 1944 war Kaba-Klein im Zwangsarbeitslager Fergyhegy interniert, floh aber kurz vor der Deportation und lebte bis zur Befreiung versteckt in Budapest. Er verlor mehr als 60 Familienangehörige in der Shoa. Im Mai 1947 kehrte er nach Binz in die Sowjetische Besatzungszone zurück, wurde als Verfolgter des Naziregimes anerkannt und trat der SED und der Jüdischen Gemeinde Schwerin bei. Die Rückgabe seines Besitzes verweigerten ihm die ostdeutschen Behörden. Am 10. Februar 1953 wurde er im Rahmen der »Aktion Rose« verhaftet und wegen angeblicher Wirtschaftssabotage zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Oktober 1956 wegen Haftunfähigkeit entlassen, starb er am 16. April 1962 in Westberlin.

*Bild: privat, Kaba-Klein nach Entlassung aus DDR-Haft, Berlin-West 1957*

### Auszug aus dem Urteil des Kreisgerichts Bützow vom 17. April 1953

Kaba-Klein wurde ohne Beweise beschuldigt, mit den Nazis kollaboriert zu haben und sich nach 1945 mit dem Imperialismus verbündet und den Neofaschismus gefördert zu haben. Ihm wurde das Besitzrecht an seinen Hotels abgesprochen. Damit bestätigte das DDR-Gericht die »Arisierung« von 1939 und legitimierte die antijüdische Entschädigungspolitik der DDR, die Kaba-Kleins Besitz zum zweiten Mal enteignete. Im Urteil heißt es: »der Faschismus ist die höchste Form des Imperialismus. Obwohl der Angeklagte am eigenen Leibe die krasseste Form der Ausbeutung verspüren musste, hat er keine Schlussfolgerungen daraus gezogen und sich selbst zu einem Kapitalisten entwickelt, der mit übelsten Methoden arbeitete und jegliche Kritik unbeachtet ließ.«

*Quelle: BArch Berlin, DP 3, Nr. 1547, Bl. 195R*

### Zehn Jahre Zuchthaus für Schieber Kaba-Klein - Eine gerechte Strafe

**Bützow** (Eig. Ber.) Zwei schen Interessen und verschleuderte die Gelder des Staates. Mittels raffinierter Spekulationen und ausgeklügelter Methoden benutzte er Gelder des Treuhandbetriebes, um seinen Privatbesitz zu finanzieren.

So hat Kaba-Klein die Kosten für die Instandsetzung seines Hauses Baltic, für Steuern und vieles andere aus dem Geschäftskonto des Treuhandbetriebes bezahlt und erstattete nur einen ganz geringen Teil der entnommenen Gelder zurück. Außerdem entnahm er dem Treuhandbetrieb noch die verschiedensten Mittel, wie Betten, Gartenstühle, Läufer, Geschirr und wertvolle Silberbestecke.

Nicht uninteressant ist, daß Herr Kaba-Klein eine großangelegte Schweinemästerei betrieb. Für diesen Zweck hatte er Garagenräume des Treuhandbetriebes ohne die Genehmigung dafür ausgebaut und unterhielt 13 Sauen, 15 Läufer, 1 Eber und Ferkel. Seine Hausangestellte und den eigens für seine Schweinezucht beschäftigten Schweinemeister bezahlte er aus den Mitteln des Treuhandbetriebes. Allein der für diese Zwecke dem Staat abgekauerte Betrag beträgt 27 385 DM. Als das Steueramt diese Betrügereien verbot, zahlte Kaba-Klein insgesamt 3500 DM zurück, der Schaden aber betrug noch immer 21 885 DMark.

Um für all seine Betrügereien eine gewisse »Rückendeckung« zu haben, korrumpierte Kaba-Klein seine Angestellten. So stellte sich in der Vernehmung heraus, daß der Angeklagte Bürchl aus der privaten Schweinemästerei des Hauptangeklagten Kaba-Klein in zwei ihm nachgewiesenen Fällen ein Ferkel bzw. Schwein erhalten hat. Der Nutzen aus der Schweinemästerei war für Herrn Kaba-Klein ganz einträglich, allein im Jahre 1952 betrug seine Einkünfte 40 000 DM.

Als das Steueramt Steuernachzahlungen von ihm verlangte, zahlte er aus den Mitteln des Treuhandbetriebes 3695,10 DM und einmal 1400 DM. Diese Lumperei begründete er damit, daß nach seiner Meinung diese Nachzahlung »ungesetzlich« sei. Sein Ziel war also nur eines: Von der Gesellschaft viel nehmen, der Gesellschaft aber nichts geben. Er benahm sich auch als Treuhänder so, als ob er noch wie in den ersten Nachkriegsjahren an der Budapester Börse seine Geschäfte tätigen könnte.

Ganz auf dieser Linie lagen auch Schwarzzeinkäufe in Westberlin, lag der Schwarzkauf von Lebensmitteln und eine ganze Reihe von Verstößen gegen wirtschaftsregelnde Bestimmungen. Man kaufte Holz ohne Bezugsberechtigung, Karotteln direkt vom Erzeuger, ebenso Mehl, Erbsen, Fisch und vieles andere. Die FDGB-Urlauber aber übten ständig Kritik an der ungenügenden Verpflegung im Kurhaus; die Verpflegungsrationen stimmten nicht. Über solche Kritiken aber ging Herr Kaba-Klein stets leichtfertig hinweg.

Für all diese Verbrechen erhielt Kaba-Klein eine Strafe von zehn Jahren Zuchthaus, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die gleiche Zeit, Einzug des Vermögens. Die Untersuchungshaft wird ihm wie dem Angeklagten Bürchl angerechnet. Bürchl war in der Hauptsache für die Schwarzkäufe von Lebensmitteln, die Unterstützung der strafbaren Handlungen des Kaba-Klein als dessen zeitweiliger Geschäftsführer verantwortlich. Er erhielt ein Jahr Zuchthaus, bei obligatorischem Vermögenszug und Anrechnung der Untersuchungshaft.

Staatsanwalt Streit betonte in seinem Plädoyer sehr richtig, daß wir beim Aufbau des Sozialismus und in unserem Kampf für Frieden und Einheit auf das stärkste gegen solche Machenschaften vorgehen müssen. Die Straftaten der Angeklagten Kaba-Klein und Bürchl richteten sich in erster Linie gegen jene Menschen, die die größten Leistungen beim Aufbau des Sozialismus vollbringen, gegen unsere Werktätigen, gegen FDGB-Urlauber. Sie muß deshalb die ganze Härte unserer demokratischen Gesetze treffen.

## Debatte um Restitution und »Wiedergutmachung«

### »Hätte Hitler nicht die jüdischen Kapitalisten enteignet, hätten wir es getan«

Am Ende des 2. Weltkrieges befanden sich viele der jüdischen Überlebenden in einer verzweifelten Situation. Ihre Familien waren umgebracht, ihr Eigentum geraubt, viele waren für ihr Leben geschädigt und traumatisiert. Die Frage, wie ihnen rasch zu helfen sei, spielte in der öffentlichen Diskussion aber kaum eine Rolle. Für die Gesetzgebung, die sich mit der Eigentumsrückgabe und der Entschädigung für Verfolgung befasst, wird bis heute der problematische Begriff »Wiedergutmachung« verwendet.

In der SBZ gab es zwei nennenswerte Versuche, die Rückgabe rechtlich zu regeln. Das Länderparlament Thüringens hatte im September 1945 ein umfassendes Wiedergutmachungsgesetz verabschiedet. Es war das erste Gesetz dieser Art auf deutschem Boden überhaupt. Es bestimmte, dass Grundstücke, Rechte an Grundstücken, gewerbliche und freiberufliche Unternehmen sowie Anteile an Handelsgesellschaften ihren ursprünglichen Eigentümern zurückgegeben werden sollen, wenn sie zwischen dem 30. Januar 1933 und dem Kriegsende »auf verwerfliche Weise weggenommen« worden waren und aus jüdischer Hand, dem Vermögen einer demokratischen oder religiösen Vereinigung oder aus dem Besitz eines politisch Verfolgten stammten.

Das Prinzip der Rückgabe geraubten Eigentums jeglicher Art an Verfolgte des Naziregimes setzte sich jedoch in der Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR nicht durch. Das thüringische Gesetz wurde seit 1947 nicht mehr umgesetzt. In den Folgejahren wurde das zurückgegebene Eigentum ein

zweites Mal enteignet – diesmal von der DDR.

Paul Merker erarbeitete maßgeblich den Entwurf für ein »Gesetz über die Betreuung der Verfolgten des Naziregimes und die Vorbereitung für die Wiedergutmachung«. Er wurde vom SED-Zentralsekretariat im Januar 1948 verabschiedet und den Länderparlamenten zugeleitet. Aus der Sicht vieler Opfer war dieser Entwurf jedoch recht enttäuschend. Bei Rückerstattungs-Beschlüssen war kein rechtlicher Einspruch möglich. Grundstücke, Gebäude etc., die in der SBZ bereits verstaatlicht worden waren, sollten nicht zurückgegeben werden. Anträge konnten nur Menschen und ihre Angehörigen stellen, die ihren Wohnsitz in Deutschland hatten – wer also aus Europa geflohen war oder nun nach Israel ausgewandert, hatte keinerlei Ansprüche. Das Gesetz wurde nicht beschlossen. Die Gesetzesgegner innerhalb der SED, die sich schließlich durchsetzten, wehrten sich nicht nur gegen diese begrenzte Rückerstattung von Betrieben und Firmen, sondern lehnten die Rückgabe jeglichen Eigentums ab. Ihre »Argumente« waren antisemitisch. Sie behaupteten, die »jüdischen Emigranten« gehörten nicht zur Arbeiterklasse, jegliche Rückgabe von jüdischem Eigentum stärke nur »die jüdischen Kapitalisten« und sei deshalb mit dem Sozialismus unvereinbar. Walter Ulbricht soll sogar gesagt haben: »Nun, wir waren immer gegen die jüdischen Kapitalisten genauso wie gegen die nichtjüdischen. Und wenn Hitler sie nicht enteignet hätte, so hätten wir es nach der Machtergreifung getan.«

*Linke Seite: Adalbert Kaba-Klein wurde der Öffentlichkeit als prinzipienloser Kapitalist vorgestellt. Er habe nach 1945 das Kurhaus als Treuhänder für Spekulation und Betrug missbraucht. Seine Flucht vor der antisemitischen Verfolgung 1939 nach Ungarn wird verharmlosend als »Verlassen« Deutschlands bezeichnet. Im Artikel heißt es bagatellisierend, Kaba-Klein »verließ während der Hitlerzeit Deutschland, kam 1947 wieder ...«. Das Urteil: »Sein Ziel war also nur eines: Von der Gesellschaft viel nehmen, der Gesellschaft aber nichts geben. Er benahm sich auch als Treuhänder so, als ob er noch wie in den ersten Nachkriegsjahren an der Budapester Börse seine Geschäfte tätigen könnte.«*

*Quelle: Ostsee-Zeitung vom April 1953*



**Leo Zuckermann und der sowjetische Botschafter Georgi M. Puschkin vor einer Ehrenkompanie der Volkspolizei am 4. November 1949**

Wie viele aus der Emigration Zurückgekehrte hatte auch Leo Zuckermann bis zu Beginn der 1950er Jahre leitende Funktionen in der Partei- und Staatsführung inne. Seit Dezember 1949 war er Staatssekretär und Leiter der Präsidialkanzlei des DDR-Staatspräsidenten Wilhelm Pieck. Als Jude und Kommunist von den Nationalsozialisten verfolgt, war Zuckermann auf den verschiedenen Stationen seiner Flucht und Emigration im Widerstand gegen die Nationalsozialisten tätig. Im Kontext der antijüdischen Angriffe zieht sich Zuckermann 1950 aus seinen staatlichen Funktionen zurück. 1952 wurde er beschuldigt, Paul Merker im mexikanischen Exil hinsichtlich der Entschädigung der verfolgten Juden unterstützt zu haben. Bevor er verhaftet werden konnte, floh er nach Westberlin. Er emigrierte ein zweites Mal nach Mexiko und arbeitete dort als Anwalt.

*Bild: Bundesarchiv Bildnummer 183-589526*



**Hermann Brill**

*Bild: Thüringer Hauptstaatsarchiv Weimar*



**Rudolf Paul**

*Bild: Thüringer Hauptstaatsarchiv Weimar*

Die Entwicklung in der Wiedergutmachungsgesetzgebung verlief in Thüringen zunächst anders als in den anderen Ländern der späteren DDR. Die Amerikaner setzten den ehemaligen Buchenwald-Häftling Hermann Brill (SPD) als Ministerpräsidenten ein. Er erarbeitete die Grundlagen für ein Wiedergutmachungsgesetz. Nach dem Abzug der amerikanischen Truppen wurde Hermann Brill vom Oberkommandierenden der Sowjetischen Militäradministration abgesetzt. An seine Stelle trat Dr. Rudolf Paul, der vor 1933 der DDP angehörte. Er vollendete das von Brill entworfene Wiedergutmachungsgesetz. Es wurde am 14. September 1945 vom Landesparlament Thüringens verabschiedet und in Kraft gesetzt. Da jedoch das Gesetz und Dr. Rudolf Paul aus den Reihen der SED immer heftiger angefeindet wurden, floh Paul am 1. September 1947 in die westlichen Besatzungszonen. Das Thüringer Wiedergutmachungsgesetz wurde noch im selben Jahr außer Vollzug gesetzt, 1952 wurde es ganz aufgehoben. Hermann Brill ging in die westlichen Besatzungszonen, wo er später an der Ausarbeitung des Grundgesetzes und dem Bundesentschädigungsgesetz für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte beteiligt war.

137

Lieber Paul !

*am*  
In Zusammenhang mit dem Wiedergutmachungsgesetz ist seit kurzem eine politische Kampagne angelaufen, die sich gegen die politische Konzeption der Wiedergutmachung als solche richtet. Soweit ich den Ursprung bisher überblicke, liegt der Herd dieser Kampagne bei den Genossen der Abteilung Justiz hier im Hause und hat bereits auf die Genossen der Zentralverwaltung für Justiz übergegriffen. Auch mit dem Genossen Max Fechner soll bereits von diesen Stellen aus Rücksprache genommen worden sein.

In persönlichen Diskussionen, die ich mit einigen dieser Genossen hatte, werden folgende Argumente in der Hauptsache vorgetragen, die ich Dir unten zusammengestellt anführe. Ich glaube, dass der Zeitpunkt gekommen ist, ~~zu~~ all diesen Sachen eine gründliche politische Antwort entgegenzusetzen, da sonst ein Übergreifen dieser Diskussion insbesondere auf die Öffentlichkeit innerhalb der VVN droht.

Einige der benutzten Argumente:

- 1.) Die Ausgewanderten haben überhaupt keine Ansprüche mehr. Warum sollen wir ihnen noch was nachwerfen?
- 2.) Wenn wir einen Schadensersatz anerkennen, dann stärken wir nur die jüdischen Kapitalisten.
- 3.) Die Umsiedler bekommen ja auch nichts, warum sollen die Juden was bekommen. Das ist nicht gerecht. Auch sie müssen die allgemeine Verarmung durch den Krieg mittragen.
- 4.) Die jüdischen Emigranten gehören nicht zur Arbeiterklasse. Wir gehen in der Ostzone den Weg zum Sozialismus, infolgedessen haben wir kein Interesse daran, zusätzlich neue Bürden auf die Arbeiterklasse abzuwälzen.
- 5.) Wenn wir einen Kollektivanspruch eines jüdischen Staates anerkennen, dann erkennen wir auch die Ansprüche der Monopol- und Trustherren an.
- 6.) Die Sowjetunion lehnt heute die Verantwortung des deutschen Volkes für den Hitlerkrieg ab und handelt nach anderen Grundsätzen.

Mit bestem Gruss !

*Leo Zuckermann*

#### Brief von Leo Zuckermann an Paul Merker

Nachdem Paul Merker das »Gesetz über die Betreuung der Verfolgten des Naziregimes und die Vorbereitung für die Wiedergutmachung« entworfen hatte, formierte sich in der SED heftiger Widerstand. Antisemitische »Argumente« wurden laut. Leo Zuckermann, der das Wiedergutmachungsgesetz befürwortete, benennt diese in einem Brief, den er am 30. April 1948 an seinen Freund Paul Merker schrieb.

Quelle: SAPMO-BArch, DY 30/IV/2/2.027/27/31, Bl. 137

## Debatte um Restitution und »Wiedergutmachung«

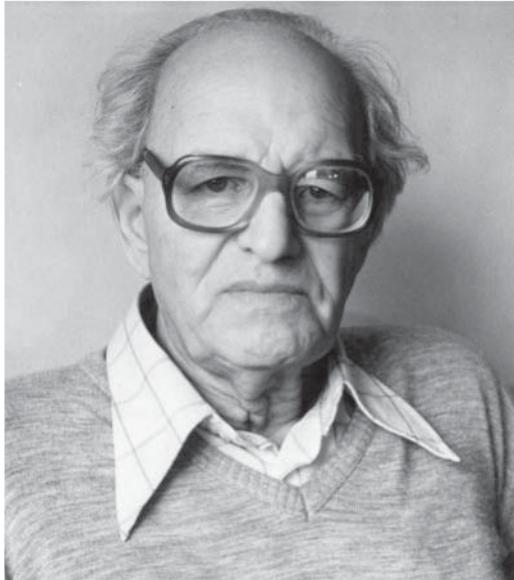
### »Kämpfer und Opfer«

Das Verhältnis zu den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus war in der sowjetischen Besatzungszone und in der späteren DDR zwiespältig. Die ehemaligen politischen Häftlinge hatten sich unmittelbar nach Kriegsende zu Verbänden »Opfer des Faschismus« zusammengeschlossen und waren in der SBZ für die Anerkennung von Fürsorgeberechtigten und die Verteilung der Leistungen zuständig. Am 23. Juni 1945 tagte der Hauptausschuss »Opfer des Faschismus« in Berlin unter seinem Vorsitzenden Ottomar Geschke (KPD). Die »Deutsche Volkszeitung«, das Publikationsorgan der KPD, stellte in einem Bericht vom 1. Juli die von Geschke auf der Sitzung vorgetragenen Überlegungen dar: »Opfer des Faschismus« könnten nur diejenigen sein, »die unter Hitler heldenmütig für die Freiheit des deutschen Volkes« gekämpft hätten. Natürlich seien auch alle anderen Opfer, auch »die Juden, die als Opfer des faschistischen Rassenwahns verfolgt und ermordet wurden.« »Aber so weit können wir den Begriff ›Opfer des Faschismus‹ nicht ziehen. Sie haben alle geduldet und Schweres erlitten, aber sie haben nicht gekämpft.«

Diese Position musste jedoch alsbald korrigiert werden. Am 26. September 1945 erschien die »Deutsche Volkszeitung« mit der Überschrift »Juden sind auch Opfer des Faschismus«. Angesichts der inzwischen weltweit veröffentlichten Berichte und Fotos aus den Vernichtungslagern wäre es eine Ungeheuerlichkeit gewesen, gerade den Juden den Opferstatus zu verweigern. Aber als die Ausweise des Hauptausschusses »Opfer des Faschismus« ausgegeben wurden, unterschied man zwischen »Kämpfern gegen den Faschismus« und »Opfern des Faschismus«, wobei die »Kämpfer« mehr Rechte besaßen und ihr Status höher angesehen war.

Die »Anordnung zur Sicherung der rechtlichen Stellung der anerkannten Verfolgten des Nazire-

gimes« von 1949 regelte den Umfang der Leistungen, auf die Verfolgte des Naziregimes (VdN) Anspruch hatten. Um solche Leistungen beanspruchen zu können, musste man als Verfolgter anerkannt sein. Die Voraussetzungen dafür wurden 1950 festgelegt. Auch hier wurde zwischen »Kämpfern« und »Opfern« unterschieden. Materielle Folgen hatte diese Unterscheidung zunächst noch nicht. Die Leistungen waren bei den »Kämpfern« an eine »einwandfreie antifaschistisch-demokratische Grundhaltung«, d. h. an die Unterordnung unter das SED-Regime gebunden. Für Roma und Sinti war der VdN-Status zusätzlich an die Registrierung beim Arbeitsamt geknüpft. Ihre Stigmatisierung im Nationalsozialismus als »arbeitsscheu« oder »asozial« setzte sich hier fort. Zeugen Jehovas wurde, nach dem Verbot der Religionsgemeinschaft 1950, ihr VdN-Status in der Regel vollständig aberkannt. Bereits am Ende der 50er Jahre setzten sich in der DDR diejenigen durch, denen die gleichrangige materielle Behandlung von »Kämpfern« und »Opfern« schon immer ein Dorn im Auge gewesen war. »Kämpfer« konnten nun eine Medaille erhalten, wenn sie während des Nationalsozialismus aktiv am antifaschistischen Kampf teilgenommen hatten, ihre antifaschistische Gesinnung beibehalten und für die Stärkung der DDR eingetreten waren. Wer »nur« ein »Opfer« war, erhielt jedoch keine Medaille. Seit 1965 erhielten die Träger der Medaille »Kämpfer gegen den Faschismus« eine »Ehrenpension«, die zusätzlich zur Rente gezahlt wurde. Diese Ehrenpension war erheblich höher als die VdN-Renten derjenigen, die nur als »Opfer« des Nationalsozialismus eingestuft waren. 1976 und 1985 erhöhte der Ministerrat der DDR die »Ehrenpensionen«. Die VdN-Renten der »Opfer« wurden zwar ebenfalls erhöht. Die Differenz zwischen ihnen wuchs jedoch beständig. Seit 1985 betrug sie 400 Mark.



**»Ich selbst war ein Beispiel für diesen Unsinn.«**

Helmut Eschwege (1913 – 1992) war einer der wenigen Menschen, die in der DDR über den Holocaust forschten und publizierten. Weil er sich gegen die antisemitische Politik der DDR im Zuge des Slánský-Prozesses ausgesprochen hatte, wurde er aus der SED ausgeschlossen und vom »Kämpfer« zum »Opfer« des Nationalsozialismus herabgestuft. Er schreibt darüber in seiner Autobiografie: »Ich selbst war ein Beispiel für diesen Unsinn. Nach dem Paragraphen der Anerkennung als Widerstandskämpfer in der DDR-Gesetzgebung wurde ich bis zum Slánský-Prozess als solcher geführt, weil ich organisierten Widerstand im Rahmen einer antifaschistischen Organisation geleistet hatte. Aber wegen meiner rassistischen Verwandtschaft mit Slánský wurde ich aus der Partei ausgeschlossen und zum rassistisch Verfolgten, also zum Märtyrer degradiert.«

*Bild: Holger Bäßler, Dresden*



**»Es kommt nicht darauf an, was Du damals gemacht hast ...«**

Wie willkürlich die Anerkennung als »Widerstandskämpfer« oder »Opfer« im Rahmen der DDR-Gesetzgebung war, sieht man am Fall Eugen Gollomb. Obwohl Gollomb aus dem Vernichtungslager Auschwitz floh, aktiv am kommunistischen Partisanenkampf teilnahm und gegen die deutsche Besatzung in Polen kämpfte, erhielt er lediglich den VdN-Status »Opfer« zuerkannt. Gegen diese Klassifizierung protestierte er immer wieder, nicht weil er mit den materiellen Leistungen unzufrieden war, sondern weil er darin antisemitische Ressentiments und eine Nicht-Würdigung seines Kampfes gegen die Deutschen erkannte. Auf eine diesbezügliche Anfrage, erhielt er in den 1970er Jahren die Antwort: »Es kommt nicht darauf an, was Du damals gemacht hast, sondern was Du heute machst.« Als Vorsitzender der jüdischen Gemeinde protestierte Eugen Gollomb immer wieder gegen die antizionistische Politik der DDR und die Versuche, die jüdischen Gemeinden dafür zu instrumentalisieren. Er verteidigte offen – in Leserbriefen an Zeitungen, in Vorträgen und privaten Diskussionen – den Staat Israel. Besonders vehement zog er gegen die Gleichsetzung Israels mit dem faschistischen Deutschland zu Felde. Eugen Golomb starb 1988.

*Bild: Aus der Sammlung von Siegfried Hollitzer*

### Denkmal Widerstandsgruppe Baum

Die Widerstandsgruppe um den 1912 geborenen Elektriker Herbert Baum bestand aus mehreren Freundeskreisen junger Menschen, von denen einige dem Kommunismus nahe standen und die durch ihre gemeinsamen Verfolgungserfahrungen als Juden geprägt waren. Die DDR widmete der Gruppe ein Denkmal in der Nähe des Berliner Doms. Die Denkmalsinschrift erwähnte jedoch nicht, dass es sich um eine jüdisch-kommunistische Widerstandsgruppe handelte. Durch zusätzlich aufgesetzte Glasplatten hat die Stadt Berlin dies nach dem Ende der DDR ergänzt.



### Medaille »Kämpfer gegen den Faschismus«

Seit Ende der 50er Jahre konnten Personen mit dem Status »Kämpfer gegen den Faschismus« eine Medaille erhalten. Wer »nur« als »Opfer« galt, erhielt jedoch keine Medaille. Seit 1965 erhielten die Träger der Medaille eine »Ehrenpension«, die zusätzlich zur Rente gezahlt wurde. Diese Ehrenpension war erheblich höher als die VdN-Renten derjenigen, die als »Opfer« des Nationalsozialismus eingestuft waren.

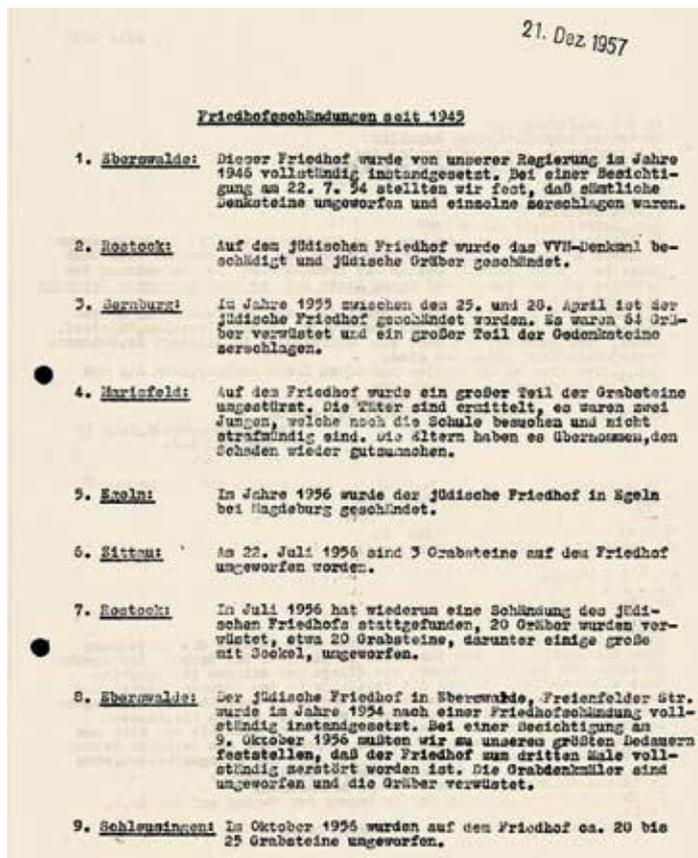


### Ausweis »Opfer des Faschismus« von Robert Havemann

Robert Havemann war im Nationalsozialismus zum Tode verurteilt worden, weil er der Widerstandsgruppe »Europäische Union« angehört und Menschen zur Flucht aus Deutschland verholfen hatte. Havemann überlebte. Er wurde Professor an der Humboldt-Universität und Abgeordneter der Volkskammer. Doch seit dem Bekanntwerden der Verbrechen Stalins nach dem XX. Parteitag der KPdSU wurde Havemann immer kritischer gegenüber der SED. Seine Bücher und Zeitungsartikel wurden als Vorwand genommen, ihn aus der SED auszuschließen und ihm ein totales Berufsverbot sowie zeitweise Hausarrest zu erteilen. Trotz dieser Ausgrenzung wurde Havemann jedoch die Ehrenpension, die er als »Kämpfer gegen den Faschismus« bezog, nicht entzogen. Das Ministerium für Staatsicherheit versuchte mit allen Mitteln nachzuweisen, dass Havemann zwischen 1933 und 1945 mit Nazis zusammengearbeitet hätte. Der Nachweis misslang.

Bild: Robert Havemann Archiv Berlin

## Chronik antisemitischer Vorfälle in der DDR. Eine Auswahl



Auszug aus einer Chronik von Friedhofsschändungen, vermutlich erstellt vom Verband der Jüdischen Gemeinden in der DDR.

Quelle: *Jüdische Landesgemeinde Mecklenburg, Schwerin, Altregistratur Bd. 102*

### 1946

Salzwedel (Bezirk Magdeburg): Bei einer Friedhofsschändung werden »etwa 1 Dz. kleinere Grabsteine umgeworfen, teils zerbrochen oder teilweise von ihren Plätzen verschoben«.

Quelle: *Stadtarchiv Salzwedel, zitiert nach Schmidt, Monika (2007): Schändungen jüdischer Friedhöfe in der DDR, Seite 18*

### 1947

Oranienburg (Bezirk Potsdam): Etwa 40 Grabsteine werden »gewaltsam aus ihren Fundamenten gehoben und mit harten Gegenständen zertrümmert«. Die Einrichtungsgegenstände in der Leichenhalle werden gestohlen, die Dachrinnen abgerissen, die Türfüllungen herausgeschlagen, das Gelände verunreinigt.

Quelle: *Der Weg, 7. 11. 1947*

Zittau (Bezirk Dresden): Alle Grabsteine auf dem von der Straße abgelegenen Teil des jüdischen Friedhofs werden umgeworfen und zerschlagen. »Diese Zerstörungen von Grabsteinen sind größer als die in der Zeit des Dritten Reiches angerichteten Schäden.«

Quelle: *Der Weg, 7. 11. 1947*

### 1949

Berlin-Weißensee: Auf dem großen jüdischen Friedhof werden Metallplatten aus den Gedenktafeln gebrochen.

Quelle: *Neiss, Marion (2001): Friedhofsschändungen in Deutschland. Ein Überblick, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 10, Seite 59*

### 1950

Perleberg (Bezirk Schwerin): Auf dem jüdischen Friedhof werden Grabsteine umgeworfen, die Friedhofsmauer wird beschädigt.

Quelle: *Schmidt, Monika: Schändungen, Seite 19*

### 1959

Karl-Marx-Stadt: An der Tschaikowski-Oberschule spielen Schüler im Dezember ein Spiel, dass sie »SS und Juden« nennen.

Quelle: Kurzinformation über Feindtätigkeit, FDJ Abtg. Organisation Instruktoren, Vertrauliche II/13 Verschlusssache, Berlin, den 18.02.1960, Bundesarchiv Sig. DY/24 3725

### 1960

In Ostberlin, Kahme (Kreis Brandenburg-Land) und Treuenbrietzen (Kreis Jüterbog) werden zu Jahresbeginn Hakenkreuze und antisemitische Schmierereien entdeckt.

Quelle: Die Welt, 5. 2. 1960

Kreis Sonneberg (Bezirk Suhl): Im Januar wird im Glaswerk Haselbach das Staatswappen der DDR (im Bericht heißt es fälschlich: »Hammer und Sichel«) mit Hakenkreuzen beschmiert, darunter steht »Juden raus!«. In Truchental werden Tafeln in der Schule mit Hakenkreuzen beschmiert.

Quelle: Kurzinformation 3/60 über Feindarbeit, FDJ, Abt. Org. Instr., Vertrauliche II/13 Verschlusssache, Berlin, 21. 1. 1960, Bundesarchiv Sig. DY/24 3725

Kraftwerk Lübbenau (Bezirk Cottbus): Ein junger Arbeiter jüdischer Abstammung wird als »Judenlummel« beschimpft.

Quelle: Vertrauliche II/13 Verschlusssache der FDJ Abtg. Org.Instr., Kurzinformation über Feindtätigkeit, Berlin, den 18. 2. 1960, Bundesarchiv Sig. DY/24 3725

Karl Marx Stadt: In der Gewerblichen Berufsschule III ritzen Jugendliche die Worte »Juden raus« in eine Mauer, nachdem sie erfahren haben, dass bei der dort tätigen Maureerkolonie ein Arbeiter jüdischer Abstammung arbeitet.

Quelle: Kurzinformation über Feindtätigkeit, Vertrauliche II/13 Verschlusssache, FDJ, Abt. Org. Instr., Berlin, 18. 2. 1960, Bundesarchiv Sig. DY/24 3725

Eberswalde (Bezirk Frankfurt/O.): Schmierereien in den Toilettenräumen des Clubhauses der Jugend (»Juden raus«, »Heil Hitler«).

Quelle: Kurzinformation über Feindarbeit, FDJ Abtg. Org.Instr., Vertrauliche II/13 Verschlusssache, Berlin, den 18. 3. 1960, Bundesarchiv Sig. DY/24 3725

### 1961

Rostock: Im Fischkombinat wird eine Toilette mit »Juden raus« und Hakenkreuzen beschmiert. Der Täter behauptet, »die Juden sind selbst schuld an ihrem Schicksal«.

Quelle: Vertrauliche II/13 Verschlusssache der FDJ

Abtg. Org.Instr., Informationen über Feindtätigkeit und besondere Vorkommnisse aus Informationen der Bezirksleitungen vom 16. 11. 1961, Berlin, den 17. 11. 1961, Bundesarchiv Sig. DY/24 3726

### 1965

Republikweit: Für die zweite Jahreshälfte stellt die FDJ in ihren »Informationsblättern über besondere Vorkommnisse« fest, dass es zu Gruppenbildungen von Jugendlichen kam, genannt werden u.a. das »Großdeutsche Reich«, »Die Befreier«. Benannt werden »Schmierereien faschistischer Losungen«, wie Hakenkreuze, »Juda verrecke« und »Deutschland wird siegen«.

Quelle: SAPMO-Barch. DY/24/8405

### 1966

Ballenstedt (Kreis Quedlinburg, Bezirk Magdeburg): Eine Gruppe von 20 Jugendlichen wird wegen faschistischer Hetze und Landfriedensbruch angeklagt. Die Mitglieder der Gruppe hatten u.a. mit dem Hitlergruß begrüßt und antisemitische Parolen geäußert (»Juden raus«, »Jude verrecke«).

Quelle: FDJ Abtg. Org.Kader, Betr.: Ballenstedt, Berlin, den 25. 7. 1966, Bundesarchiv Sig. DY/24 4119

Wingwitz (Bezirk Dresden): Schüler der Polytechnischen Oberschule stellen Fragen wie »Wer ist der größte Führer aller Zeiten?«. Antwort: »Adolf Hitler«. Sie zwingen andere Mitschüler, das Lied »Schmiert die Guillotine ein mit Judenfett« zu singen.

Quelle: Informationen über Provokationen und besondere Vorkommnisse in der Bezirksorganisation Dresden, 25. 11. 1966, Bundesarchiv Sig. DY/24 4126

Bannewitz (Bezirk Dresden): Der Schauspieler Gerry Wolf wird von zwei Schülern der Polytechnischen Oberschule als »Judengerry« und »Judenschwein« bezeichnet.

Quelle: Informationen über Provokationen und besondere Vorkommnisse in der Bezirksorganisation Dresden, 25. 11. 1966, Bundesarchiv Sig. DY/24 4126

### 1971

Berlin: Zwei Mal zerstören Jugendliche auf dem Ostberliner Friedhof in Weißensee Gräber; in der Synagoge in der Rykestraße werden bei einem Einbruch Gesangsbücher zerrissen und Sachschaden verursacht.

Quelle: Der Tagesspiegel, 24. 12. 1971

### 1975

Görlitz (Bezirk Dresden): Während einer Vorführung des Films »Blockade« kommt es zu Sympathiebekundungen für bekannte nationalsozialistische Führer durch einige

FDJler. Seitens der anwesenden FDJ-Funktionäre und Pädagogen wird nichts dagegen unternommen.

*Quelle: Informationen über besondere Vorkommnisse unter der Jugend vom 1. 10. 1975 bis zum 30. 11. 1975, FDJ Abtg. Verbandsorgane, Vertraulich, Berlin, den 8. 12. 1975, Bundesarchiv Sig. DY24/9636*

Dresden: Ein Schüler der Betriebsschule der Bezirksdirektion der deutschen Post Dresden schreibt einem Mitschüler das Wort »Jude« mit Kreide auf den Rücken.

*Quelle: Informationen über besondere Vorkommnisse unter der Jugend im Zeitraum vom 05.05.1976 bis 30.06.1976, Vertraulich, FDJ Abtg. Verbandsorgane, Berlin, den 13.07.1976, Bundesarchiv Sig. DY/24 9246*

### 1976

Dresden: Lehrlinge der Betriebsberufsschule des VE Baukombinates benutzen beim Betreten bzw. Verlassen des Klassenraums »Begrüßungsformeln« wie »Jude«, »Judenschwein«, »Rotes Schwein« und »Russe raus«.

*Quelle: Informationen über besondere Vorkommnisse unter der Jugend im Zeitraum vom 1. 12. 1975 bis 28. 1. 1976, FDJ Abt. Verbandsorgane, Vertraulich, Berlin, 11. 2. 1976, Bundesarchiv Sig. DY/24 9636*

### 1977

Potsdam und Umgebung: FDJler schmieren faschistische Symbole, äußern sich antisemitisch und verwenden den faschistischen Gruß. Die FDJ-Bezirksleitung registriert im Oktober insgesamt 40 Fälle.

*Quelle: Informationen der FDJ BL Potsdam, Bundesarchiv Sig. DY/24 9308*

Marksuhl (Bezirk Erfurt): Am Jahresende erhält der Vorsitzende des Freundschaftsrates der Polytechnischen Oberschule einen Drohbrief von drei Schülern einer 8. Klasse: »1945 haben Dich die alten Konti bei der Judenvergasung vergessen. Hast Glück gehabt, doch wir werden es nicht übersehen. Du bist doch die führende Kraft in der Pestalozzi-Unterschule.«

*Quelle: Monatliche Persönliche Information der FDJ BL Erfurt an den Zentralrat der FDJ, Genosse Egon Krenz, Erfurt, den 9. 1. 1978, Bundesarchiv Sig. DY/24 962*

### 1981

Hartha (Bezirk Dresden): In der Polytechnischen Oberschule äußert ein Schüler einer 9. Klasse: »Die restlichen Juden muß man auch umbringen«.

*Quelle: Meldungen über ein besonderes Vorkommnis, FDJ BL Dresden, 24. 6. 1981, Bundesarchiv Sig. DY/24 10823*

Großenhain (Bezirk Dresden): In der Goethe-Oberschule beschmiert ein Schüler einer 9. Klasse im Oktober ein Bild in seinem Englischbuch so, dass der Abgebildete Hitler ähnlich sieht. Dazu schreibt er: »Natürlich, mein Judenschwein, morgen gibt es Gas und Stromstuhl. Wenn du willst, kannst Du auch durch Säurebecken schwimmen.«.

*Quelle: Meldung über ein besonderes Vorkommnis an der Goethe-Oberschule Großenhain, FDJ KL, Großenhain, 9. 10. 1981, Bundesarchiv Sig. DY/24 10823*

### 1983

Berlin: Im Mai anonyme Drohanrufe in der Synagoge Rykestraße; am 31. Mai folgt ein anonymes Schreiben, in dem mit einer Sprengung der Synagoge gedroht wird. Der Brief ist überschrieben mit »An die Judenschweine«: »Wir werden euch ausrotten. So oder so kommt ihr alle dran bis es keinen Juden mehr in Deutschland gibt. ... Wir werden Deutschland von den Kanacken, Niggern, Juden und Ausländern befreien ...«

*Quelle: Der Generalstaatsanwalt der DDR, Der Stellvertreter an das ZK der SED, Leiter der AG Kirchenfragen, Genossen Bellmann, Berlin, den 1. 6. 1983, Anlage, Bundesarchiv Sig. DY30/IV B2/14/56*

### 1987

Berlin: Vor dem Stadtbezirksgericht wird gegen vier Männer verhandelt, der jüngste siebzehn, der älteste dreiundzwanzig Jahre alt. Sie waren mit anderen Rechtsradikalen in die Zionskirche eingedrungen, um die »roten Punks aufzumischen, aufzuklatschen, aufzurauchen«. »Sieg Heil« und »Juden raus aus deutschen Kirchen« brüllend, haben sie feige und brutal junge Frauen und Männer zusammengeschlagen.

*Quelle: Konrad Weiß: Die neue alte Gefahr. Junge Faschisten in der DDR. Veröffentlicht in der Untergrund-Zeitschrift KONTEXT im März 1989*

### 1988

Republikweit: Im Jahr 1988 werden in Ober- und Berufsschulen sowie in Lehrwerkstätten an Tafeln, Wandzeitungen, am Mobiliar, in Büchern und an Arbeitskleidern von Lehrlingen profaschistische sowie antisemitische Symbole und Parolen gefunden. Festgestellt werden neben schriftlich und mündlich verbreiteten Losungen (»Die Mauer muß weg« und »Auschwitz muß her«) Fälle, in denen das »Deutschlandlied« gesungen oder abgespielt wird und der »Deutsche Gruß« verwendet wird.

*Quelle: Vorlage zur 122. Sitzung des Sekretariats von der FDJ Abtg. Staat und Recht (Information über die Entwicklung der Jugendkriminalität), Berlin, den 10. 6. 1988, Bundesarchiv Sig. DY/24 11462*



Foto aus einer Dokumentation des Ministeriums für Staatssicherheit, aufgenommen in der Nähe des Bahnhofs Berlin-Lichtenberg am 12. Mai 1984.

Im Stadtgebiet von Halle, im D-Zug Halle-Berlin, sowie auf den Bahnhöfen Jüterbog und Berlin-Lichtenberg kommt es am 12. Mai 1984 zu Ausschreitungen. Dabei werden Parolen gerufen wie »Juden raus«, »Kanacken raus« und »Deutschland den Deutschen«. Links im Bild zeigt ein Jugendlicher den Hitlergruß.

Quelle: BStU, BV Berlin Abt. XX 3070

Berlin: Prozess gegen fünf Jugendliche wegen Friedhofschändung. Ihnen wird vorgeworfen, zum Teil mehrfach in den jüdischen Friedhof Prenzlauer Berg eingedrungen zu sein und über 200 Begräbnisplätze geschändet zu haben.

Quelle: Neues Deutschland, 28. 6. 1988

### 1989

In vielen Städten der DDR feierten Neonazis am 20. April 1989 den 100. Geburtstag von Adolf Hitler. Alle Bezirke der Republik waren betroffen. Das Zeigen des Hitlergrusses an öffentlichen Plätzen und antisemitische Hetze gehörten dazu, ebenso das Hissen von Hakenkreuzfahnen und Anstimmen von Nazigesängen, so in Berlin-Lichtenberg im Kulturhaus des VEB Elektrokohle. Eine Vielzahl von Nazifeiern fanden in Kleingartenanlagen statt. Geplant war auch ein zentrales Treffen von Neonazis. Die Untersuchungsabteilung des MfS HA IX in Berlin erarbeitete exemplarisch Strafvorschläge für die Personen, die in diesem Zusammenhang vor, während und nach dem 20. April festgenommen wurden.

Quelle: BStU Zentralarchiv MfS-HA IX Nr. 10712

Stralsund: In der Nacht vom 16. auf den 17. August stellt die Transportpolizei Schmierereien (»Judendreck«) auf der Bahnhofstoilette fest.

Quelle: BStU, Außenstelle Rostock, KD Stralsund, Nr. 330

Berlin: Im Oktober wird der Friedhof der jüdischen Gemeinde Adass Jisroel in Weißensee zweimal geschändet. Die Mauer wird beschmiert, der Friedhof entweiht und verunreinigt: Die Täter werfen ein faules, mit Maden durchsetztes Stück Schweinefleisch über die Frontmauer.

Quelle: Der Tagesspiegel, 2. 11. 1989

## Umgang mit jüdischen Friedhöfen

### Jüdische Friedhöfe in der DDR – Orte der ewigen Ruhe?

Der Friedhof – bet 'olam, »Haus der Ewigkeit« – hat eine zentrale Bedeutung in der jüdischen Religion: Die ungestörte Totenruhe soll für ewige Zeiten bewahrt und geschützt werden. Ein Abräumen der Grabsteine oder die Neubelegung der Gräber ist nach jüdischem Ritus nicht gestattet. Diese Unverletzbarkeit des Grabes gründet sich auf dem jüdischen Auferstehungs- und Messiasglauben.

In der Diaspora bemühten sich die jüdischen Gemeinden deshalb stets, das Land für ihren Friedhof nicht zu pachten, sondern zu kaufen. Häufig erhielten sie aber weit entfernte, unzugängliche, sonst kaum nutzbare Orte wie steile Hänge oder Sumpfbereiche; erst ab Mitte des 19. Jahrhunderts konnten sie auch besser gelegene Grundstücke erwerben. Nach den nationalsozialistischen Verfolgungen und Ermordungen waren viele jüdische Gemeinden nicht mehr existent. Viele jüdische Friedhöfe waren verwaist; zudem waren sie häufig in der NS-Zeit geschändet und zerstört worden.

Die wenigen neu gegründeten jüdischen Gemeinden in der DDR bemühten sich zwar um den Erhalt der zahlreichen Friedhöfe aus der Zeit vor 1933. Doch die wenigen Gemeindeglieder stammten zu einem großen Teil gar nicht aus der jeweiligen Region, sondern waren Überlebende aus den Vernichtungslagern aus ganz Europa. Das Wissen um die jüdischen Begräbnisstätten ging darum häufig verloren; von manchen Friedhöfen erfuhren die Gemeinden erst nach Jahrzehnten.

Gelder zur Instandsetzung und Pflege der Friedhöfe stellte die DDR-Regierung zur Verfügung. Aber die gesamte Betreuung, Verantwortung und Organisation lag bei den Gemeinden, die damit sehr häufig überfordert waren. Hilfe von der ortsansässigen, nicht-jüdischen Bevölkerung war selten. Die jüdischen Friedhöfe erinnerten unausgesprochen an die nationalsozialistischen Verbrechen an Juden. In einem gesellschaftlichen Komplex aus Schuld und Abwehr wurden viele Friedhöfe zu tabuisierten Orten und verwilderten. Sehr häufig wurden Grabsteine entwendet, abgeschliffen und verkauft und auf privaten oder öffentlichen Baustellen als Baumaterial »verwendet«. Auch Friedhofsmauern wurden abgetragen oder einfach eingerissen. Verwairste Friedhöfe wurden unbemerkt abgeräumt, andere als private Gärten oder Äcker vereinnahmt oder von offizieller Seite eingeebnet und bebaut. Andere



Friedhöfe wurden zu offiziellen Gedenkstätten umgestaltet, manche verloren dabei aber auch ihren Friedhofscharakter.

Schändungen jüdischer Friedhöfe waren in der SBZ und der DDR kein seltenes Phänomen. Sie erreichten bereits 1947, wie in ganz Deutschland, einen ersten Höhepunkt. Übergriffe auf jüdische Friedhöfe fanden in der DDR kontinuierlich bis 1990 statt. Grabsteine wurden umgeworfen und beschädigt, Denkmäler teilweise mit Werkzeugen systematisch zertrümmert. Seltener wurden Gräber oder Urnen geöffnet und letztere gestohlen. Antisemitische und nazistische Schmierereien auf Grabsteinen oder der Friedhofsmauer traten vor allem seit den 1970er Jahren verstärkt auf. Sie waren offensichtliche und nicht zu leugnende Zeichen eines Antisemitismus, den es offiziell nicht geben durfte. Darum wurden sie möglichst schnell, meist unter Aufsicht des Ministeriums für Staatssicherheit, beseitigt. Andere geschändete Friedhöfe blieben hingegen trotz der Proteste der jüdischen Gemeinden teilweise jahrelang in verwüstetem Zustand.

Täter stellte die Volkspolizei selten fest. Die Schändungen wurden möglichst verschwiegen oder als »Rowdytum« und »Kinderstreiche« verharmlost. Sie sind bis heute nicht ins öffentliche Bewusstsein zur DDR-Geschichte gedrungen.

## Jüdische Friedhöfe: verlegt, verschwunden, geschändet ...

### Neubrandenburg

Der jüdische Friedhof in Neubrandenburg war 1941/42 auf Betreiben der Stadt verlegt und das ursprüngliche Gelände eingeebnet und mit einer Militärbaracke bebaut worden. In der DDR wurde auf dem Gelände das Redaktionsgebäude der SED-Zeitung errichtet, die sinnigerweise »Freie Erde« hieß.

1949 bat die jüdische Gemeinde Schwerin die Stadt Neubrandenburg, die Grabpflege für die dort bestatteten Toten zu übernehmen. Nach einer Restaurierung 1963 wurden die Gräber im folgenden Jahr von unbekanntem Tätern verwüstet. Die Stadt ließ die umgeworfenen Grabsteine wieder aufrichten. Kurze Zeit später informierte die Stadt, dass einige Gräber umgebettet werden sollten, um Platz für drei Hochhäuser zu schaffen. Obwohl die jüdische Gemeinde darauf hinwies, dass »nach den Kultusbestimmungen kein jüdischer Friedhof eingeebnet werden darf«, wurden die Gräber eingeebnet oder verlegt. Fünf Jahre später war eine weitere

Umbettung wegen des Baus eines Wohngebietes geplant. Zum 21. Oktober 1970 sollte der Friedhof geräumt werden. »Diese Maßnahmen treffen auch für die Grabstellen zu, die durch den Bau der drei Hochhäuser 1965 umgebettet wurden«, heißt es in einem Aufruf der Stadt.

Bis zum tatsächlichen Beginn der Bauarbeiten vergingen aber mehr als zehn Jahre, in denen das Gelände des Alten Friedhofs verwilderte. Mehrfach wurden die jüdischen Grabsteine umgeworfen, bis sich ein Steinmetz ihrer annahm. Anfang 1989 beschwerten sich Neubrandenburger Bürger über einen »pietätlosen« Umgang mit Gebeinen, die bei Bauarbeiten auf dem Gelände aufgetaucht waren. Die Bauleitung bestritt dies und behauptete, dass die Gebeine in ein Sammelgrab in Karlshöhe verbracht worden seien. Bis heute ist ungeklärt, ob das tatsächlich geschehen ist. Die Grabsteine, die 1974 durch den Steinmetz Richard Dassow geborgen wurden, sollen in eine geplante Gedenkstätte ein



Die Aufnahme zeigt die verschiedenen Standorte des jüdischen Friedhofes in Neubrandenburg.

Bild: Elke Mertens, Forschungsbericht jüdische Friedhöfe in Mecklenburg-Vorpommern, unveröffentl. Manuskript 2003.



### **Der jüdische Friedhof in Hagenow**

Das obere Bild zeigt den zu einer »würdigen Gedenkstätte« umgestalteten Friedhof im Jahr 1959. Von den als »erhaltenswert« eingestuften 35 Grabsteinen sind auf dem Foto nur noch sieben zu entdecken. Die Friedhofsmauer ist verschwunden, die ersatzweise geplante Fichtenhecke nicht erkennbar. Nach der Erinnerung von Zeitzeugen waren die sieben Grabsteine 1962 noch vorhanden. Sie wurden später für das Fundament einer Garage, welche auf dem Friedhofsgelände errichtet wurde, »verwendet«. Das untere Bild zeigt das Gelände des verschwundenen Friedhofs im Winter 2006.

*Bild oben: Museum der Stadt Hagenow, unten: Jane Thorun, Hagenow*

## Hagenow

Bereits in der NS-Zeit hatte die Stadt Hagenow Interesse daran gezeigt, den 1944 enteigneten jüdischen Friedhof zu kaufen. Die Verhandlungen im Frühjahr 1945 waren durch den Sieg der Alliierten aber gegenstandslos geworden. Nachdem die jüdische Gemeinde Schwerin 1949 Eigentümer wurde, begannen bald erneute Verhandlungen über einen Verkauf. Die Gemeinde zögerte: »Wenn es sich um einen Platz handelt, der offensichtlich noch äußerlich als »Friedhof« anzusehen ist, so wäre es pietätlos, ihn zu veräußern...«

Die Stadt beruhigte die Gemeinde: Der Friedhof sei verwahrlost und reparaturbedürftig und werde auch nicht mehr gebraucht, da »jüdische Glaubensangehörige hier nicht mehr ansässig sind.« 1962 verkaufte die Jüdische Gemeinde das Friedhofsgelände an die Produktions-Genossenschaft »1. Mai« in Hagenow, mit der Auflage: »Sollten die Käufer bei Grabungen auch nach der Übernahme auf Gebeine sto-

ßen, so ist dieses der jüdischen Landesgemeinde in Schwerin mitzuteilen.« Zwei Jahre später wurde das Gelände an die »Örtliche Versorgungswirtschaft für den VEB (K) Stadtwirtschaft« verkauft. Während 1962 der Preis 1.187,90 DM-Ost betrug, kostete 1964 das Friedhofsgrundstück 20.200 MDN\*. Grund für die merkwürdige Wertsteigerung kann nicht die zwischenzeitlich errichtete Garage (Kaufpreis 1.200 MDN ) gewesen sein. Für deren Fundament wurden – »für die Steine gab's ja keine Verwendung mehr« – einige der verschwundenen Grabsteine benutzt. Hinweise auf die einstige Nutzung des Grundstückes fehlen in dem Kaufvertrag. Ab 1. Januar 1965 nutzte der VEB (K) Stadtwirtschaft den einstigen Friedhof als Stellplatz für Müllfahrzeuge.

\* 1964 hatte es in der DDR einen Währungsumtausch gegeben von der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost) in Mark der Deutschen Notenbank (MDN)

### Grabstein für Elise Hoffmann, geborene Aron aus Hagenow

Er diente als Tritt für eine in der Nachbarschaft befindliche Gartenlaube und ist der einzige bislang wieder aufgefundene Grabstein des jüdischen Friedhofs. Bei der in mehrere Teile zersprungenen und in einem Zementbett wieder zusammengefügt Marmorplatte handelt es sich nur um ein Fragment des einstigen Grabmals. Der Steinmetz »C. Stössel, Schwerin« hat den Stein gefertigt, wie auf dem Sockel zu lesen ist. Der Stein wird im Museum der Stadt Hagenow in der Ausstellung zum jüdischen Leben gezeigt.  
Foto: Henry Gawlick, Hagenow



## Rostock

1940 hatte der Rostocker Oberbürgermeister die Errichtung eines »Sonderfriedhofs für Fremdrassige« im Westen der Stadt verfügt; der jüdische Friedhof sollte eingeebnet und verkauft werden. Der Untergang des NS-Regimes verhinderte dies.

1948 wurde der Friedhof an die Jüdische Gemeinde in Schwerin übergeben. Am 8. November 1963 erhielt er anlässlich des 25. Jahrestages der »Kristallnacht« erstmals einen Stein »zum Gedenken unserer vom Faschismus ermordeten jüdischen Brüder und Schwestern«. Der Friedhof wurde ungezählte Male geschändet; die umgestürzten Grabsteine wurden entweder mit einer Betonbindeschicht zu sichern versucht oder gleich plan in den Boden eingelassen. Aus einem Bericht von 1978: »Die ständige Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit ... bereitet uns seit Jahren erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten. Immer wieder werden Grabsteine vom Sockel gestoßen. Trotz enger Zusammenarbeit mit der VP gelang es bisher nicht, Täter zu ermitteln.« Laut Volkspolizei lag der »Tatbestand von antisemitischen Ausschreitungen« nicht vor, aus den Fuß-

spuren schloss die VP auf »unbedachte Handlungen von Jugendlichen.«

Im Rahmen des Gedenkens zum 50. Jahrestag der Pogromnacht sollte auch der rekonstruierte jüdische Friedhof in Rostock eingeweiht werden. Als ein Vertreter der Abteilung Kirchenfragen beim Rat der Stadt den Stand der Vorbereitungen überprüfte, stellte er fest: »In der Nacht vom 1. zum 2. September 1988 wurde ein bereits aufgerichteter Grabstein umgestürzt und mit roter Ölfarbe beschmiert. Da dieser Vorfall ... nicht in den Rapport aufgenommen wurde, entsteht der Eindruck, daß dieses Vorkommnis von der politischen Wertigkeit her unterschätzt wird. Die zuständigen Genossen der Schutz- und Sicherheitsorgane sollten unbedingt auf die politischen Folgen derartiger Schändungen jüdischer Grabmale hingewiesen werden.« Während der Rekonstruktion wurden 141 Grabsteine erneut aufgerichtet; 20 blieben wegen starker Beschädigung auf dem Boden liegen. Neu gestaltet wurde auch ein Mahnmal.



*Umgestürzte Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof im Rostocker Lindenpark, 1978  
Foto: Archiv der Hansestadt Rostock, 2.1.1/6386*

## Israelfeindschaft

### »... dass antiisraelisch nicht mit antisemitisch verwechselt wird«

Eine feindselige Haltung gegen Juden lässt sich seit dem Untergang des Nationalsozialismus öffentlich kaum rechtfertigen. Es ist umso beliebter, Feindseligkeit als Kritik an Israel zu tarnen. So kann der Antisemitismus – im Namen anerkannter Werte wie Menschenrechte, Demokratie, Gerechtigkeit usw. – weiter geäußert werden. Ob eine Kritik an Israel antisemitisch ist, lässt sich an folgenden Kriterien erkennen:

**1. Doppelte Standards:** d.h. am Vorgehen Israels werden Dinge kritisiert, die bei ähnlich gelagerten Fällen nicht thematisiert werden, z.B. die Verteidigung des eigenen Territoriums und Staatsvolkes gegen terroristische Angriffe.

**2. Dämonisierung:** d.h. Israel werden »geheime« oder böartige Ziele unterstellt, wie z.B. Weltherrschaftspläne oder die Kontrolle über Rohstoffe.

**3. Delegitimierung:** d.h. dem Staat Israel wird – im Gegensatz zu allen anderen Staaten – das Existenzrecht abgesprochen, z.B. in dem er als »Siedlerstaat«, »koloniale Neugründung« oder als »künstliches Gebilde« diffamiert wird.

**4. Ausblendung, Leugnung oder Verharmlosung** des Antisemitismus bei den Gegnern Israels, z.B. auch indem man deren Antisemitismus als »leere Propaganda« oder »verständliche Reaktion« behandelt oder behauptet, »die« Palästinenser könnten keine Antisemiten sein, da sie zur »semitischen Völkergruppe« gehören würden.

Ein weiteres Indiz ist die Behauptung, es bestehe das Tabu, Israel zu kritisieren, welches mutig gebrochen werden müsse: »Man wird ja wohl noch Israel kritisieren dürfen!« Dieser weit verbreitete Satz ist angesichts der weltweiten Feindseligkeit gegen Israel völlig absurd und irrational. Er unterstellt eine übermächtige pro-israelische Lobby, die Israelkritikern weltweit den Mund verbieten könne. Getarnt als Plädoyer für freie Rede ist der Satz ein Kritikverbot. Er versucht, die Kritik an antisemitischen Äußerungen als »Zensur« oder »Unterdrückung« zu diffamieren. Eine inhaltliche Auseinandersetzung, ob diese oder jene Kritik an Israel antisemitisch sei, wird mit dem Verweis auf das angebliche »Totschlagargument Antisemitismus« oder die »Moralkeule Auschwitz« abgewehrt.

Häufig werden Juden unabhängig davon, in welchem Land sie leben, für die Politik des Staates Israel verantwortlich gemacht. Menschen, deren Familien bereits seit vielen Generationen in Deutschland leben, wird auf diesem Wege implizit vorgeworfen, nicht dazuzugehören und sich illoyal gegenüber dem Nationalstaat zu verhalten. Sie werden als »das Andere« konstruiert, ein erster Schritt auf dem Wege zum expliziten Antisemitismus.

Eine besonders böartige und antisemitische Form der Dämonisierung ist die Gleichsetzung Israels mit Nazi-Deutschland. Auf diesem Wege wird der Holocaust relativiert und die Legitimation Israels angegriffen (vergleiche Seite 46).

Antizionismus ist heute eine weltweite Erscheinung. Andere Krisenherde (wie z.B. Darfur, Kongo oder China) erhalten, obwohl sie meist ein Vielfaches an Opfern fordern, nicht im Entferntesten die gleiche Aufmerksamkeit und führen auch nur selten zu solch hasserfüllten Ideologien wie gegen Israel. Seit den 1980er Jahren ist ein Anwachsen eines eindeutig antisemitischen Antizionismus in den arabischen und vielen islamisch geprägten Ländern zu verzeichnen. Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 sind antisemitische Verschwörungstheorien auch in westlichen Ländern weit verbreitet.

In der Propaganda der DDR sind doppelte Standards, Dämonisierung Israels und Ausblendung des Antisemitismus der palästinensischen Nationalbewegung und der Politik vieler arabischer Staaten leicht nachweisbar. Da die Existenz eines jüdischen Staates – in welcher Form auch immer – aber von der DDR prinzipiell befürwortet wurde, hielt sich die DDR-Propaganda mit der Delegitimierung zurück. Israel wurde zwar dämonisierend als Werkzeug der USA diffamiert, aber nicht – wie zumeist in der antisemitischen Propaganda – die USA als Werkzeug jüdischer Kreise und Israels dargestellt. Standard war hingegen in der DDR die Gleichsetzung Israels mit Nazi-Deutschland.

Gregor Gysi, Fraktionschef der Partei »Die Linke« schrieb im Oktober 2008: »Die DDR ... hoffte, dass antiisraelisch nicht mit antisemitisch verwechselt wird«. Ob es sich um eine Verwechslung gehandelt hätte und ob diese Hoffnung berechtigt war, damit beschäftigen sich die folgenden Tafeln.



### Neonazi-Solidarität mit Ahmadinedschad

Während der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland wurde am Eingangsbereich von Front Records, einem rechtsradikalen Label, in Würzen eine iranische Fahne gehisst. Damit wollten deutsche Neonazis ihre Zustimmung zur antisemitischen Vernichtungspropaganda des iranischen Präsidenten gegen Israel ausdrücken.

Bild: NDK



### Antisemitische Klischees

Plakate auf einer »Friedensdemonstration« in Berlin 2006 stellen den israelischen Ministerpräsidenten Ehud Olmert als Vampir dar. Ein Skorpion steht als Symbol für Israel. Die alte antisemitische Tradition der Darstellung von Juden als heimtückische oder giftige Tiere oder ihre Bezeichnung als »Kindermörder« oder »Blutsauger« wird hier bruchlos auf Israel übertragen.

Bild: Ralf Fischer



### »Kindermörder Sharon«

Heute kehrt der antisemitische Kindermordvorwurf vor allem in der Israelfeindschaft zurück. Israelis und Juden werden oft als Kindermörder dargestellt. Diese Karikatur aus einer palästinensischen Zeitung stellt Israels ehemaligen Ministerpräsidenten Ariel Sharon beim Verspeisen palästinensischer Kinder dar.

Bild: Robert S. Wistrich: Muslim anti-Semitism, New York 2002, S. 29



### Gleichsetzung

Israel und die USA werden bei so genannten »Friedensdemonstrationen« oft mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt. Hier auf einer palästinensischen Demonstration in Berlin 2002. Dadurch werden die Verbrechen der Nationalsozialisten verharmlost und gleichzeitig Israels Existenz delegitimiert.

Bild: Ralf Fischer



### **Antisemitische Schmierereien**

Öffentliche Verkehrsmittel, Haltestellen oder wie auf diesen Abbildungen, Abfallbehälter und Container, werden immer wieder mit antisemitischen und rassistischen Sprüchen beschmiert. Diese stammen aus Berlin 2004 und 2005.

Bild: Ralf Fischer

## Die Linke und der Zionismus

### »Wir bekämpfen den Zionismus genauso wie den Faschismus«

Der Zionismus entstand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Reaktion auf den wachsenden Antisemitismus in West- und Osteuropa, v. a. den antijüdischen Pogromen im russischen Machtbereich. Unter dem Eindruck der antisemitischen Dreyfus-Affäre in Frankreich hatte Theodor Herzl 1896 in seinem Manifest »Der Judenstaat« formuliert: »Wir sind ein Volk – der Feind macht uns ohne unseren Willen dazu«. Gegen den »verschämt[en] oder unverschämt[en]« Antisemitismus gebe es nur ein Hilfsmittel: die Gründung eines Judenstaates in Argentinien oder Palästina.

Die zionistische Bewegung, die daraufhin entstand, erhob 1897 in Basel die »Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina« zum offiziellen Ziel der Bewegung. Der Zionismus entwickelte sich rasch zu einer vielfältigen politisch-kulturellen Bewegung. Politisch reichte er von nationalkonservativen bis anarchistisch-sozialistischen Kreisen; er umfasste religiöse Orthodoxe ebenso wie kämpferische Atheisten. Ebenso vielfältig waren die Gründe seiner Gegner: Antisemiten sahen in der zionistischen Bewegung eine Tarnung für jüdische Weltherrschaftspläne; Liberale bestanden darauf, dass Juden eine Religionsgemeinschaft, aber kein Volk seien; für viele stark gläubige Juden durfte die Wiedererrichtung Israels nur das Werk des Messias sein.

Die Mehrheit der Sozialisten verspottete den Zionismus als »undurchführbare Utopie« und verwarf ihn als eine Ablenkung des jüdischen Proletariats vom Klassenkampf gegen die jüdische Bourgeoisie. Dabei stand die Ablehnung eines eigenen jüdischen Staates in merkwürdigem Kontrast zu der sozialistischen Forderung nach dem »vollen Selbstbestimmungsrecht aller Nationen«, zu dem sich die sozialistische und später gerade auch die kommunistische Arbeiterbewegung mehrheitlich bekannte. Doch so uneins die sozialistischen Theoretiker darüber wa-

ren, was eine Nation oder ein Volk ausmache und wie deren Selbstbestimmung zu verwirklichen sei – so einig waren sich fast alle Theoretiker, dass Juden kein Volk, keine Nation und auch keine Nationalität seien und ihre Probleme nur durch die sozialistische Weltrevolution gelöst werden konnten.

Durch die Balfour-Deklaration 1917 kam das Projekt einer jüdischen Heimstatt der Wirklichkeit näher und durch mehrere Einwanderungswellen stieg die Zahl der Juden in Palästina stark an. Während die nach rechts gerückte europäische Sozialdemokratie sich für zionistische Ideen öffnete, lehnte die kommunistische Bewegung den Zionismus, den sie als ein Instrument des Imperialismus betrachtete, in immer schärferen Tönen ab. 1932 schrieb das Zentralkomitee der KPD, man bekämpfe »den Zionismus genauso wie den deutschen Faschismus, denn auch er will den Proletarier vom Proletarier trennen«. Auch die nationalsozialistische Verfolgungs- und Vernichtungspolitik, aufgrund derer sich immer mehr Juden zu einer Auswanderung nach Palästina entschlossen, änderte an dieser Haltung nichts. Nach dem II. Weltkrieg unterstützten die UdSSR und ihre Verbündeten zwar für kurze Zeit die Gründung und Verteidigung Israels. Doch schon Anfang der 1950er Jahre wurden »Zionismus« und »Kosmopolitismus« zu Begründungen für Verfolgungen von Juden in den Ostblockstaaten (vgl. Kapitel II der Ausstellung).

Und noch 1983 definierte das im Ost-Berliner Dietz Verlag erscheinende »Kleine Politische Wörterbuch« »Zionismus« als eine »chauvinistische Ideologie, ein »weit verzweigte[s] Organisationssystem« und die »rassistische, expansionistische politische Praxis der jüdischen Bourgeoisie«. Seit der Gründung Israels sei dieser Staat »das Zentrum der ideellen und politischen Einwirkung auf die jüdischen Bürger ... im Sinne von Nationalchauvinismus und Antikommunismus«.



II. Zionistenkongress in Basel, 1898: Theodor Herzl bei seiner Eröffnungsrede.

Bild: bpk Berlin



David Ben Gurion, der erste israelische Ministerpräsident, ruft am 14. Mai 1948 unter einem Bild Theodor Herzls die Unabhängigkeit des Staates Israel aus.

Bild: Ullstein-Bild; ADN-Fotoarchiv



Theoretisch war sich die Arbeiterbewegung einig in der Forderung nach einem »vollen Selbstbestimmungsrecht aller Nationen«. Sie gab sogar die Losung aus: »Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch«, wie hier auf einer Fahne, die eine Division der Roten Armee der KPD-Ortsgruppe in Schenkendorf 1927 geschenkt hatte. Juden wurden jedoch nicht als unterdrücktes Volk anerkannt.

Quelle: Die Kommunistische Internationale 1919 – 1943. Dietz Verlag Berlin 1984, S. 137

## Der Nahostkonflikt und die DDR

### »Imperialistische Speerspitze gegen die arabischen Völker«

Am 29. November 1947 beschlossen die Vereinten Nationen die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat. UdSSR und SED stellten sich zunächst auf die Seite Israels. Anfang 1948 hieß es: »Wir betrachten die Schaffung eines jüdischen Staates als einen wesentlichen Beitrag, um Tausenden von Menschen, denen der Hitlerfaschismus die schwersten Leiden zufügte, den Aufbau eines neuen Lebens zu ermöglichen«. Arabische Angriffe wurden als »reaktionärer Krieg« der »feudalen Reaktion der arabischen Könige, Fürsten und Muftis« bezeichnet.

Im Zuge des Kalten Krieges und der stalinistischen Prozesse Anfang der 1950er Jahre änderte sich diese Position. Der Zionismus galt nun als reaktionäre Ideologie, die sich gegen die arabischen Befreiungsbewegungen richtete. Die DDR verstand sich als der antifaschistische Staat und sah sich in keinerlei Kontinuität zu NS-Deutschland. Sie sah sich gegenüber Israel in keinerlei besonderen Verpflichtung. Im Gegenteil: In den Nahostkriegen bezog die DDR vehement antiisraelische Positionen. Dabei wurde ganz offensichtlich mit zweierlei Maß gemessen: Der Sechs-Tage-Krieg 1967 wurde als »Juni-Aggression: Israelische Armee überfällt Ägypten, Syrien und Jordanien« gegeißelt, ohne auf die Vorgeschichte der Kriegs- und Vernichtungsdrohungen der arabischen Staaten einzugehen. Der Überfall ägyptischer und syrischer Truppen auf Israel 1973 wurde hingegen so charakterisiert: »Die anhaltende Okkupation arabischer Gebiete durch Israel führt zum vierten Nahostkrieg«. Was immer auch geschah – Israel war schuld.

1952 hatte sich die Bundesregierung zu Entschädigungszahlungen für die Ermordung der europäischen Juden gegenüber Israel verpflichtet. Die DDR dagegen intensivierte in den folgenden Jahren ihre Kontakte mit den Gegnern Israels. Während des Suezkrieges 1956 forderte DDR-Außenminister Lothar Bolz die Bundesregierung auf, Entschädigungszahlungen nicht mehr an Israel, sondern an Ägypten zu leisten.

1964 wurde die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) gegründet. In Artikel 15 der PLO-Charta hieß es: »Die Befreiung Palästinas ist vom arabischen Standpunkt aus nationale Pflicht. Ihr Ziel ist, der zionistischen und imperialistischen

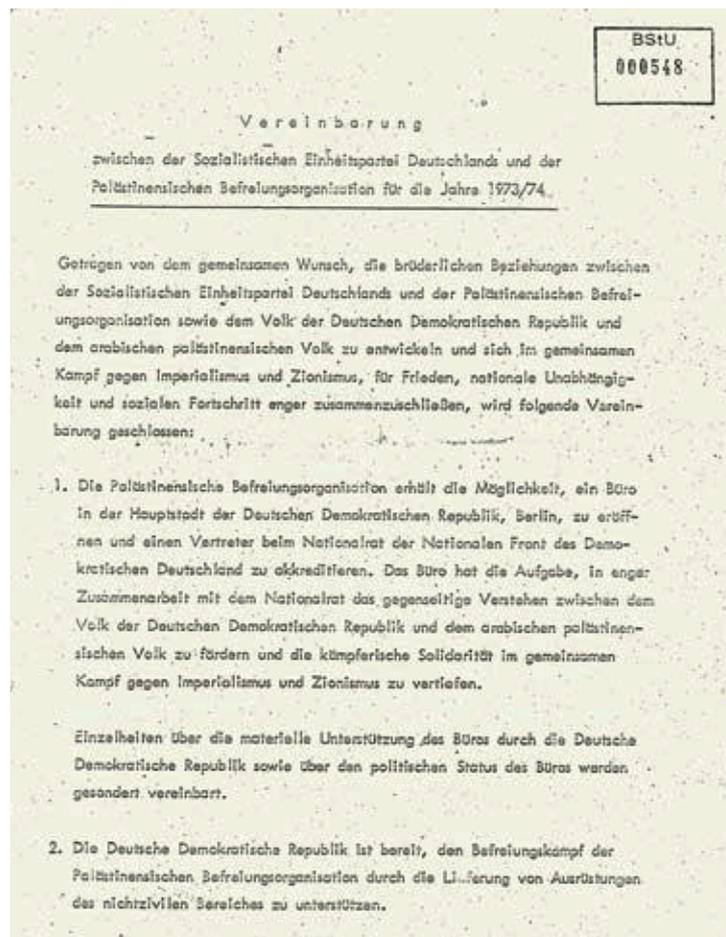
Aggression gegen die arabische Heimat zu begegnen und den Zionismus in Palästina auszutilgen«. Dieses aggressive Programm war mit der friedlichen Lösung des Konflikts, welche die DDR nach eigenem Bekunden anstrebte, nicht vereinbar. Dennoch arbeitete die SED eng mit der PLO zusammen »im gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus und Zionismus, für Frieden, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt«. Neben der Eröffnung eines PLO-Büros bedeutete dies die »Lieferung von Ausrüstungen des nicht zivilen Bereichs«, die »kostenlose Heilbehandlung für eine Anzahl verwundeter Kämpfer« der PLO in Krankenhäusern und Sanatorien der DDR sowie weitere Unterstützungsmaßnahmen. Folgerichtig stimmte die DDR im November 1975 der UN-Resolution 3379 zu, die Zionismus als »eine Form von Rassismus und Rassendiskriminierung« verurteilte.

Allerdings gab es auch Probleme. Ein als »streng geheim« gekennzeichnete Bericht des Ministeriums für Staatssicherheit vom 8. Mai 1979 macht deutlich, dass das Büro der PLO und einige Botschaften arabischer Länder in Ostberlin zu einem Problem wurden: International gesuchte Attentäter wie Carlos und Abu Nidal reisten – teilweise mit Diplomatenspässen – in die DDR ein, »um das Territorium der DDR als logistischen Stützpunkt und Ausgangsbasis für die Durchführung von Gewalttaten in Westeuropa zu nutzen ... Derartige Aktivitäten schaffen politische Gefahren und beeinträchtigen unsere staatlichen Sicherheitsinteressen«. Diese Einschätzung hinderte das Ministerium nicht, die Abu-Nidal-Gruppe, die über 100 Anschläge in mehr als 20 Ländern ausführte, zu unterstützen – und damit also terroristische Aktionen gegen Juden und jüdische Israelis, jüdische und israelische Einrichtungen. Dass die DDR durch diese Unterstützung und durch die Duldung des Aufenthaltes von Terroristen mitverantwortlich für Attentate palästinensischer Terrorgruppen war, hat Markus Wolf in einem Interview mit der Zürcher »Jüdischen Rundschau« Ende der 90er Jahre konstatiert: »Natürlich war die DDR nicht Zentrum des internationalen Terrorismus. ... Die Kontakte müssen aber heute so gesehen werden, dass damit faktisch terroristische Aktionen vom Territorium der DDR aus geduldet wurden ...«



Erich Honecker begrüßt Yasser Arafat bei einem Besuch in der DDR im März 1982

Bild: Ullstein-Bild



*Auszug aus einer »Vereinbarung  
zwischen der sozialistischen  
Einheitspartei Deutschlands  
und der Palästinensischen  
Befreiungsorganisation für die  
Jahre 1973/74«*

Quelle: BSTU, MfS HA II Nr.  
18652

BS:U  
090009

gezogen werden muß, ist das aus dem weiteren Aufenthalt der "CARLOS-Gruppierung" in der Hauptstadt der DDR resultierende aktionsbezogene Geschehen zur Zeit noch nicht eindeutig einzuschätzen.

2. Am 27. April 1979, 11.00 Uhr traf der führende Vertreter der palästinensischen Befreiungsbewegung

ODEK, Mahmoud (Mohamed), genannt: ABU DAUD  
geb. am 16. August 1937

auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld ein. Er kam in der Hauptstadt der DDR im Hotel "METROPOL" unter dem Namen

EL QUAILI, Mansour  
geb. 1938  
Staatsangehörigkeit: Marokko  
Marckkanis Nr.: —

Quartier.

ABU DAUD ist bekannt als Führungsmitglied der "FATAH" und ihres Nachrichterdienstes "RASD", der in der Vergangenheit für die Organisation schwerwiegender Terroranschläge der Organisation "Schwarzer September" (z. B. während der Olympischen Sommerspiele 1972 in München) verantwortlich gemacht wurde. Er nimmt offensichtlich eine Schlüsselstellung bei der Koordinierung von weltweiten Aktionen der palästinensischen Befreiungsbewegung ein. Sein Auftauchen signalisiert erfahrungsgemäß bevorstehende Aktivitäten größeren Ausmaßes.

Der hohe sicherheitspolitische Stellenwert des jeweiligen Aufenthaltes von ABU DAUD im Ausland und die damit verknüpften außenpolitischen Belastungen wurden im Januar 1977 deutlich, als er sich in Frankreich zu Trauerfeierlichkeiten für einen durch Attentat ermordeten Kampfgefährten der PLO aufhielt.

4. In der Zeit vom 15. 4. - 23. 7. 1985 wurde für 11 Angehörige der "Händler"-Organisation im Objekt "74" der Abt. XXII eine spezielle Ausbildungsmaßnahme durchgeführt, in der sie zu militärischen Führungskadern entwickelt werden sollten. In die Ausbildung waren Genossen der AGMS, der Hochschule des MFS sowie des Wachregiments "P. E. Dzierzynski" einbezogen, denen die Herkunft der Kursanten nicht mitgeteilt wurde. Als Fernbezeichnung wurde Gruppe "AL-TARIKH" verwendet.

Im Mittelpunkt der Ausbildung standen

- politische und politisch-operative Schulung,
- Grundsätze der Truppenführung,
- Operativ-Taktik,
- Raketen- und Geschosserfereneinsatz,
- militärische Grund- und Spezialausbildung,
- militärische Körpererfütterung.

Auszug aus dem »Vermerk zu den stattgefundenen Lehrgängen mit der »Händler-Organisation auf dem Territorium der DDR« der Abteilung XXII des Ministeriums für Staatssicherheit vom 25. 5. 1987

Quelle: BStU, XV 36 90/82 »Händler« 7116 191

Auszug aus der »Information über Aktivitäten von Vertretern der palästinensischen Befreiungsbewegung in Verbindung mit internationalen Terroristen zur Einbeziehung der DDR bei der Vorbereitung von Gewalttaten in Ländern Westeuropas«  
*Quelle: BStU, Z 3021*

BStU  
000010  
10

Die offizielle Anwesenheit von ABU DAUD hatte sofort ein Auslieferungsersuchen der BRD zur Folge, da er durch die Justizorgane des BRD-Landes Bayern zur Festnahmefähndung ausgeschrieben ist. Die französischen Organe nahmen ihn daraufhin kurzzeitig fest, schoben ihn jedoch aus politischer Erwägung aus Frankreich ab. Begleitet war dieser Vorgang von umfangreichen Kampagnen der westlichen Massenmedien sowie diplomatischen Aktivitäten.

Im Vorjahr weilte ABU DAUD vom 22. Juli bis zum 20. August 1978 in der Hauptstadt der DDR. Er nahm gezielt Verbindung zu zahlreichen Personen vorwiegend arabischer Nationalität auf, von denen ein Teil im Zusammenhang mit den genannten derzeitigen Aktivitäten der "CARLOS"-Gruppierung erneut in Erscheinung tritt.

Von Bedeutung ist die 1978 getroffene Feststellung, daß sich ABU DAUD in der Hauptstadt der DDR ohne besonderes Sicherheitsverhalten bewegte (z. B. besuchte Restaurant- und Bar-Aufenthalte).

Da er gegenwärtig Verhaftungsmaßnahmen unterliegt, war seine Person auch bei seinem letzten Aufenthalt in der Hauptstadt der DDR für den Gegner identifizierbar.

Am 1. Mai 1979, 0.30 Uhr reiste ABU DAUD mit einer Maschine der INTERFLUG nach Beirut aus.

3. Die entstandene komplizierte Situation wird auch aus inoffiziell gewonnenen Hinweisen deutlich, die im Zusammenhang mit der Aufklärung der Hintergründe zur gewaltsamen Befreiung des mutmaßlichen Gewalttäters und führenden Mitgliedes der anarchistischen "Bewegung 2. Juni"

Till MEYER

am 27. Mai 1978 aus der Haftanstalt in Westberlin-Moabit gewonnen wurden. In der Planung und Ausführung dieser Befreiungsaktion



Anschlag der Abu Nidal Gruppe am 27. 12. 1985 auf den Flugschalter der israelischen Fluggesellschaft El Al im Flughafen Rom. Bei zeitgleichen Anschlägen in Wien und Rom wurden 20 Menschen getötet, 120 schwer verletzt.

*Abu Nidal (1937 – 2002)*  
*Bilder: Ullstein-Bild*

## Geschichtsrelativierende Vergleiche

### »Verbrechen ebenbürtig denen von Oradour, Lidice und Khatyn«

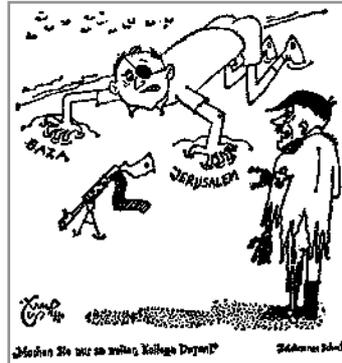
Gleichsetzungen Israels mit Nazi-Deutschland sind historisch unhaltbar. Aber sie erfüllen eine ganz bestimmte Funktion: Zum einen relativieren sie die Shoah, indem sie den Versuch des deutschen Nationalsozialismus, eine Gruppe von Menschen vollständig zu vernichten mit – wirklichen, übertriebenen oder auch komplett erfundenen – Menschenrechtsverletzungen und einzelnen Tötungen durch die israelische Armee gleichsetzen. Es wird übersehen, dass es sich im Nahen Osten – im Gegensatz zum nationalsozialistischen Vernichtungsprogramm – um einen militärischen Konflikt zwischen einem Staat und verschiedenen politischen und fundamentalistischen Bewegungen handelt. Zum anderen wird damit die Legitimation Israels angegriffen: Mit der Erfahrung, dass Staaten ihren jüdischen Bürgern keinen Schutz gewährten und Flüchtlinge nach Deutschland und damit in den Tod zurückgeschickt wurden, begründen heute weite Teile der israelischen Öffentlichkeit die Notwendigkeit eines jüdischen Staates.

Bei der Berichterstattung über den »Sechstagekrieg« (5. – 10. Juni 1967) erreichte die antiisraelische Hetze in der DDR einen Höhepunkt. Die Sowjetunion verurteilte bereits am 5. Juni »die israelische Aggression gegen die arabischen Länder« und bekundete ihre »rückhaltlose Unterstützung für die Regierungen und Völker der Vereinigten Arabischen Emirate, Syriens, Iraks, Algeriens und Jordaniens und der anderen arabischen Staaten«. Am 8. Juni bekräftigte der Ministerrat der DDR diese Haltung: »Die israelische Regierung unternimmt [...] die Aggression gegen die arabischen Staaten in Form eines »Blitzkrieges«. Sie hat dabei die militärische Unterstützung imperialistischer Mächte.« Die propagandistischen Vorgaben wurden wie üblich in der Berichterstattung aller DDR-Medien übernommen. Sie waren zum einen geprägt von der Logik

des Kalten Krieges und der Auseinandersetzung um Einfluss in den sogenannten Entwicklungsländern. Doch zum anderen waren auch offensichtlich antisemitische Positionen, Klischees und Einstellungen während und vor allem nach dem Sechstagekrieg in der DDR-Presse zu lesen. Die Rede vom »Blitzkrieg« wurde in vielfältigen Variationen aufgegriffen: Die israelische Politik und Kriegsführung wurde mit jener der Nationalsozialisten in eins gesetzt. Diese Gleichsetzung wurde permanent wiederholt und prägte die DDR-Propaganda.

Solcherart Parallelen relativieren und verharmlosen den Holocaust und delegitimieren zugleich Israels Existenz.

Noch unverblümter wurde diese Gleichsetzung während des Libanonkrieges 1982. Wie zuvor der Sechstage- und der Jom-Kippur-Krieg wurde der Krieg im Libanon in den DDR-Medien als Konflikt zwischen »US-Imperialismus und Zionismus« auf der einen und den »arabischen Völkern« auf der anderen Seite dargestellt. Palästinensische Angriffe auf Israel wurden nicht thematisiert bzw. als Befreiungsschläge und Widerstandshandlungen dargestellt, das israelische Vorgehen dagegen erneut mit der NS-Politik gleichgesetzt. Die Rede war von einer »Taktik der verbrannten Erde«, einem »Vernichtungs- oder Ausrottungsfeldzug« der israelischen Armee, die zur entmenschten »Soldateska« dämonisiert wurde. Palästinenser würden »ausgesondert« und »gekennzeichnet« (ND, 19. 6. 1982). Israel betreibe einen »Vernichtungsfeldzug« (ND, 9. 6. 1982), eine »Ausrottungspolitik gegen das arabische Volk« (ND, 10. 6. 1982) eine »Genozidpolitik« (stellvertretender DDR-Außenminister Harry Ott). Völlig unmissverständlich wurde behauptet, von Israel werde ein »von langer Hand vorbereiteter Holocaust« ins Werk gesetzt (Horizont Nr. 34/1982, S. 15).



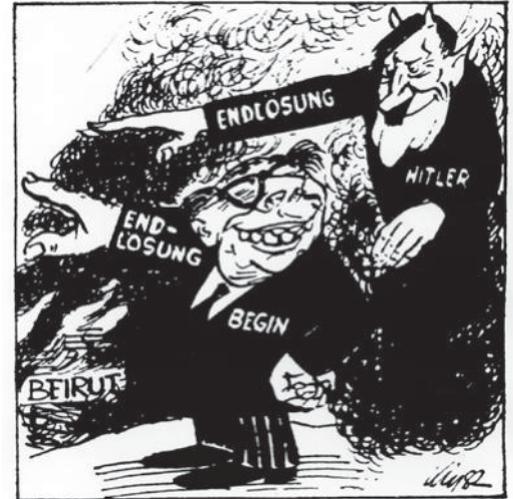
### Gleichsetzung von Dayan und Hitler. Karikatur in der Betriebszeitung »Analyse« des VEB Gärungschemie Dessau

Die Zeichnung erschien am 6. September 1967. Der VEB Gärungschemie Dessau war der Nachfolgebetrieb der Dessauer Zucker-Raffinerie, die im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung (Degesch), einer Tochtergesellschaft der IG-Farben, seit 1924/25 Zyklon B produziert hatte, das ab 1941 zur industriemäßigen Ermordung von Juden verwendet wurde. Erst 1971 in der Broschüre »Hundert Jahre Chemische Industrie in Dessau« erwähnt der Betrieb knapp die Zyklon B-Produktion und den Einsatz zur Menschenvernichtung.

Quelle: Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt, Halle/Saale

Diese Geschichte erschien im Novemberheft 1984 in der auflagenstärksten Kinderzeitschrift der DDR »ABC-Zeitung«. Vertreter jüdischer Gemeinden und zwei evangelische Pastoren protestierten. Die Herausgeber der Zeitschrift entschuldigten sich zwar brieflich bei den Personen. Konsequenzen hatte dies jedoch nicht: Bereits ein halbes Jahr später folgte in der Aprilausgabe 1985 eine Geschichte mit ähnlicher Stoßrichtung.

Quelle: ABC-Zeitung, November 1984, S. 18.



**Gleichsetzung Holocaust und Libanonkrieg**

Quelle links: »Eulenspiegel«, 29 Jg., Nr.32/82

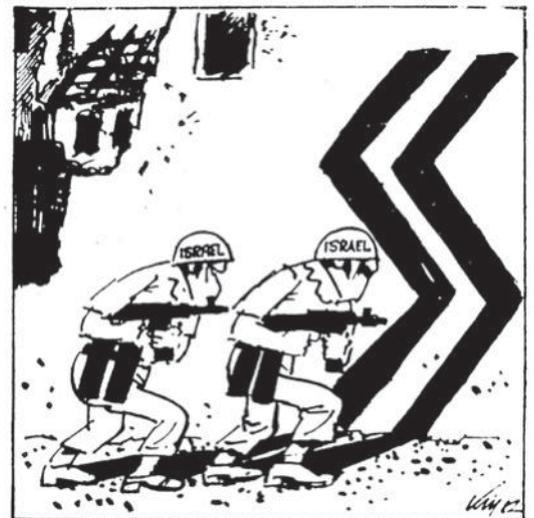
Quelle rechts: »Freiheit«, 3. 8. 1982



**Gleichsetzung NS-Verbrechen und Libanonkrieg**

Als »Vergeltung« für das Attentat auf den SS-Obergruppenführer Richard Heydrich in Prag wurden alle Männer des tschechischen Dorfes Lidice ermordet, die Frauen ins KZ Ravensbrück deportiert, die Kinder in Waisenhäuser oder zur »Eindeutschung« an SS-Familien weitergegeben. Mit der Aufschrift Son My wird eine Parallele zu den Kriegsverbrechen der US-Armee in Vietnam gezogen, wo im Ortsteil My Lai fast alle Bewohner von einer Abteilung US-Soldaten umgebracht wurden.

Quelle: »Freiheit«, 30. 7. 1982



„Freiheit“-Zeichnung: Rolf Kly

**Gleichsetzung israelische Armee und SS**

Hier sieht man die israelische Armee im Schatten zweier SS-Runen vorrücken.

Quelle: »Freiheit«, 30. 6. 1982

## Gedenken und Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus

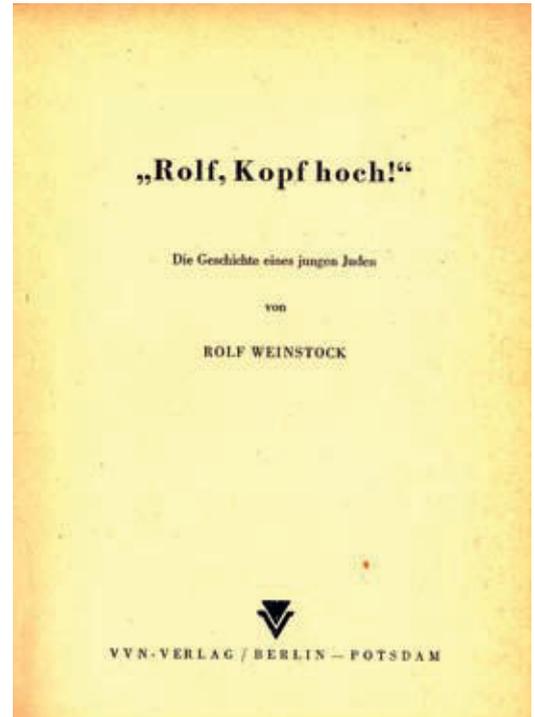
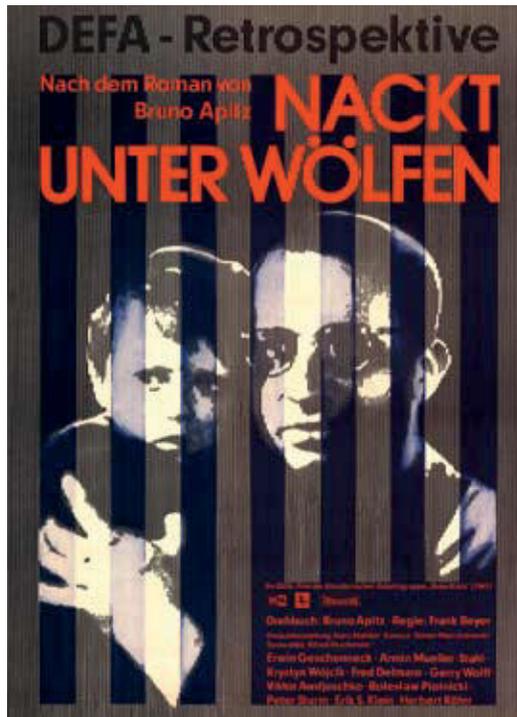
### »Über Deutschland war die Nacht des Faschismus hereingebrochen.«

Die Erinnerung an den Nationalsozialismus und seine Opfer schien in der DDR allgegenwärtig zu sein: Straßen, Plätze und Schulen trugen die Namen von Antifaschisten, mit Gedenkveranstaltungen und Kranzniederlegungen gedachte die Partei- und Staatsführung am 8. Mai der im Kampf um die Befreiung vom Faschismus gefallenen sowjetischen Soldaten. Viel gelesen und hoch geschätzt waren Bücher wie Bruno Apitz' »Nackt unter Wölfen«, Peter Edels »Bilder des Zeugen Schattmann« und Filme wie »Die rote Kapelle«. Doch im Vordergrund des Erinnerns stand immer die Erinnerung an kommunistische Opfer und an den von der Kommunistischen Partei geleiteten Widerstand. Während in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine Reihe von Berichten über die brutale Wirklichkeit der KZ und Vernichtungslager erscheinen konnte, strebte die SED ab 1947 eine »planvolle Lenkung der kommenden KZ-Literatur« an: Dabei sollten nicht die Gräueltaten, sondern der kämpferische Widerstand im Vordergrund stehen. Literatur, die sich nicht in diese idealisierte Geschichtsbetrachtung einfügte, wurde unterdrückt.

Die »antifaschistische Erziehung« war zentraler Bestandteil des schulischen Unterrichts in den Fächern Geschichte und Deutsch. Schüler besuchten ehemalige Konzentrationslager, luden Überlebende zu Gesprächen ein und beschäftigten sich mit den Biografien von Verfolgten der NS-Zeit, insbesondere mit Biografien verfolgter oder ermordeter Kommunisten. Eine wesentliche Rolle spielte der Geschichtsunterricht im 9. Schuljahr. Das hierbei vermittelte Bild vom Nationalsozialismus folgte der Faschismus-Definition, die der Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, Georgi Dimitroff, 1935 formuliert hatte: Angesichts von Weltwirtschaftskrise und hoher Arbeitslosigkeit wurde die »Machtübernahme« durch die Nationalsozia-

listen als Antwort »der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals« auf die Krise und die von ihr ausgelösten Streiks und Demonstrationen gedeutet. Die enormen Wahlerfolge der Nationalsozialisten wurden heruntergespielt, die Unterstützung, die sie in weiten Kreisen der Bevölkerung besaßen, zu einer »Verblendung des Volkes« umgedeutet.

Die Verfolgung von Jüdinnen und Juden hingegen nahm im Lehrbuch Geschichte nur geringen Raum ein. Diese Randstellung wird dadurch deutlich, dass in den Inhaltsverzeichnissen der Geschichtslehrbücher die Begriffe »Antisemitismus« oder »Judenverfolgung« nicht zu finden sind. Auch im Textteil wurde nicht geklärt, was unter Antisemitismus zu verstehen ist. Es findet sich kein Verweis auf Antisemitismus vor dem Nationalsozialismus oder eine Erklärung der Rolle, die der Antisemitismus für den Nationalsozialismus spielte. Dass es Deutsche waren, die den Massenmord an den Juden durchführten, wird nicht thematisiert – »Deutsche« erscheinen lediglich als Zuschauer von »faschistischen Gräueltaten«. Verantwortung trugen »Faschisten« und »das Monopolkapital«, die das deutsche Volk »täuschten«. Die kritische Auseinandersetzung mit der Frage nach Schuld und Mitverantwortung der Großeltern- und Elterngeneration wurde auf diese Weise ausgeblendet. Im Deutsch-Unterricht spielte Literatur nicht nur über Widerstand, sondern auch über Judenverfolgung, Konzentrationslager und Ghettos eine größere Rolle. Aber bei keinem behandelten Werk wurde explizit auf das Vernichtungsprogramm und die besondere Rolle des Antisemitismus in der NS-Ideologie hingewiesen. Die Verfolgung der Juden kam im Unterricht zur Sprache; der Versuch, europaweit alle Menschen, die von den Nazis als Juden definiert wurden, zu vernichten, spielte hingegen keine größere Rolle.



»Nackt unter Wölfen« war einer der populärsten Filme zur Geschichte des Nationalsozialismus in der DDR. Mit der Heldengeschichte der roten Kapos von Buchenwald transportiert der Film beispielhaft das Selbstverständnis des antifaschistischen Staates und die Maximen seiner Geschichtsschreibung. Im Vordergrund steht die Solidarität innerhalb der kommunistischen Häftlingsgruppe, die ein jüdisches Kind vor der Ermordung im KZ rettet. Mit der ideologisch geprägten Erzählung bleiben jedoch Informationen ausgespart, die die Geschichte mit all ihren Widersprüchen und die unmenschlichen Lagerbedingungen für die verschiedenen Häftlingsgruppen im Detail darstellen. So bleibt unerwähnt, dass für die Rettung des jüdischen Kindes ein Sinto-Kind auf den Transport nach Auschwitz geschickt wird. Auch wird das Kleine Lager, in dem jüdische Häftlinge unter besonders unmenschlichen Bedingungen gefangen waren, im gesamten Film nicht gezeigt.

*Bild: DEFA-Stiftung*

Dieser Erlebnisbericht eines Überlebenden des KZ Buchenwald zeigte zu deutlich, wie die mörderische Realität des NS-Lagersystems für einen Häftling aussah, der nicht im kommunistischen Widerstand organisiert war. Der Autor beschreibt die unmenschlichen Bedingungen im Kleinen Lager, unter denen die Häftlinge – in der Mehrzahl Jüdinnen und Juden – zu überleben versuchten. Im Gegensatz zum Stammlager, wo es Baracken gab, wurde das Kleine Lager schlechter versorgt und versank in Schlamm. Weinstock beschrieb sehr genau die Gegenwart von Hunger, Gewalt und Mord durch die SS. Für die Zensur war dies jedoch die falsche Erinnerung. Erwünscht waren »Berichte der wirklichen Widerstandskämpfer, die den Menschen auch heute noch in ihrem Kampfe helfen können« (Stefan Heymann in »Die Tat« vom 9. 12. 1950). Das Buch wurde zurückgerufen und eingestampft, die Lektoren verhört. Zudem wurde eine Parteiüberprüfung der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« (VVN) eingeleitet, in deren Rahmen der VVN-Generalsekretär und Buchenwald-Überlebende Harry Kuhn abgesetzt wurde.

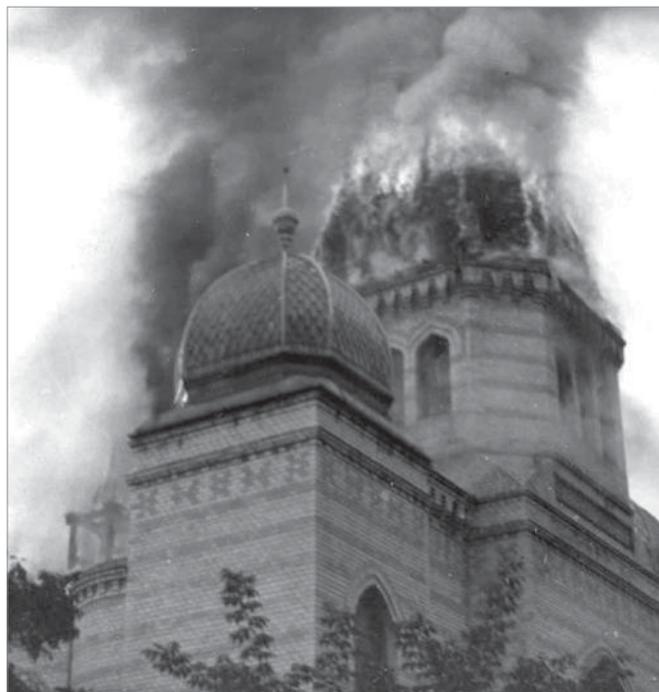


Das im Lehrbuch für Geschichte abgebildete Foto zeigt Georgi Dimitroff (1882 – 1949) während seines Schlusswortes im Reichstagsbrandprozess. Am 27. Februar 1933 hatte in Berlin das Reichstagsgebäude gebrannt. Bei dem Brand handelte es sich um eine Brandstiftung, für die die Nationalsozialisten Kommunisten verantwortlich machten. Georgi Dimitroff gehörte zu den Angeklagten des Prozesses. Das Foto Dimitroffs wurde zusammen mit einem Zitat aus seinem Schlusswort abgedruckt: »Thyssen und Krupp wollten im Lande das Prinzip der Alleinherrschaft und der absoluten Herrschaft unter ihrer praktischen Führung errichten, die Lebenshaltung der Arbeiter entscheidend herabdrücken, und deshalb musste das revolutionäre Proletariat niedergeschlagen werden.«

*Bild: Deutsches Historisches Museum*

*Das Foto aus dem Lehrbuch für Geschichte in der Ausgabe von 1967 wurde mit folgendem Text kommentiert, der zwischen dem »deutschen Volk« und »Faschisten« unterscheidet: »Die Juden mussten die von den Nazibanden angeordneten Schäden selbst bezahlen und dem Staat eine »Buße« von 1.25 Milliarden Mark entrichten. Dadurch wollten die Faschisten ihre Finanzsorgen etwas verringern. Juden durften keine Betriebe mehr führen. Die deutschen Monopole und Banken bereicherten sich skrupellos am Eigentum der Juden. Das deutsche Volk sah dem Wüten der Faschisten gegen die Juden mit Entsetzen zu, auch wenn die jahrelange antisemitische Hetze Spuren im Bewusstsein hinterlassen hatte«.* Das Foto wurde den Ereignissen der Pogromnacht 1938 zugeordnet. Tatsächlich aber zeigt es den Brand der Eberswalder Synagoge nach einem Blitzeinschlag im Jahr 1931.

*Bild: Kreisarchiv Barnim*



## »Wenn eine Kommission des Auslandes so etwas besichtigen würde ...« Das KZ-Außenlager in Retzow

Das Verhältnis der SED zu den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus war zwiespältig. Dies zeigte sich auch in Gedenkstätten und Gedenkzeichen für vertriebene und ermordete Juden, in denen ihre jüdische Identität verschwiegen wurde oder die Toten als Widerstandskämpfer vereinnahmt wurden.

Zum Beispiel in Retzow, Landkreis Müritz hatte 1943 bis 1945 ein Außenlager des KZ Ravensbrück bestanden. Die Häftlinge aus mehreren europäischen Ländern – seit Ende 1944 waren es ausschließlich Frauen, die meisten Jüdinnen – wurden als Arbeitsklaven für die Luftwaffen-Erprobungsstelle Rechlin benutzt. Im Winter 1944/45 kamen zusätzliche Transporte aus Auschwitz im Lager an: mehr als 3.000 Frauen aus Italien, den Niederlanden, Frankreich, Griechenland, der Sowjetunion, Ungarn, Polen, Deutschland und Rumänien. Die unterernährten Häftlinge mussten schwere Erdarbeiten verrichten, viele starben vor Erschöpfung und an Typhus. Die Toten wurden in Massengräbern verscharrt, teilweise in einen alten Brunnen und in eine Müllgrube geworfen. Am 28. April wurden die überlebenden Frauen von SS-Wachmannschaften auf einen Todesmarsch getrieben. Die Soldaten der Roten Armee fanden am 2. Mai 1945 nur noch 127 kranke Häftlinge vor, von denen 56 noch nach der Befreiung starben. Diese Frauen wurden in der Gruft der Gräfin von Hammerstein beigesetzt.

Wiewohl seit 1948 die Existenz der Massengräber bekannt war und einige französische Tote exhumiert worden waren, drängte erst 1950, als Dorfhunde ei-

nige Skelette freilegten, das Landessekretariat der VVN Mecklenburg auf eine würdige Bestattung der Toten. »Wenn eine Kommission des Auslandes so etwas besichtigen würde, hätten wir uns als Antifaschisten und Kameraden besonders zu schämen.« Im Sommer 1950 ließen die Behörden die Massengräber öffnen: 221 Tote wurden geborgen, darunter viele Kinder. Dazu kamen die Überreste von drei KZ-Häftlingen, die auf den Feldern verscharrt worden waren. Sie alle wurden in Särgen nach Schwerin gebracht und dort eingäschert. Aus erhalten gebliebenen Protokollen geht hervor, dass bekannt war, dass es sich bei den Toten »zum größten Teil um Frauen jüdischer Rasse« handelte. Die Urnen setzte man auf Beschluss der VVN in der Kreisstadt Waren am Ufer der Müritz, am Kiez, bei. Die Toten erhielten als Gedenkstein einen Findling, der unter einem roten Winkel die Inschriftentafel trägt: »224 im KZ Retzow-Waren ermordete antifaschistische Widerstandskämpfer Europas mahnen zum Frieden«. Der rote Winkel war aber ausschließlich das Abzeichen der politischen Häftlinge. Diese pauschalisierende und vereinnahmende Art des Gedenkens trug eher zur Verdrängung als zur Erinnerung bei.

1967 wurde in Rechlin in der Müritzstraße vor einer ehemaligen Häftlingsbaracke ein Monument aus Findlingen mit der Inschrift »Die Toten mahnen uns« errichtet. Am Ort des ehemaligen Lagers, in Retzow, wurde erst 1980 ein Gedenkstein aufgestellt, ebenfalls mit der Inschrift: »Die Toten mahnen uns«. Auch er trug nur einen roten Häftlingswinkel.

### »Die Toten mahnen uns«: Gedenkstein in Rechlin von 1967

Die Aussage wurde von vielen Bewohnern als Erinnerung an die 300 bei Testflügen umgekommenen deutschen Piloten verstanden.

Bild: Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten – Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück





## »Die Opfer weisen viel Zahngold auf. Dieser Faktor darf nicht ganz unbeachtet bleiben.« Das KZ-Außenlager in Jamlitz

Im Herbst 1943 wurde im Dorf Jamlitz (heute Landkreis Dahme-Spreewald) ein Außenlager des KZ Sachsenhausen errichtet. Es wurde nach dem benachbarten Ort Lieberose benannt. Viele der über 4.000 Häftlinge waren aus den Lagern Auschwitz und Groß-Rosen hierher transportiert worden. Die meisten waren Juden und stammten vor allem aus Ungarn und Polen. Der Wahlspruch des Lagerführers Kersten war: »Die Juden sollen zittern«. Unter schrecklichen Bedingungen mussten die Häftlinge für die SS den riesigen Truppenübungsplatz »Kurmark« anlegen. Die Toten wurden überwiegend ins Krematorium des KZ Sachsenhausen überführt. Bei der Evakuierung des Lagers im Februar 1945 erschossen die SS-Bewacher 1.300 kranke und schwache Häftlinge und verscharrten sie in Massengräbern. Diese Vorgänge wurden lange Zeit verdrängt und verschwiegen – auch weil das Lager aus der NS-Zeit nach 1945 als »Speziallager Nr. 6« des NKWD benutzt wurde. Von 10.000 Häftlingen des NKWD-Lagers starben 3.154; sie wurden ebenfalls in Massengräbern verscharrt. Die Geschichte der sowjetischen Lager wurde in der DDR tabuisiert; darum verschwiegen man lange Zeit auch das KZ-Außenlager in Jamlitz. Wo die Baracken gestanden hatten, entstanden in den fünfziger Jahren Eigenheime. Nur ein wieder aufgefundener »Lagerstein« des KZ-Außenlagers mit der Inschrift »1944/ARBEITSLAGER/LIEBEROSE« wurde 1956 an der ehemaligen Lagerstraße aufgestellt.

In den sechziger Jahren wurden in der BRD Ermittlungen gegen Verantwortliche des Lagers Lieberose geführt. Das MfS und die Generalstaatsanwaltschaft der DDR bearbeiteten das Rechtshilfersuchen des Landgerichts Fulda, unternahmen aber nichts, um konkrete Fakten zu ermitteln. Im November 1970 besuchten drei ehemalige politische Häftlinge als Vertreter der »Lagerarbeitsgemeinschaft Sachsenhausen« den Ort des ehemaligen

Außenlagers Jamlitz, um die Möglichkeit zur Errichtung einer Gedenkstätte zu erkunden. Sie erfuhr von den Massengräbern bei Jamlitz, die den Einwohnern gerüchteweise schon immer bekannt waren, und übergaben ihren Bericht der Generalstaatsanwaltschaft. Im Mai 1971 wurden die Leichname in der Staakower Kiesgrube exhumiert, die Gerichtsmediziner fanden die Überreste von 577 Menschen. Dass es sich bei den Ermordeten um Juden handelte, war bekannt und wurde durch weitere Funde bestätigt. Die Generalstaatsanwaltschaft vermerkte am 17. Mai 1971: »Die Opfer bei Staakow weisen zum Teil viel Zahngold auf. Dieser Faktor darf bei einer Umbettung nicht ganz unbeachtet bleiben.« Wie aus erhaltenen Dokumenten hervorgeht, entnahm das Ministerium für Staatssicherheit den 577 Gebeinen »1080 g Zähne und Zahnprothesen«. Ob nur lose Zähne und Zahnbrücken entnommen wurden oder ob auch Zahngold herausgebrochen wurde, ist bis heute sehr umstritten. Obwohl die jüdische Identität der Opfer bekannt war, ließ die Staatssicherheit die Gebeine einäschern – was nach jüdischem Glauben streng verboten ist. Der Verbleib des Großteils der Asche ist bis heute unbekannt. Nicht am authentischen Ort des ehemaligen KZ-Außenlagers, sondern im benachbarten Lieberose wurde im Mai 1973 ein Mahnmal eingeweiht. Zur selben Zeit wurden zuerst der »Lagerstein«, später die authentischen Steinpfeiler zum ehemaligen Lagereingang in Jamlitz »zwecks Verschönerung des Dorfbildes« entfernt.

Der Historiker Andreas Weigelt, der diese Vorgänge nach dem Ende der DDR recherchierte und öffentlich machte, schrieb 1999 über das Zahngold: »Seine »Spur ... verliert sich am 2. Juni 1975, als es zur »Abverfügung an die Abteilung Finanzen an die HA IX/12 übergeben« wurde.« Der Ort des Massengrabs, eine Kiesgrube bei Staakow, wurde erst 1995 mit einer Informationstafel gekennzeichnet.

*Rechte Seite: Das Medaillon aus dem Massengrab mit dem zentralen jüdischen Glaubensbekenntnis: »Höre Israel, der HERR ist unser Gott, der HERR ist einzig!«.  
Bild: BStU, ZUV 73*



**Tote aus dem 1971 exhumierten Grab**

Die Kiesgrube bei Jamlitz war das größte Massengrab aus der NS-Zeit, das auf dem Gebiet der DDR entdeckt wurde.

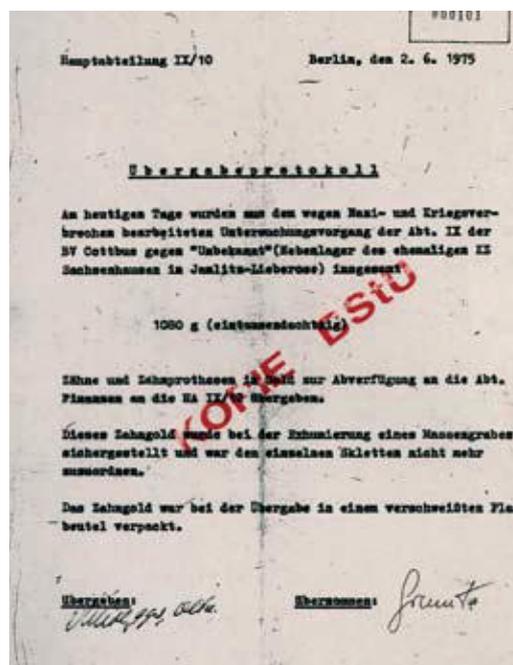
Bild: BStU, ZUV 73



**Aufruf zur Großkundgebung in Jamlitz 1965**

Während es in dem Aufrufieß »Unsere Republik erfüllt das Vermächtnis der Helden des antifaschistischen Kampfes«, verwahrlosten die erwähnten Massengräber. Quelle: Jamlitz-Archiv der evangelischen Kirchengemeinde Lieberose und Land

MfS-Bezirksverwaltung Cottbus an Hauptabteilung IX/10 des Ministeriums für Staatssicherheit: Übergabeprotokoll des Zahngolds.  
Quelle: BStU, ZUV 73





#### **Das 1973 eingeweihte Mahnmal in Lieberose**

*Neben einem roten Winkel trägt die Gedenkmauer die Inschrift: »Ehrendes Gedenken den Opfern des Faschismus, die im Nebenlager Lieberose-Jamlitz des KZ Sachsenhausen von der SS ermordet wurden 1943-1945«. Das Mahnmal selbst hat die Form eines Ringgrabens, in dessen Mitte angeblich eine Urne mit Asche der Toten aus dem Massengrab beigesetzt wurde. Nichts erinnerte an die jüdische Identität der Opfer, derer hier gedacht werden sollte.*

*Bild: Jamlitz-Archiv der evangelischen Kirchengemeinde Lieberose und Land*



#### **Lagerstein**

*Der auf Weisung der SS von den Häftlingen hergestellte »Lagerstein« an der ehemaligen Lagerstraße, die in der DDR »Straße der Freiheit« hieß.*

*Bild: Jamlitz-Archiv der evangelischen Kirchengemeinde Lieberose und Land*

## Gedenken und Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus

### »Vom Sterben durch Kämpfen zum Sieg« Das Gedenken an die Opfer von Buchenwald

Das Konzentrationslager Buchenwald entstand ab Juli 1937 auf dem Ettersberg nahe Weimar. Deutsche politische Häftlinge, die vorher in anderen Konzentrationslagern inhaftiert gewesen waren, wurden gezwungen, das Lager zu bauen. Ab 1938 lieferte die Gestapo auch andere NS-Verfolgte ein: Sinti und Roma, Zeugen Jehovas, Homosexuelle, Vorbestrafte, als »arbeitsscheu« und »asozial« stigmatisierte Häftlinge und Juden. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge waren geprägt von Brutalität und Entbehrungen, der Tod der Häftlinge war einkalkuliert, zum Teil beabsichtigt. Dennoch behandelte die SS die Häftlingsgruppen verschieden. Ganz unten rangierten in der Rangordnung der SS die als »Volksfeinde« betrachteten Juden. Ihre Überlebenschancen waren am geringsten. Vergleichsweise deutlich besser erging es den Funktionshäftlingen, die den reibungslosen Tagesablauf im Lager im Auftrag der SS organisieren mussten. Sie waren überwiegend nichtjüdische, deutsche politische Gefangene und hatten gewisse Möglichkeiten, ihre eigene Lage und die der anderen Häftlinge lebensentscheidend zu beeinflussen. Seit Beginn des Zweiten Weltkriegs wurden Menschen aus dem besetzten Europa von deutschen Besatzungsbehörden verschleppt, auch nach Buchenwald und in seine vielen Außenlager. Dort mussten die Häftlinge überwiegend für die Rüstungsindustrie arbeiten. 1945 war Buchenwald mit etwa 110.000 Häftlingen aus fast 50 Ländern das größte Lager im Reichsgebiet. Von insgesamt einer Viertelmillion Buchenwald-Häftlingen aus allen europäischen Ländern überlebten 56.000 die Lagerhaft nicht.

Am 19. April 1945 gedachten die überlebenden Häftlinge erstmals der Toten. Bei der vom Inter-

nationalen Lagerkomitee organisierten Trauerfeier marschierten die Überlebenden an einem provisorischen hölzernen Obelisken vorbei. Sie waren in Blöcken nach Nationen geordnet worden – der jüdischen Häftlinge als besonderer Gruppe wurde nicht gedacht. Wohl aus Protest gegen diese nationale Anordnung ritzte ein Unbekannter das Wort »Juden« auf die Rückseite des Obelisken. Der bekannte Schriftsteller Arnold Zweig kritisierte 1959: »Unter den 21 Fahnen der Völker, welche sich ... zusammenfanden, um das unauslöschliche Gedenken der Helden und Märtyrer mit dem Kampf gegen die Wiederkehr der Barbarei zu verbinden, fehlte die Fahne mit dem uralten Emblem des Davidsterns, welches die jüdischen Opfer des faschistischen Terrors vertreten hätte.« Die Reduzierung der Häftlinge auf ihre Herkunftsnation wurde begleitet von einer heroisierten Darstellung des Widerstandskampfes. Die unterschiedlichen Verfolgungsgründe und die ungleichen Lebens- und Überlebenschancen wurden damit zum Verschwinden gebracht. Neben Juden blieben auch Sinti und Roma, Homosexuelle, Zeugen Jehovas und andere Opfergruppen unbenannt. Die Ausrichtung des Gedenkens wurde auch im Weiteren von ehemaligen politischen Häftlingen und deren Perspektive auf das Lager bestimmt. So lautete das Leitmotiv bei der Gestaltung der Gedenkstätte in den 50er Jahren »Vom Sterben durch Kämpfen zum Sieg«. In der ersten Buchenwald-Ausstellung von 1955 hieß es: »Der Faschismus verwandelte dieses Gelände im Jahre 1937 zu einer der vielen Stätten der unmenschlichen Barbarei und des Grauens. Hier wurden zahllose antifaschistische Kämpfer den qualvollsten Folterungen unterzogen und 56.000 von ihnen ermordet.«



**Lagertor mit Blick auf die Lagerkommandantur**  
*Bild: Sammlung Gedenkstätte Buchenwald*



**Inscription im Lagertor Buchenwald**  
*Bild: Sammlung Gedenkstätte Buchenwald*



**Gedenkfeier zur Erinnerung an die Lagerbefreiung**

*Ein provisorisches Mahnmal in Form eines roten Dreiecks, Symbol für die politischen Häftlinge, wurde ab 1947 alljährlich in Weimar bei der Gedenkfeier aufgebaut. Darin drückte sich das Verständnis des Lagers als Ort des Widerstands politischer, überwiegend kommunistischer Häftlinge aus.*

*Bild: Sammlung Gedenkstätte Buchenwald*

**AUFMARSCHPLAN**

Der Gedenkfeier für die 51 von Häftlingen, die in Konzentrationslager Buchenwald von den SS-Verbrechen getötet wurden. 51 von Tschernow, ... und Kinder aus allen europäischen Ländern werden in Konzentrationlager Buchenwald erschossen, erschlagen, ertränkt, erstickt, erstift, ... ihnen zum Gedächtnis findet heute Abend bei Uhr eine würdige Beerdigung auf dem Appellplatz statt.

Der Aufmarsch erfolgt nach einzelnen Nationen. Im nachfolgenden:

**Straße I - zwischen Block 1 und 2 -**

<b>RUSSEN</b>	Aufstellung zwischen Block 1 und 2
<b>UKRAINEN</b>	" " " "
<b>POLNEN</b>	" " " "
<b>JUGOSLAVEN</b>	" " " "

**Straße II- zwischen Block 2 und 3 -**

**FRANZÖSISCHEN** Aufstellung zwischen Block 2 und 3.  
**ENGLÄNDER** " " " "  
**AMERIKANER** " " " "

**Straße III- zwischen Block 3 und 4**

<b>FRANZÖSISCHEN</b>	Aufstellung zwischen Block 3 und 4
<b>ITALIENER</b>	" " " "
<b>DÄNISCHER</b>	" " " "
<b>SCHWEDEN</b>	" " " "

**Straße IV- zwischen Block 4 und 10-Strassen -**

**DEUTSCHE** Aufstellung zwischen Block 4 und 10

<b>GATERSLOBER</b>	nachher hinter Block
<b>BUCHENWÄLDER</b>	" " " "
<b>WÄRTENBERGER</b>	" " " "

Es wird erwartet, daß jeder Kamerad pünktlich 19 Uhr 15 auf seinen Platz tritt, um, auf den Aufmarsch 19 Uhr 45 in der gewohnten Disziplin erfolgt. Ehere Anweisungen erfolgen durch die einzelnen nationalen Leitenden.

Allen Kameraden ist dieser Aufmarschplan zu verdeutlichen und verständlich zu machen.

Buchenwald, den 19 April 1945  
Lagerkommando

**Ansprache in französischer, russischer, polnischer, englischer und deutscher Sprache auf der Trauerbeerdigung des Lagers Buchenwald am 19. April 1945**

**Kameraden!**

Wir Buchenwälder Antifaschisten sind heute angesprochen zu Ehren der in Buchenwald und seinen Außenlagern von der Nazibastie und ihrer Helfershelfer ermordeten

**51 von Gefangenen!**

51 von erschossen, gehängt, ertränkt, erschlagen, erstickt, erstift, verbrannt, vergiftet - abgeschlachtet -

51 von Vätern, Brüdern - Einige starben einen qualvollen Tod, weil sie Kämpfer gegen das faschistische Herrschaftssystem waren.

51 von Müttern und Frauen und hunderttausende Kinder klagen auf

Wir leben geliebten, wir klagten der menschlichen Bestialität sehen in schrecklicher Not unsere Kameraden fallen.

Wenn uns ein's im Leben bleibt, dann war es der Gedanke:  
**Es kommt der Tag der Rache!**

**Wache sind wir frei!**

Wir danken den verkündeten Anwalt, der Amerikaner, Engländer, Sowjets und allen Freiheitskämpfern, die uns und der gesamten Welt Frieden und das Leben erlangten.

Wir gedenken an dieser Stelle des großen Freundes der Antifaschisten aller Länder, eines Organisations- und Initiators des Kampfes um eine neue, demokratische, friedliche Welt.

**F.D. ROOSEVELT.**

**Ehre seinen Andenken!**

Wir Buchenwälder,  
 Russen, Franzosen, Polen, Tschechen, - Slowaken und Deutsche,  
 Spanier, Italiener und Osterrömer,  
 Belgier und Holländer, Engländer,  
 Luxemburger, Schweden, Jugoslawen und Ungarn

**Kämpften geschlossen gegen die NS, gegen die nazistischen Verbrecher, für unsere eigene Befreiung.**

**Das besetzte eine Idee: Unsere Rache ist gerecht -**  
**Der Sieg muss unser sein!**

Wir führten in vielen Sprachen den gleichen, harten, ehrenvollen, ergebnislosen, epischen Kampf und dieser Kampf ist noch nicht zu Ende.

**Noch stehen Elterngedächtnisse!**  
**Noch leben die Mütter unserer Kameraden!**  
**Noch leiden unsere menschlichen Feinde!**

Wir schreien deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an diesem Ort des menschlichen Grauens:

Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Bewältigte vor den Mauern der Tücher steht!

Die Vernichtung des Nazismus mit seinem Verbrechen ist unsere Lösung.  
 Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.  
 Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.

Zum Zeichen unserer Bereitschaft für diesen Kampf erhebt die Hand zum Schwur und sprecht mir nach:

**WIR SCHWÜREN!**

Buchenwälder  
 gegen NS-Verbrechen

**Aufmarschplan**  
 für die Gedenkfeier der überlebenden Buchenwald-Häftlinge am 19. April 1945  
 Quelle: Sammlung Gedenkstätte Buchenwald

**Ansprache**  
 auf der Gedenkveranstaltung am 19. April 1945 mit dem »Schwur von Buchenwald«  
 Quelle: Sammlung Gedenkstätte Buchenwald



**»Nach dem Vorbild der antifaschistischen Widerstandskämpfer lieben und schützen wir unser sozialistisches Vaterland« – Fahneneid der NVA am 18. Mai 1974**

Ende der 60er Jahre nahm die Zahl der Großveranstaltungen in der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald zu. Es fanden u.a. Vereidigungen von Thälmann-Pionieren, der FDJ und der NVA statt. Der Kampfauftrag, auf den die NVA-Soldaten verpflichtet wurden, lautete: »Lernt von Ernst Thälmann, liebt eure Heimat, werdet Meister im Beherrschen der Waffentechnik, seid treue Söhne der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei und erfüllt in Ehren das Vermächtnis der 56.000 toten Helden von Buchenwald.«

Bild: Sammlung Gedenkstätte Buchenwald

## Rechtsextremismus und Antisemitismus in den 1980er Jahren

### »Oppositionsverhalten«

Die DDR betrachtete sich als »antifaschistischer Staat«, der die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ursachen von Faschismus und Antisemitismus überwunden und – im Gegensatz zur Bundesrepublik – die »Lehren aus der Geschichte« gezogen habe. Es entsprach diesem Selbstverständnis, dass Vorfälle mit rechtsextremistischem und antisemitischem Hintergrund im eigenen Land über Jahrzehnte geleugnet und verharmlost wurden. Die Verantwortlichen, wenn nicht gar die Täter, wurden in Westdeutschland verortet, da man sich nicht in dem Glauben beirren lassen wollte, die Bürger der DDR seien qua Staatsangehörigkeit antifaschistisch eingestellt. Doch seit Mitte der 1980er Jahre wurde das wachsende Ausmaß nationalistischer und rechtsextremer Stimmungen unter Jugendlichen, vor allem unter Fußballfans, offenkundig. Für die Eindämmung des Problems war in erster Linie das Ministerium für Staatssicherheit verantwortlich, das intern die »Zunahme neonazistischer und ausländereindlicher Tendenzen« in der DDR-Jugend eingestand. Das MfS untersuchte auch kleinere Hakenkreuzschmierereien mit großem Aufwand, um die Urheber – vermutete »Feinde des Sozialismus« – zu ermitteln und zur Verantwortung zu ziehen. Auf eine weitergehende Ursachenforschung verzichtete man, da die Anstifter nach wie vor im Westen vermutet wurden. Erst nach dem Bekanntwerden eines Skinhead-Überfalls auf ein Punk-Konzert in der Berliner Zionskirche am 17. Oktober 1987 wurden Täter verstärkt verhaftet und verurteilt.

In den 1980er Jahren entstanden auch in der DDR neue Formen einer unangepassten Jugendkultur, wie z.B. Punks, Grufties, Heavy Metal-Fans. Politisch unerwünscht war auch die Skinhead-Szene, die jedoch häufig mit Normen der DDR-Ge-

sellschaft wie Ordnung, Sauberkeit, Disziplin etc. übereinstimmte. Im dünn besiedelten Norden der DDR traten ihre Protagonisten deutlich weniger in Erscheinung als in den Ballungszentren. Im Frühjahr 1989 zählte das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) im Bezirk Rostock insgesamt 70 »negativ-dekadente« Jugendliche, davon 35 Punks, 25 »Skinhead-Sympathisanten« und zehn Grufties. Die Skinheads forderten das Regime durch »Rowdytum«, »Herabwürdigung politischer Symbole«, »Widerstand gegen die Staatsgewalt« sowie »gezielte politische Provokationen« heraus. Teile der Skinheadszene orientierten sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre verstärkt an rechtsextremen Parolen und Ideologiemustern. Rechtsextremistische Skin-, Fascho- und Hooligan-Gruppen verzeichneten verstärkten Zulauf, auch im Norden der DDR. 1988 registrierte das MfS persönliche Kontakte zwischen Jugendbanden im Bezirk Rostock und Neonazis in Hamburg und Schweden. Ein Jahr später zählte die Bezirksverwaltung Rostock des MfS (zuständig für den gesamten Bereich der DDR-Ostseeküste) sieben Zusammenschlüsse von Personen, die sich seit Jahren mit dem Nationalsozialismus beschäftigten und sich durch den gewachsenen Einfluss »neofaschistischer Kräfte in der BRD ermuntert fühlten, selbst aktiv zu werden«. Als handlungsbestimmende Motive wurden genannt: »... Oppositionsverhalten gegen die von ihnen geforderte Disziplin, Einordnung und Unterordnung, ablehnende Einstellungen gegenüber einer ihrer Meinung nach sich ausweitenden Korruption, »Privilegienwirtschaft«, »Konsumideologie« und anderen kleinbürgerlichen Verhaltensweisen sowie spekulativen Geschäften von Ausländern in der DDR (insbesondere Vietnamesen, Kubanern, Polen.)«

**MfS-Aufnahme eines Mitglieds der »SS-Division Walter Krüger« Wolgast, 1989**

Die Gruppe nannte sich nach einem in der Bundesrepublik lebenden SS-Mann, der in der DDR durch die Fernsehdokumentation »Kamerad Krüger« von Walter Heynowski und Gerhard Scheumann bekannt geworden war. Von den bewaffneten Gruppenmitgliedern gingen Beschimpfungen, Drohungen und gewaltsame Übergriffe gegen unliebsame, als »Juden« beschimpfte Personen aus: So wurde einem minderjährigen »Judenkind« ein Strick um den Hals gelegt, um es symbolisch aufzuhängen. Andere Personen mussten sich nackt ausziehen und wurden mit einem elektrischen Viehtreiber gequält.

Quelle: BStU, Außenstelle Rostock, Abt. IX, Nr. 96



MfS-Aufnahme von selbst gefertigten Uniformen der Wolgaster »SS-Division Walter Krüger«

Quelle: BStU, Außenstelle Rostock, Abt. IX, Nr. 96



MfS-Aufnahme von selbst gefertigten »Dokumenten« der »SS-Division Walter Krüger«  
 Quelle: BStU, Außenstelle Rostock, Abt. IX, Nr. 96



**Auszug aus einem Bericht der MfS-Betriebsverwaltung Rostocks vom 13. September 1989**

Der Bericht verzeichnet für die ersten acht Monate des Jahres 1989 allein 25 von der Rostocker Bezirksverwaltung für Staatssicherheit eingeleitete Ermittlungsverfahren »im Zusammenhang mit neofaschistischen und rassistischen Erscheinungen« (im Vergleich zu zwei Verfahren des Vorjahres 1988). Als regionale Schwerpunkte neonazistischer Umtriebe im Bezirk Rostock nennt er neben der Bezirksstadt auch Wolgast und Ahlbeck. Hervorgehoben wird, dass sich ca. 100 Personen »mit neofaschistischen Aussagen identifizieren bzw. damit sympathisieren« und neofaschistische Aktivitäten zunehmend mit einer »Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit verbunden« sind. Als qualitativ neue Erscheinung nennt der Bericht zwei konspirativ organisierte Neonazigruppen: Die »SS-Geheimorganisation Wolgast« (später »SS-Division Walter Krüger«) und die »Freiheitliche Organisation zur Neugestaltung Deutschlands« Ahlbeck. Während die Ahlbecker Gruppe das Ziel eines nationalsozialistischen Staatsreiches verfolgte, »widmeten« sich die Wolgaster der »Pflege der Traditionen der SS«.

Quelle: BStU, Außenstelle Rostock, AKG, Nr. 1045, Bl. 8

## »Einwandfrei hat hier der Gegner die Finger dazwischen«

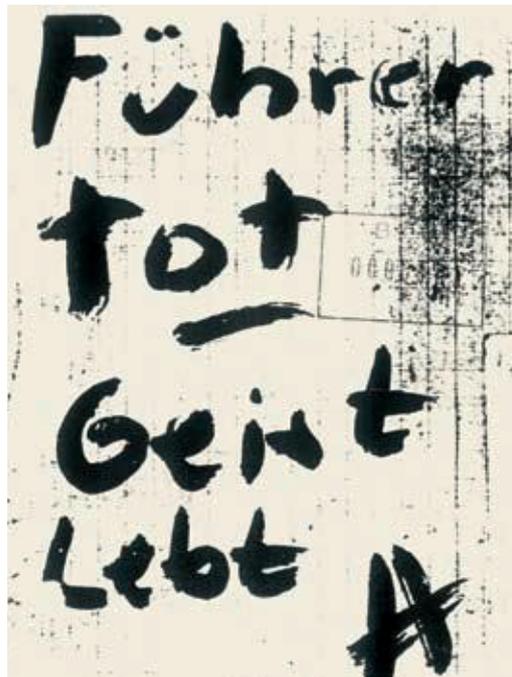
Für die Verfolgung politisch motivierter Delikte war in der DDR das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und die politische Abteilung K 1 der Kriminalpolizei zuständig. Bis weit in die 1980er Jahre wurden Delikte mit rechtsextremem und antisemitischem Hintergrund als »Rowdyhandlungen«, »dekadent-amoralische Auffassungen« oder »politische Provokationen« verharmlost. Grundsätzlich gingen die DDR-Behörden davon aus, dass die Urheber in der Bundesrepublik zu suchen seien.

Das MfS in Rostock hatte 1960 eine »Aufstellung über Hakenkreuzschmierereien« erstellt mit insgesamt 55 Delikten, darunter eine antisemitische Losung in der Rostocker Neptunwerft und einen Fall von antisemitischer Hetze in einer Rostocker Gaststätte. Der Leiter der Bezirksverwaltung kommentierte diese Taten in einer Dienstbesprechung am 26.01.1960 »als ... Teil der geplanten Provokationen aus Westdeutschland. Einwandfrei hat hier der Gegner die Finger dazwischen. Deshalb ist es notwendig, alles genau zu überprüfen. ... Vor uns steht die Frage zur Klärung: Gibt es bei uns eine Untergrundbewegung, wer sind die versteckten Feinde ...?«

Ab Mitte der 1980er Jahre nahmen neonazistische Parolen bei Fußballspielen, ausländerfeindliche Angriffe und Schändungen jüdischer Friedhöfe deutlich zu. Der wachsende Rechtsextremismus in der DDR war nicht zu übersehen und wurde zunehmend auch als Problem erkannt. So machte ein Schreiben der Bezirksverwaltung

für Staatssicherheit Halle an ihre Kollegen in Rostock am 20. März 1989 darauf aufmerksam, dass sich »vor allem Skinheads/Skinhead-Sympathisanten ... am 20.4.1989 in Halle ... zusammenrotten wollen, um den »100. Geburtstag Adolf Hitlers« zu feiern«. Aus diesem Anlass sei mit der Anreise von »Sympathisanten aus den Bezirken Magdeburg, Leipzig, Rostock, Erfurt, Karl-Marx-Stadt Halle und Berlin« zu rechnen: Die rechte Szene hatte sich – nicht zuletzt durch Kontaktaufnahmen verurteilter Täter in den Gefängnissen – vernetzt.

Beobachtet wurden nun auch neonazistische Zusammenschlüsse wie die »SS-Geheimorganisation Wolgast« und die »Freiheitliche Organisation zur Neugestaltung Deutschlands« Ahlbeck. In einem Bericht der Bezirksverwaltung Rostock von 1988 sprach das MfS von der Notwendigkeit der offensiven Bekämpfung des Problems mittels Mobilisierung der »gesamten Bevölkerung« und der Einschleusung von »inoffiziellen Mitarbeitern« in die Neonazi-Gruppen. Mit großem materiellem und personellem Aufwand wurden Hakenkreuzzeichnungen im öffentlichen Raum untersucht und dokumentiert, um deren Urheber – vermutete DDR-Feinde – zu ermitteln und zur Verantwortung zu ziehen. Die Ermittlungen blieben trotz massiver Anwendung konspirativer und geheimdienstlicher Techniken oft erfolglos, zumal entsprechende Delikte immer öfter und fast überall auftraten – in Schulen, Betrieben, NVA-Kasernen und Wohngebieten.

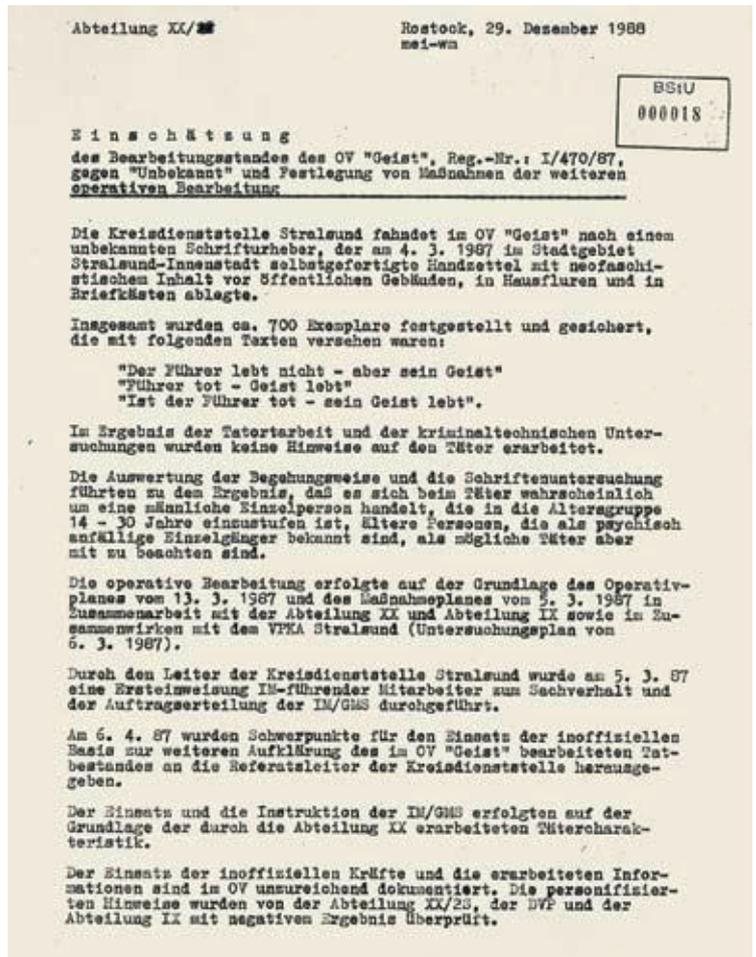


Flugblatt, aufgefunden in Stralsund im April 1988  
Quelle: BStU, Außenstelle Rostock, KD Grimmen, Nr. 44, Bl. 47

**Einschätzung des Bearbeitungsstandes im Operativen Vorgang (OV) »Geist« vom 29. Dezember 1988 durch den Leiter der Abteilung XX/23 der MfS-Betriebsverwaltung Rostock**

Zwischen 1987 und 1989 ermittelte das Ministerium für Staatssicherheit erfolglos gegen einen anonymen Täter, der in der Innenstadt von Stralsund – neben Rostock regionaler Schwerpunkt rechtsextremer Aktivitäten in den 80er Jahren – mehrfach Hunderte Flugzettel mit Hakenkreuzen oder handschriftlichen Parolen verteilt hatte.

Quelle: BStU, Außenstelle Rostock, BV Rostock, AOP 488/93, Bl. 61



**Schmiererei in einer Stralsunder Bahnhofstoilette**

In der Nacht vom 16. auf den 17. August 1989 wurde vom Transportpolizeiamt Rostock ein Fall »öffentlicher Herabwürdigung« gemäß § 220 des Strafgesetzbuches der DDR in einer Stralsunder Bahnhofstoilette festgestellt: »Unbekannte Täter brachten mittels weinroter Farbe aus einer Farbspraydose gesprüht mehrere Schmierereien an«. Die Ermittlungen wurden über die Kriminalpolizei an das MfS weitergereicht. Der oder die Täter konnten nicht ermittelt werden.

Quelle: BStU, Außenstelle Rostock, KD Stralsund, Nr. 330



### Handschriftenanalyse des MfS zur Ermittlung der Person von »Geist«

Die Ermittlungen beinhalteten neben der »schriftmäßige(n) Überprüfung« von Ausreisewilligen unter anderem Befragungen an den Fundorten, Überprüfungen an Schulen, Kinderheimen, Jugendherbergen und Jugendclubs, die Bearbeitung von Hinweisen zu losen jugendlichen Gruppierungen in Wohngebieten, die Überprüfung von Haftentlassenen, »kriminell gefährdeten Jugendlichen« und »Personen mit psychisch auffälligen Verhaltensweisen«.

Quelle: BStU, Außenstelle Rostock, BV Rostock, AK AG 101/89, Bl. 31

-31-

Graphische Analyse zu einer Handschriftenuntersuchung

Tafel No. 756/88      Schreibweise: *Fahndungstabelle*      Blatt

A		a	
D		b	
E		d	
F		e	
G		i	
K		o	
S		r	
		t	
		w	

### Kartenskizze mit Angabe der Fundorte der in Stralsund verteilten Flugzettel

Quelle: BStU, Außenstelle Rostock, BV Rostock, AK AG 101/89, Bl. 31



## »Im Unterricht darf man das nicht machen.«

Die Erziehung zum »Antifaschismus« war ein wichtiger Grundpfeiler der DDR- Volksbildung: Faschismus und kommunistischer Widerstand wurden im Geschichts- und im Deutschunterricht behandelt, Schulklassen, Pionier- und FDJ-Gruppen besuchten ehemalige Konzentrationslager, Schulen wurden nach Antifaschisten benannt. Der Antisemitismus jedoch erschien innerhalb der antifaschistischen Erziehung lediglich als ein »Instrument« zur »Verschleierung des Klassengegensatzes« und zur Spaltung der Arbeiterklasse. Dass er auf breite Zustimmung gestoßen war wurde ebenso wenig thematisiert wie die Anpassung der Bürger an die NS-Diktatur. Es gab darum auch keine kritische Auseinandersetzung über Schuld und Mitverantwortung.

Seit Ende der 70er Jahre häuften sich DDR-weit Schmierereien von Hakenkreuzen, SS-Runen und Nazi-Parolen durch Jugendliche ebenso wie antisemitische Äußerungen und die Beschäftigung mit rechtsextremen Ideen. Entsprechende Vorfälle wurden meist als »politische Provokationen« angesehen und den übergeordneten Behörden mitgeteilt. Waren die Täter bekannt, wurden sie zunächst vor die Schul-, Betriebs- und Parteileitung zitiert, anschließend vor das »Kollektiv« und gelegentlich vor die Elternvertretung. Mit diesen Maßnahmen wurde die Isolierung und Bloßstellung der Täter sowie das Statuieren eines Exempels bezweckt. Sie waren darauf gerichtet, durch »Selbstkritik« und »Selbstverpflichtungen« eine Distanzierung der Täter von ihren Taten bzw.

deren »gesellschaftliche Bewährung« in der Schule bzw. im Jugendverband FDJ zu erreichen. Der Grad der Bestrafung hing von der Schwere der Tat und der »Einsicht« des Täters ab. Diese Bestrafungen gingen jedoch nicht mit einer Suche nach den Ursachen für den jeweiligen Vorfall einher. Woher Jugendliche antisemitische Witze und Aussagen kannten, was sie damit verbanden und warum sie diese verbreiteten, war nicht Gegenstand der Untersuchungen seitens der Verantwortlichen. In den Bestrafungen zeigt sich nicht nur ein autoritäres Verständnis von Erziehung. Vielmehr wird deutlich, dass eine inhaltliche Diskussion über den Antisemitismus als nicht notwendig angesehen wurde. Die Ursache der antisemitischen Vorfälle wurde in den meisten Fällen der westdeutschen Propaganda zugeschrieben. Neben Schulstrafen – Tadel, Verweis, Relegation – wurden auch Verbandsstrafen ausgesprochen. Dazu zählten die Enthebung von FDJ-Funktionen, das Aussprechen einer Rüge sowie (seltener) der Ausschluss. In schwereren Fällen drohten auch gerichtliche Strafverfahren. Einzelfälle, die als »Dumme-Jungen-Streiche« oder kurzzeitige »Verblendung durch westliche Medien« bewertet wurden, konnten bei ausreichender Selbstkritik straflos bleiben. Vermochte die Schule die Täter nicht selbst zu ermitteln, wurde die Volkspolizei und häufig auch das Ministerium für Staatssicherheit eingeschaltet. Schulen, die versuchten, die Vorfälle intern zu klären, um größeres Aufsehen zu vermeiden, wurden, falls dies bekannt wurde, dafür hart kritisiert.



### Kranzniederlegung

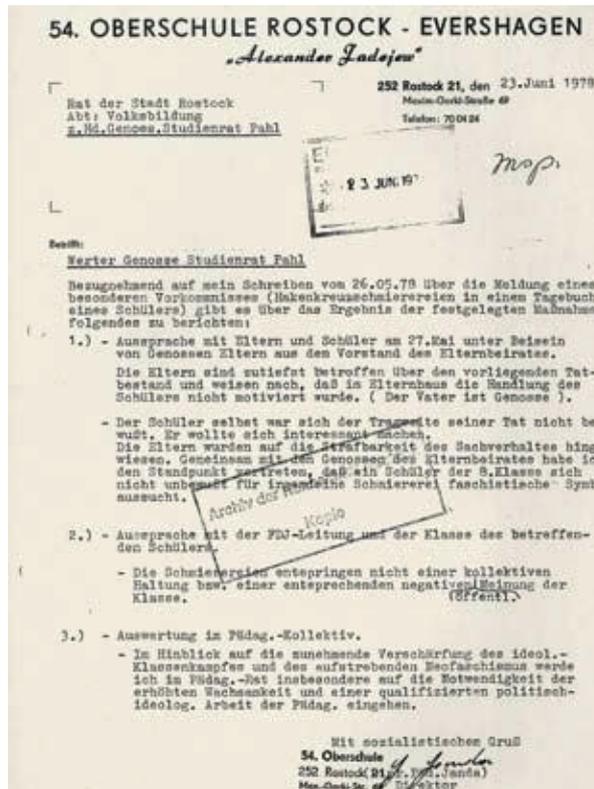
Anlässlich des Jahrestages der Ermordung der 27 an der sogenannten Station Z, dem Krematorium des Konzentrationslagers Sachsenhausen, wurden alljährlich am 11. Oktober von Pionieren und FDJ-lern Kränze niedergelegt. Besuche von Konzentrationslagern und Begegnungen mit ehemaligen Widerstandskämpfern gehörten zum Programm der Jugendstunden in der DDR. Dabei sollten Kenntnisse über die NS-Zeit vermittelt werden.

*Bild: Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten – Mediathek Sachsenhausen*

### Meldung eines Schuldirektors

Die Hakenkreuzzeichnung im Tagebuch eines Schülers wurde durch den Direktor der Schule aus dem Rostocker Stadtteil Evershagen als Indiz der Verschärfung des ideologischen Klassenkampfes und des aufstrebenden, westdeutschen Neofaschismus gewertet.

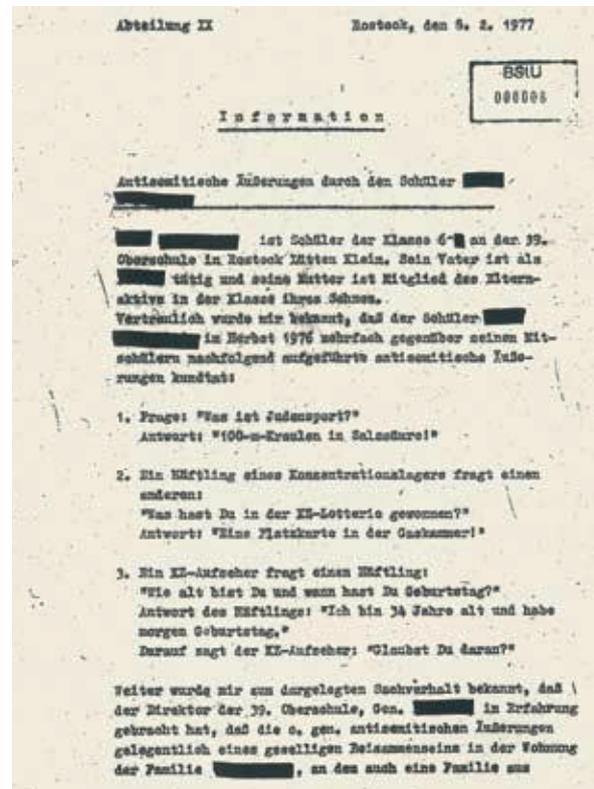
Quelle: Archiv der Hansestadt Rostock, 2.1.117568 o. Bl.



### Aus einer Information der MfS-Bezirksverwaltung

Der in dem Dokument geschilderte Fall – ein Schüler der 6. Klasse hatte bei einer privaten Zusammenkunft »Witze« »aufgeschnappt« und in der Schule weiter erzählt – wurde dem MfS bekannt durch eine Lehrerin, deren Ehemann hauptamtlicher Mitarbeiter war.

Quelle: BStU, Außenstelle Rostock, Abt. IX, Nr. 137



23. Oberschule "Kurt Barthel"  
R o s t o c k

Rostock, den 6. 5. 1980

Abt. Volksbildung  
- Stadtschulrat -

Betr.: Ergebnis der Gerichtsverhandlung -  
Schüler Pe [redacted] k - 23. OS  
" Ka [redacted] - 30. OS

19-22-86

Werter Genosse Stadtschulrat!

Am 29.4.80 hat im Kreisgericht Rostock die Gerichtsverhandlung wegen 'Öffentlicher Herabwürdigung' nach StGB § 220, Abs. ... stattgefunden.

Anwesend: Gesellschaftlicher Ankläger - Gen. Swensson, Dir. 23. OS  
Kollektivvertreter:  
für Pe [redacted] k - Kolln. Peters, Klassenleiter  
" Ka [redacted] - Gen. Rahls, Dir. 30. OS  
- Kolln. Krasch, Klassenleiter

Eltern der beiden Angeklagten  
Jugendfreundin S. Pettke - FDJ-Gruppensekr. 30. OS

Die Schüler [redacted] wurden in folgenden Hauptpunkten angeklagt:

- Hakenkreuzschmuck im Abrisgebiet der Altstadt, in Schulbüchern, auf Unterarmen und Händen von Mitschülern;
- Verunglimpfung der Porträts von Antifaschisten in Geschichtsbüchern (Erich Mühsam, Walter Silbert, Artur Becker);
- Öffentliche Gräßbezeugung mit dem Hitlergruß;
- Beleidigung der jüdischen Rasse mit folgenden Aussprüchen:  
"Hängt sie auf, die Schweine - an jeden Baum 3"  
"Die Juden muß man alle abschlichten"  
"Hängt sie auf!"
- Zeichenritzungen in Schulbänken - Galgen mit Judenstern und Inschrift "Jude verrecke".

Die Beweisermittlung hat ergeben, daß die Schüler [redacted] in allen Punkten der Anklage durch den gesellschaftlichen Vertreter und der Staatsanwaltschaft für schuldig befunden wurden.

Die Angeklagten haben in der Gerichtsverhandlung keine Überzeugende und reuevolle Haltung gezeigt, vielmehr legten sie ein überfröhliches und wenig selbstkritisches Verhalten an den Tag. Auf Grund ihrer geringen Einsicht und der nicht geküßerten Schlußfolgerungen wurde von der Staatsanwaltschaft folgendes Strafmaß beantragt:

- 2 -

Verurteilung auf Bewährung für 1 Jahr und 6 Monate  
sowie 5 Tage gesellschaftlich-nützliche Arbeitszeit.  
Bei Nichtbewährung 10 Monate Freiheitsentzug.

Das Urteil wurde am 2.5.80 rechtskräftig den Angeklagten in Anwesenheit der Eltern und Kollektivvertretern der Schulen verkündet.

Durch den gesellschaftlichen Ankläger wurde dem Gericht gegenüber erklärt, daß die Schulen mit Hilfe der Klassenkollektive alle Möglichkeiten nutzen werden, um die Schüler zu Einsichten zu führen, die eine Wiederholung solcher Handlungsweisen verhindern helfen.

Von gerichtlicher Seite ist für die Schulen keine gesonderte Auflage erteilt worden.

Archiv der Hansestadt Rostock  
Kopie

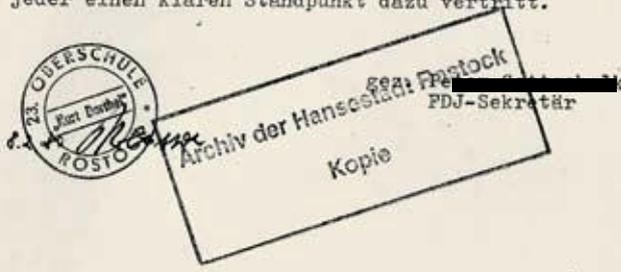
### Mitteilung eines Rostocker Schuldirektors

Die zu Bewährungsstrafen verurteilten Jugendlichen gehörten einer Gruppe von Schülern aus drei Schulen an, die sich laut einer Mitteilung »... ideologisch nach faschistischem Ideengut orientieren, sich mit faschistischer Symbolik kennzeichnen und mit dem Hitlergruß begrüßen«.

Quelle: Archiv der Hansestadt Rostock, 2.1.17557 o. Bl.

Die FDJ-Leitung der Klasse 9a ist zutiefst empört über das Verhalten unseres Mitschülers Peter M. Wir finden diese Handlungsweise verantwortungslos und distanzieren uns davon energisch.

Im Unterricht werden wir dazu erzogen, andere Völker und Rassen zu achten und Achtung vor ihnen zu gewinnen. Deshalb ist für uns dieses Vorkommnis Anlaß, in der FDJ-Gruppe über solche Probleme zu diskutieren, damit jeder einen klaren Standpunkt dazu vertritt.



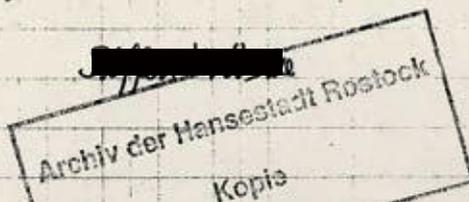
### Schriftliche Distanzierung des FDJ-Sekretärs vom Verhalten seines verurteilten Mitschülers Peter M. (Mai 1980)

Quelle: Archiv der Hansestadt Rostock, 2.1.1/7557 o. Bl.

Rostock 19.11.1980

### Stellungnahme

Das ich den Text geschrieben habe, war sehr schade von mir, da ich mir die Juden gar nicht richtig vorstellen kann. Ich hätte das Lied überhaupt nicht schreiben sollen. Im Unterricht darf man das nicht machen. Ich hätte bedenken sollen, daß das Folgen haben würde. Ich wußte, daß die Juden von den Faschisten umgebracht wurden. Ich selber bin gegen die Faschisten.



### »Selbstkritik«

Steffen K., Schüler der 6. Klasse an der 66. Rostocker POS »Peter Stucka«, hatte einen von zwei Mitschülern mündlich verbreiteten antisemitischen Liedtext auf einen Zettel geschrieben. Die Stellungnahme verfasste er auf Druck der Schulleitung.

Quelle: Archiv der Hansestadt Rostock, 2.1.1/7557 o. Bl.

## Instrumentalisierung der jüdischen Gemeinden in den 1980er Jahren

### »Ein neues Interesse jüdischer Kreise in Washington ...«

In den 1980er Jahren begann die DDR-Regierung eine neue Politik gegenüber der argwöhnisch beobachteten jüdischen Minderheit. Staatliche Behörden machten sich Gedanken über eine »Konzeption zur Unterstützung der weiteren Tätigkeit der jüdischen Gemeinden in der DDR«. Angeregt wurde u.a. der »Wiederaufbau der Synagogenruine Oranienburger Straße«, die »Erhaltung und Pflege der 125 jüdischen Friedhöfe« angemahnt und sogar die Frage aufgeworfen, »ob die jährliche staatliche Zuwendung von 200.000 Mark« für die Erhaltung der Friedhöfe ausreiche. Fünf Jahre später betonte das Staatssekretariat für Kirchenfragen in einer »Information zu Problemen der jüdischen Gemeinden in der DDR«: »Damit die sozialistische DDR entsprechend ihres antifaschistischen Charakters das Weiterbestehen von jüdischem Leben ... sichern kann, muss eine weiterreichende Unterstützung als bisher durch die Gesellschaft erfolgen. Dabei ist bei allen Konzeptionen und Vorschlägen zu bedenken, dass im Jahre 1988 der 50. Jahrestag der faschistischen Pogromnacht ... ist und aus diesem Anlass entsprechende Veranstaltungen des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR im November des Jahres geplant werden.« Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf das 750. Jubiläum Berlins benannte das Papier eine Reihe von Aufgaben: die Pflege jüdischer Friedhöfe in Berlin, die Verbesserung des baulichen Zustandes jüdischer Altersheime, die Förderung eines jüdischen Museums in Tröbitz und die Profilierung des Nachrichtenblattes der jüdischen Gemeinden. Der Beginn des Wiederaufbaus der »Neuen Synagoge« »sollte zu Beginn des Jahres 1987 erkennbar gemacht ... werden« und der fertig gestellte Bau Sitz des zu gründenden Centrum Judaicum werden. Zum Höhepunkt der neuen Aufmerksamkeit der Partei- und Staatsführung für jüdisches Leben in der DDR gerieten die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Pogromnacht.

Ein wichtiges Motiv dieser vielfältigen Förderung der jüdischen Gemeinden war das Ziel der Verbesse-

rung der Beziehungen zu den USA. Seit dem Ende des Vietnamkrieges hatte sich die DDR darum bemüht, die Handelsbeziehungen mit den USA zu verbessern; dabei ging es auch darum, dass Produkte aus der DDR unter die sogenannte Meistbegünstigungsklausel\* fielen. Die US-Regierungen jedoch hatten ihre Bereitschaft, über Handelserleichterungen zu sprechen, an die Bereitschaft der DDR gebunden, endlich eine umfassende Entschädigung für bzw. eine Rückerstattung von Eigentum an die Opfer des Nationalsozialismus einzuleiten. Im Rahmen der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den USA 1974 hatte die DDR diesbezügliche Gespräche zugesagt, sich aber einer Lösung von Entschädigungsfragen verweigert. Am 8. April 1987 berichtete Klaus Gysi, Staatssekretär für Kirchenfragen, an Erich Honecker, dass er bei einem Aufenthalt in Washington »ein neues Interesse jüdischer Kreise in Washington ... für die DDR« vorgefunden habe: »Das ist in erster Linie auf die Maßnahmen zurückzuführen, die im letzten Jahr ergriffen wurden: Rekonstruktion und Eigentumsrückgabe bei zwei jüdischen Friedhöfen in Berlin, Beschluß zur Rekonstruktion der Synagoge in der Oranienburger Straße ...«. Über ein Zusammentreffen mit dem Kongressabgeordneten Lehmann schrieb Gysi: »Das Außenministerium mißt diesem Besuch eine große Bedeutung bei. ... Lehmann ist auch einer der USA-Politiker, die uns im Kampf um die Erreichung der Meistbegünstigung ... unterstützen können.« Die DDR-Staatsführung ging davon aus, dass Lehmann einer besonders einflussreichen Gruppe angehören würde, die sie der Realisierung ihres Ziels, der Erreichung besserer Handelskonditionen mit den USA, näher bringen könnte – und saß damit der Klischee-Vorstellung von der »mächtigen jüdischen Lobby« auf.

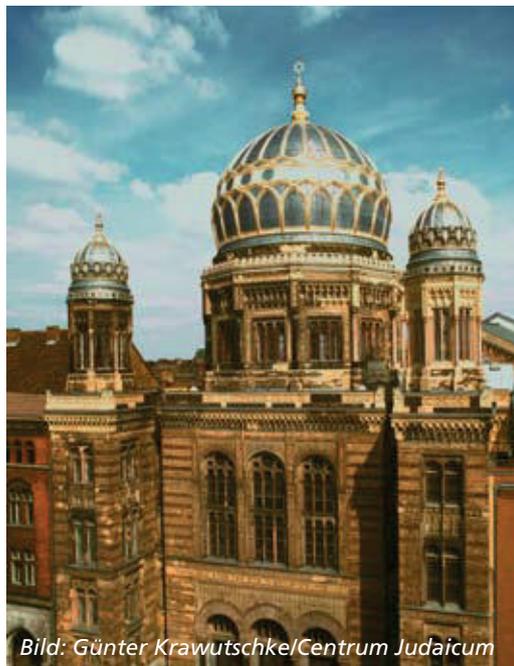
\* Meistbegünstigungsklausel: Regelung, die besagt, dass die Vertragspartner einander alle Vorteile gewähren, die sie gleichzeitig oder später dritten Ländern einräumen.



**Dr. Peter Kirchner, von 1971 bis 1991 Vorsitzender der Ostberliner Gemeinde, spricht am 10. November 1988 anlässlich der Grundsteinlegung für den Wiederaufbau der Neuen Synagoge.**

Die Neue Synagoge, 1866 feierlich eröffnet, wurde während des Pogroms vom 9. November 1938 in Brand gesteckt. Am 30. März 1940 wurde der letzte Gottesdienst in der NS-Zeit abgehalten. Danach als Lagerhalle für die Wehrmacht zweckentfremdet, wurde sie bei einem britischen Luftangriff 1943 schwer beschädigt. Im Sommer 1958 wurde die Ruine des Hauptraumes der Neuen Synagoge gesprengt. Ebenso wurde die schwer beschädigte Kuppel aus Sicherheitsgründen abgerissen. Ab 1961 wandten sich Vertreter der Ostberliner jüdischen Gemeinde immer wieder an die staatlichen Stellen der DDR mit der Bitte, die Überreste zu erhalten und ein Museum an diesem Ort zu errichten. Doch erst 1988 wurde der Grundstein gelegt, zwei Jahre später wurde das Richtfest gefeiert. Im Mai 1995, im Rahmen der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus, wurde die Neue Synagoge wieder für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

*Bild: Günter Krawutschke/Centrum Judaicum*



*Bild: Günter Krawutschke/Centrum Judaicum*

Generalsekretär des Zentral-  
komitees der Sozialistischen  
Einheitspartei Deutschlands  
und Vorsitzender des Staats-  
rates der DDR  
Genossen Erich Honecker

Marx-Engels-Platz

Berlin

1 0 2 0

Berlin, 15. Januar 1988

Sehr geehrter Genosse Generalsekretär,  
lieber Genosse Erich Honecker!

Bei Überprüfung der Ausführungen Deiner Weisung über die Rückgabe der früher dem Magistrat gehörenden Trasse durch den Weißenseer jüdischen Friedhof habe ich festgestellt, daß bisher nur der Vorschlag eines Nutzungsvertrages an der Trasse für die Jüdische Gemeinde vorliegt. Die Jüdische Gemeinde Berlin, Hauptstadt der DDR, verfügt über keinerlei Eigentumsrechte an den von ihr genutzten Grundstücken. Die Ursache liegt in der früheren Haltung des Berliner Magistrats zur Frage des Grundeigentums der Jüdischen Gemeinde in Berlin, Hauptstadt der DDR, die auch von der ehemaligen Leitung des Amtes für den Rechtsschutz des Vermögens der DDR geteilt wurde. In allen anderen Bezirken der DDR wurde die Rückerstattung des früheren Grundeigentums der jüdischen Gemeinden verfügt und realisiert.

In Berlin wurde auf Grund des alliierten Kontrollratsbeschlusses Nr. 2 eine andere Haltung eingenommen. Dieser alliierte Beschluß sollte der Wiedergutmachung dienen und sah die sofortige staatliche Beschlagnahme alles jüdischen Grundeigentums durch die zuständigen Stellen (Magistrat) sowie das Verbot der damaligen Nutzer, ohne staatliche Zustimmung auf dem Grundstück Bauten oder andere Maßnahmen vorzunehmen. Damit sollten Manipulierungen mit dem "arisierten", vormals jüdischen Grundeigentum verhindert werden, um eine Wiedergutmachung vorzunehmen.

In Berlin (West) wurde auf Grundlage dieses Beschlusses der dortigen jüdischen Gemeinde ihr gesamtes Grundeigentum zurückgegeben. Im damaligen russischen Sektor Berlin sollte diese Rückgabe gerade in Angriff genommen werden als der damalige Vorsitzende der Gesamt-Berliner Jüdischen Gemeinde, Heinz Galinski, mit der Spaltung des Magistrats in die Westsektoren übersiedelte. Daraufhin wurde die Überprüfung der Rückgabe gestoppt, was in der damaligen Situation noch einsichtig war. Aber dabei blieb es bis heute.

Es gab zwar eine Korrespondenz darüber zwischen der Jüdischen Gemeinde Berlin, Hauptstadt der DDR, und dem Magistrat, die aber zu keiner Veränderung der Eigentumslage führte. Inzwischen hatte sich bei den zuständigen Genossen im Magistrat und im Ministerium der Finanzen die Auffassung verfestigt, daß das von den Nazis generell zum Reichseigentum erklärte ehemals jüdische Grundeigentum damit volkseigen geworden sei und nicht rückerstattet werden dürfe. Diese Meinung teilte vorübergehend auch das Amt für den Rechtsschutz des Vermögens der DDR. Bis heute aufrechterhalten wurde ebenfalls die damalige Verfügung, daß ohne Magistratszustimmung nichts auf den von der Jüdischen Gemeinde genutzten ehemals ihr gehörenden Grundstücken verändert werden darf.

#### Gegenwärtiger Stand:

Alle Grundstücke stehen in Berlin unter "Staatlicher Verwaltung" durch den Magistrat von Berlin, Abt. Volkseigentum. Soweit die Objekte unmittelbar durch die Jüdische Gemeinde Berlin genutzt werden, hat die Jüdische Gemeinde Berlin Nutzungsrechte, kann aber nicht wie ein Eigentümer verfügen. Es handelt sich um:

- Hauptverwaltung, Oranienburger Straße 28 (Stadtbezirk Mitte)
- Friedhof, Schönhauser Allee 22 (Stadtbezirk Prenzlauer Berg)
- Hauptfriedhof, Berlin-Weißensee, jetzt Herbert-Baum-Straße bzw. Indira Ghandi-Straße, früher Wörtherstr./Lothringenstraße
- Jüdisches Altersheim, Berlin-Niederschönhausen, früher Moltkestraße jetzt Wilhelm-Wolf-Straße 30/38
- Rykestraße 52, Stadtbezirk Prenzlauer Berg, Synagoge

Diese Situation kann sich m. E. als eine kleine Zeitbombe erweisen:

- Wir lehnen prinzipiell ab, Rechtsnachfolger des alten faschistischen Reiches zu sein. Ausgerechnet in der Frage des enteigneten jüdischen Grundeigentums in Berlin berufen wir uns defakto auf diese Rechtsnachfolge.
- Alle Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR und in Berlin, Hauptstadt der DDR, haben ihr Vermögen voll erhalten (wurden aus der Bodenreform ausgenommen). Ausgerechnet die jüdischen Gemeinden bleiben enteignet.
- Der erste Befehl der SMA, der die Aufhebung aller Nazi-Gesetze und -Verordnungen vorsah und der hier nicht angewandt wurde.
- Jede öffentliche Auseinandersetzung um diese Frage wäre unangenehm und schädlich.

Aus einem Brief des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Klaus Gysi, an Erich Honecker vom 15. Januar 1988

Quelle: BStU, MfS HA XX/4 Nr. 1381

»Aus politischen Gründen ist es erforderlich, den Jüdischen Gemeinden bei der Aufhaltung des Schrumpfungprozesses Unterstützung zu geben. In geeigneter Weise ist die Arbeit der bestehenden Arbeitsgruppe der Jüdischen Gemeinde Berlin für junge Bürger jüdischer Herkunft zu unterstützen und politisch zu führen, um daraus möglicherweise neue Gemeindemitglieder zu entwickeln. Dieser Prozeß ist durch zweckmäßige politisch operative Maßnahmen unter Kontrolle zu halten, um das mögliche Eindringen zionistischer Einflüsse in das Judentum der DDR zu unterbinden.«

Aus einem Konzept des Ministeriums für Staatssicherheit »Zur Vorbereitung des 50. Jahrestages der »Kristallnacht« und zur Lösung weiterer Probleme der jüdischen Gemeinden in der DDR« vom 1. September 1987.

Quelle: BStU, MfS HA XX/4 2185

## Gedenken an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus

### Gedenken »von unten« und Gedenken »von oben«

In den 1980er Jahren entspannte sich das Verhältnis zwischen der DDR und den jüdischen Gemeinden spürbar. Im Rahmen der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Überfälle, Brandstiftungen und Morde an jüdischen Bürgern (Reichspogromnacht) bemühte sich die DDR-Führung um eine Förderung der jüdischen Gemeinde und ein gutes Verhältnis zu diesen. Das offizielle Gedenken für die verfolgten und ermordeten Juden bedeutete in gewissem Umfang eine Abkehr von der sonst üblichen Praxis der pauschalen Ehrung »aller Antifaschisten«, mit denen in erster Linie die Kommunisten gemeint waren.

Der Verband der Jüdischen Gemeinden veranstaltete im Ostberliner Deutschen Theater eine zentrale Gedenkveranstaltung mit einer Aufführung von Lessings »Nathan der Weise«. Die Volkskammer hielt am 8. November 1988 eine Sondersitzung ab. Im Staatsratsgebäude verlieh Honecker am selben Tag Orden an Juden aus der DDR und an jüdische Gäste aus dem Ausland. »Unsere Republik gedachte der Opfer der faschistischen Pogromnacht vor 50 Jahren«, hieß es am 9. November 1988 im »Neuen Deutschland«. Einen Tag später wurde der Grundstein für den Wiederaufbau der zerstörten Synagoge in der Oranienburger Straße gelegt. Doch das Misstrauen gegen jüdische Gemeinden saß tief: Trotz aller Förderung sorgte man sich über das mögliche »Eindringen zionistischer Einflüsse in das Judentum der DDR«.

Noch weniger anfangen konnte die SED mit dem Gedenken von »unten«, das nicht in erster Linie das Lob der DDR im Auge hatte. Seit Ende der 70er Jahre gab es in einigen DDR-Städten kleinere Gedenkveranstaltungen, die v.a. von kirchlichen Gruppen und Mitgliedern jüdischer Gemeinden getragen wurden. Wie das Beispiel Leipzig zeigt, beobachteten und behinderten Stasi und Polizei solches Gedenken. So fotografierte und protokollierte das MfS während des 40. Jahrestags der Pogromnacht alle Personen, die am 9. und 10. November 1978 die Häuser zweier Vorstandsmitglieder der Israelitischen Gemeinde betreten bzw. verließen. Im Jahr 1983 schlug die Volkspolizei mitgebrachte Kerzen bei einer Gedenkveranstaltung am Platz der ehemaligen Synagoge aus, löste diese auf und nahm von 46 Personen die Personalien auf.

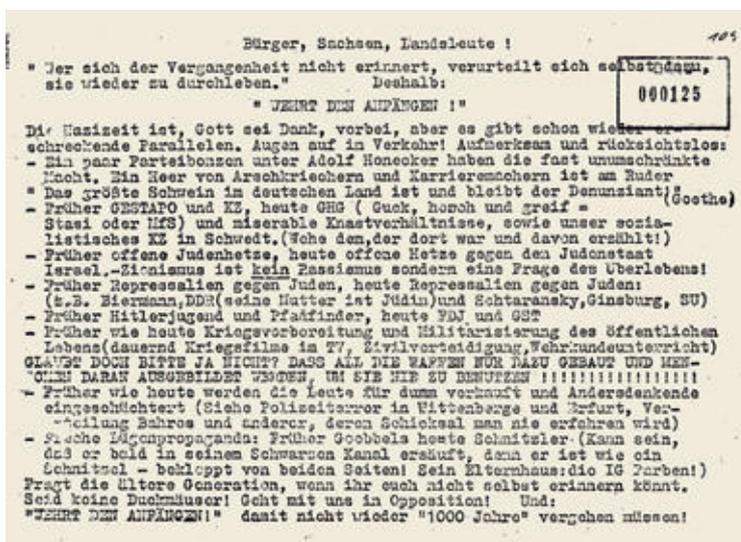
#### **Aktion »Kristall«**

1988 benannte das MfS sämtliche Sicherheits- und Überwachungsmaßnahmen rund um den 50. Jahrestag der Pogromnacht bezeichnenderweise »Aktion Kristall«. In jenem Jahr ließ die Volkspolizei die nicht-offizielle Gedenkveranstaltung in Leipzig gewähren, wahrscheinlich weil die DDR diesen Jahrestag in Berlin mit hochrangigen ausländischen Gästen beging und daher ein Vorgehen gegen das Gedenken von unten nicht gut ausgesehen hätte.



Gedenkundgebung an der ehemaligen Synagoge in Leipzig 9.11.1978

Bild: Viola Boden



### Flugblatt »Bürger, Sachsen, Landsleute«

Dieses Flugblatt wurde am 10. 9. 1978 am Rande der Leipziger Herbstmesse verteilt. Es kritisiert u.a. das Vorhandensein von Antisemitismus in der DDR und die Hetze der DDR gegen Israel. Die Stasi vermutete den oder die Täter im Umfeld der Arbeitsgruppe »Kirche und Judentum«. Nach jahrelangen Ermittlungen im Umfeld der jüdisch-christlichen Zusammenarbeit wurde im Mai 1980 ein junger Mann als Täter festgenommen.

Quelle: BStU Außenstelle Leipzig, Reg.-Nr.:XIII, 982/18 OV »Blitz«

»Bedeutsame Ereignisse aus Anlaß des 50. Jahrestages der faschistischen Pogromnacht im nun beginnenden Neuen Jahr werden eindrucksvoll den antifaschistischen Charakter unseres Friedensstaates und den tiefen Humanismus unserer Politik manifestieren. Sie werden mit hohen Anforderungen an die Repräsentanten des Verbandes der jüdischen Gemeinden in der DDR verbunden sein. Ich bin gewiß, dass dies alles unter Ihrer Leitung zum Erfolg geführt wird.«

Werner Jarowinsky, Mitglied des Politbüros der SED, an Siegmund Rotstein, Präsident des Verbandes jüdischer Gemeinden in der DDR, am 12. September 1988.

Quelle: BStU, MfS HA XX/4 2185



#### **Titelblatt eines Tagungsbandes**

Die Publikation von Wolfgang Wilhelmus, Peter Richter und anderen veröffentlichte die Beiträge des ersten, von den Sektionen Geschichtswissenschaften und Theologie der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald veranstalteten wissenschaftlichen Kolloquiums in der DDR zur Geschichte der Juden.

Quelle: Privatarchiv Dr. Hermann Langer, Bad Döberan



#### **Broschüre des Rostocker Stadtarchivs**

Anlässlich des 50. Jahrestages der Pogromnacht erschienen in der DDR erstmals Publikationen, die sich mit der regionalen jüdischen Geschichte auseinandersetzten. Die Broschüre des Rostocker Stadtarchivs zeigt die brennende Synagoge in der Rostocker Augustenstraße in den Morgenstunden des 10. November 1938. Gewidmet ist sie dem Andenken an Perle und Ruth Zuckermann, die zusammen mit 20 anderen jüdischen Kindern, Frauen und Männern in Auschwitz vergast worden waren.

Quelle: Privatarchiv Dr. Hermann Langer, Bad Döberan

»Der 50. Jahrestag der faschistischen Pogromnacht vom 9. November 1938 wird in der DDR, dem ersten deutschen Staat, in dem Antisemitismus, Rassen- und Völkerhaß mit der Wurzel ausgerottet sind, im Geiste der antifaschistischen Traditionen unseres Landes als ein Tag des Gedenkens an die sechs Millionen jüdischen wie alle Opfer des Faschismus, als stete Mahnung und aktuelle Verpflichtung gestaltet.«

Aus: »Maßnahmen zum 50. Jahrestag der faschistischen Pogromnacht vom 9. November 1938 im Bezirk Rostock«, Beschluss des Sekretariats der Bezirksleitung der SED Rostock vom 22. Juni 1988

## Kontinuität und Wandel: Ausblick

### »Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik«

In den 1980er Jahren engagieren sich zivilgesellschaftliche Gruppierungen für eine Demokratisierung der DDR. Mit der Maueröffnung beginnt eine öffentliche Auseinandersetzung über undemokratische Strukturen, die den Alltag in der Diktatur ausmachten. Im März 1990 bekennt sich das Parlament der DDR zur Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus und den Antisemitismus in der DDR: »Das erste frei gewählte Parlament der DDR bekennt sich (...) zur Mitverantwortung für Demütigung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Frauen, Männer und Kinder. (...) Wir bitten das Volk in Israel um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande.« Der Einigungsvertrag mit der Bundesrepublik ermöglicht die in der DDR ausgebliebene Rückerstattung des in der Zeit des Nationalsozialismus geraubten jüdischen Eigentums. Im Juli 1990 beschließt die letzte DDR-Regierung allen Jüdinnen und Juden aus der ehemaligen Sowjetunion, »die antisemitischen Repressalien in ihrer Heimat ausgesetzt waren, eine rasche und unbürokratische Aufnahme zu gewähren«.

Auch nach der Wiedervereinigung gibt es Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus. Mit der politischen Wende werden in der Öffentlichkeit vermehrt nationalistische Stimmen laut. Neonazistrukturen, die bereits in der letzten Dekade der DDR angewachsen sind, erfahren nun eine Verstärkung durch direkten Austausch und Vernetzung mit westdeutschen Gruppierungen. Rechtsextreme Straftaten nehmen zu. Eines der ersten Todesopfer ist Amadeu Antonio Kiowa, er wird in der Nacht des 24. Novembers 1990 von Rechtsextremen in Eberswalde überfallen, er stirbt wenige Tage darauf an den Verletzungen. Im September 1991 und im August 1992 verüben Rechtsextreme in Hoyerswerda und in Rostock-Lichtenhagen Pogrome

gegen Vertragsarbeiter der DDR und Asylbewerber. Eine Vielzahl »schaulustiger« Anwohner greift nicht ein, nur durch ein Wunder kommt niemand zu Tode. Auch der Antisemitismus wird laut: 1997 verhindern Gollwitzer BürgerInnen den Zuzug von 60 Juden aus der ehemaligen Sowjetunion. Alte Ressentiments werden offen geäußert, angedroht wird ein Pogrom. Die Landesregierung Brandenburgs reagiert, indem sie die Flüchtlinge an anderem Ort unterbringt. Dass die Angst vor antisemitischer Gewalt zum Alltag von Juden in Deutschland gehört, zeigt nicht zuletzt die polizeiliche Bewachung von Gemeindehäusern und jüdischen Institutionen.

Alltagsrassismus, Antisemitismus und rechtsextreme Gewalt gehören zwanzig Jahre nach dem Mauerfall zum Alltag in den Neuen Bundesländern. Schwarze Menschen können nicht ohne weiteres Urlaub an der ostdeutschen Ostseeküste machen oder ins Berliner Umland reisen. Es gibt Gebiete, in denen Neonazis den lokalen Raum dominieren und Menschen bedrohen, die nicht in ein rechtsextremes Weltbild passen. Seit der Wiedervereinigung wurde in Deutschland eine Vielzahl von Menschen durch Neonazis überfallen, verletzt und auch ermordet.

Mit Beginn des neuen Jahrtausends ist die öffentliche Wahrnehmung von Rechtsextremismus durchaus kritischer geworden: Weite Teile der Gesellschaft sind sich einig, dass etwas gegen neonazistische Gewalt getan werden muss. Gegen die Gefahren des Rechtsextremismus engagieren sich zivilgesellschaftliche Initiativen; Programme der Bundes- und Landesregierung(en) stellen Projektgelder bereit. Mittlerweile liegen vielfältige Erfahrungen in der Zusammenarbeit für demokratische Kultur in ländlichen und urbanen Räumen vor. Nach wie vor jedoch bleibt viel zu tun: Es ist Aufgabe von uns allen, bei rassistischen und antisemitischen Äußerungen einzuschreiten, Opfer rechter Gewalt zu schützen und für ein demokratisches Miteinander einzutreten.

# Gemeinsame Erklärung der Volkskammer der DDR

**Wir, die ersten frei gewählten Parlamentarier der DDR, bekennen uns zur Verantwortung der Deutschen in der DDR für ihre Geschichte und ihre Zukunft und erklären einmütig vor der Weltöffentlichkeit:**

Durch Deutsche ist während der Zeit des Nationalsozialismus den Völkern der Welt unermessliches Leid zugefügt worden. Nationalismus und Rassenwahn führten zum Völkermord, insbesondere an den Juden aus allen europäischen Ländern, an den Völkern der Sowjetunion, am polnischen Volk und am Volk der Sinti und Roma. Diese Schuld darf niemals vergessen werden. Aus ihr wollen wir unsere Verantwortung für die Zukunft ableiten.

1. Das erste frei gewählte Parlament der DDR bekennt sich im Namen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zur Mitverantwortung für Demütigung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Frauen, Männer und Kinder. Wir empfinden Trauer und Scham und bekennen uns zu dieser Last der deutschen Geschichte.

Wir bitten die Juden in aller Welt um Verzeihung. Wir bitten das Volk in Israel um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande.

Wir erklären, alles uns Mögliche zur Heilung der seelischen und körperlichen Leiden der Überlebenden beitragen zu wollen und für eine gerechte Entschädigung materieller Verluste einzutreten.

Wir wissen uns verpflichtet, die jüdische Religion, Kultur und Tradition in Deutschland in besonderer Weise zu fördern und zu schützen und jüdische Friedhöfe, Synagogen und Gedenkstätten dauernd zu pflegen und zu erhalten.

Eine besondere Aufgabe sehen wir darin, die Jugend unseres Landes zur Achtung vor dem jüdischen Volk zu erziehen und Wissen über jüdische Religion, Tradition und Kultur zu vermitteln.

Wir treten dafür ein, verfolgten Juden in der DDR Asyl zu gewähren.

Wir erklären, uns um die Herstellung diplomatischer Beziehungen und um vielfältige Kontakte zum Staat Israel bemühen zu wollen.

2. Uns, den Abgeordneten des ersten frei gewählten Parlaments der DDR, ist es ein tiefes Bedürfnis, uns mit der folgenden Erklärung an die Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion zu wenden:

Wir haben die furchtbaren Leiden nicht vergessen, die Deutsche im zweiten Weltkrieg den Menschen in der Sowjetunion zugefügt haben. Diese von Deutschland ausgegangene Gewalt hat schließlich auch unser Volk selbst getroffen. Wir wollen den Prozeß der Versöhnung unser Völker intensiv fortführen.

Unser Anliegen wird es daher sein, Deutschland so in ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem zu integrieren, daß unseren Völkern Frieden und Sicherheit garantiert sind.

Wir sind uns bewußt, daß die Umgestaltung in unserem Land nicht möglich gewesen wäre ohne das neue Denken

und die Perestroika in der Sowjetunion. Wir sind den Bürgerinnen und Bürgern der Sowjetunion dankbar für die Ermutigung und Anregung, die wir durch sie in dieser Hinsicht empfangen haben. Wir fühlen uns mit ihnen eng verbunden in der Auseinandersetzung mit dem Erbe des Stalinismus und im Wirken für Demokratie.

Ausgehend von den sich verändernden Bedingungen in unseren Ländern und den neuen Tendenzen in den internationalen Beziehungen werden wir uns mit den Völkern der Sowjetunion um eine konstruktive Politik für Frieden und internationale Zusammenarbeit bemühen. In diesem Sinne regen wir an, die bestehenden Verträge mit der Sowjetunion allmählich und einvernehmlich den neuen Realitäten anzupassen.

3. Die Volkskammer der DDR bekennt sich zur Mitschuld der DDR an der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ 1968 durch Truppen des Warschauer Paktes. Mit der unrechtmäßigen militärischen Intervention wurde den Menschen in der Tschechoslowakei großes Leid zugefügt und der Prozeß der Demokratisierung in Osteuropa um 20 Jahre verzögert. Der Einmarsch der Volksarmee geschah unter Verletzung des Artikels 8 (2) der Verfassung der DDR.

Wir haben in Angst und Mutlosigkeit diesen Völkerrechtsbruch nicht verhindert.

Das erste frei gewählte Parlament der DDR bittet die Völker der Tschechoslowakei um Entschuldigung für das begangene Unrecht.

4. Die Bevölkerung der DDR hat durch ihre friedliche Revolution im Herbst 1989 die trennende Wirkung der menschenverachtenden innerdeutschen Grenze beseitigt. Nun sollen die beiden Teile Deutschlands zusammenwachsen und dabei die Herausbildung einer gesamteuropäischen Friedensordnung im Rahmen des KSZE-Prozesses fördern.

Wir sehen eine besondere Verantwortung darin, unsere historisch gewachsenen Beziehungen zu den Völkern Osteuropas in den europäischen Einigungsprozeß einzubringen.

In diesem Zusammenhang erklären wir erneut feierlich, die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstandenen deutschen Grenzen zu allen Anrainerstaaten ohne Bedingungen anzuerkennen.

Insbesondere das polnische Volk soll wissen, daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird.

Wir bekräftigen die Unverletzbarkeit der Oder-Neiße-Grenze zur Republik Polen als Grundlage des friedlichen Zusammenlebens unserer Völker in einem gemeinsamen europäischen Haus.

Dies soll ein künftiges gesamtdeutsches Parlament vertraglich bestätigen.

**Die Fraktionen der Volkskammer  
der Deutschen Demokratischen Republik**

Berlin, 12. April 1990

16 *horizont-INTERNATIONAL* 6/1990

## Erklärung der DDR-Volkskammer, 12. 4. 1990

Die DDR übernahm damit die Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus und für den Antisemitismus in der DDR.

Quelle: *Horizont-International*, Heft 6/1990, S. 16



### **Ausländerfeindliche Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen 1992**

In Rostock-Lichtenhagen greifen Neonazis im August 1992 Asylbewerber an. Wie auch in Hoyerswerda 1991 sympathisieren Einwohner und beteiligen sich an den Pogromen. Über mehrere Tage und Nächte werden die Bewohnerinnen des Asylbewerberheimes von einem gewalttätigen Mob belagert, Fensterscheiben werden eingeschlagen, das Wohnheim geht in Flammen auf. Die Polizei ist nicht nur mit dem Schutz der Angegriffenen überfordert, auch Feuerwehrleute werden nicht vor den Neonazis geschützt, so dass sich die Löschtrupps zurückziehen müssen. Nur durch ein Wunder wird niemand getötet. In Hoyerswerda und in Rostock kapitulieren die Behörden und verlegen die Asylbewerber in andere Städte. Die Asylbewerber werden als Problem betrachtet, die Täter geraten aus dem Blick. Anstelle von Überlegungen, wie dem Rechtsextremismus begegnet werden könne, verändert der Deutsche Bundestag in der Folge das Grundgesetz. Das Asylrecht erfährt eine drastische Einschränkung, es kann seitdem nur noch in Einzelfällen in Anspruch genommen werden.

*Bild: Ullstein*



### **Polizei bewacht die Synagoge in der Oranienburger Strasse/Berlin**

»Man hat sich hierzulande daran gewöhnt, dass jüdische Einrichtungen ausschauen müssen wie Festungen und dass tagtäglich jüdische Gräber geschändet werden. Soll man sich jetzt auch noch daran gewöhnen, dass Kindern in der S-Bahn der Davidstern vom Halskettchen gerissen wird – und die Politik Scharons als Entschuldigungsgrund dafür herhalten muss?«

*Quelle: Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung, 2002*

## Zitarnachweise für die Ausstellung

Im Folgenden werden Zitate, deren Belege nicht in den Tafeln selbst angegeben sind, aufgeführt und ihre Fundstelle genannt.

### Kapitel 1, S. 55

#### »... bis zum Rand »mit Antisemitismus« gefüllt«

Alle wichtigen gesellschaftlichen Bereiche seien »bis zum Rand »mit Antisemitismus« gefüllt«, klagte 1880 Ludwig Bamberger.

(Zit. n. Wehler, Hans-Ulrich: »Krisenherde des Kaiserreichs. Studien zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte«, Göttingen 1970, S. 256)

»Der Antisemit (...) weiß, daß hinter den Sachzwängen Menschen stecken. Er weiß sie zu benennen: die Juden. Nicht als Individuum, sondern als Prinzip: der Jude.«

(Claussen, Detlev: »Grenzen der Aufklärung. Zur gesellschaftlichen Geschichte des modernen Antisemitismus«, Frankfurt am Main 1987, S. 36)

### Kapitel 1, S. 58

#### »Tretet die Judenkapitalisten nieder ...«

Der Antisemitismus wirke wider Willen schließlich revolutionär, da die Anhänger des Antisemitismus schließlich erkennen würden, »daß nicht blos der jüdische Kapitalist, sondern die Kapitalistenklasse überhaupt ihr Feind ist«.

(Resolution des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Köln v. 22-28.10.1893, In: »Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Köln v. 22-28.10.1893«, Berlin/Bonn 1978 [Reprint])

»... Nur völlig unwissende, völlig verschüchterte Menschen können den gegen die Juden verbreiteten Lügen und Verleumdungen Glauben schenken. ... Nicht die Juden sind die Feinde der Werktätigen. Die Feinde der Arbeiter sind die Kapitalisten aller Länder. Unter den Juden gibt es Arbeiter, Werktätige: sie bilden die Mehrheit. Die Kapitalisten sind bemüht, zwischen den Arbeitern verschiedenen Glaubens, verschiedener Nation, verschiedener Rasse Feindschaft zu säen und zu schüren... Die reichen Juden, die reichen Russen, die Reichen aller Länder unterdrücken und unterjochen im Bunde miteinander die Arbeiter, plündern sie aus und entzweien sie. Schande über den verfluchten Zarismus, der die Juden gequält und verfolgt hat. Schmach und Schande über den, der Feindschaft gegen die Juden, Haß gegen andere Nationen sät.«

(Lenin, Wladimir Iljitsch: »Über die Pogromhetze gegen die Juden«, in: »Lenin Werke« Bd. 29, Berlin (DDR) 1970, S. 239f.)

»Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß. Sie sind gegen das Judenkapital und wollen die Börsenjobber niederkämpfen. Recht so. Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie. Aber, meine Herren, wie stehen Sie zu den Großkapitalisten, den Stinnes, Klöckner?«

(Zitiert nach Pfemfert, Franz: »Die Schwarzweißrote Pest im ehemaligen Spartakusbund«, in: »Die Aktion«, XIII. Jahrgang, Nr. 27/28, v. 31.7.1923, S. 373)

Ruth Fischer behauptete 1948 in einem Buch, sie habe damals erklärt, dass »der Kommunismus nur dann für die Bekämpfung der jüdischen Kapitalisten ist, wenn alle Kapitalisten, jüdische und nicht-jüdische, Ziel des gleichen Angriffs sind« und beklagt, ihre Rede werde »entstellt« dargestellt.

(Fischer, Ruth: »Stalin und der deutsche Kommunismus«, Bd. I., Berlin 1991, S. 354)

### Kapitel 1, S. 62

#### Der Massenmord an den Juden war ein »öffentliches Geheimnis«

»Siegt der Jude (...) über die Völker dieser Welt, [...] dann wird seine Krone der Totenkranz der Menschheit sein, dann wird dieser Planet wieder wie einst vor Jahrmillionen menschenleer durch den Äther ziehen«.

(Hitler, Adolf: »Mein Kampf«, Bd. I und II. München 1933, S. 70)

Der Holocaust war ein »öffentliches Geheimnis«.

(Longerich, Peter: »Davon haben wir nichts gewusst!« Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933-1945, München 2006, S. 278)

Pätzold, Kurt (Hrsg.): »Verfolgung – Vertreibung – Vernichtung, Dokumente des faschistischen Antisemitismus«, Leipzig 1984:

Auch diese, in der DDR 1984 erschienene, ansonsten sehr gelungene Sammlung von »Dokumenten des faschistischen Antisemitismus« leugnet, dass »der Massenmord an den jüdischen Menschen« ein »Kriegsziel« gewesen sei (S. 26). Das Vorwort kann es sich nicht verkneifen, zionistischen Geschichtsdeutungen, die mit »Schliche[n] und Tricks« (S. 28) arbeiten würden, »betrügerische Zwecke, die sich mit jenen der Nazifaschisten durchaus messen können« (S. 28), zu unterstellen. Die Politik Israels wird als »zumindest

klassenverwandt« (S. 28) mit dem Nationalsozialismus bezeichnet.

Ähnliches findet sich auch in der ansonsten durchaus interessanten Studie von Walter Mohrmann. Nachdem er festgestellt hat, dass »1948 durch einen Gewaltakt das künstliche Staatsgebilde Israel geschaffen« worden sei, formuliert er wie folgt: Der Tod der »Menschen jüdischer Herkunft«, die »in den Gaskammern von Auschwitz starben, deren letzte Hoffnung die Auswanderung in das Gebiet des späteren Israels war« sei »bleibende Verpflichtung, auf die klassenmäßige Gemeinsamkeit der zionistischen Führungskräfte in Israel ... und jener Kräfte des westdeutschen Monopolkapitals hinzuweisen, die ... sechs Millionen Menschen vernichten« lieben.

(Mohrmann, Walter: »Antisemitismus. Ideologie und Geschichte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik« Berlin DDR 1972, S. 185f.)

### **Kapitel 1, S. 65**

#### **»Die Deutsche Demokratische Republik hat auf ihrem Gebiet den Nazismus ausgerottet«**

In den Verfassungen der DDR von 1968 und 1974 hieß es in Artikel 6: »Die Deutsche Demokratische Republik hat getreu den Interessen des Volkes und den internationalen Verpflichtungen auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet.«

Artikel 91 der Verfassung der DDR von 1968 bestimmte: »Die allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts über die Bestrafung von Verbrechen gegen den Frieden, gegen die Menschlichkeit und von Kriegsverbrechen sind unmittelbar geltendes Recht. Verbrechen dieser Art unterliegen nicht der Verjährung.«

»Das, was Ernst Moritz Arndt gewollt hat, geht zum guten Teil in unseren Tagen in Erfüllung«, erklärte der Festredner Prof. D. Heinrich Laag am 28. Juni 1933. (Laag, Heinrich: »Der Freiheitskampf des Greifswalder Dozenten E. M. Arndt. Rede bei der Feier anlässlich der Verleihung des Namens Ernst-Moritz-Arndt-Universität am 28. Juni 1933. Greifswalder Universitätsreden 37«, Greifswald 1933, S. 16)

Der Staatssekretär für das Hochschulwesen der DDR teilte der Universität Greifswald am 13. August 1954 mit: »Da von seiten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Namen Ihrer Universität nach 1945 nicht aufgehoben wurde, erheben wir unsererseits gegen Ihren Beschluss [vom 27. Februar 1954, den Namen Arndts weiter zu führen, Anm. von mir, W. B.] keinen Einwand.... Die Universität Greifswald führt ab sofort ihren Namen »Ernst-Moritz-Arndt-Universität«.  
(Universitätsarchiv, Rektorat, N. F. 28, fol. 260)

Zitate von Ernst Moritz Arndt:

»Die Juden als Juden passen nicht in diese Welt und in diese Staaten hinein«.

(Arndt, Ernst Moritz: »Blick aus der Zeit auf die Zeit«, Germanien [vielm. Frankfurt am Main: Eichenberg] 1814, S.188)

»Ich hasse alle Franzosen ohne Ausnahme im Namen Gottes und meines Volkes [...]. Ich lehre meinen Sohn diesen Hass. Ich werde mein ganzes Leben arbeiten, dass die Verachtung und der Hass auf dieses Volk die tiefsten Wurzeln in deutschen Herzen schlägt«.

(Wehler, Hans-Ulrich: »Nationalismus. Geschichte, Formen, Folgen«, C.H. Beck, München 2001, S.69)

»Jedes Volk ... hüte sich aber vor aller Buhlerei mit dem Fremden«.

(Arndt, Ernst Moritz: »Über Volkshaß und über den Gebrauch einer fremden Sprache«, Leipzig 1813, S. 17 f.)

### **Kapitel 2, S. 68**

#### **»Entlarvung der Zionisten«**

Die aberwitzige Anklage lautete, diese »Kosmopoliten« hätten sich während des Krieges von Noel Field als amerikanische Spione anwerben lassen und hätten nach 1945, getarnt als Kommunisten, eine zionistische Verschwörung gegen das tschechoslowakische Volk begonnen: »Wie eine Krake« hätten diese »Verbrecher« versucht, der Tschechoslowakei »das Blut und das Mark auszusaugen«.

(Aus dem Plädoyer des Staatsanwaltes im Slánský-Prozess, zit. n. Arthur London: »Ich gestehe. Der Prozess um Rudolf Slánský«, Berlin 1991, S. 308).

Im Januar 1953 berichteten sämtliche Zeitungen des Ostblocks über ein angebliches »Ärztekomplott« in Moskau: Jüdische Ärzte des Kreml-Krankenhauses, diffamiert als »wurzellose Kosmopoliten« und »verächtliche Mietlinge des Imperialismus« (Prawda, zit. n. Koenen, Gerd/Hielscher, Barbara: »Die schwarze Front. Der neue Antisemitismus in der Sowjetunion«, Reinbek 1991, S. 189), wurden in der Prawda beschuldigt, im Auftrag ausländischer jüdischer Organisationen »die Ausrottung der führenden Kader der UdSSR« geplant zu haben (Prawda 13. Januar 1953 (Leitartikel), zit. n. Lustiger, Arno: »Rotbuch. Stalin und die Juden«, Berlin 1998, S. 281). Kommunistischen Funktionären wurde vorgeworfen, ihre Unterstützung jüdischer Forderungen nach Wiedergutmachung und der Rückgabe »arisierter« jüdischen Eigentums sei nichts anderes als die »Propagierung des Kosmopolitismus« und die »Preisgabe deutschen Volksvermögens« (Zentralkomitee der SED: Beschluss »Lehren aus dem Prozess gegen das Verschwörerzentrum Slansky« vom 20. Dezember 1952 in: »Dokumente der SED.« Bd. 4., Berlin 1954, S. 199-219, hier: S. 208).

## **Kapitel 2, S. 75**

### **»Hätte Hitler nicht die jüdischen Kapitalisten enteignet, hätten wir es getan«**

Die genaue Darstellung über die Praxis des Wiedergutmachungsgesetzes in Thüringen und dass es seit 1947 praktisch außer Vollzug gesetzt wurde, findet sich bei Spannuth, Jan Phillip: »Rückerstattung Ost«, Essen 2007, S. 208. Die verwaltungsmäßigen und rechtlichen Details der Kämpfer und Opfer-Ungleichbehandlung findet man bei Guckes, Ulrike: »Opferentschädigung nach zweierlei Maß? Eine vergleichende Untersuchung der gesetzlichen Grundlagen der Entschädigung für das Unrecht der NS-Diktatur und der SED-Diktatur«, Berlin 2008, S. 38 – 52.

Die Gesetzesgegner innerhalb der SED, die sich schließlich durchsetzten, wehrten sich nicht nur gegen diese begrenzte Rückerstattung von Betrieben und Firmen, sondern lehnten die Rückgabe jeglichen Eigentums ab. Ihre »Argumente« waren antisemitisch. Sie behaupteten, die »jüdischen Emigranten« gehörten nicht zur Arbeiterklasse, jegliche Rückgabe von jüdischem Eigentum stärke nur »die jüdischen Kapitalisten« und sei deshalb mit dem Sozialismus unvereinbar.

(Diese Zitate sind einem Brief von Leo Zuckermann an Paul Merker vom 30. 4. 1948 entnommen: SAPMO-BArch, DY 30/IV/2/2.027/27/31, Bl. 137, zitiert nach: Spannuth, Jan Phillip: »Rückerstattung Ost«, Essen 2007, S. 55)

*»Nun, wir waren immer gegen die jüdischen Kapitalisten genauso wie gegen die nichtjüdischen. Und wenn Hitler sie nicht enteignet hätte, so hätten wir es nach der Macht ergreifung getan.«*

Diese Äußerung wurde von Leo Bauer in einer Sendung am 31.8.1963 kolportiert und von Ulbricht nicht bestritten (Zitiert nach: Hartewig, Karin: »Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR«, Köln/ Weimar/ Wien: 2000, S. 275).

## **Kapitel 2, S. 79**

### **»Kämpfer« und »Opfer«**

Obwohl Gollomb aus dem Vernichtungslager Auschwitz flieht, aktiv am kommunistischen Partisanenkampf teilnimmt und gegen die deutsche Besatzung in Polen kämpft, war sein VdN-Status »Opfer«. Auf eine diesbezügliche Anfrage, erhält er in den 1970er Jahren die Antwort: *»Es kommt nicht darauf an, was Du damals gemacht hast, sondern was Du heute machst.«*

(»Eugen Golomb« in Veen, Hans-Joachim u.a. (Hrsg.): »Lexikon – Opposition und Widerstand der DDR«, Berlin 2000, S. 161/162; Niethammer, Lutz:

»Flüchten und Standhalten« in: Niethammer, Lutz u.a. (Hrsg.): »Die volkseigene Erfahrung«, Berlin 1991, S. 248ff.)

*»Ich selbst war ein Beispiel für diesen Unsinn. Nach dem Paragraphen der Anerkennung als Widerstandskämpfer in der DDR-Gesetzgebung wurde ich bis zum Slánský-Prozess als solcher geführt, weil ich organisierten Widerstand im Rahmen einer antifaschistischen Organisation geleistet hatte. Aber wegen meiner rassischen Verwandtschaft mit Slánský wurde ich aus der Partei ausgeschlossen und zum rassistisch Verfolgten, also zum Märtyrer degradiert.«*

(Eschwege, Helmut: »Fremd unter Meinesgleichen«, Berlin 1991, S. 228f.)

## **Kapitel 3, S. 87**

### **Jüdische Friedhöfe in der DDR: verlegt, verschwunden, geschändet ...**

Obwohl die jüdische Gemeinde Neubrandenburg darauf hinwies, dass *»nach den Kultusbestimmungen kein jüdischer Friedhof eingeebnet werden darf«* (Brief der jüdischen Landesgemeinde Mecklenburg an den Rat der Stadt Neubrandenburg vom 1. Februar 1965; Stadtarchiv Neubrandenburg), wurden die Gräber eingeebnet oder verlegt.

Fünf Jahre später war eine weitere Umbettung wegen des Baus eines Wohngebietes geplant. Zum 21. Oktober 1970 sollte der Friedhof geräumt werden. *»Diese Maßnahmen treffen auch für die Grabstellen zu, die durch den Bau der drei Hochhäuser 1965 umgebettet wurden«*, heißt es in einem Aufruf der Stadt (Bekanntmachung des Stadtrats vom 23. 10. 1970 über eine Stadtverordnetenversammlung vom 21. 10. 1970).

Die Gemeinde zögerte: *»Wenn es sich um einen Platz handelt, der offensichtlich noch äußerlich als »Friedhof anzusehen ist, so wäre es pietätlos, ihn zu veräußern...«*

(KA Hagenow, Rat der Stadt Hagenow A 159, Akte: Ankauf von Grundstücken 1939 – 1942, Brief Jüdische Landesgemeinde Mecklenburg an Rat der Stadt Hagenow vom 1. 6. 1949).

Die Stadt beruhigte die Gemeinde: Der Friedhof sei verwahrlost und reparaturbedürftig und werde auch nicht mehr gebraucht, da *»jüdische Glaubensangehörige hier nicht mehr ansässig sind.«*

(KA Hagenow, Rat der Stadt Hagenow A 159, Akte: Ankauf von Grundstücken 1939 – 1942, Brief Stadt Hagenow an Landesgemeinde vom 19.10.1949).

1962 verkaufte die Jüdische Gemeinde das Friedhofsgelände an die Produktions-Genossenschaft »1. Mai« in Hagenow, mit der Auflage: *»Sollten die Käufer bei Grabungen auch nach der Übernahme auf Gebeine stoßen, so ist dieses der jüdischen Landesgemeinde in Schwerin mitzuteilen.«*

(§ 3 des »Angebotes zum Abschluß eines Kaufvertrages« vom 11. Juli 1961, Grundbuch der Stadt Hagenow Bd. 3 Bl. 4891; am 2. 8. 1961 wurde das Angebot angenommen)

Über die Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof in Hagenow, die in das Fundament einer neu erbauten Garage eingelassen wurde, erklärte ein Zeitzeuge 2006: »für die Steine gab's ja keine Verwendung mehr«. (Aussage in dem Film: »Der »Gute Ort« von Hagenow«. Auf der Suche nach den Spuren des jüdischen Friedhofes, Bundesrepublik Deutschland 2006.)

Aus einem Bericht von 1978 aus Rostock: »Die ständige Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit ... bereitet uns seit Jahren erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten. Immer wieder werden Grabsteine vom Sockel gestoßen. Trotz enger Zusammenarbeit mit der VP gelang es bisher nicht, Täter zu ermitteln.« (Aus einem Bericht des Direktors des Bereiches »Friedhöfe und Bestattungswesen« des VEB Gartengestaltung Rostock vom 17. März 1978; Quelle: Archiv der Hansestadt Rostock 2.1.1/6386, o.Bl.)

Laut Volkspolizei lag der »Tatbestand von antisemitischen Ausschreitungen« nicht vor, aus den Fußspuren schloss die VP auf »unbedachte Handlungen von Jugendlichen«.

(Aus einem Bericht des Direktors des Bereiches »Friedhöfe und Bestattungswesen« des VEB Gartengestaltung Rostock vom 17. März 1978; Quelle: Archiv der Hansestadt Rostock 2.1.1/6386, o.Bl.)

#### **Kapitel 4, S. 91 »... dass antiisraelisch nicht mit antisemitisch verwechselt wird«**

Gregor Gysi, Fraktionschef der Partei »Die Linke« schrieb im Oktober 2008: »Die DDR ... hoffte, dass antiisraelisch nicht mit antisemitisch verwechselt wird«. (In: Der Tagesspiegel, 30. 10. 2008)

#### **Kapitel 4, S. 94**

##### **»Wir bekämpfen den Zionismus genauso wie den Faschismus«**

»Wir sind ein Volk – der Feind macht uns ohne unseren Willen dazu«.

(Herzl, Theodor: »Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage«, Zürich o.J., S. 36)

»Die Völker, bei denen die Juden wohnen, sind alle samt und sonders verschämt oder unverschämt Antisemiten«.

(Herzl, Theodor: »Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage«, Zürich o.J., S. 30)

Der Zionismus sei als eine »undurchführbare Utopie« abzulehnen.

(Kautsky, Karl: »Rasse und Judentum«, Stuttgart 1914, S. 91)

Die II. Internationale sprach auf ihrem Kongress in London vom »vollen Selbstbestimmungsrecht aller Nationen«.

(»Protokoll der Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Arbeiter und Gewerkschafts Kongress zu London, vom 27. Juli bis 18. August 1896«, Berlin 1896, S. 18f.)

1932 schrieb das Zentralkomitee der KPD, man bekämpfe »den Zionismus genauso wie den deutschen Faschismus, denn auch er will den Proletarier vom Proletarier trennen...«.

(Zentralkomitee der KPD: »Kommunismus und Judenfrage«, in: »Der Jud' ist schuld? Diskussionsbuch zur Judenfrage«, Berlin 1932, S. 284)

»Der Zionismus ist die chauvinistische Ideologie, das weit verzweigte Organisationssystem und die rassistische, expansionistische politische Praxis der jüdischen Bourgeoisie, die einen Teil des internationalen Monopolkapitals bildet.«

Weiter heißt es: »Mit der Gründung des Staates Israel wurde der Z. zur Staatsdoktrin erhoben. Der Staat Israel bildete von nun an das Zentrum der ideellen und politischen Einwirkung auf die jüdischen Bürger in Israel und in anderen Ländern

der Welt im Sinne von Nationalchauvinismus und Antikommunismus. Der Hauptstoß des politischen Z. richtet sich gegen die arabische nationale Befreiungsbewegung, ihre antiimperialistisch-demokratische Profilierung und ihr Bündnis mit der sozialistischen Staatengemeinschaft«.

(»Kleines Politisches Wörterbuch« Berlin (DDR) 1983, S. 1095f.)

#### **Kapitel 4, S. 96**

##### **»Imperialistische Speerspitze gegen die arabischen Völker«**

»Wir betrachten die Schaffung eines jüdischen Staates als einen wesentlichen Beitrag, um Tausenden von Menschen, denen der Hitlerfaschismus die schwersten Leiden zufügte, den Aufbau eines neuen Lebens zu ermöglichen.«

(Sonderinformation des Zentralsekretariats der SED von Anfang 1948, zit. n. Arndt, Siegfried Theodor: »Juden in der DDR: Geschichte – Probleme – Perspektiven. Arbeitsmaterialien zur Geistesgeschichte«, Band 4, Duisburg 1988, S. 89)

Die Charta der PLO bezeichnete in Artikel 19 die Gründung Israels als illegal; in Artikel 15 hieß es: »Die Befreiung Palästinas ist vom arabischen Standpunkt aus nationale Pflicht. Ihr Ziel ist, der zionistischen und imperialistischen Aggression gegen die arabische Heimat zu begegnen und den Zionismus in Palästina auszutilgen.«

(Harkabi, Yehoshafad: »Das Palästinensische Manifest und seine Bedeutung«, Stuttgart 1980, S. 141f.)

Dennoch arbeitet die SED eng mit der PLO zusammen, »im gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus und Zionismus, für Frieden, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt«, wie es in einem Abkommen 1973 hieß. Unterzeichnet wurde es am 2. August 1973 durch den Vorsitzenden der PLO, Yasser Arafat, und Gerhard Grünberg, Mitglied des Zentralkomitees und des Politbüros der SED.

Der Sechs-Tage-Krieg wurde als »Juni-Aggression: Israelische Armee überfällt Ägypten, Syrien und Jordanien« geißelt, ohne auf die Vorgeschichte der Kriegs- und Vernichtungsandrohungen der arabischen Staaten einzugehen. Der Überfall ägyptischer und syrischer Truppen auf Israel an einem der höchsten jüdischen Feiertage wurde hingegen folgendermaßen charakterisiert: »Die anhaltende Okkupation arabischer Gebiete durch Israel führt zum vierten Nahostkrieg.«

(Aus Jörgensen, Arne: »Israel intern. Ereignisse, Tatsachen, Zusammenhänge«, Berlin (DDR) 1989, S. 398)

Markus Wolf konstatiert in einem Interview mit der Zürcher »Jüdischen Rundschau« Ende der 1990er Jahre: »Natürlich war die DDR nicht Zentrum des internationalen Terrorismus....Die Kontakte müssen aber heute so gesehen werden, dass damit faktisch terroristische Aktionen vom Territorium der DDR aus geduldet wurden ...« (»Ex-Spionagechef Markus Wolf Verhältnis zum Judentum: Die Wurzeln sind immer präsent«, in Jüdische Rundschau, zitiert nach [www.hagalil.com/schweiz/rundschau/inhalt/wolf.htm](http://www.hagalil.com/schweiz/rundschau/inhalt/wolf.htm), Zugriff am 7. 6. 2010)

#### **Kapitel 4, S. 100** **»Verbrechen ebenbürtig denen von Oradour, Lidice und Khatyn«**

Die Sowjetunion verurteilte bereits am 5. Juni »die israelische Aggression gegen die arabischen Länder« und bekundete ihre »rückhaltlose Unterstützung für die Regierungen und Völker der Vereinigten Arabischen Emirate, Syriens, Iraks, Algeriens und Jordaniens und der anderen arabischen Staaten«.

(»Sowjetregierung verurteilt Israels Aggression«, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten, 7. 6. 67, S. 1)

Am 8. Juni bekräftigte der Ministerrat der DDR diese Haltung: »Die israelische Regierung unternimmt [...] die Aggression gegen die arabischen Staaten in Form eines »Blitzkrieges«. Sie hat dabei die militärische Unterstützung imperialistischer Mächte.«

(Anlage Nr. 22 zum Reinschriftenprotokoll des PB, 25. 9. 1973. SAPMO-BA ZPA J IV 2/2/1470. Vgl.: Erklärung des Politbüros des ZK der SED, des Staatsrates und des Ministerrates der DDR zur neuen israelischen Aggression, veröffentlicht in: Bator Wolfgang/Bator, Angelika (Hrsg.): »Die DDR und die arabischen Staaten. Dokumente 1956–1982«, Berlin (DDR) 1984, S. 248–249.)

Israel betreibe eine »Genozidpolitik«.

(»Erklärung des Stellvertretenden Ministers für Auswärtige Angelegenheiten und Ständigen Vertreters der DDR bei den Vereinten Nationen, Harry Ott, während der Sitzung des Vorbereitungskomitees der Internationalen Konferenz zur Palästinafrage« vom 27. Juli 1982, in: »Außenpolitische Korrespondenz«, 26. Jg., 1982, Nr. 38)

#### **Kapitel 5, S. 103** **»Über Deutschland war die Nacht des Faschismus hereingebrochen.«**

Der Titel der Tafel ist dem »Lehrbuch für Geschichte der 9. Klasse der Oberschule und der erweiterten Oberschule«, Berlin (DDR) 1964, S. 239 entnommen.

Weinstock, Rolf: »Rolf, Kopf hoch!«. Ein Erlebnisbericht eines jungen Juden«, Berlin (DDR) 1950. Dieser Erlebnisbericht eines Überlebenden des KZ Buchenwald zeigte zu deutlich, wie die mörderische Realität des NS-Lagersystems für einen Häftling aussah, der nicht im kommunistischen Widerstand organisiert war. Der Autor beschreibt die unmenschlichen Bedingungen im Kleinen Lager, in der Häftlinge – in der Mehrzahl Jüdinnen und Juden –, zu überleben versuchten. Im Gegensatz zum Stammlager, wo es Baracken gab, wurde das Kleine Lager schlechter versorgt und versank in Schlamm. Weinstock beschrieb sehr genau die Gegenwart von Hunger, Gewalt und Mord durch die SS. Für die Zensur war dies jedoch die falsche Erinnerung. Erwünscht waren »Berichte der wirklichen Widerstandskämpfer, die den Menschen auch heute noch in ihrem Kampfe helfen können.« (Stefan Heymann in »Die Tat« vom 9.12.1950). Das Buch wurde zurückgerufen und eingestampft, die Lektoren verhört. Zudem wurde eine Parteiüberprüfung der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« (VVN) eingeleitet, in deren Rahmen der VVN-Generalsekretär und Buchenwald-Überlebende Harry Kuhn abgesetzt wurde.

(Quelle und Zitat nach: Hartewig, Karin: »Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR«, Köln/Weimar/Wien 2000, S. 466 – 471)

Mit der ideologisch geprägten Erzählung bleiben jedoch Informationen ausgespart, die die Geschichte mit all ihren Widersprüchen und die unmenschlichen Lagerbedingungen für die verschiedenen Haftlingsgruppen im Detail darstellen.

So bleibt unerwähnt, dass für die Rettung des jüdischen Kindes ein Sinto-Kind auf den Transport nach Auschwitz geschickt wird.

(Niven, Bill: »Das Buchenwaldkind. Wahrheit, Fiktion und Propaganda«, Halle 2009, S. 55 u. S. 219)

### **Kapitel 5, S. 106**

#### **»Wenn eine Kommission des Auslandes so etwas besichtigen würde ...« Das KZ-Außenlager in Retzow**

Wiewohl seit 1948 die Existenz der Massengräber bekannt war und einige französische Tote exhumiert worden waren, drängte erst 1950, als Dorfhunde einige Skelette freilegten, das Landessekretariat der VVN Mecklenburg auf eine würdige Bestattung der Toten. »Wenn eine Kommission des Auslandes so etwas besichtigen würde, hätten wir uns als Antifaschisten und Kameraden besonders zu schämen.« (Bericht des Landesvorstandes der VVN Mecklenburg an die VVN in Berlin vom 30.6.1950. Archiv der Gedenkstätte Ravensbrück, RA VI LAG, Ordner 20)

Aus erhalten gebliebenen Protokollen geht hervor, dass bekannt war, dass es sich bei den Toten »zum größten Teil um Frauen jüdischer Rasse« handelte. (Bericht des Volkspolizeirat Janke vom 3.8.1950 an das Volkspolizeipräsidium Schwerin Abteilung K/Kommissariat C Mordkommission Ja/Ah. Tgb.Nr. B3047/50. Archiv der Gedenkstätte Ravensbrück, RA VI LAG, Ordner 20)

### **Kapitel 5, S. 108**

#### **»Die Opfer weisen viel Zahngold auf. Dieser Faktor darf nicht ganz unbeachtet bleiben.«**

Der Wahlspruch des Lagerführers Kersten war: »Die Juden sollen zittern«.

(Weigelt, Andreas: »»Die Juden sollen zittern!« Zur Geschichte des jüdischen »Arbeitslagers Lieberose« 1943-1945 in Jamlitz, einem Außenlager des KZ-Sachsenhausen sowie zur gleichnamigen Wanderausstellung«, in: Stiftung Topographie des Terrors (Hg.): Gedenkstättenrundbrief Nr. 82. Heft 4/1998. Berlin 1998)

Die Generalstaatsanwaltschaft vermerkte am 17. Mai 1971: »Die Opfer bei Staakow weisen zum Teil viel Zahngold auf. Dieser Faktor darf bei einer Umbettung nicht ganz unbeachtet bleiben.« Wie aus erhaltenen Dokumenten hervorgeht, entnahm das Ministerium für Staatssicherheit den 577 Gebeinen »1080 g Zähne und Zahnprothesen«.

(MFS-Bezirksverwaltung Cottbus an Hauptabteilung IX/10 des Ministeriums für Staatssicherheit: Übergabeprotokoll des Zahngolds. Quelle: BStU, ZUV 73)

Der Historiker Andreas Weigelt, der diese Vorgänge nach dem Ende der DDR recherchierte und öffentlich machte, schrieb 1999 über das Zahngold: *Seine »Spur ... verliert sich am 2. Juni 1975, als es zur »Abverfügung an die Abteilung Finanzen an die HA IX /12 übergeben« wurde.«*

(Weigelt, Andreas: »Die Asche der jüdischen Häftlinge auf dem »Galgenberg« in Lieberose. Zum Umgang mit dem KZ-Nebenlager Jamlitz in der DDR«, in: Leo, Annette; Reif-Spirek, Peter (Hrsg.): »Helden, Täter und Verräter. Studien zum DDR-Antifaschismus«, Berlin 1999)

### **Kapitel 5, S. 111**

#### **»Vom Sterben durch Kämpfen zum Sieg« Das Gedenken an die Opfer von Buchenwald**

Der bekannte Schriftsteller Arnold Zweig kritisierte 1959: »Unter den 21 Fahnen der Völker, welche sich... zusammenfanden, um das unauslöschliche Gedenken der Helden und Märtyrer mit dem Kampftruf gegen die Wiederkehr der Barbarei zu verbinden, fehlte die Fahne mit dem uralten Emblem des Davidsterns, welches die jüdischen Opfer des faschistischen Terrors vertreten hätte.«

(Zitiert nach Zweig, Arnold: »Im Feuer vergangen. Tagebücher aus dem Ghetto«, Berlin 1958, S. 9)

»Der Faschismus verwandelte dieses Gelände im Jahre 1937 zu einer der vielen Stätten der unmenschlichen Barbarei und des Grauens. Hier wurden zahllose antifaschistische Kämpfer den qualvollen Folterungen unterzogen und 56 000 von ihnen ermordet.«

(Buchenwaldarchiv, o. S., Drehbuch für die Gestaltung des Buchenwald-Museums und der einzelnen Gedenkstätten. B: Widerstandsmuseum in der Kantine, 1955, S. 57)

Der Kampfauftrag, auf den die NVA-Soldaten verpflichtet wurden, lautete: »Lernt von Ernst Thälmann, liebt eure Heimat, werdet Meister im Beherrschen der Waffentechnik, seid treue Söhne der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei und erfüllt in Ehren das Vermächtnis der 56.000 toten Helden von Buchenwald.« (Archiv der Gedenkstätte Buchenwald«)

### **Kapitel 6, S. 114**

#### **»Oppositionsverhalten«**

Ein Jahr später zählte die Bezirksverwaltung Rostock des MfS (zuständig für den gesamten Bereich der DDR-Ostseeküste) sieben Zusammenschlüsse von Personen, die sich seit Jahren mit dem Nationalsozialismus beschäftigten und sich durch den gewachsenen Einfluss »neofaschistischer Kräfte in der BRD ermuntert fühlten, selbst aktiv zu werden«. Als handlungsbestimmende Motive wurden genannt: »... Oppositionsverhalten gegen die von ihnen geforderte Disziplin, Einordnung und Unterordnung, ablehnende Einstellungen gegenüber einer ihrer Meinung nach sich ausweitenden Korruption, »Privilegienwirtschaft«, »Konsumideologie« und anderen kleinbürgerlichen Verhaltensweisen sowie spekulativen Geschäften von Ausländern in der DDR (insbesondere Vietnamesen, Kubanern, Polen.)«

(Einschätzung der Erscheinungen und Tendenzen des Neofaschismus und der Ausländerfeindlichkeit im Bezirk Rostock v. 03.08.1989, in: BStU, Ast. Rostock, AKG, Nr. 1045)

### **Kapitel 6, S. 117**

#### **»Einwandfrei hat hier der Gegner die Finger dazwischen«**

Der Leiter der Bezirksverwaltung kommentierte diese Taten in einer Dienstbesprechung am 26.1.1960 »als ... Teil der geplanten Provokationen aus Westdeutschland. Einwandfrei hat hier der Gegner die Finger dazwischen. Deshalb ist es notwendig, alles genau zu überprüfen. ... Vor uns steht die Frage zur Klärung: Gibt es bei uns eine Untergrundbewegung, wer sind die versteckten Feinde ...?«

(Bewertung der Hakenkreuzschmierereien durch den Leiter der Bezirksverwaltung in einer Dienstbesprechung vom 26.1.1960, Quelle: BStU, Außenstelle Rostock, Leiter BV, Bd. 16)

So machte ein Schreiben der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Halle an ihre

Kollegen in Rostock am 20. März 1989 darauf aufmerksam, dass sich »vor allem Skinheads/ Skinhead-Sympathisanten ... am 20. 4. 1989 in Halle ... zusammenrotten wollen, um den »100. Geburtstag Adolf Hitlers« zu feiern«. Aus diesem Anlass sei mit der Anreise von »Sympathisanten aus den Bezirken Magdeburg, Leipzig, Rostock, Erfurt, Karl-Marx-Stadt Halle und Berlin« zu rechnen.

(Schreiben des 1. Stellvertreters des Leiters der BV Halle an 1. Stellvertreter des Leiters der BV Rostock v. 20.03.1989 betr. Hinweis auf geplante Aktivitäten negativ-dekadenter Jugendlicher, in: BStU, Ast. Rostock, Abt. XX Nr. 585)

### **Kapitel 6, S. 124**

#### **»Ein neues Interesse jüdischer Kreise in Washington ...«**

t»Damit die sozialistische DDR entsprechend ihres antifaschistischen Charakters das Weiterbestehen von jüdischem Leben ... sichern kann, muss eine weiterreichende Unterstützung als bisher durch die Gesellschaft erfolgen. Dabei ist bei allen Konzeptionen und Vorschlägen zu bedenken, dass im Jahre 1988 der 50. Jahrestag der faschistischen Pogromnacht ... ist und aus diesem Anlass entsprechende Veranstaltungen des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR im November des Jahres geplant werden.«

(Abteilung II des Staatssekretariats für Kirchenfragen beim Ministerrat der DDR: »Information zu Problemen der jüdischen Gemeinden in der DDR« Bundesarchiv DY/30-9051 Büro Jarowinsky)

Der Beginn des Wiederaufbaus der »Neuen Synagoge« »sollte zu Beginn des Jahres 1987 erkennbar gemacht ... werden« und der fertig gestellte Bau Sitz des zu gründenden Centrum Judaicum werden.

(vgl. Abteilung II des Staatssekretariats für Kirchenfragen beim Ministerrat der DDR : »Information zu Problemen der jüdischen Gemeinden in der DDR« Bundesarchiv DY/30-9051 Büro Jarowinsky)

Am 8. April 1987 berichtete Klaus Gysi, Staatssekretär für Kirchenfragen, an Erich Honecker, dass er bei einem Aufenthalt in Washington »ein neues Interesse jüdischer Kreise in Washington ... für die DDR« vorgefunden habe: »Das ist in erster Linie auf die Maßnahmen zurückzuführen, die im letzten Jahr ergriffen wurden: Rekonstruktion und Eigentumsrückgabe bei zwei jüdischen Friedhöfen in Berlin, Beschluß zur Rekonstruktion der Synagoge in der Oranienburger Straße ...«. Über ein Zusammentreffen mit dem Kongressabgeordneten Lehmann schrieb Gysi: »Das Außenministerium mißt diesem Besuch eine große Bedeutung bei. ... Lehmann ist auch einer der USA-Politiker, die uns im Kampf um die Erreichung der Meistbegünstigung ... unterstützen können.«

(Information von Klaus Gysi an den Generalsekretär der SED Erich Honecker vom 7. April 1987; Bundesarchiv DY/30-9051 Büro Jarowinsky)

### **Kapitel 6, S. 128**

#### **Gedenken »von unten« und Gedenken »von oben«**

Doch das Misstrauen gegen jüdische Gemeinden saß tief: Trotz aller Förderung sorgte man sich über das mögliche »Eindringen zionistischer Einflüsse in das Judentum der DDR«.

(Aus einem Konzept des Ministeriums für Staatssicherheit »Zur Vorbereitung des 50. Jahrestages der »Kristallnacht« und zur Lösung weiterer Prob-

leme der jüdischen Gemeinden in der DDR« vom 1. September 1987 (Quelle: BStU, MfS HA XX/4 2185)

#### **Kapitel 6, S. 131**

##### **»Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik«**

Im Juli 1990 beschließt die letzte DDR-Regierung allen Jüdinnen und Juden aus der ehemaligen Sowjetunion, »die antisemitischen Repressalien in ihrer Heimat ausgesetzt waren, eine rasche und unbürokratische Aufnahme zu gewähren«.

(Mertens, Lothar: »Davidstern unter Hammer und Zirkel. Die jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945 – 1990«. Hildesheim/Zürich/New York: Olms 1997, S. 375)

### Die Ausstellung ausleihen

Die Ausstellung kann auch an Ihrem Ort und in Ihrer Gemeinde eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus anregen. Gegen eine Nutzungsgebühr von 100 Euro (zzgl. Transport und Versicherung) kann sie bei der Amadeu Antonio Stiftung ausgeliehen werden. Die Ausstellung besteht aus 14 Stelltafeln (je 56 x 93 cm), die in drei Koffern transportiert werden, einer Audio- und einer Filmstation. Gerne vermittelt die Stiftung ReferentInnen für ein Begleitprogramm mit Workshops, Vorträgen oder Seminaren. Eine Liste mit geeigneten Filmen zum Thema sowie einen umfangreichen Pressespiegel stellen wir Ihnen ebenfalls gern zur Verfügung. Aktuelle und bisherige Ausstellungsorte und -termine entnehmen Sie bitte der Website der Amadeu Antonio Stiftung. Dort finden Sie auch einen kurzen Film über die Ausstellung. Auch mit anderen Ideen zur Bearbeitung der Geschichte des Antisemitismus in Ihrem Ort können Sie sich an uns wenden.



## Das Engagement der Amadeu Antonio Stiftung

Seit ihrer Gründung 1998 ist es das Ziel der Amadeu Antonio Stiftung, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Hierfür unterstützt sie lokale Initiativen und Projekte in den Bereichen Jugend und Schule, Opferschutz und Opferhilfe, alternative Jugendkultur und kommunale Netzwerke. Wichtigste Aufgabe der Stiftung ist es, die Projekte über eine finanzielle Unterstützung hinaus zu ermutigen, ihre Eigeninitiative vor Ort zu stärken und sie zu vernetzen.

Die Amadeu Antonio Stiftung wird von der Freudenberg Stiftung unterstützt und arbeitet eng mit ihr zusammen. Das Nachrichten-Magazin *stern* trägt seit langem zur Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung bei, besonders im Rahmen der stern-Aktion »Mut gegen rechte Gewalt«.

Weitere Informationen können unter der folgenden Adresse erfragt werden:  
Amadeu Antonio Stiftung  
Liniestraße 139, 10115 Berlin  
Telefon 030. 240 886 10  
Fax 030. 240 886 22

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung: Konstanze Ameer, Anetta Kahane, Berit Lusebrink, Andrés Nader, Simone Rafael, Heike Radvan, Timo Reinfrank, Sarah Schulz sind per Mail zu erreichen unter:  
vorname.nachname@amadeu-antonio-stiftung.de

**Bankverbindung der Amadeu Antonio Stiftung:**  
Deutsche Bank Bensheim, BLZ 509 700 04,  
Konto-Nr. 030331300

Oder spenden Sie online:  
[www.amadeu-antonio-stiftung.de](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de)

## Amadeu Antonio Kiowa

Amadeu Antonio Kiowa lebte als angolanischer Vertragsarbeiter in Eberswalde in Brandenburg. In der Nacht vom 24. auf den 25. November 1990 zog eine Gruppe von etwa 50 rechtsextremen Jugendlichen mit Baseballschlägern durch die Stadt, um Jagd auf Schwarze zu machen. In einer Gaststätte verprügelten sie drei Afrikaner. Während zwei Mosambikaner teils schwer verletzt flüchten konnten, erwachte der 28-jährige Amadeu Antonio Kiowa nicht mehr aus dem Koma.

Er starb zwei Wochen später. Amadeu Antonio Kiowa war eines der ersten Todesopfer rassistischer Gewalt nach der Wiedervereinigung. Fünf der jugendlichen Täter wurden im September 1992 vom Bezirksgericht Frankfurt/Oder zu Bewährungs- und maximal vierjährigen Haftstrafen verurteilt. Wer die tödlichen Schläge ausführte, war nicht nachzuweisen. Amadeu Antonio Jr. hat seinen Vater nie kennen gelernt. Er kam wenige Wochen nach dem Tod Amadeu Antonio Kiowas zur Welt. Er lebt heute mit seiner Mutter und seinen drei Geschwistern in Brandenburg.



## Was tun gegen Antisemitismus?

Antisemitismus ist ein virulentes gesamtgesellschaftliches Problem. Auf dem Schulhof ist »Du Jude« ein geläufiges Schimpfwort, Schändungen jüdischer Friedhöfe nehmen zu und im öffentlichen Diskurs werden antisemitische Stereotype unverblümt geäußert. Seit 2001 ist die Arbeit gegen Antisemitismus einer der wichtigsten Arbeitsschwerpunkte der Amadeu Antonio Stiftung. Die Stiftung unterstützt zivilgesellschaftliche Projekte, die präventiv arbeiten, öffentliche Diskussionen über das Thema initiieren und über geeignete Gegenmaßnahmen nachdenken. Neben der Projektförderung arbeitet die Stiftung operativ. Neben der Wanderausstellung *»Das hat's bei uns nicht gegeben!« – Antisemitismus in der DDR* führt sie unterschiedliche Projekte gegen Antisemitismus durch:

■ Die überregionalen Aktionswochen gegen Antisemitismus finden seit 2004 jeweils in den Monaten November und Dezember statt. Auf einer Vielzahl von Veranstaltungen wird die Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus in vielen Städten geführt. In den vergangenen Jahren ging es hierbei immer auch um aktuellen Antisemitismus, der sich häufig in Gestalt von Israelfeindschaft zeigt.

■ Die Wanderausstellung *»Man hat sich hierzulande daran gewöhnt« – Antisemitismus in Deutschland heute* wurde seit 2004 in mehr als 50 Städten gezeigt und von über 6.000 Menschen gesehen. Die Ausstellung umfasst zehn Stelltafeln mit folgenden inhaltlichen Schwerpunkten: Aufklärung über Antisemitismus, Sensibilisierung für gegenwärtige und historische Erscheinungsformen und Anregungen zur aktiven Bekämpfung. Die Ausstellung kann über die Stiftingshomepage angefragt werden.

■ Im Projekt *»Antisemitismus in Ost und West – Lokale Geschichte sichtbar machen«* geht die Stiftung gemeinsam mit Kooperationspartnern aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt der lokalen Geschichte der Shoah und der Erinnerung an den Holocaust im Ost-West-Vergleich nach. Bislang wurde die Auseinandersetzung darüber, wie in der ehemaligen DDR und BRD an die Opfer des Nationalsozialismus gedacht wurde und wie eine Thematisierung der NS-Verbrechen aussah, lediglich in der Wissenschaft geführt. Hierin besteht das Innovative des Projektes: Diskutiert werden die unterschiedlichen Formen der Erinnerung im lokalen Raum und es entstehen neue Projekte.

■ Die Amadeu Antonio Stiftung bietet Fortbildungsveranstaltungen zum pädagogischen Umgang mit Antisemitismus an. LehrerInnen und JugendpädagogInnen werden unterstützt, über Situationen zu reflektieren, in denen sie mit Antisemitismus konfrontiert sind. In der Fortbildung wird die Wahrnehmung des Phänomens thematisiert und Wissen zu historischen sowie aktuellen Erscheinungsformen vermittelt. Ziel ist es, Sicherheit im eigenen Handeln zu gewinnen und die Reflexionsfähigkeit zu stärken. Wenn Sie Interesse an Fortbildung haben, melden Sie sich bitte bei Heike Radvan:

heike.radvan@amadeu-antonio-stiftung.de

■ In der Bekämpfung des Antisemitismus ist der Ansatz des Active Monitoring besonders wichtig. Seit 2002 erstellt die Stiftung eine Chronik antisemitischer Vorfälle, einsehbar auf der Homepage der Stiftung. Active Monitoring besteht darin, Aktionen und Projekte als unmittelbare Reaktion auf den jeweiligen Vorfall zu entwickeln, sowie präventive Maßnahmen beispielsweise in der Jugendbildungsarbeit anzuwenden.

■ Für die Arbeit der Stiftung ist die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft von herausragender Bedeutung. Einen regen Austausch gibt es mit der Forschergruppe um Wilhelm Heitmeier, die seit 2002 jährlich die *»Deutschen Zustände«* erforschen. Neben der wissenschaftlichen Begleitung der praktischen Arbeit, liefert die Stiftung wichtige Impulse aus der Praxis sowie eigene Beiträge.

Bislang wenig beachtete Themen werden von der Amadeu Antonio Stiftung in Publikationen bearbeitet: In *»Ich habe nichts gegen Juden, aber ...« – Ausgangsbedingungen und Ansatzpunkte gesellschaftspolitischer Bildungsarbeit zur Auseinandersetzung mit Antisemitismen* beschreiben Barbara Schäuble und Albert Scherr die Verbreitung von antisemitischen Argumentationsmustern bei Jugendlichen und ziehen daraus Schlüsse für die Bildungsarbeit. In *»Lokale Geschichte sichtbar machen«* werden lokalhistorische Projekte vorgestellt, die sich mit Antisemitismus, Antiziganismus und Erinnerungskultur in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt beschäftigen. Und in *»Die Juden sind schuld« – Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft am Beispiel muslimisch sozialisierter Milieus* werden Beispiele, Erfahrungen und Handlungsoptionen aus der pädagogischen und kommunalen Arbeit vorgestellt.

Weitere Veröffentlichungen finden Sie unter:  
[www.amadeu-antonio-stiftung.de/materialien](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/materialien)

## **Die Ausstellung ausleihen**

Die Ausstellung kann auch an Ihrem Ort und in Ihrer Gemeinde eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus anregen. Gegen eine Nutzungsgebühr von 100 Euro (zzgl. Transport und Versicherung) kann sie bei der Amadeu Antonio Stiftung ausgeliehen werden. Die Ausstellung besteht aus 14 Stelltafeln (je 56 x 93 cm), die in drei Koffern transportiert werden, einer Audio- und einer Filmstation. Gerne vermittelt die Stiftung ReferentInnen für ein Begleitprogramm mit Workshops, Vorträgen oder Seminaren. Eine Liste mit geeigneten Filmen zum Thema sowie einen umfangreichen Pressespiegel stellen wir Ihnen ebenfalls gern zur Verfügung. Aktuelle und bisherige Ausstellungsorte und -termine entnehmen Sie bitte der Website der Amadeu Antonio Stiftung. Dort finden Sie auch einen kurzen Film über die Ausstellung. Auch mit anderen Ideen zur Bearbeitung der Geschichte des Antisemitismus in Ihrem Ort können Sie sich an uns wenden.

